ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

ZB

Dienststelle/Betrieb

Archivsignatur:

Aktenführende Stelle:

Aktenzeichen:

Aktentitel bzw. Akteninhalt:

PV – Sitzung
5/6. 1. 90

Bandnummer:

Zeitlicher Umfang:

Aufzubewahren bis:

Archivsignatur:

VII-~~010~~ 011 3134

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

ARCHIVALE **07-011 : 3134**

Ost-CDU: Sekretariat des Hauptvorstandes (07-011)

Aktentitel: CDU-Parteivorstand 05.-06.01.1990 Protokoll der 1. Tagung Parteivorstand in Burgscheidungen

Laufzeit 05.01.1990 - 06.01.1990

Name des Benutzers / der Benutzerin Datum

.....

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

W o r t p r o t o k o l l

I. Tagung des Parteivorstandes der CDU am 5. und 6. Januar 1990 in Burgscheidungen

Unionsfreund Lothar de Maiziére:

... ich ganz herzlich. Ich habe versucht, über die Zeitungen Ihnen meine Wünsche zum neuen Jahr zukommen zu lassen. Ich freue mich, daß ich das heute noch einmal persönlich tun kann. Wir wollen uns daran erinnern lassen, daß wir auch im Jahr 1990 in ganz besonderer Weise Gottes Beistand und Hilfe benötigen. Aber ich sage auch ganz bewußt Beistand und Hilfe. Wesentlich wird in diesem Jahr sein, was wir tun können mit seiner Hilfe. Ich werde nachher einige Dinge zu Ihnen zu sagen haben zur Lage nach unserem Parteitag. Ich will hier zunächst feststellen, daß der Parteivorstand ordnungsgemäß gewählt ist und auch ordnungsgemäß einberufen worden ist. Um Mißverständnissen vorzubeugen, das Präsidium geht davon aus, daß der Parteivorstand für eine volle Legislaturperiode, d.h. bis zum 18. Parteitag, gewählt ist. Es gab einige Nachfragen, die meinten, die Wahlen, die ja doch sehr anstrengend und zeitraubend waren, würden sich nun nur auf den Zeitraum bis zum März, bis zum 17. Parteitag, beziehen. Davon geht das Präsidium nicht aus, und so ist es auch auf dem Parteitag nicht gesagt worden. Der Parteitag war allerdings im Gang des Geschehens und unter dem Druck der Zeit nicht mehr in der Lage, die weiteren direkt zu wählenden Mitglieder in das Präsidium zu wählen. Ich verweise dort auf § 10, Absatz 1 unserer Satzung, in der es heißt, daß eben neben den geborenen Mitgliedern des Präsidiums aus dem Parteivorstand weitére Mitglieder zu wählen sind. Diesen Wahlgang werden wir als einzigen Wahlgang auf dem 17. Parteitag nachzuholen haben. Ansonsten gehe ich davon aus, daß Präsidium und die anderen Organe satzungsgemäß gewählt sind. Ich will mich nicht bei langer Vorrede aufhalten. Wir wollen in medias res gehen, in die Mitte des Geschehens und der Sachen,

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

die uns hier zu bewegen haben. Wir haben nach dem Parteitag, selbst wenn es für manchen an der Basis nicht so angekommen sein mag, angestrengt gearbeitet, insbesondere die Strukturen im Parteivorstand nun entsprechend den Ergebnissen und der Satzung neu zu bestimmen und zu wählen oder auszuwählen. Darüber werden wir zu berichten haben. Aber wir werden hier auch, so meine ich, als wichtige Aufgabe sehen müssen, daß wir uns verständigen, wie und mit welchen Sachaussagen wir in den Wahlkampf zum 6. Mai des Jahres 1990 gehen. Danke schön in so weit. Ich erteile Freund Kirchner das Wort.

Unionsfreund Martin Kirchner:

Liebe Freunde!
Auch ich möchte Sie ganz herzlich grüßen noch in diesem begonnenen neuen Jahr Ihnen Gottes Segen und Schutz auf unserem gemeinsamen Weg eine gute Gemeinsamkeit und Gemeinschaft hier in unserem Parteivorstand zum Wohle unserer Partei wünschen. Ich bitte Sie, liebe Freunde, den Entwurf der Geschäftsordnung des Parteivorstandes der CDU zur Hand zu nehmen. Er liegt in Ihren Mappen. Wir müssen diesen Punkt, der natürlich ein Punkt eigentlich unter ferner liefen ist, an dieser hervorgehobenen Stelle behandeln und nach Möglichkeit verabschieden, da er ja eine Voraussetzung für unsere weitere gemeinsame und ordnungsgemäße Arbeit hier im Parteivorstand sein wird. Ich schlage Ihnen vor, daß ich nicht im einzelnen über diese Geschäftsordnung referiere, sondern nur einige wenige Anmerkungen mache. Eine erste Anmerkung ergibt sich bereits bei § 1, Absatz 2 dieses Entwurfes. Dort heißt es, daß die "Teilnehmer, die Mitglieder des Parteivorstandes sowie mit beratender Stimme die der CDU angehörenden Mitglieder des Präsidiums, der Volkskammer" und dann geht es weiter "der Vorsitzende der Volkskammerfraktion, die Vorsitzenden der Landesverbände, der Geschäftsführer, der Pressesprecher, die Abteilungsleiter und selbständigen Referenten der Geschäftsstelle des Parteivorstandes, sofern sie nicht gewählt sind". Hier hat sich ein Irrtum insoweit

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

eingeschlichen, als ja nach der derzeit geltenden Satzung die Mitglieder des Präsidiums der CDU nach § 10 unserer Satzung sind der Vorsitzende, die stellvertretenden Vorsitzenden, der Generalsekretär, der Schatzmeister und dann kommt der Fraktionsvorsitzende. Hier ist also ein Irrtum insofern, als wir den Vorsitzenden der Volkskammerfraktion streichen können, da ja die Mitglieder des Präsidiums geborene Mitglieder des Parteivorstandes sind und eine extra Erwähnung an dieser Stelle nicht erforderlich oder sogar im Gegensatz zur Satzung ist. Ich bitte Sie und schlage Ihnen vor, die Streichung an dieser Stelle vorzunehmen. Ebenso heißt es in § 10 unserer Satzung, Absatz 1, daß auch die Vorsitzenden der Landesverbände, die dann als nächstes hier aufgezählt sind, ja Mitglieder des Präsidiums und damit Mitglieder des Parteivorstandes sind. Also auch hier ist bitte die Streichung vorzunehmen und schließlich und endlich ebenso beim Pressesprecher. Auch der Pressesprecher ist Mitglied des Präsidiums und bedarf hier keiner extra Erwähnung. Weitere Veränderungen schlage ich Ihnen im Entwurf dieser Geschäftsordnung nicht vor. Ich möchte darauf verweisen, daß wir versucht haben, diese Geschäftsordnung, zum einen natürlich in Übereinstimmung mit der geltenden Satzung, zum anderen nach dem Grundsatz nur eine Rahmenregelung zu schaffen, keine Detailbestimmungen. Dies muß im gegebenen Fall etwa dann über die entsprechende Debatte zur Geschäftsordnung und in dem Fall, wo es nicht zu einer einmütigen Auffassung kommt, nach § 10 dann durch eine Entscheidung des Präsidiums in geheimer Sitzung erfolgen. Tagungsleitung und Mitglieder des Präsidiums, Tagungsleiter selber besteht ja nur aus einem Teil des Präsidiums. Wir schlagen Ihnen vor, so wie wir dies heute schon einmal übergangsweise hier versucht haben, das Präsidium zu bilden aus dem Vorsitzenden, dem Generalsekretär und den stellvertretenden Vorsitzenden so wie dies auch heute hier schon erst einmal provisorisch vorgenommen worden ist. Ich weise weiter darauf hin, daß wir davon ausgehen, daß im Regelfall hier offen abgestimmt wird nach einer klar mit ja oder nein zu beantwortenden Abstimmungsfrage und daß nur in den Fällen, in denen eine Mehrheit des

Konrad-Adenauer-Stiftung . ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Parteivorstandes die geheime Abstimmung, siehe § 9 des Entwurfes dieser Geschäftsordnung, geheime Abstimmung vorgenommen werden muß. Wir haben an der Stelle der Sachbeiträge eine Redezeit von maximal 5 Minuten und bei Geschäftsordnungsdebatten eine solche von 3 Minuten maximaler Redezeit vorgesehen. Wir denken, daß dies auch den Umgang miteinander hier unter uns zuträglich sein wird, denn es ist wohl richtig, daß wir hier auch zugestehen, daß jeder möglichst oder sicherlich nicht jeder im wörtlichen Sinne, möglichst viel Mitglieder des Parteivorstandes zu Worte kommen müssen und man danach eine entsprechende Rücksicht auf einander nimmt. Letztens noch der Hinweis, dieses ist ja zur Geschäftsordnung immer eine wichtige Sache, im § 6 ist mit Priorität geregelt, die möglichen Anträge zur Geschäftsordnung von der Begrenzung der Redezeit, das würde heißen, da wir die Spezialbestimmung bereits in der Geschäftsordnung enthalten haben, kann es hier nur um die Veränderung dieser in der Geschäftsordnung bereits für den Regelfall geregelten Redezeit gehen, und zwar in dem Sinne weiter nach unten, das halte ich allerdings für unwahrscheinlich, aber eben doch auch für bestimmte Sachgegenstände nach oben zu regeln. Die Möglichkeit Antrag auf Schluß der Rednerliste in dem üblichen Mechanismus, daß die bereits vorliegenden Redneranmeldungen noch einmal genannt werden, dann auf Antrag, wenn dies vom Plenum so beschlossen wird, die Rednerliste geschlossen wird. Im Falle des Absatz 1, Ziffer c, Verweisung an Kommission oder Ausschuß. Hier merke ich an, daß die Möglichkeit damit auch gemeint ist, innerhalb des Parteivorstandes durch die Bildung von ad hock-Ausschüssen eine Weiterbehandlung zu betreiben und danach wieder in das Plenum einzubringen. Schließlich Übergang zur Tagungsordnung und weitestgehender Antrag Vertagung der Sitzung des Parteivorstandes, etwa in den Fällen, wo eine weitere Verhandlung des Parteivorstandes überhaupt ohne z.B. eine Rückkopplung mit den Landesverbänden nicht denkbar und verantwortbar ist. Über die Reihenfolge dieser Anträge und ihren Vorrang ist durch das Präsidium ggf. unter Anwendung auch des § 10 dieser Geschäftsordnung zu befinden. Ich bitte Sie, über diese Geschäftsordnung in die Aussprache einzutreten, und wenn wir an den Punkt

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

kommen sollten, wo keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, diese dann zu beschließen, damit wir möglichst bald hier in die Verhandlung des Parteivorstandes eintreten können. Vielen Dank.

Unionsfreund Lothar de Maiziére:

Wünscht zu der Geschäftsordnung jemand das Wort zu ergreifen? Bitte Freund Galley. (Wortmeldung nicht verständlich.)

Unionsfreund Martin Kirchner:

Ja, vielen Dank für diesen Hinweis.Ja sicher, ich habe jetzt die Orginalfassung nicht hier. Druckfehler! Ich bitte das zu berücksichtigen bzw. zu berichtigen. (Zwischenruf nicht verständlich.) Auch Abteilungsleiter. Also nur antragsberechtigt nicht stimmberechtigt.

Unionsfreund Lothar de Maiziére:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung?
Das ist nicht der Fall. Mit den wesentlichsten Grundzügen sind Sie ja auch vertraut. Sie entsprechen der Geschäftsordnung, wie wir sie auf dem Parteitag angewandt haben. Herrscht Einverständnis darüber, daß wir jetzt über die Geschäftsordnung abstimmen?
Ich sehe keinen Widerspruch. Wer für die Geschäftsordnung in der vorliegenden Fassung ist, den bitte ich um das Handzeichen.
Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen.
Stimmenthaltungen? - Eine Stimmenthaltung, wie ich das gesehen habe. Damit ist die Geschäftsordnung bestätigt.
Ihnen liegt vor, liebe Freunde, die Vorlage S -I-01. Das ist die Tages- ordnung. Ich stelle diese Tage- sordnung zur Diskussion. Wer wünscht zur Tagesordnung zu sprechen? Wer hat Ergänzungs- oder Änderungsanträge? Bitte. (Wortmeldung nicht verständlich)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unionsfreund Martin Kirchner:

Ja, da möchte ich dazu sagen: Wir haben uns dieser Frage der Neubildung von Arbeitsgemeinschaften und Gruppen und Kommissionen gestellt. Dazu gibt es auch schon einen Vorschlag. Wir sind aber der Meinung, daß wir dies heute noch nicht beschließen können. Wir werden Ihnen auslegen Listen mit Vorschlägen für neue Arbeitsgruppen oder Kommissionen, in die wir Sie bitten, sich einzutragen. Erst einmal, ich denke in einer gewissen Unverbindlichkeit, um Ihr Interesse zu signalisieren. Ich denke, wir müssen dann noch einmal prüfen bei uns im Hause und in der nächsten Parteivorstandssitzung dann abschließend, welche Kommissionen und Arbeitsgruppen wir bilden, auch in welcher Stärke. Wir sind der Überzeugung, daß der bisherige Weg,relativ große Arbeitsgemeinschaften zum Teil zu haben, wohl nicht mehr der Differenziertheit der Probleme gerecht wird. Auch, daß man wohl neu denken muß, eher ad hock-Gruppen zum gegebenen Thema und Anlaß zusammenzusetzen, so daß wir das Grundgerüst, also bleibender und ständig arbeitender Arbeitsgruppen oder Kommissionen noch einmal bedenken möchten. Wir schlagen vor, daß wir deshalb heute noch nicht darüber endgültig, auch nicht morgen endgültig befinden. Die Listen werden draußen ausgelegt.

Unionsfreund Lothar de Maiziére:

Reicht dies dem Anfragenden zu-nächst? (Antwort unverständlich)
Danke schön. Bitte. (Wortmeldung nicht verständlich)

Unionsfreund Martin Kirchner:

Auf dem nächsten Parteivorstand. (Zwischenfrage)
Ja mit Sicherheit.

Unionsfreund Lothar de Maiziére:

Bitte schön. (Wortmeldung nicht verständlich)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Also ich kann es nicht ändern. Ich verstehe von solchen Dingen soviel wie ein Hase vom Eierlegen.

Unionsfreund Martin Kirchner:

Also wir werden wohl im Regelfall uns der Mühe unterziehen müssen, ans Podium zu gehen und dort über Mikrophon zu sprechen, in der Hoffnung, daß es besser ankommt. Nützt nichts.

Unionsfreund Lothar de Maiziére:

Bitte. (Wortmeldung nicht verständlich)

Unionsfreund Martin Kirchner:

Also, ja. Nein ist nicht gut. Also komisch, früher scheint das gegangen zu sein oder da hat keiner zugehört. Ja Werner, kannst Du mal gucken, was da machbar ist? Aber wenn ich recht sehe, war hier auf dieser Seite noch eine Wortmeldung, die wir nicht übersehen wollen. Ja. (nicht verständlich)

Ja, ich will gleich darauf reagieren. Es gibt bis dato nur eine handschriftliche Auflistung auf Grund der Signale unserer neuen Abteilungsleiter aus dem Haus. Und da bitte ich um Verständnis, wir haben nun buchstäblich in den letzten Tagen von früh bis in die Nacht versucht, das Haus wieder arbeitsfähig zu machen, und durch Berufung neuer Abteilungsleiter auf die Beine zu stellen. Das ist nun buchstäblich in den letzten zwei bis drei Tagen soweit gediehen, daß die Freunde zu arbeiten begonnen haben. Im Ergebnis dessen gibt es eine erste, Werner ich weiß nicht, hast Du diese handschriftliche Liste einer Auflistung möglicher neuer Arbeitsgruppen. Ich schlage vor, wir beraten das in der Pause und rufen es entweder heute nachmittag oder im Laufe des morgigen Tages noch einmal auf. Das Präsidium sollte vielleicht, oder es ist an sich mehr eine Sache der Abteilungsleiter, ich bitte in der Pause die Abteilungsleiter mal nach vorn zu kommen, dann besprechen wir das und rufen es später noch einmal auf.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unionsfreund Lothar de Maiziére:

Gut. Bitte.
Wir hatten bereits auf dem Parteitag festgestellt, daß der Wahlkampf bereits begonnen hätte. Ich vermisse in der Tagesordnung die Beratung einer Wahlkampfplattform. (unverständlich)

Unionsfreund Lothar de Maizirére:

Es gibt einen Entwurf einer Wahlkampfplattform, die also auch noch an Sie zur Austeilung gelangt. Wir haben gedacht, daß die also im Rahmen des von mir zu Sagendem abzuhandeln wäre. Wenn Sie es dort als Unterpunkt anmerken wollen, dann wäre es in der Tagesordnung enthalten.

Unionsfreund Martin Kirchner:

Und zu weiteren mehr äußeren Umständen des Wahlkampfes werde ich im Bericht des Generalsekretärs versuchen, einiges vorzutragen.

Unionsfreund Lothar de Maiziére:

Gibt es noch Meinungsäußerungen zur Tagesordnung?
Können wir über die Tagesordnung abstimmen mit dem Vorbehalt, daß also zu der Frage Arbeitsgemeinschaften im Laufe der Tagung noch ein möglicherweise Nachtrag erfolgt?
Wer damit einverstanden ist mit der vorliegenden Tagesordnung, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist gegen die Tagesordnung? - Ich sehe keine Stimme. Wer enthält sich der Stimme? - Eine Stimmenthaltung. Damit ist die Tagesordnung mit großer Mehrheit gegenüber einer Stimmenthaltung bestätigt.
Ich bitte Sie, die Vorlage Nr. 2 zur Kenntnis zu nehmen. Es handelt sich um den Zeitplan. Ich glaube damit ist es dann ganz aus mit der Techn-ik. Ich muß mal schon etwas provokatorisch fragen: Gehörte

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

zur Einrichtung ..... Aha.

Unionsfreund Martin Kirchner:

Also Pause bis zur Behebung des Schadens. Bitte nicht den Raum verlassen. Wir hoffen, daß das bald ist. Das heißt also nicht, den Raum verlassen natürlich, aber nicht außer Rufweite.

Unionsfreund Lothar de Maiziére:

.....(unverständlich) Ich gehe davon aus, daß .....
(weiterer Text schwer verständlich)

Nächster Redner nicht verständlich.

Unionsfreundin .....(?)

Liebe Unonsfreundinnen und Unionsfreunde!
Durch Nebengeräusche nicht verständlich.

Unionsfreund .....(?):

Liebe Unionsfreundinnen, liebe Unionsfreunde!
Ich komme aus dem Alt.....kreis Worbis und bin auch Beauftragter der Delegierten unseres Kreisverbandes, ...
hier einige Gedanken vorzutragen. Zunächst einmal möchte ich ausgehen von dem ..... Interview mit dem Bundespräsidenten von Weizsäcker, ...

Unionsfreund .....(?):

Eine Koalition mit der SED kommt in keinem Fall in Frage. .....
nutzt der SED, schadet der Demokratie, gefährdet die Ergebnisse der .....

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unionsfreund Lothar de Maiziére:

Freunde! Können wir bitte wieder zu Stuhle kommen? Wir möchten fortfahren.

Unionsfreund .....(?):
Ich möchte kurz eine Ansage für die Freunde machen, die aus Thüringen stammen. Es ist morgen vorgesehen 8.30 Uhr ein Treffen im Presseraum. 8.30 Uhr morgen früh im Presseraum.

Unionsfreund .....(?):
Wenn die Schmöllner Delegierte da sind, sind herzlich eingeladen. Aber wir wollen sie nicht nötigen.

Unionsfreund .....(?):
Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, liebe Freunde, eine technische Information. Es ist draußen in Pkw gesichtet worden mit dem Kennzeichen SX 99-31. Dort brennt voll Licht und läuft das Radio. Der entsprechende Freund möchte sich mal des Fahrzeugs bemächtigen, um die Elektrik abzuschalten. SX 99-31.
Bevor wir die Diskussion fortsetzen, verehrte Freunde, vielleicht eine weitere Vorbemerkung. Es gab in der Pause den Hinweis, ob die weitere Verfahrensweise, die Aussprache so fortzuführen, wie begonnen, sinnvoll und ergiebig sei. Ich würde folgenden Vorschlag unterbreiten: Zunächst einmal haben wir den Ablauf,wie er begonnen wurde, heute so beschlossen in der Tagesordnung und im Zeitplan. Das was den einen oder anderen bewegt hinsichtlich der Verbindlichkeit der textlichen politischen Verbindlichkeit dieser Parteivorstandssitzung sollten wir uns vielleicht bemühen, zwischenzeitlich den ausgeteilten Entwurf der Wahlplattform uns zu Gemüte zu führen, und das was uns dazu bewegt an Vorschläg,en an Hinweisen, in Abänderung, an Präzisierung, an Straffheit, an noch mehr Biß und Schmiß in die Diskussionsbeiträge, die dann folgen werden, einbringen. Und je nach dem,was dazu zu sagen ist,im Laufe des heutigen Nachmittags und Abends, würden wir dann heute abend vielleicht entscheiden, wie wir morgen fortsetzen. Ob wir morgen in weiterer Aussprache fortsetzen oder ob wir auf Grund der Fülle der Dinge, die bereits zum Entwurf zu sagen wären, dann in Arbeits-

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

gruppen ab morgen früh tagen. Wenn wir jetzt technisch umstellen würden, würden wir sehr viel Zeit verlieren. Wir haben uns nicht konstituiert, wir wissen nicht in welchen Arbeitsgruppen und es würde einiges organisatorisches Durcheinander entstehen. Deshalb also dieser Vorschlag. Das, was zu diesem politischen Bezug, der in den nächsten Tagen und Wochen des Wahlkampfs für uns ja das Dokument sein soll, sich dann in der Folgezeit zu äußern und je nach dem, was an Meinungsäußerungen, an politischer Meinungsäußerungen, hier heute nachmittag zum Tragen kommt, würden wir heute abend hinsichtlich der weiteren organisatorischen Abfolge unserer Parteivorstandssitzung befinden. Ich würde so Ihr Einverständnis zunächst einmal voraussetzen. Damit würde ich Unionsfreund Lothar Barthel das Wort erteilen, und es bereitet sich Dr. Sladeczek vor.

Unionsfreund Lothar Barthel:

Liebe Freundinnen, liebe Freunde!
Wir haben soeben die Wahlkampfplattform erhalten. Das heißt, wir wollen mit dem Wahlkampf beginnen. Die SED hat ihn schon begonnen, und zwar schon eine geraume Zeit. Sie scheut auch kein Mittel und ihr ist auch kein Weg zu schlecht, um ihr Ziel zu erreichen, nämlich die bisher installierte Macht möglichst lange festzuhalten. Ich bin deshalb der Meinung, daß wir bei unserer Argumentation und bei unserem Wahlkampf diese Tatsache berücksichtigen müssen. Wir werden sicher, so gut wie das gemeint ist, zentrale Vorgaben, zentrale Thematiken, zentrale Flugblätter u.ä. beachten müssen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß der Wahlkampf auch geführt wird durch Menschen, die populär sind. Und daß der Wahlkampf entscheidend ausgestaltet wird dadurch, was ich kommunal zu sagen und zu verändern habe. Wir dürfen ein zweites nicht vergessen, daß wir auch in dieser Zeit, wo wir als Koalitionsregierung noch den einen oder anderen Beschluß ertragen müssen, doch definitiv zum Ausdruck bringen, daß wir entweder mit dem Inhalt gewisser Beschlüsse nicht einverstanden sind oder daß wir uns dann nicht scheuen dürfen, in der Presse zu sagen, daß wir beispielsweise

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

mit einem Staatssicherheitsbeschluß nicht mitgehen können, damit uns später niemand wieder vorwirft, wir hätten beschämend die Augen gesenkt, als abgestimmt worden ist. Es sind eine Reihe von Juristen in diesem Bereich. Ich bin auch Wirtschaftsjurist. Wir wissen, daß mit diesem Beschluß das Arbeitsgesetzbuch nicht bloß gebeugt, sondern das ist schon zerrissen worden. Denn jeder, einige mit der Materie Vertraute,weiß, daß Überbrückungsgeld nur für die Dauer eines Jahres zu zahlen ist. Wenn wir solche unpopulären Maßnahmen ungeduldet mittragen, wird sich das auf das Wahlergebnis auswirken. Ich bitte Euch, das zu bedenken, auch die Freunde, die im Kommunalen, auf den Bezirksebenen oder im zentralen Bereich Verantwortung tragen. Was unsere Medienpolitik im Wahlkampf anbetrifft, möchte ich dem, was unser Parteivorsitzender gesagt hat hinsichtlich der Inanspruchnahme von Medien, noch ein weiteres Beispiel hinzufügen. Wir können auch nicht dulden, daß sich ADN, ein amtlicher Nachrichtendienst unserer Republik, der von einer Koalitionsregierung getragen wird, zum Sprecher der SED macht in amtlichen Meldungen. Um bestimmte Erscheinungsformen unserer Gesellschaft in eine Richtung zu bringen, die gerade dieser SED in den Kram paßt. Zwei Beispiele aus dem Bezirk Gera. In letzter Zeit und in den letzten Tagen wurde dort ein sowjetisches Ehrenmal geschändet. ADN hat in der ersten Meldung sofort den Einfluß rechtsradikaler Leute propagiert und gar nicht in Zweifel gesetzt. In einer amtlichen Meldung, daß diese Rechtsradikalen diese Schändung vorgenommen hatten. Es lag weder ein Ermittlungsergebnis noch irgend ein Anhaltspunkt vor. Es hat sich mittlerweile herausgestellt, es waren Jugendliche, die überhaupt keine Verbindung mit der rechtsradikalen Szene haben. Bei der Bevölkerung im Land ist der Eindruck entstanden, hier unten baggern sich Rechtsradikale zusammen, zumal wir vor einigen Wochen schon eine solche Meldung hatten, die über ADN in alle Presseorgane lanciert worden war, wo angeblich einige Jugendliche von anderen Jugendlichen das Hakenkreuz mit einer brennenden Flüßigkeit in die Kopfhaut geritzt oder gebrannt worden war. Es stellte sich heraus, es war eine Ente. Die Jugendlichen hatten geschwindelt, so wurde es hingestellt, aus Angst vor ihren Eltern. Freunde! Ich meine damit, daß wir als Koalitionsregierung und als

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Mitglied dieser Regierung auch in einem solchen Fall die Mitarbeit in der Koalition davon abhängig machen sollten, daß ADN sich einer ordentlichen Nachrichtenberichterstattung befleißigt, die nicht dazu geeignet ist, Emotionen in der Bevölkerung zu wecken bzw. die dann nicht getragen werden, weil sie zu Regierungsbeschlüssen führen, die von der Bevölkerung völlig abgelehnt worden sind. Wir wissen ja, was aus diesen ganzen Dingen der sogenannten rechtsradikalen Szene für Forderungen gestellt worden sind. Wir müßten sie als Regierungspartei, mitregierende Partei, jetzt tragen. Wir wissen aber auch, wie unpopulär eine solche momentane Installation eines Amtes für Verfassungsschutz oder wie es auch gerade heißt, sein würde. Ich meine deshalb, Freunde, daß wir diese Dinge auch in den Beratungen am Runden Tisch, im Wahlkampf oder wo es auch sein muß, sehr mitbeachten müssen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Unionsfreund .....(?):
Damit sich in der Diskussion vielleicht die eine oder andere Fragestellung n-icht wiederholt, wird Unionsfreund Lothar de Maiziére zu einigen aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen.

Unionsfreund Lothar de Maiziére:

Ich will nur zu der einen Frage Überbrückungsgeld Staatssicherheit etwas sagen. Folgendes muß einfach mitgeteilt werden, auch weil in dieser Sitzung beispielsweise Freund Dr. Wolf und ich dabei waren und auch Freund Baumgärtel. Am 8.12., und auf dieses Datum lege ich wert, am 8.12. wurde die kritisierte Vorlage dem Ministerrat vorgelegt und mit der Begründung, daß von den bisher 45 Ministerien 17 Ministerien aufgelöst worden sind und dadurch 22 000 Arbeitskräfte freigesetzt worden sind. Arbeitskräfte, die über einen langen Zeitraum im Staats- und Verwaltungsapparat gearbeitet haben und für die es außerordentlich schwierig ist, neue Arbeitsplätze zu gewinnen, weil wir auch nirgendswo anders eine solche Aufblähung des Verwaltungsapparates haben wollen, so daß demzufolge bestimmte Maßnahmen der Umschulung und Umstruktuierung usw. angegangen werden müssen. Und mit Blick auf diese Menschen ist

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

dieser Beschluß im Ministerrat gefällt worden. Und wenn eben mit juristischen Dingen argumentiert wurde, mit AGB und ein Jahr Überbrückungsgeld, so ist das richtig. Das ist aber im AGB ..... d.h., es gibt auch andere Rechtsvorschriften, die sehr viel speziellere Übergangsnormen vorsehen, beispielsweise im Bereich der Wismut .....Wir haben Überbrückungsregelungen in unserem Land, die zum Teil bis zu fünf Jahre beinhalten. Ich weiß es rein zufällig, im Bereich der Kultur, Orchester, Theater und sonst was, Tänzer, wer als Tänzer eben ein bestimmtes Alter erreicht hat und den Beruf nicht mehr ausüben kann, der kriegt bis zu fünf Jahren ein Überbrückungsgeld, um dann also einen neuen Beruf ergreifen zu können, weil also mit der Tänzerausbildung woanders wohl kaum etwas anzufangen ist, wenn man nicht mehr tanzen kann. Mit Blick auf diese Leute aus den Ministerien und nicht mit Blick auf das Ministerium für Staatssicherheit ist dieser Beschluß des Ministerrates gefällt worden. Und dann ist am 14. auf Drängen, auch des Runden Tisches, aber auch der Demonstrationen u.ä., das Amt für Nationale Sicherheit aufgelöst worden. Und nun gibt es die Situation, daß eine Regelung, die für alle Mitarbeiter des Staatsapparates gilt, dort sich auch auswirkt. Diese Frage ist, und das muß deutlich hier gesagt werden, von uns auch im Ministerrat erneut eingebracht worden. Der Ministerrat hat gestern darüber befunden, daß diese Frage neu zu verhandeln ist, da sie so von der Bevölkerung nicht getragen und nicht ertragen werden kann. Und ich sage Ihnen, ich bin also Anfang dieser Woche, Dienstag war es glaube ich, bei Dr. Modrow gewesen, habe ihm gesagt, daß dieses Problem so steht wie es steht und daß es also in unserem Land berechtigte Empörung gibt, und daß es eigentlich auch gegen das Leistungsprinzip verstößt, daß gleicher Lohn für gleiche Arbeit u.ä. Dinge mehr und daß man eben Leute, die eine völlig verfehlte Politik getragen haben, nun nicht im nachhinein noch belohnen darf. Aber auch sie waren solche,die ja in bestimmten Zwängen auch mitgestanden haben. Das wollen wir vielleicht auch mit sehen wollen. Es wird in dieser Frage weiter verhandelt werden. Das Ergebnis kann ich Ihnen momentan nicht mitteilen. Aber nur zu der Frage, was haben unsere Unionsfreunde gemacht, als dies be-

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

schlossen wurde. Es war mit einer völlig anderen Blickrichtung, und man könnte sagen Wegfall der Geschäftsgrundlage. Es gibt noch einen weiteren Gesichtspunkt, den ich zu beachten bitte. Es gibt bei uns eine Reihe von Übergangsregelungen, die gleichermaßen für alle bewaffneten Organe gelten. Versorgungsordnung, die gilt eben für NVA-Angehörige, gilt für Angehörige der anderen Schutz- und Sicherheitsorgane wie das früher hieß. Wenn nun ein Mitarbeiter MfS über 50 Jahre schon 25 Jahre runter hat, dann gelten für ihn die Bedingungen dieser Versorgungsordnung. Das ist eine gesetzliche Bestimmung, die auch vom Ministerrat nicht außer Kraft gesetzt werden kann. Sie trägt Gesetzescharakter, müßte also durch ein Parlament aufgehoben werden. Ich habe Zweifel, daß die Volkskammer in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung sich dazu verstehen könnte. Und wenn nun ein oder der andere oder viele dieser Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums sagen, ich gehe auf diesen Weg, der mir durch diese gesetzliche Regelung, die mit der Ministerratsverordnung gar nichts zu tun hat, vorgegeben ist, dann wird man ihn, solange die gesetzliche Regelung gilt, unschwer daran hindern können. In den Papieren, die entstehen, die also auch im Umlauf sind und in den Betrieben ans schwarze Brett ge..... werden, wird m. E. unzuläßlich der Inhalt dieses Ministerratsbeschlusses und der Inhalt dieser bestehenden gesetzlichen Regelung zur Versorgung von aus bewaffneten Organen Ausscheidenden durch einandergebracht und gemengt und so getan, als ob eine jetzige Regierung all diese Maßnahmen so beschlossen hätte. Das ist objektiv nicht richtig. Dies muß einfach zur gesetzlichen Lage und zur chronologischen Abfolge des Entstehens dieses Beschlusses gesagt werden.

Unionsfreund .....(?):
Wir sind sicherlich alle sehr dankbar für diese Erläuterung. Das Wort hat Unionsfreund Dr. Horst Sladeczek. Unionsfreundin Claudia Eisenreich bereitet sich vor.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unionsfreund Dr. Horst Sladeczek:

Liebe Freunde! Sie werden sich sicher noch daran erinnern, daß ich vor und während unseres Sonderparteitages den Auftrag hatte, als Vorsitzender der Antragskommission zu wirken. Da auf dem Parteitag keine Gelegenheit war, über die Tätigkeit der Kommission zu berichten, möchte ich einige Informationen jetzt hier dazu nachreichen und gleich einige Schlußfolgerungen anknüpfen für die Vorbereitung unseres 17. Parteitages auf diesem Gebiet des Antragswesens. Es lagen uns in der Antragskommission insgesamt 106 schriftliche Anträge vor, die vor dem Parteitag, vor allem aber während des Parteitages eingereicht wurden und die zum Teil mehrere Vorschläge enthielten. 17 dieser Anträge wurden von der Antragskommission zu Vorlagen an den Parteitag formuiert und sind dann auch von Ihnen ja behandelt worden. 55 weitere solcher Vorschläge wurden, oder insgesamt wurden 55 Vorschläge aus diesen Anträgen in der Antragskommission beraten. Davon wurden 38 weitere erst nach Abschluß des Parteitages vom Tagungspräsidium übergeben, konnten also in der Antragskommission überhaupt nicht behandelt werden , und 11 weitere Anträge wurden dem Sekretär der Antragskommission von Freund Dr. Moritz erst am 20.12., also nach Beendigung des Parteitages, überstellt. Von den in der Kommission beratenden 55 Anträgen wurden folgende Vorschläge entsprechend verarb-eitet: 3 wurden an die Satzungskommission weitergegeben, 37 an die Programmkommission, 26 an den Generalsekretär, 23 an die Volkskammerfraktion,3 an den Pressesprecher und 2 an den Parteivorstand verwiesen. 14 Vorschläge waren zum Zeitpunkt der Übergabe bereits gegenstandslos geworden, weil sie durch die Volkskammer oder durch die Regierung oder auch durch unseren Parteitag schon entsprechend behandelt worden waren. Die Anträge kamen sowohl von Parteiverbänden als auch von Einzelpersonen. Sie befaßten sich überwiegend mit Vorschlägen zum Parteiprogramm, zur künftigen Arbeit der Partei und zu Gesetzesinitiativen der Volkskammer, also gaben Anregungen, bestimmte Dinge in der Volkskammer zu behandeln. Ich möchte aus dem hier Dargestellten, wie das sich zu unserem Sonderparteitag abgespielt hat, einige Schlußfolgerungen ziehen für die Arbeit einer Antragskommission.

Konrad-Adenauer-Stiftung – ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

die wir ja auch sicher für den 17. Parteitag nötig haben werden. Erstens: Anträge an den Parteitag sollten in der Regel rechtzeitig vor Beginn des Parteitages schriftlich eingereicht werden. Wir sollten also eine Frist setzen, bis zu der solche Anträge vorliegen müssen. Zweitens: Diese Anträge sollten dann, wie das auch allgemein üblich ist, nach Themenkomplexen geordnet den Delegierten des Parteitages schriftlich vorliegen. Die Delegierten sollten wisssen, welche Anträge an den Parteitag eingereicht sind. Drittens: Die Antragskommission sollte dann auf dem Parteitag aus diesen vorliegenden Anträgen nach Themenkomplexen, dem Parteitagspräsidium und dem Parteitag Vorschläge unterbreiten, in welchem Sinne die Abstimmung über diese Anträge erfolgen sollte. Grundsätzlich müßten, so ist unsere Auffassung, alle Anträge behandelt werden, die dem Parteitag eingereicht sind. Daraus ergibt sich viertens die Konsequenz, daß wir schnellstens eine neue Antragskommission für unseren 17. Parteitag bilden sollten und wahrscheinlich ist es legitim, daß heute hier von unserer Parteivorstandssitzung zu tun, wenn wir den Parteitag einberufen. Und es ist uns schließlich eine angenehme Pflicht, auch von dieser Stelle dem Unionsfreund Skulski ein herzliches Wort des Dankes zu sagen für seine sehr präzise und exakte Arbeit als Sekretär der Antragskommission.

Unionsfreund .....(?):
So, wir bitten um den Beitrag von Unionsfreundin Claudia Eisenreich. Es bereitet sich vor Unionsfreund Dr. Klaus Wolf.

Unionsfreundin Dr. Claudia Eisenreich:

Liebe Unionsfreundinnen und -freunde! Die CDU zeichnete sich bisher unter den ehemaligen Blockparteien durch ihre große Hinwendung zur Kultur aus. Hervorragende Künstler der DDR sind Mitglieder unserer Partei und waren auch Mitglieder des alten Hauptvorstandes. Diese Freunde haben und hatten erheblichen Anteil daran, daß die CDU bisher auch positiv ausstrahlte. Die Wahlen auf dem Sonderparteitag erbrachten folgendes: Im Parteivorstand sind nur noch 3 Freunde vertreten, die Kultur im weitesten Sinne

Konrad-Adenauer-Stiftung – ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

repräsentieren. Das sind der Freund Gregori, Architekt, der Freund Schmuhl, Museologe, und ich auch Architekt. Ich glaube, das weite Gebiet der Kultur, das die Bereiche Theater, Ballett, Musik, Film, Malerei und Grafik, Plastik, angewandte Künste, Architektur, Denkmalpflege, Schriftsteller usw. umfaßt, ist durch uns drei nicht ausreichend vertreten. Sicherlich wäre die Frage zu stellen, ob für die bildenden Künstler, die Theaterschaffenden, die Schriftsteller und zum Teil die Architekten die CDU"zuständig" ist. Diese Zuständigkeit umfaßt zwei Seiten. Zum einen muß sich die CDU dahin im klaren darüber werden, ob sie sich dieser Gebiete annehmen will und kann und ob sie also weiterhin Vermittler und Förderer künstlerischer und kultureller Werte sein will. Zum anderen wäre natürlich zu überdenken, ob wir die Unionsfreunde der eben genannten Bereiche weiterhin so intensiv unterstützen müssen wie bisher oder ob deren Belange nicht über die Fachverbände ausreichend vertreten werden. Die Gebiete Kirchenmusik, Denkmalpflege und Stadtgestaltung werden aber meiner Meinung nach durch die bestehenden Künstlerverbände nur unzureichend gefördert und fachlich berücksichtigt. Und in diesen Bereichen sollten wir auch den vielen Unionsfreunden, die dort tätig sind, die notwendige Unterstützung der Partei geben. Es ist also jetzt die Frage zu stellen, ob und auf welchen Gebieten und in welchem Umfang sich die CDU besonders einsetzen will, kann oder muß. Kann ist wohl etwas eingeschränkt. Ich sagte es schon, wir sind im Vorstand nur drei Kollegen als Vertreter der Kulturberufe, und ich weiß natürlich nicht um die Kompetenzen meiner beiden Kollegen. Kann mir aber schwerlich vorstellen, daß diese die Belange der Kirchenmusik wahrnehmen möchten. Ich kann dies auch nicht. Z..... meiner Fragestellung, ich denke, der schon genannten Gebiete Kirchenmusik, Denkmalpflege und Stadtgestaltung müssen wir uns annehmen. Ich verbinde damit auch meine große Hoffnung, daß Bauen wieder eine kulturelle Tätigkeit werden könnte. Um diese drei Gebiete behandeln zu können, müssen wir aber auch die in unserer Partei zahlreichen Fachleute einbeziehen und könnten das über Berufungen in Arbeitskreise tun. Ich hoffe, daß Sie die Frage nach dem Wollen positiv beantworten werden. Unabhängig von den teilweise traurigen Zuständen auf vielen gesellschaftlichen Gebieten, hat die CDU auf dem Gebiet der Kultur Kontinuität zu zeigen. Ein persönlicher Wunsch in diesem Zusammen-

Konrad-Adenauer-Stiftung. ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

hang ist, ich könnte es mir sehr gut vorstellen, wenn die CDU ein eigenes, vielleicht halbjährlich erscheinendes Kultur- und Kunstmagazin herausgeben würde. Auch das würde zur Mehrfarbigkeit in unserem Land beitragen. Danke.

Unionsfreund .....(?):
Das Wort hat Unionsfreund Dr. Klaus Wolf. Für den Fall, daß der Postminister Gewichtiges zur kurzzeitigen Verbesserung des Fernmeldenetzes mitzuteilen hat, wollen wir ihm verlängerte Redezeit einräumen.

Unionsfreund Dr. Klaus Wolf:

Liebe Unionsfreundinnen, liebe Freunde!
Ich stimme denen zu, die gegenüber der Regierung sich äußern und meinen, es geht alles zu langsam. Nur sind wir auch als Mitglieder dieser Koalitionsregierung natürlich in der Situation, das was wir beschleunigen können,und unser Vorsitzender hat es heute hier gesagt, auf jeden Fall mittun und dabei natürlich eine hohe Treffsicherheit zu erreichen. Ich stelle nicht außer Rede, daß bei diesem Tempo, was wir in den letzten Wochen da unternommen haben, auch einige schief geht oder in der Interpretation falsch ankommt. Ein Beispiel dazu ist das mit diesen Überbrückungsgeldern. Ich darf das mal sagen, daß auch in meinem Ministerium eine ganze Reihe von verdienten Leuten der Post, auch des Fernmeldewesens, frei geworden sind und frei werden, es handelt sich um rund 200 Personen, um die ich das Ministerium reduziere. Im wesentlichen Leute, die um die 60 sind oder älter und die eine andere Arbeit jetzt machen müssen. Bei der Post wurde noch nie sehr viel Geld verdient, und es kommt vielen dieser Leute sehr zurecht, auch als menschliches Problem, daß sie als Staatsfunktionäre bezeichnet werden und auch ein bestimmtes Überbrückungsgeld erhalten. Leider nehmen sich dann auch Redakteure unserer eigenen Zeitungen der "Neuen Zeit" das Recht heraus, alle in einen Topf zu hauen. Und sie , wie vorgestern geschehen in der "Neuen Zeit",mit sehr böβartigen Bezeichnungen auch in unserer Parteipresse zu versehen, ohne den Menschen, der dahinter steht, in irgend einer Weise zu kennen, ihn beurteilen zu können.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Aber das soll nicht mein Thema sein. Einige Bemerkungen zur Arbeit dieser Regierung, und ich möchte versuchen, es einmal am eigenen Beispiel deutlich zu machen. Regierung - natürlich kommt da immer der Begriff der kollektiven Arbeit zum Ausdruck. Aber ein völlig neues Kennzeichen für diese Regierung ist die Eigenständigkeit der einzelnen Minister. Wir sind in einer solchen Situation in diesem Land noch nicht gewesen, daß der Vorsitzende dieses Ministerrates seinen Ministern einen so hohen Spielraum läßt, von ihnen fordert, daß sie untereinander bestehende Differenzen oder andere Dinge klären und wir eigentlich fast ungeschützt Entscheidungen heute treffen müssen, die nicht auf Beschlüsse oder auf andere Dinge berufbar sind. Also, ein Höchstmaß an Eigenverantwortlichkeit. Wir brauchen dazu natürlich auch eine kollektive Beratung. Wo kriegen wir sie her? Wirhaben uns also in den Apparaten, also im Ministerium oder auch in den Betrieben neue Kräfte gesucht, die teilweise auch über sehr wenig Erfahrung verfügen, also auf wen kann man sich stützen? Ich wäre also sehr dankbar dafür, wenn ich mich als Minister und als Mitglied unserer Partei auch auf diese Partei stützen kann, auf den Parteivorstand, auf seine Mitglieder. Dabei kann ich natürlich nicht davon ausgehen, wer alles gegen etwas ist, sondern ich brauche in erster Linie Vorschläge, wer für etwas ist und Lösungsvorschläge mit ausarbeitet, denn ich kann mich an meinen Schreibtisch nicht setzen und sagen ich bin gegen etwas. Ich muß Vorschläge ausarbeiten, ich muß Entscheidungen treffen. Und ich muß vor allen Dingen Entscheidungen schnell treffen, weil ja berechtigter weise alles zu langsam geht. Un-d ich gestehe, ich habe einige Entscheidungen getroffen, wo ich erst im nachherein gemerkt habe, daß sie gegen die Menschen getroffen waren, und habe sie am nächsten Tag zurückgenommen. Aber ich meine auch, daß das gerade ein Zeichen unserer heutigen Zeit ist, daß das meiner Autorität überhaupt nicht schadet, eine falsche Entscheidung morgen zurückzunehmen, wenn ich merke, daß mich Leute falsch beraten haben oder ich zu einer falschen Erkenntnis gekommen bin. Einiges ist neu, und einiges muß man sicher ohne zu fragen auch entscheiden können. Ich sag es an ganz einfachen Dingen aus meinem Bereich heraus. Also ich habe Vorschläge gekriegt und selbst bin ich nicht darauf gekommen, das ist aber mein Problem,

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

der Papst wird nächstes Jahr 70 und da hat jemand gemeint, ob man eine Sondermarke macht. Ich habe gesagt, macht mal. Zwei Tage später war dazu der erste Entwurf da. Hat es in diesem Lande noch nie gegeben. Oder es ist zwei Jahre darüber diskutiert worden, ob nun beide deutsche Staaten den 500. Jahrestag der Post begehen. Der findet in diesem Jahr statt und da sollte sich auch die DDR daran beteiligen. Das ist nie entschieden worden, das ist verzögert worden mit "jein" usw. Wir bringen also jetzt eine gemeinsame Marke heraus mit dem ..... Postreiter, auf der einen steht "Deutsche Post" und auf der anderen steht "Bundespost", und die Belgier machen das gleich noch mit, weil das diese erste Runde gewesen ist. Da brauchte ich keinen zu fragen, die haben es gemacht. Und schließlich habe ich gestern einen Vorschlag gekriegt und habe ihn gestern noch entschieden, von Leipzig, aber die Motive muß man sich noch genau angucken, aber mit der großen Losung, so etwas demonstriert wie das Volk auf der Straße ist, wir sind das Volk. Ich habe zugestimmt, diese Marke werden wir machen. Sie wird 35 Pfennig als Grundwert haben plus 10 Pfennig für die Stadt Leipzig zur Sanierung dieser Stadt. Nun muß ich sagen, daß ich aus Leipzig komme. Das sind aber bei weitem nicht die Dinge, die etwa den Mut erfordern, Entscheidungen zu treffen. Ich möchte vielleicht versuchen, etwas Typisches dieser Regierung an dem Beispiel dessen, was ich zu verantworten habe und wo ich auch etwas davon verstehe inzwischen, am Beispiel sagen. Ich weiß, daß das, was bisher zur Wirtschaftsreform, zur Wirtschaftspolitik ausgesagt wurde, in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist, sehr pla..... ist. Es sind also Kernsätze, es ist etwas im Hochschuldeutsch Verfaßtes. Die einzelnen Ministerien, oder in den einzelnen Ministerien, in Verantwortungen der Minister passiert mehr als gegenwärtig in der Öffentlichkeit deutlich wird. Das ist aber auch teilweise aus meinem Bereich mit gutem Grund geschehen, weil das Vorprellen in der Veröffentlichung hier bestimmte Gefahren insichbirgt, daß wir in sehr starkem Maße Kollektive verunsichern können. Ich will das deshalb sagen, weil es gestern die Regierung beschlossen hat. Ich bin davon ausgegangen, daß wir in diesem Lande

Konrad-Adenauer-Stiftung – ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

nichts dringender haben, als alle möglichen Zwischenleitungen auf verschiedenen Ebenen so schnell wie möglich abzubauen. Nur das setzt Kräfte erst einmal frei und verstärkt natürlich den Gedanken der Wahrnehmung der Verantwortung oder auch der Kreativität. Zwischenleitungen abschaffen heißt aber auch, die bisher liebliche Einschachtelung der einzelnen Industriebereiche sich anzusehen und in einem bestimmten Bereich auch eine ..... anzustreben im Sinne auch kapitalistischer Konzerne. Ich gehe in meinem Unternehmen davon aus, ein Staatsunternehmen herauszubilden. Bewußt dieser Begriff "Staatsunternehmen" mit einem Höchstmaß an .....
Was verstehe ich darunter? Also wir haben es nötig, dieses sehr kompl izierte z.B. Fernmeldenetz in diesem Lande, aber es ist auch, wir sagen dazu immer bei der gelben Post nicht anders, sehr schnell auf Vordermann zu bringen. Dabei können mir natürlich nur bestimmte Industriebereiche dieses Landes helfen, und das ist in erster Linie das Kombinat Nachrichtenelektronik. Ich habe deshalb der Regierung den Vorschlag unterbreitet, dieses Kombinat mir zu unterstellen. Ein Kombinat mit 36 000 Beschäftigten, mit insgesamt 7 großen Betrieben in sich vereinigt, ein total heruntergewirtschaftetes Kombinat mit nirgends auf einem Gebiet no how oder sonst etwas. Der zuständige Minister, die Plankommission, haben gesat, Menschenskinder, laß dich nicht auf diesen Kram ein. Ich bin der Meinung, dieses Kombinat ist bei einem anderen Minister genau so schlecht wie bei mir. Und irgend einer muß es aus dieser Talsole herausführen, und zweitens, es ist im Umsetzen an den Prozeß in der Anwendbarkeit mir sehr nahe, also ist es auch in der Leitbarkeit hier in erster Linie einzuordnen. Das haben, schneller als wir es in diesem Lande überhaupt publik machen konnten, westliche Firmen spitzgekriegt, die haben sich bei mir die Türklinken in die Hand gegeben. Ob das Siemens gewesen ist, SEL oder ..... oder die Schweden oder die Jugoslawen, die ja sehr stark mit TESLA einiges bringen, also sie waren alle schon da und haben gesagt, mit diesem Kombinat läßt sich etwas machen. Es läßt sich darauf aufbauen. Warum? Weil ein Vorzug, den wir haben, mit unseren Kombinaten, mit unseren Betrieben generell in unserem Land, sie sind relativ wenig verschuldet. Im

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Gegensatz zu Konzernen und Betrieben anderer L-änder. Natürlich mit dem Problem, daß sie deshalb nicht verschuldet sind, weil ihnen die Grundmittel zu wenig reingesteckt wurden bisher. Aber ich verfüge bei der Deutschen Post über 98 % Eigenkapital. Die Bundespost verfügt über ein Eigenkapital von 41 %. Also, sie sehen, als Kreditgeber eine Möglichkeit zu investieren und wollen das natürlich, und wir müssen jetzt aufpassen, daß wir nicht verkaufen. Das zieht sich fast generell durch unsere Wirtschaft durch. Und jetzt muß es uns gelingen, daß wir tatsächlich von dem Kombinatsdenken wegkommen und hin zum Betrieb in diesem Lande. Und der Betrieb tatsächlich die Grundfeste ist für die zukünftige Herausbildung einer Wirtschaftsstruktur, welcher Eigentumsform auch immer. Aber der Betrieb tatsächlich der Anbieter ist auch im Zusammenwirken. Zweitens, ich bin der Auffassung, wir dürfen nicht nur nach dem Westen schauen. Also auch in Zukunft müssen wir mit den sozialistischen Ländern zusammenwirken und dort auch mit soliden Betriebsunternehmen. Ich stelle nicht in Frage, daß wir aus eigenen Verträgen heraus müssen, die zum Nachteil unseres Landes sind. Aber sehr geschickt, weil der Nachteil des einen der Vorteil des anderen sein kann in der Grundstoffbereitstellung, im Erdöl oder wo auch immer, wo es uns ja wieder für 1990 gelungen ist, als einziges sozialistisches Land, voll mit der Sowjetunion unseren Bedarf vertraglich zu binden. Natürlich fordert die Sowjetunion Vertragstreue auch von uns, auch bei solchen Verträgen, wo wir minus machen. Bitte sehr, das muß dann in der Gesamtbilanz ausgearbeitet werden. Ich will einen letzten Gedanken sagen. Ich bleibe bei dem Grundsatz, daß man dort etwas leiten muß und leiten kann, wo der höchste Sachverstand, die höchste Kompetenz dazu besteht. Das wird sicher ein außerordentlich hoher Anspruch an die Wirtschaftsreform sein und wird dazu führen müssen, weitere Zwischenleitungen abzubauen. Und da komme ich auf den Ausgangspunkt zurück. Es wird nicht ausbleiben, daß wir ein außerordentlich breites, breitgefächertes System der Umschulung brauchen in diesem Lande, daß es auch ein Umziehen in diesem Lande geben wird. Aber es darf uns nicht passieren, daß wir ein weiteres Umziehen in Richtung BRD haben und evtl. dann ein Nachziehen der Kräfte aus östlichen Ländern. Diese Problematik dürfen wir auch

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

nicht ..... Also das Sichherausretten jetzt, diese Vorschläge kriegen wir täglich, dann müssen wir eben polnische Arbeitskräfte holen, die haben ja keine Arbeit, oder die Ungarn mehr reinlassen, oder was weiß ich, welche Ausdrücke da alles so fallen. Das ist doch keine Lösung für unsere Wirtschaftspolitik. Wir brauchen sie tatsächlich dort mit einer Zukunft. Und das sei mein letzter Gedanke. Wenn wir eine solche Zukunftsarbeit darstellen wollen, dann können wir nicht bis zum 6. Mai denken. Ich jedenfalls nicht. Ich betrachte mich nicht als Minister auf Zeit. Wer auch immer auf diesem Stuhl sitzt, die Post wird es noch lange geben. Ich habe angeschoben ein Konzept der Telekommunikation bis zum Jahre 2000, so nennen wir das. Natürlich k...n mit dem Netz der BRD und mit anderen Ländern. Das läßt sich auf diesem Gebiet relativ einfach machen, auf anderen ist es komplizierter. Oder wir bauen in diesem Jahr etwas in Berlin als internationale Vermittlungsstelle nicht für Berlin mehr, sondern für die Republik, die 15 Millionen DM kostet und über 30 Millionen M noch dazu. Ich addiere das nicht, weil das nicht geht. Diese Geschichte wird aber erst 1991 wirksam. Ich könnte auch dafür etwas anderes machen. Aber ich habe im Sinn dieser Sache gesagt, wir müssen dort etwas machen, was wir nur halb machen, indem wir wiederum nur wieder etwas reparieren, das kostet uns 15 Millionen M. Nur repariert, nichts Ganzes, nichts Halbes, haben wir gesagt, da spielt sich nichts ab. Wir machen etwas Ordentliches, auch wenn es erst 1991 kommt. Natürlich kann ich damit nicht bevölkerungswirksam in den Wahlkampf gehen. Da wird noch nichts mit dem Telefon hinten. Aber ich habe zugleich auch gesagt, wir müssen die Gerechtigkeit in diesem Land herstellen, da sind mir die Berliner böse. Was die Telefonie betrifft. Da habe ich eine ganze Reihe von Eingaben gekriegt. Ich bleibe aber dabei. Ich habe geschworen, gerecht gegen jederman zu sein. Aber wenn wir in Berlin durch dieses Hauptstadtprogramm erreicht haben, daß 47 Wohnungen von 100 ein Telefon haben und in Dresden noch nicht einmal 11, dann hat das mit Gerechtigkeit gegen jederman nichts zu tun. Aber hier ist es wieder wie mit dem großen Durchschnitt. Ich habe trotz dieser 47 von 100 in Berlin etwa 300 Anträge von Schwerstbehinderten. Und jetzt such ich nach Möglich-

Konrad-Adenauer-Stiftung – ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

keiten, wie wir sie anschließen, bis hin zu Kostenaufwendungen, die man eigentlich nicht machen dürfte. Aber weil diese Ungerechtigkeit bisher da war und niemand nach dem Geld gefragt hat, werden wir diese Schwerstbehinderten absichern. Wie auch immer. Das ist also eine solche Problematik. Und schließlich sei gesagt, ich will das hier in diesem Kreis mal sagen, weil ja das Zusammenwirken auch mit der BRD für uns eine außerordentlich große Rolle spielt. In den Gesprächen, die ich bisher mit dem Bundesminister Schwarz-Schilling gehabt habe, und es waren in der Zwischenzeit direkte und unter vier Augen und was weiß ich am Telefon usw. eine ganze Reihe, habe ich nie den Eindruck gehabt, daß man von da, von oben herab auf uns herunterschaut. Ich habe den Eindruck, es sind faire Partner, mit denen wir hier arbeiten können. Faire Partner, sie wissen, in welcher Lage wir sind, aber fair und nicht, sie betrachten uns nicht als arme Leute und sie geben uns ehrliche Hinweise. Und daraus sehe ich auch, daß wir für die Zukunft hier etwas gestalten können, was ich unter einem anderen Satz, als er heute von hier aus schon gesprochen wurde, stellen möchte: Ich bin dafür, daß sich auch unsere Partei äußern sollte zur europäischen Konföderation, die einbeziehen, die westlichen wie die östlichen Länder, daß sich unsere Partei zu dieser europäischen Konföderation stellt und daß wir bei der Zweistaatlichkeit bleiben, daß wir den Begriff "Demok....linie" als Grenze bezeichnen sowie es ist, als Staatsgrenze unserer Deutschen Demokratischen Republik. Schönen Dank.

Unionsfreund .....(?):
So, verehrte Freunde, damit waren wir etwa 15 Minuten hautnah an christlich-demokratischer Regierungsarbeit beteiligt. Schönen Dank Unionsfreund Dr. Wolf. Ich habe vorhin vergessen, voranzukündigen, Unionsfreund Volker Geyer als nächster Redner. Bitte verzeihen Sie es mir, wenn ich Sie überrasche. Es bereitet sich vor Unionsfreund Werner Thomas.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unionsfreund Volker Geyer:

In unserem ersten Positionspapier fehlte die Vokabel Wald völlig. Dieses Manko tritt auch in anderen Papieren wieder auf. Das finden wir auch in unserer Wahlplattform,so eben in unsere Hände gekommen, wieder. Dieses Manko finde ich im ganzen Prozeß der Wende in unserem Land immer wieder. Wald- und Forstwirtschaft sind von all diesen Dingen ausgeschlossen. Vielleicht deshalb, weil die Forstwirtschaft nur mit 0,5 % am Nationaleinkommen beteiligt ist. Aber die Holzproduktion ist ja nur die eine Seite. Die Landesfläche unserer Republik ist zu 28 % mit Wald bedeckt. Vergessen wir den Wald, vergessen wir als ein Drittel unseres Landes von der Fläche her. Der Wald hat seine sogenannten ..... wirkungen, also die Leistungen der Landeskultur usw. Wohlfahrtswirkungen, die sind schwer quantifizierbar, deshalb nicht in Geld auszudrücken und deshalb hat man auch gewisse Probleme, damit umzugehen. Wie ordnet man denn das ein? Was ist denn überhaupt für die Menschen heute noch der Begriff Wald? Allenthalben solche ..... wie Pilze, Urlaub, Datsche, also Konsum. Eventuell noch die Erinnerung an kitschige und demagogische Fernsehsendungen Waidmansheil werden dabei wach und mit dem Wort Waidmansheil gebe ich natürlich hier auch ein Stichwort, Zündstoff natürlich. Es kam zu unserem Sonderparteitag einiges zum Ausdruck, aber auf Grund der Kürze der Zeit, sicher war es nicht möglich, die Ursachen zu nennen. Und das möchte ich hier noch einmal tun, denn in Foyergesprächen wurde mir immer wieder nahegelegt, warum erhellt man nicht restlos dieses dunkle Kapitel der Geschichte in unserem Land, denn das hat doch ziemliche Tragweite auch erlangt. Und da steckt noch mehr dahinter, das sind nämlich nicht nur einige des sozialistischen Hochadels gewesen, sondern auch der Kleinadel, der mittlere Adel bis hinunter zu den Sekretären der Kreisleitungen usw. Überall hat sich das gleichermaßen abgespielt, nur in einem entsprechend anderen Niveau. Dort wurden eben dann kleinere Jagdhäuser gebaut. Aber sie gab es auch und gibt es auch noch. Gleich einmal zur Klarstellung, weil immer noch das Klischee besteht, Lodenmantel, Flinte,

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Dackel, Flachmann einstecken, und fertig ist das Klischee vom Forstmann, und ich komme aus einem Urlaubsgebiet. Zur Zeit sind noch Urlauber dort, Erzgebirge, immer so diese Vorstellungen von Urlaubern, was denn Forstberuf sei. Das wollte ich auch immer mal werden, Förster, das war immer mein Traumberuf. So kommen die Städter. Ich stand schon öfter vor der Frage, diesen Beruf aufzugeben, aber irgend wie habe ich doch gewisse Emotionen, und ich habe mich dabei gehalten in der Hoffnung, daßsich doch einmal grundlegend einiges ändert auch in dieser Hinsicht. Jagd- und Forstwirtschaft sind gesetzlich getrennt von einander. Das heißt aber nur, getrennt sind Befugnisse, also Rechte und Pflichten auf dem Gebiet der Jagd, die Pflichten oder fange ich an bei den Befugnissen, die liegen bei den Jagdbehörden, beim Rat des Kreises und beim Rat des Bezirkes angesiedelt. Die Jagd wird geleitet von staatlichen Jagdleitern mit fallender Tendenz sind das Forstleute, gegenwärtig ca. dreiviertel davon sind nicht Forstleute, die restlichen, ein Viertel etwa, was Forstleute noch darstellen, das sind in der Regel diejenigen, die dann in den Staatsjagdgebieten dort tätig waren. Aber auf der übrigen Jagdwirtschaftsfläche waren es in der Regel dann keine Fachleute mehr, aber dafür dann nach entsprechend anderen Gesichtspunkten ausgewählt. Da können Sie sich natürlich auch gleich vorstellen, welche Aufgabe ich als christlicher Förster dabei hatte wahrzunehmen. Ich gehe nicht darauf ein. Ich schenke mir das. Die Pflichten der Wildbewirtschaftung hingegen, also das Bauen der Ansitzleitern, das Abtransportieren des Wildes, die Wildfütterung, das ist Sache der Forstwirtschaft. Das kann ja der Rat des Kreises nicht bewerkstelligen. Wild ist Volkseigentum. Es kann auch schwer der Rat des Kreises bewirtschaften, also muß ja der Forstwirtschaft auch die finanzielle Abrechnung des Wildes machen, aber nicht nur die Erträge, auch die Wildschäden muß der Forstwirtschaftsbetrieb tragen. Das kann und macht der Rat des Kreises auch nicht. Die bestimmen nur, wer wo und was schießt. Und das ist momentan auch noch so. Denn das Jagdgesetz ist nicht geändert. Ich möchte hier, und ich habe taufrisch eine

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Information von der Bauernpartei, ich habe einmal hineingehört in diese Querverbindung, es ist folgendes: Die Bauernpartei ist im Moment dabei, an der Neufassung eines Jagdgesetzes zu arbeiten. Wir als CDU sollten dieses Feld auch nicht allein anderen überlassen, denn der Wald, die Kreatur, das sollte auch unser christliches Anliegen mit sein. Und gehen wir zurück in die Schöpfungsgeschichte, d.h. in die Weihnachtsgeschichte, liebe Unionsfreunde, das Kind in der Krippe ja, aber auch Ochs und Esel. Auch die Kreatur ist mit hineingestellt in diese Geschichte. Ich möchte noch etwas sagen. Wir brauchen eine neue Strategie der Waldbewirtschaftung. Es kann nicht mehr so sein, daß es heißt, der Wald muß uns pro Jahr der Etat so zwischen 10 oder 13 Millionen je nachdem Holz liefern. Die neue Strategie der Forstwirtschaft muß heißen: Wir brauchen eine ökologisch orientierte Waldwirtschaft mit vorratspfleglicher Holznutzung. Und ich bitte auch die Reihen- und Rangfolge zu beachten. Ökologisch orientierte Forstwirtschaft - Forstwirtschaft muß Ökologiewirtschaft werden. Und die neuesten Zahlen, die ich hier bekommen habe, auch von offzieller Seite, ich weiß nicht ob sie stimmen, ich hatte auch nicht geglaubt, sie könnten stimmen. Wir haben in der Fichtenwirtschaft unsere Wälder mit 34 % übernutzt. Das ist eine erschreckende Zahl. Ich glaubte dieser Zahl nicht, aber wenn ich die Wälder ansehe, dann muß ich feststellen, es könnte stimmen. Wir müssen deshalb auch in unserer Wahlplattform zu diesen Dingen Stellung nehmen,und ich möchte auch an dieser Stelle hier sagen, wir können nicht mehr auch als CDU Wald- Forstwirtschaft,das Grüne, so stiefmütterlich betrachten, wie das bisher so der Fall war. Wir sollten uns zu diesen Dingen klar positionieren, und ich möchte auch anregen, daß wir eine Arbeitsgruppe, eine grüne Arbeitsgruppe, ins Leben rufen. Während wir in unserer Wahlplattform uns ganz konkret zu Problemen des Bildungswesens positionieren, Fragen der Fremdsprache sehr konkret werden, auch in der Landwirtschaft, zu forstlichen Problemen, zu Problemen Wald, Umwelt, Jagdwesen und alle diese Dinge, haben wir keine Aussage. Das muß sich ändern. Ich möchte ein Zitat hier anbringen von Lenin:"Schöne Wälder sind eine Visitenkarte des kulturellen Niveaus des ganzen Volkes und eine grundlegende Voraussetzng für seinen Wohlstand."

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Ich denke, damit hat er wirklich recht gehabt. Schauen wir unsere Wälder an, dann wissen wir, wo wir stehen mit unserer Wirtschaft und mit unserem Wald. Und wenn wir wieder dort hinkommen wollen, schöne Wälder, eine Analogie also erreichen wollen, dann müssen wir auch unsere Wälder verbessern. Ich habe versucht, hier einige Wege aufzuzeigen, wie wir uns auch als Partei diesen Dingen stellen können. Ich danke für's Zuhören.

Unionsfreund .....(?):
Das Wort hat Unionsfreund Werner Thomas. Es bereitet sich bitte vor Unionsfreund Ingolf Wappler.

Unionsfreund Dr. Werner Thomas:

Liebe Unionsfreundinnen und -freunde! Ich möchte mich auf das Motto beziehen, das vorgelegt worden ist für die Wahlkampfplattform "Umkehr in die Zukunft". Ich habe einen Alternativvorschlag. Bevor ich den sage, möchte ich dazu sagen: Ich würdige alle Lebensbereiche und alle Tätigkeitsbereiche. Aber wir dürfen eben nicht vergessen, was wir verzehren wollen, muß erwirtschaftet werden, und das macht nun einmal die Industrie und die Wirtschaft. Und das ist das Hauptproblem. Es gibt das andere Motto "Die Liebe geht durch den Magen". Wir müssen also das wirtschaftliche Problem als wichtigstes auch ins Motto stellen, ist meine Meinung, nämlich etwa so "Soziale Marktwirtschaft - keine sozialistischen Experimente". Und deshalb, die Experimente, die von der SED propagiert werden immer noch und mit riesen Schlagzeilen, verlocken viele, die verunsichert sind. Und verunsichert sind sehr viele. Auch deshalb sind ja mehr als die Hälfte der potentiellen Wahlbürger, die befragt worden sind, verunsichert und können nicht einmal sagen, ob sie überhaupt zur Wah-l gehen oder wen sie wählen sollen. Ich möchte sehr darum bitten, daß wir uns über das Motto dann verständigen können. Ein weiterer Punkt, den ich habe: Es ist vorhin gesagt worden, daß man unter Umständen auch mit Medien der Bundesrepublik zusammenarbeitet. Ich möchte wirklich darum bitten, daß wir bei der Öffentlichkeitsarbeit, daß wir beim

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Transportieren unserer Aussagen in die Öffentlichkeit keine Berührungsängste haben. Ich habe z.B. am Neujahrstag einen Besucher aus Hannover gehabt und der hat mir versprochen, einen Zeitungsartikel von mir in die Hannoversche Allgemeine Zeitung zu bringen. Das ist nur ein Beispiel von vielen, und wenn wir ein Fernsehinterview nutzen können, dann sollten wir es wirklich tun und nicht auf das Fernsehen der DDR allein bauen. Eine Aussage zum Errichten des Amtes für Verfassungsschutz. Es kann sein, daß es mir entgangen ist, aber ich habe bisher noch keine verbindliche Äußerung unserer Partei vernommen, meine Ansicht ist unbedingt, daß ein Amt für Verfassungsschutz erst von einer demokratischen Volkskammer inthronisiert werden darf. Wir müssen uns ganz entschieden da gegen wenden, daß man Unterschlupf für alte Stasileute schafft, daß man mit diesen Slogen, die Herr Gysi auf der Versammlung vor dem Treptower Denkmal gesprochen hat, nämlich eine Einheitsfront gegen Neonazis, daß man damit unterschwellig schon wieder die Nationale Front beleben möchte. Zur Informationstätigkeit: Die Informationen von Ihnen, Herr Dr. Wolf, haben mich sehr angenehm berührt. Wenn wir davon ausgehen, daß wir wieder gewählt werden wollen,und Ihnen wünsche ich es auch ins besondere, dann müssen solche Informationen, die Sie hatten hinsichtlich Briefmarken, auch wenn erst 1991 die Vermittlungsstelle in Berlin nicht für Berlin wirksam werden soll, dann müssen wir die Bevölkerung darüber informieren. Und wir müssen auch rechtzeitig informieren, wenn ein Ministerratsbeschluß am 8.12. gefaßt wurde und der Zweck dazu klar war, aber dann eine Ausdeutung im nachhinein so erfolgen kann und am Ende eine Gerüchteküche am Kochen ist, bei der wir am Ende Federn lassen müssen. Wir dürfen nicht in die Politik des alten Parteivorstandes verfallen, da müssen wir uns eigentlich jeden Tag neu befragen, daß wir mit Informationen sparsam umgehen. Natürlich ist es sehr schwierig, alle Informationen an den Mann zu bringen. Ich möchte noch einmal anregen, wir müssen uns selber jeden Tag fragen, welche Information braucht die Bevölkerung? Liebe eine mehr als eine zu wenig. Zum Verhältnis zu den Kirchen noch ein Hinweis. Es läßt

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

sich schlecht aufsetzen, aufpropfen. Ich habe zu unserem Superintendenten, ich bin in einem evangelischen Gemeindekirchenrat, ein sehr gutes Verhältnis, fast ein Förderungsverhältnis durch ihn. Aber das ist nicht gewachsen, weil ich Mitglied der CDU bin, sondern weil ich, bevor er dies wußte, Mitglied im Gemeindekirchenrat war. Aber auf Grund dieser Basis läßt sich unheimlich viel machen. Es ist mir auf diesem Wege alleine an dem Wochenende Sylvester/Neujahr sind drei Vertreter aus der Bundesrepublik mir zugeschickt worden, so will ich es einmal sagen. Und damit lassen sich Kontakte aufbauen, und die brauchen wir ja auch für die Unterstützung im Wahlkampf. Danke.

Unionsfreund .....(?):
Wir erteilen Unionsfreund Ingolf Wappler das Wort. Es bereitet sich Unionsfreund Dr. Peter Wagner vor.

Unionsfreund Ingolf Wappler:

Liebe Unionsfreunde! Wenn wir den Wahlkampf führen wollen, dann ist das Wichtigste wohl das Programm. Denn die Leute wollen wissen, wen sie wählen und warum. Die Wahlplattform, die wir vorhin gerade erhalten haben, enthält sehr viele Forderungen. Die Forderung Nr. 1 sollte aber die Einheit Deutschlands sein. Darauf warten die Bürger, denn dieses Thema beschäftigt uns alle am meisten. Also der letzte Punkt der Wahlplattform muß zum Punkt Nr. 1 werden. Ihm muß sich die Forderung nach sozialer Marktwirtschaft anschließen. Denn die Umgestaltung der Wirtschaft hat Priorität vor allem anderen. Je entschlossener eine marktwirtschaftliche Reform in Angriff genommen wird, desto eher läßt sich das für den Aufbau der Wirtschaft unerläßliche private Kapital mobilisieren. Reform des Parteisystems, Eigenverantwortung der Betriebe, Konvertibilität der Währung und die Nutzung der Möglichkeiten der Gemeinschaftsunternehmen sind entscheidende Schritte in diese Richtung. Wir werden den Wahlkampf vor allem

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

programmatisch führen müssen. Deshalb keine falschen Versprechungen machen. Zu jedem Problem Lösungen aufzeigen und dadurch Glaubwürdigkeit gewinnen. Dazu sind aber kompetente Leute nötig, die den Wahlkampf überzeugend führen können. Wir als CDU müssen alle Möglichkeiten nutzen, um die Bürger über unsere Ziele zu informieren. Deshalb dürfen wir am Runden Tisch das Feld nicht den Oppositionsgruppen überlassen. Wenn wir schon Regierungsverantwortung übernehmen, dann sollten wir uns wenigstens dabei etwas profilieren, d.h. keine Entscheidungen mittragen, die unseren Zielen zuwiderlaufen. Klar unsere Meinung sagen, vor allem eigene Forderungen einbringen und durchsetzen. Das gilt auch für die Volkskammerfraktion der CDU. Wir brauchen ein neues Wahlgesetz. Die Verunsicherung im Volk zum Thema Wahl ist groß. Welche Parlamente werden denn am 6. Mai eigentlich gewählt? Das Mediengesetz, die SED will es erst Ende 1990 verabschieden. Damit will sie den Einfluß auf alle Medien für den eigenen Wahlkampf mißbrauchen. Also muß die Forderung der CDU lauten, das Mediengesetz muß bis März 1990 verabschiedet werden. Es gibt kein Parteiengesetz. Das wird besonders bei der Finanzierung deutlich, es fehlt eine Regelung zur Wahlkampfkostenerstattung. Wir müssen uns überlegen, mit wem wir nach dem 6. Mai in den Parlamenten zusammenarbeiten wollen. Eins muß klar sein, mit der SED wird es kein Bündnis geben, auf keiner Ebene. Die Mehrheit einer von der SED geführten Koalition muß verhindert werden. Im Wahlkampf müssen wir die Wähler immer wieder auf die Folgen von 40 Jahren SED-Alleinherrschaft erinnern, denn die Genossen wollen sich aus der Verantwortung stehlen. Sie betreiben Etikettenschwindel, wenn sie sich als Partei des demokratischen Sozialismus bezeichnen. Sie wollen ihre alte Macht wieder herstellen, deshalb muß unser Wahlkampf besonders gegen die SED geführt werden. Die Genossen versuchen, den Begriff "antifaschistisch" für sich allein in Anspruch zu nehmen. Das ist Unsinn, denn wir alle sind Antifaschisten. Diesen Begriff mit linken kommunistischen Positionen zu besetzen, ist unzulässig. Die Kommunisten wollen damit alle anderen politischen Parteien und Gruppierungen, die nicht auf ihrer Linie liegen, als rechts diffamieren. Deshalb müssen wir, die CDU, immer wieder

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

unsere humanistische antifaschistische Tradition klar herausstellen. Die CDU hat vor den anderen Parteien einen Vorsprung mit unserem Sonderparteitag,der Neuwahl der Parteiführung und der Wahlkampfplattform haben wir die Initiative ergriffen. Nutzen wir den Vorteil auch weiterhin aus. Der Wahlkampf wird an der Basis geführt. Leider sind wir nicht in der Lage, ihn aus eigenen Mittel zu führen. Wir brauchen die Unterstützung durch die Unionsparteien in der Bundesrepublik. Diese wird uns von dort besonders auf materiellem Gebiet großzügig gewährt. Ohne unseren persönlichen Einsatz werden wir aber keine Wählerstimmen bekommen. Übernehmen wir jetzt Verantwortung. Wir kandidieren als Partei, aber in den Rathäusern und Parlamenten sitzen Menschen. Wir brauchen Persönlichkeiten, die die CDU in den Wahlkampf führen.In der Wahlkampfplattform wird nichts zum Thema Jugend in der CDU und nichts zur Christlich-Demokratischen Jugend (CDJ) gesagt. Auf dem Parteitag habe ich gesagt, daß ich mich im Parteivorstand für eine gute Zusammenarbeit zwischen Partei und CDJ einsetzen will. Ich kann Ihnen versichern, daß die CDJ unsere Partei im Wahlkampf mit ganzer Kraft unterstützen wird. Die Christlich-Demokratische Jugend hat inzwischen etwa 15 000 Mitglieder, überall wurden Basisgruppen gebildet. Wir wünschen uns mehr Beachtung und Unterstützung durch die CDU. Gerade im Wahlkampf wollen wir junge Menschen ansprechen, um sie für die Ziele von CDJ und CDU zu interessieren. Ich danke Ihnen.

Unionsfreund ..... (?):
Ja, es gibt einen Geschäftsordnungsantrag. (.....nicht verständlich)

Unionsfreund Lothar de Maiziére:

Geschäftsordnungsantrag, ich würde Zweifel haben, daß das ein Geschäftsordnungsantrag ist, nun zu sagen, jetzt wird der Tagungsleitungvorgeschrieben, wann welcher Antrag zu behandeln ist, der hier schriftlich vorliegt. Sondern wir hatten uns vorhin verständigt, daß die Aussprache zu den Berichten sein soll, und ich würde meinen, wir fahren mit fort und würden dann an geeigneter Stelle die Anträge abzuarbeiten haben. Vielleicht

Konrad-Adenauer-Stiftung. ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

eine Information, die sich daraus ergibt. Die Unsicherheit, die immer wieder hochkommt, welche Wahl[en] am 6. Mai sind. Am 6. Mai wird ausschließlich die Volkskammer gewählt. Alle anderen Ebenen sind gar nicht zu bewältigen bis dahin und für die anderen sind auch die rechtlichen Voraussetzungen nicht gegeben. Es wird dann im Herbst diesen Jahres wahrscheinlich, wenn die neue Regierung das denn auch so beschließt, werden Kommunalwahlen auf der untersten Ebene sein, weil es dort am notwendigsten wäre, dort neu zu wählen, weil da auch die besonderen Beschwernisse des 7. Mai 1989 sind usw. Und zugleich mit dieser Wahl im Herbst 1990 soll die neue Verfassung zur Volksabstimmung gestellt werden, und erst die Verfassung wird dann die Struktur bringen, Kreistage und Landtage zu wählen. Und dann wird im Frühjahr 1991 die Kommunalwahl zu den Kreistagen und Landtagen sein. So sind die Vorstellungen der jetzigen Regierung, die natürlich jeder Zeit durch eine neue nach dem 6. Mai gewählte Regierung geändert werden könnten.

Unionsfreund .....(?):
Am Pult steht Union-sfreund Dr. Peter Wagner, den wir um seinen Beitrag bitten. Es bereitet sich vor Unionsfreund Henning Stoerk.

Unionsfreund Dr. Peter Wagner:

Liebe Unionsfreundinnen! Liebe Unionsfreunde! Ich bin mit Ängsten, obwohl ich kein ängstlicher Mensch, zu dieser Sitzung des Parteivorstandes gekommen und ich hoffe, daß ich diese Ängste nicht aus dem Raum nehmen werde, daß es uns gelingt, zu bestimmten Positionen klare Aussagen zu treffen. Warum sage ich das? Als Leiter einer großen Gesundheitseinrichtung, mir unterstehen 280 Ärzte und mittleres medizinisches Personal, habe ich durch die vielen Patientengespräche das Ohr förmlich in der Bevölkerung. In dieser Zeit des Wahlkampfes, der nicht erst jetzt, sondern schon vor den Festtagen begonnen hat, wird immer wieder nach den Positionen der CDU gefragt und uns die Frage vorgelegt, warum wir solange auf uns warten lassen, warum wir keine Flagge zeigen, warum wir nicht publik werden. Ich möchte hier noch einmal, obwohl es schon oft gesagt wurde, mit aller Härte betonen: Vor dem Fest

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

ist es losgegangen in unserer Lokalpresse mit dem Slogen "Angetreten gegen rechts". Der sehr solide Dr. Modrow neben einen Gregor Gysi, Sie können sich vorstellen, welche Emotionen es bei den Leuten weckt. Die Aktion für unser Land, sicherlich gut gedacht, von der SED unterstützt und lanciert in einer unerträglichen Art und Weise. Noch etwas verheerendes hat sich abgespielt. Ich denke nur an Berlin-Treptow, wo die Gleichsetzung unseres Willens nach einer, wenn auch nicht sofort erfolgenden, aber vielleicht doch in der Perspektive zu realisierenden Einigung Rumpfdeutschlands mit neofaschistischen Umtrieben und Neofaschismus halte ich für eine brutale Form der Wahlkampfführung, und sie wird durch die Sozialistische Einheitspartei- PDS oder per pedes oder wie sie sich immer nennen möge, geführt. Gysi hat ganz eindeutig nach dem starken Mann oder der starken Organisation geschrien, nach der Stasi, nach seinen roten Horden, erzeihen Sie mir bitte diesen sehr üblen Slogen. Aber ich kann sie nicht anders bezeichnen. Ich bin der Meinung, wir dürfen diese Art und Weise der Wahlkampfführung nicht mitmachen und müssen wissen, wohin das Schiff steuert. Man will im Augenblick von der Misere ablenken. Ich weise darauf hin, daß kein Recht bisher gesichert ist oder staatlich sanktioniert. Ein Reisegesetz ist angedacht, es ist nicht verabschiedet. Und wenn irgend etwas verabschiedet wird, dann wird es ein alter Abstimmungsmechanismus machen. Wir müssen uns ganz eindeutig als Partei der Mitte apostrophieren und uns nicht ins rechte Abseits drängen lassen. Und wir sollen in der Wahlkampfführung ganz offen sagen, daß Faschismus nicht nur rechts steht, sondern ganz eindeutig auch links. Ich brauche nur an Rumänien erinnern. Die Medienpolitik der Sozialistischen Einheitspartei würde ich als Medienmonopol bezeichnen. Es ist heute schon viel gefallen. Fernsehen betrieben, Nachrichtenselektion und Nachrichtenunterdrückung gezielt. Ebenso der Rundfunk, Verlage, Druckereien, Werbea-genturen befinden sind in Hand der Sozialistischen Einheitspartei. Und wir sehen zu. In den Betrieben sind die Grundorganisationen, wie schon heute gesagt, nicht aufgelöst, sie werden so gar durch Wohnbezirksorganisationen demnächst erweitert. Ein Vorschlag vielleicht in unserer Machtlosig-

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

keit, der derzeitigen, wir sollten der Presse vorschlagen, über unsere Pressestelle, vielleicht in jede Zeitung, die gedruckt wird, ein Flugblatt jede Woche oder in einer kürzeren Frequenz, neu und aktuell einzulegen, das wir dann an die Pinnwand heften in den Betrieben oder zum ähnlichen Gebrauch haben. Eine Bitte an unseren von mir sehr hochverehrten und von unseren Mitgliedern hochverehrten Herrn Vorsitzenden Lothar de Maiziére. Werbespotts, verehrter Freund de Maiziére, nicht erst dann, wenn das Geld aus eigenen Kanälen nicht fließt. Ich bin der Meinung, man wird es schon so lange verhindern, bis nichts mehr fließen kann. Jetzt schon mit Herrn Rühe Kontakt aufnehmen und lassen wir doch die Ziererei bitte sein. Ich verstehe es nicht. Andere Parteien haben hier schon längst zugegriffen. Und unser Minister Wolf hat gesagt, er ist der Meinung, es sind integere Leute, die dort hinterstehen. Ich kann das nur unterstreichen,da wir Verbindung zum Landesverband Berlin haben. Noch eine kurze Bemerkung, die Zeit drängt, ich möchte nicht überziehen. Ich möchte Sie nicht zu sehr langweilen. Der 6. Mai ist ein Stichtag, liebe Freunde. Und ich möchte hier keine Angst erzeugen. Ich möchte nicht billig irgend etwas vortragen, aber meine Kollegen haben in vielen Gesprächen mir vorgetragen, haben gesagt, der 6. Mai ist der Stichtag für uns. Bis dort hin fühlen wir uns unserer Bevölkerung noch verpflichtet, ärztlich-ethisch. Sollte man sich dann für die rote Mehrheit entscheiden, ist für ein Großteil meiner ärztlichen Kollegen diese Verpflichtung nicht mehr gegeben, und einige annoncieren bereits. Ich kann es ihnen nicht verdenken, ich bitte sie nur darum, das möglichst herauszuschieben und zu unterlassen. Was dann einsetzen würde, ich möchte es mir nicht ausmalen. In vielen Gesprächen mit Vertretern des Neuen Forums waren wir übereingekommen, und vielleicht sollte man das zentral auch machen, daß wir mit unserem schwachen Stimmchen uns mit diesen Organisationen gemeinsam zusammentun und darauf aufmerksam machen müssen, daß es darum geht, kurzfristig und schnell die SED von diesem Medium Pressefunk zu entmachten und hier Gleichheit zu führen. Es wurde heute ein Interview im Deutschlandfunk, kurz

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

bevor ich aus Potsdam abgefahren bin, gebracht. Dort wurde gesagt, es wird vielleicht geheime und freie Wahlen geben, aber gleiche Wahlen unter diesen Voraussetzungen wahrscheinlich nicht. Ich bitte auch noch eins, und dann bin ich gleich zu Ende, ich sehe, die Zeit rast. Wir müsssen in der Wahlplattform wenige klare Grundaussagen machen. Sozialismus klar nein, Formulierungen, wie wir grenzen uns ab von einer Weltanschauung, die zur Deformierung, nennen wir sie doch bitte und tun nicht so ängstlich darum, das Wort nicht in den Mund zu nehmen. Wir wissen doch, um wen es sich handelt. Ganz kurz bitte noch zur Wahlkampfplattform. Die perspektive Einheit der deutschen Nation, ein sehr umstrittenes Kapitel. Ich bin aber der Auffassung, in allen Gesprächen,die ich geführt habe, wir kommen nicht umhin irgendwann wieder das zu werden, was wir waren und was wir durch die zielgerichtete Arbeit der Sozialistischen Einheitspartei nicht mehr geblieben sind. Ein deutsches Land, ein deutscher Staat, meinetwegen Rumpfdeutschland. Ich will keine Angriffe auf fremde Grenzen haben. Und lassen Sie mir bitte als Mediziner noch ein Wort hier sagen. Ich weiß, ich bin unverschämt. Sie können mich steinigen nachher. Aber ich muß es sagen. Bitte operieren wir auch nicht, verehrter Herr Vorsitzender, mit dem Begriff der sozialen Errungenschaften. Das ist Propaganda alter Zeit. Wir haben jetzt die Möglichkeit, uns mit den Sozialsystemen der anderen Seite zu befassen und ich muß Ihnen sagen, ich stehe Ihnen gern zur Verfügung. Wie sozial oder unsozial das im Gegensatz zu unserem ist, das brauche ich hier nicht zu sagen. Ein letzter Satz zur Wahlkampfplattform. Hier steht im ersten Absatz "für politische Meinungsvielfalt", ich würde sagen, der muß erweitert werden, Abschaffung vom Medienmonopol der SED und Artikulierbarkeit für alle Gruppen und Parteien. Danke schön. Ich bitte um Verzeihung.

Unionsfreund Lothar de Maiziére:

Ich muß Sie doch einmal fragen, ob Ihnen die Anführungszeichen bei den Errungenschaften in meinem Vortrag vorhin entgangen sind. (Zwischenruf unverständlich)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unionsfreund .,.....(?):
Das Wort erhält Unionsfreund Henning Stoerk. Unionsfreund Galley bereitet sich vor.

Unionsfreund Henning Stoerk:

Also, ich vertrete hier die Cabriolets, obwohl ich selbst Limousine bin inzwischen und habe in den letzten Wochen in der CDJ eine Reihe von Gesprächen geführt, die alle Ausdruck der Sorge sind, immer wieder der Sprachlosigkeit und auch der Tatsache, daß unsere CDU wieder einmal Klette ist. Und ich muß nach den Worten unseres Postministers, er hat in allem recht, eins sagen: Es gibt zwei Lösungen - entweder er ist nach dem 6. Postminister und geht in das Jahr 2000 oder etwas früher von mir aus oder er ist es von jetzt bis zum 6. Mai. Es dankt uns kein Mensch dafür, daß er jetzt solche vielen Initiativen macht. Es sind Initiativen der Regierung Modrow. Es ist einfach so. Mein Vorredner hat es schon gesagt, und mein Freund Ingolf Wappler ebenfalls, wir müssen uns offensiver auseinandersetzen mit dem politischen Gegner. Und der politische Gegner ist derjenige, der dieses Land in diese verfluchte Situation gebracht hat. Der jetzt schimpft, der jetzt warnt vor dem Ausverkauf der DDR, die er schon längst verscherbelt hat. Und diese Dinge muß man in schonungsloser Offenheit sagen. Was wir heute gehört haben, wir haben ja alle geklatscht über die Wäscheklammer, die ist ja wunscherschön die Wäscheklammer, aber die entlarvt doch nicht den Gegner. Warum bringen wir kein Plakat, wo draufsteht "Gesucht wird unbekannnt - 50 000 Mark Belohnung", der-jenigen. der die Schmierereien gemacht hat im Treptower Park. Den suchen wir als CDU. Wo ist er denn? Der muß sich doch finden lassen. Die Kripo findet ihn nicht. Und jeder in diesem Land weiß ganz genau, wen wir dann suchen werden. In den Plakaten, wir haben die vier Plakate gehört, die sind mir alle ein bißchen zu sanft. Da müssen Fragen zur Wirtschaft kommen, da muß der Mittelstand, der hier zertrümmert worden ist von der SED und der anschließend in die Zentrag einverleibt wurde,diese Dinge müssen entlarvt

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

werden. Sonst kommen wir nämlich wieder dahin, daß die SED mit ihren 30 % rauskommt und da gehen nicht nur die Ärzte weg von hier, da geht auch noch der Rest von der Jugend weg,und es kommen dafür auch keine Investitionen rein. Ich habe mit Mittelständigen in der Bundesrepublik gesprochen, die stehen in großem Umfang, in sehr großem Umfang da mit 100 000 Mark in der Hand und der Bereitschaft, als Unternehmensberater herüberzukommen, aber die Bedingung ist, daß am 6. Mai die CDU 30 % bekommt und zwar mindestens. Wir haben auch immer wieder Terminologiefragen. Lieber Freund de Maiziére, Sie sagten vorhin so etwas ,und ich habe es neulich auch benutzt und mußte mich hinterher revidieren, das waren Dinge des Stalinismus, das waren keine Dinge des Stalinismus, das war der reale Sozialismus. Und das steht schon drin bei Marx, daß eine Diktatur aufgebaut wird, und wir haben sie aufgebaut. Und es hat mit dem Väterchen Stalin überhaupt nichts tun. Das war schon vorher so. Und vor allem war es schon so geplant. Denn wenn wir sagen, es war der Stalinismus, dann kommt die SED und sagt, na jetzt machen wir es ja besser, jetzt machen wir ja den wahren Sozialismus. Aber wir kennen doch schon drei Sorten Sozialismus in unserem Leben. Wie viel soll man uns denn noch anbieten? Zu den Medien, weil ich ja nun bei den Medien bin leider Gottes, es hat sich so ergeben. Wir drucken beim ND. Ich frage mich, wann denn da eines Tages mal die Druckmaschinen kaputt sind über Nacht oder der Strom ausgefallen ist. An welchem entscheidenden Tag, wenn unsere Partei eine Zeitung druckt, ist das kaputt. Die SED arbeitet doch unterhalb der Gürtellinie. Wer das noch nicht gemerkt hat, der tut mir leid. Ich würde lieber jetzt bei Springer drucken lassen als bei der SED aus Sicherheitsgründen. Wer fordert von unserer Partei die Enteignung der unrechtmäßig erworbenen und angeeigneten Betriebe der SED? Machen wir das alles nach dem 6., wenn wir zufällig ein paar Prozente abbekommen haben? Zum DDR-Fernsehen, die bezahlen mich ja schließlich, muß ich auch etwas dazu sagen. Das DDR-Fernsehen hat sich jahrelang -

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

man kann sagen jahrzehntelang, bezeichnet wörtlich "als eine Abteilung des Zentralkomitees der SED". Und die Aktuelle Kamera, schade daß sie nicht mehr da ist, als ein Organ des Politbüros. Und entsprechend sind die Menschen erzogen dort. Nun will ich nicht sagen, daß nicht der eine oder andere auch umdenken kann, denn wenn man die Wende verlangt, muß man natürlich auch dem anderen die Wendemöglichkeit zugestehen. Aber Fakt ist doch eins, daß dieses ganze Fernsehen von oben bis unten durchsetzt ist in den Führungsetagen und darunter von Genossen, die können überhaupt nicht umdenken. Und wer sich jetzt einmal die Aktuelle Kamera sich mal anguckt und die Interviews, die dort gemacht werden, der spürt es doch, daß selbst beim besten Willen es nicht möglich ist und dazu kommt ja noch eins, daß nach meinen Informationen auch informiert wurde von den zuständigen Organen, wie es immer wieder so schön heißt, daß die Organe der SED, als da sind die Zeitungen, BZ am Abend, Berliner Zeitung, die unabhängigen also auch, sich im Wahlkampf auszurichten haben nach den Interessen der SED, also müssen wir nicht verlangen, daß sie irgend etwas schreiben von uns. Das alles findet permanent dort statt und wir sind in dieser Regierung und dafür dankt uns kein Wähler. Er wird uns dafür danken, wenn wir uns endlich abgrenzen von denen, die dieses Land in die Knie gezwungen haben. Und Freund Wolf, Ihr Engagement ist schätzenswert, und ich würde mich an der gleichen Stelle nicht anders verhalten. Aber wenn Sie sagen, Sie brauchen eine stärkere Unterstützung durch den Hauptvorstand, dann muß ich sagen, dann fragen wir doch einmal den Hauptvorstand als die Vertreter der CDU in der DDR, ob wir in dieser Regierung überhaupt sein wollen. Es ist doch niemals diese Frage stellt worden. Und das ist ein Antrag. Genau so brauchen wir eine Wahlaussage, daß wir auf keinen Fall mit der SED koalieren werden, auf keinen Fall. Und zum Schluß bringe ich noch ein Plakat, was ich machen würde und wahrscheinlich auch werde: Wir sind keine Kaninchen, Schluß mit den Experimenten, setzen wir einen Punkt. C. D. U.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unionsfreund .....(?):
So, vielen Dank für diesen sehr leidenschaftlich vorgetragenen Beitrag. Wir werden den Antrag entsprechend behandeln, nicht sofort, wir werden ihn einordnen in das Antragsgeschäft. Geben wir Unionsfreund Michael Galley das Wort, und es bereitet sich vor Unionsfreund Keilberg.

Unionsfreund Michael Galley:

Liebe Unionsfreundinnen! Liebe U-nionsfreunde! Da haben wir nun eine Parteienlandschaft, einige links, einige, wahrscheinlich sogar einige mehr, in der Mitte, und rechts spielt sich auch irgend etwas ab, so genau läßt sich das noch nicht einschätzen. Und wir in der Mitte, je nach Standpunkt des Betrachters, ein bißchen weiter Mitte links oder Mitte rechts, ich denke, es ist für den Wähler nicht erkennbar. Außerdem, wenn wir uns die sehr verschiedenen Standpunkte in unserer Partei ansehen, dann wird deutlich, daß aus meiner Sicht diese Bewertungsskala nicht paßt, weil sie einfach nicht stimmt. Was könnten wir da-gegen unternehmen? Die Aussage, daß wir dieses oder jenes nicht seien, wird uns da nicht weiterhelfen. Bevor wir uns jedoch in diese oder jene Ecke stellen lassen, denke ich, sollten wir uns Gedanken darüber machen, ob wir unsere Position nicht selbst mit einem Begriff beschreiben können, der einerseits die sehr unterschiedlichen Standpunkte unserer Partei aufnimmt, der andererseits aber nun auch die Katalogisierungsmentalität von Journalisten und von Wählern aufnimmt. Aus meiner Sicht, und ich habe darüber auch inzwischen mit vielen Freunden gesprochen, sollten wir uns eindeutig als konservative Partei verstehen und öffentlich bekennen. Natürlich weiß ich, daß dieser Begriff auch negativ gesetzt ist. Aber diese negative Besetzung, den Fortschritt hemmend, steht in einem Wörterbuch, und es gibt noch schlimmere Definationen, stammt aus dem 45-jährigen Wahrheitsanspruch der SED, das sollte für uns kein Hindernis sein. Andererseits ist die Tatsache, daß wir damit im Wahlkampf eine zumindest bisher noch nicht besetzte Position in der DDR einnehmen, zwar verlockend aber als Begründung natürlich nicht ausreichend. Deshalb also die Frage, weshalb ist es

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

richtig, wenn wir uns als konservative Partei verstehen und darstellen. Ich muß das hier sehr verkürzt tun, Sie haben dafür Verständnis. Wir haben uns laut Präambel des Positionspapiers als oberste Ziele Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gestellt. Wir haben zwar als Partei kein Urheberrecht an dieser Begriffszusammenstellung, aber als Glieder der Kirchen sind wir in unserer geistlichen Heimat zunehmend mit dem konzilaren Prozeß bestimmt worden. Der Ansatz für diesen Prozeß ist der Schlußsatz aus der Schöpfungsgeschichte, wo es heißt: "Und Gott sah an, alles was er gemacht hatte und siehe, es war gut." Das Alte Testament beschreibt, wie unsere Vorfahren damit umgegangen sind. Dagegen setzt Gott die Versöhnung in Jesus Christus, mit dessen Namen wir als Christlich-Demokratische Union Politik machen wollen. Deshalb kann unsere Politik nur von dem Anliegen bestimmt sein, daß wir all das, was Gott gut geschaffen hat, die Schöpfung im Frieden und mit Gerechtigkeit versuchen, vor weiterer Bedrohung und vor weiterer Zerstörung zu schützen und zu bewahren. Und damit sind wir bei dem entscheidenden Begriff. Natürlich werden wir Mißdeutungen von politisch Andersdenkenden immer ausgesetzt werden. Aber unsere Freunde, denen sollten wir diesen Begriff so anbieten. Und ich denke gerade der konzilare Prozeß macht doch nun auch wirklich deutlich, daß jedwede Assoziation zu politisch sogenannter Reaktion oder, wenn wir es ehrlich meinen bzw. wenn wir es denn ehrlich meinen, nicht paßt, sondern daß im Grunde genommen eine so bestimmte konservative Partei in höchstem Maße progressiv arbeitet. Dies ist nicht nur wegen der politisch so gesetzten Begriffezu sagen, sondern vor allem wegen der eingangs angesprochenen sehr unterschiedlichen Positionen in unserer Partei. Von diesem Ansatz her können wir nicht nur unterschiedliche Positionen ertragen, sondern wir brauchen gerade diese Vielfalt. Wir haben sie uns nutzbar zu machen, hat Unionsfreund de Maiziére auf dem Parteitag gesagt. Als konservative Partei brauchen wir Pluralismus, haben aber gleichzeitig jedweden Extremismus ausgegrenzt. Als konservative Partei können wir keine elitäre Partei sein, sondern wir haben jede soziale Gruppe aufzunehmen. Daß wir als

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Geschöpfe Gottes für Geschöpfe Gottes Politik machen wollen, legt noch kein bestimmtes politisches Programm fest, dennoch werden damit grundsätzliche politische Positionen bestimmt. Von daher sollten wir die Schwerpunkte in unserer Politik setzen, so wie sie in der vom Parteitag beschlossenen neu gefaßten Präambel des Positionspapiers ausgewiesen sind. Das bedeutet doch auch, daß wir nicht die gesamte Palette politischer Probleme aus dem Stand bis ins Detail besetzen müssen, sondern wir sollten uns vorrangig mit den für eine konservative Partei besonders wichtigen Problemen dort aber konsequent und mit Verbindlichkeit befassen. Ich möchte dies an einem Beispiel demonstrieren, an dem folgenden Satz aus der Präambel: "Wir stehen ein für Rechtstaatlichkeit, für Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, für strikte Gewaltenteilung zwischen Parlament, Regierung und Rechtsprechung." Ich nenne dieses Beispiel, weil ich dazu einen Vorschlag unterbreiten will, wie wir uns als konservative Partei für die Bürger dieses Landes, für die Wähler in der DDR erkennbar und nutzbar machen sollten. Ich schlage vor, daß die CDU für die DDR einen Verfassungsentwurf erarbeitet, vom 17. Parteitag als Entwurf beschließen läßt und ihn dann als unsere politische Vorstellung der Bevölkerung zur Diskussion anbietet. Der Vorschlag liegt der Tagungsleitung als Antrag vor. Danke.

Unionsfreund .....(?):
Unionsfreund Christhardt Keilberg spricht jetzt zu uns, anschließend Freund Jürgen Seidel.

Unionsfreund Christhardt Keilberg:

Liebe Unionsfreundinnen! Liebe U-nionsfreunde! Wie die Wahl am 6. Mai ausgeht, wird hauptsächlich davon abhängen: Erstens, wie wir unser Programm durchsetzen können und mit klaren Aussagen untersetzen können. Und zwar müssen diese sachlich sein, seriös und wie schon erwähnt war, sagen wo-für wir sind nicht nur wo-gegen. Wir sollten nicht nur eine Limousine sein, sondern der Mercedes in der Parteienlandschaft. Zweitens, es wird ab-

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

hängig sein vom Erscheinungsbild unserer Partei und dem Erscheinungsbild un-serer Minister in der Koalitionsregierung. Nach diesen Gesichtspunkten möchte ich meinen kurzen Beitrag auch gliedern. Ich bin froh, daß mehrfach in den Diskussionen und besonders auch im Referat auf die hervorragende Rolle der Wirtschaftspolitik hingewiesen wurde. Zum Parteitag hatte ich das leider etwas vermißt. Ich bin auch froh für die klare Haltung, die unser Vorsitzender bezieht. Es stimmt tatsächlich: Einen dritten Weg der wirtschaftlichen Entwicklung gibt es nicht. Wir wollen keine Experimente. Als Leiter eines relativ großen Bauhandwerkbetriebes der DDR-weit und auch im Westen seit fünf Jahren arbeitet, könnte ich schon etwas aus der Schule plaudern. Ich möchte mich jedoch auf ein paar zusammenfassende Gedanken und auch ein paar Vorstellungen zur Wirtschaftspolitik in Stichpunkten äußern. Es ist natürlich klar, die CDU-Wirtschaftspolitik orientiert sich an den materiellen, kulturellen und sozialen Bedürfnissen der Bürger. Sie gibt der Eigeninitiative der Bürger Raum, wobei staatliche Eingriffe und Planung auf ein Mindestmaß reduziert sind. Sie unterstützt die Bildung und die Entwicklung von privaten Betrieben, Handwerk, Gewerbe, Industrie, Handel. Betriebe aller Eigentumsformen sind gleichberechtigt, wobei sich ein Wettbewerb entwickelt. Natürlich zählt hier hinein auch die Steuerreform im Handwerk, die schon seit langem gefordert wird. Es sollte keine Sonderrechte für Kombinate und volkseigene Betriebe geben. Die CDU-Wirtschaftspolitik orientiert sich an freier Marktwirtschaft, die sich sozial und ökologisch verantwortlich weiß. Freie Preisbildung, radikaler Abbau von Subventionen mit entsprechendem sozialen Ausgleich, Abschaffung des Außenhandelsmonopols, eigenverantwortlicher Einsatz der erwirtschafteten Valutamittel durch die Betriebe, Besteuerung der Valutagewinne durch den Staat. Natürlich schließt das auch eine spätere Konvertierbarkeit der Währung ein. Es sollten alle Wirtschaftseinheiten an der internationalen Arbeitsteilung teilhaben, z.B. Kooperation joint ventures ein beliebtes Wort, auch Handwerkbetriebe und Gewerbe. Es muß zu einem Wegfall der Reglementierungen der Wirtschaft durch den Staat kommen, wobei beratende Gremien auszubauen sind.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Ich denke hier z.B. an die Kammer für Außenhandel, Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer. So schaffen wir Freiraum zur effektiven Entwicklung der Betriebe. Das waren klare Standpunkte. So müssen wir sie vertreten. Nun zum zweiten Thema, der Präsentation unserer Regierungsvertreter. Wir werden selbstverständlich an den Erfolgen unserer Minister im Koalitionskabinett gemessen. Minister Wolf hat hierzu Ausführungen gemacht. Ein begrüßenswerter Anfang. Solche klaren Standpunkte müssen in der Regierungsarbeit zum Tragen kommen, in allen Ministerien. Ich bitte zu prüfen, wie das insbesondere im Ministerium für Bauwesen erreicht werden kann. Das Ministerium wurde von der SED übernommen und ist in einem dementsprechenden Zustand. Es sind alle alten Kader noch da, die Bauakademie hat sich überhaupt nicht geändert. Ich konnte vorgestern Einblick nehmen in einen Entwurf für den Ministerrat für nächste Woche. Ich muß sagen, ich konnte hier keine CDU oder Positionen wiederfinden, die für einen CDU-Minister nicht gut zu Gesicht stehen. Schade, daß er jetzt nicht anwesend ist. Es sind Bemerkungen enthalten. Dominierend ist gesellschaftliches Eigentum. In unserem Positionspapier finden wir eine solche Äußerung nicht. Es steht drin, daß verschiedene Kombinate und Betriebe Vorrechte erhalten. Es soll experimentiert werden. Es ist also keine Gleichstellung der Betriebe hier vorgesehen. Es gibt Vorstellungen zur Industriepreisänderung für 1991. Wieso brauchen wir diese? Es gibt Vorstellungen zu Sofortmaßnahmen, Preisbildung der Betriebe auch wieder auf bestätigten Selbstkostensätzen. Wer also am teuersten arbeitet, wer den größten Verwaltungsaufwand hat, hat das Recht, die größten und höchsten Preise zu verlangen. Das ist nicht das, was wir wollen. Wir wollen Wettbewerb. Auch zum Außenhandelsmonopol, es gibt einen Punkt, ... das Außenhandelsmonopol, das ist nicht Position der CDU. Wir brauchen keinen Außenhandel. Er hat so miserabel gearbeitet, schlechter können es selbständige Betriebe nicht machen. Sie können es nur besser machen. Das trifft auch zu auf die Außenwirtschaft. Wieso hat der Staat das Valutamonopol? Ich möchte mir nicht vorschreiben lassen, wie ich mein erwirtschaftetes Geld auszugeben habe.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Besteuerung des Valutagewinns einverstanden, aber nicht Einkassieren, Anträge stellen und dann zu bitten, daß man irgendetwas genehmigt bekommt. Das ist nicht vertretbar mit unserer Position. Ich möchte es abschließend als Antrag formulieren, wie hier Unterstützung gegeben werden kann von seiten des Parteivorstandes, innerhalb der Regierungsarbeit. Ich bedanke mich.

Unionsfreund Lothar de Maiziére:

Vielleicht sollten wir sagen, daß Freund Baumgärtel heute mit westdeutschen Partnern verhandelt und deswegen hier verhindert ist. Sonst wäre er da.

Unionsfreund .....(?):
Unionsfreund Jürgen Seidel erhält das Wort. Ihm folgt Unionsfreund Gunnar Fischer.

Unionsfreund Jürgen Seidel:

Verehrte Unionsfreunde! Ich möchte eigentlich nur zu zwei Themen mich kurz hier äußern. Zunächst bin ich sehr berührt worden durch den Beitrag unseres Unionsfreundes , Mediziner glaube ich, ich habe den Namen leider jetzt vergessen. Und ich muß sagen, ähnliche Probleme bewegen mich auch, weil ich über die Feiertage und nicht zuletzt ganz besonders jetzt nach diesem Montag von Nichtmitgliedern unserer Partei angesprochen wurde, die mir sagten, wenn das so weiter geht in unserem Land, dann fangen wir an die Koffer zu packen, dann sitzen wir und warten nur noch den 6. Mai ab, und dann wird es eine Massenflucht in unserem Land geben, insbesondere von jungen Menschen, die mir heute schon die Tränen in die Augen treibt, weil mein Sohn auch jung ist. Ich möchte also, daß wir hier erkennen, wo-rum es geht und daß wir hier wissen, daß jedes Wort, was jetzt gesagt wird, von kompetenten Vertretern unserer Partei natürlich eine emense Bedeutung hat, insbesondere für Menschen, die nun aufgerüttelt durch den Parteitag der CDU, doch hier eine gewisse Hoffnung sehen, ohne uns jetzt überbewerten

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

zu wollen. So gesehen, möchte ich noch einmal auf dieses leidige Thema mit dem Überbrückungsgeld zurückkommen. Ich schätze den Herrn Minister Wolf wirklich sehr, ich hätte mir gewünscht, er wäre Tourismus-Minister gewesen, dann hätten wir mehr miteinander zu tun bekommen. Ich achte sehr Ihre Haltung gegenüber Ihren Mitarbeitern, aber ich muß Ihnen natürlich dazu sagen, daß gerade dieses Thema des Überbrückungsgeldes uns in den letzten Tagen bestimmt sehr geschadet hat. Als Partei, weil man uns vorwirft, wir haben diese Sache mitgespielt, ich sage es einmal so brutal jetzt, und wir stehen also auch hinter derartigen Dingen. Ich verstehe, es gibt dort rechtliche Regelungen und ich bin auch dafür, daß keinem Menschen etwas Schlechtes widerfährt. Ich muß natürlich einmal zu meiner Person sagen, ich habe vor fünf Jahren den Rat des Kreises verlassen, weil ich mit dieser Sache nach zehn Jahren Tätigkeit dort nicht mehr einverstanden war. Ich habe auf 500 Mark netto verzichtet und verdiene also inzwischen 500 Mark weniger, damit lebe ich, das ist klar. So versteht es natürlich kein einfacher Mensch im Betrieb. Wenn jetzt ein Kollege, sagen wir einmal 3000 Mark verdient und er verdient für gleiche Arbeit 1000 Mark. Ich sage es einmal so. Das können wir den Menschen nicht klar machen. Und wenn sie nun sagen, das ist Recht. Unser U-nionsfreund de Maiziére, also ich freue mich, daß wir einen Rechtsanwalt haben, ist bestimmt in vielen Fragen sehr wertvoll, aber Sie wissen natürlich wie ich, daß wir gerade gegenwärtig viele Zustände in unserem Lande haben, die rechtlos laufen. Das Reisen wurde ja schon angesprochen. Und dann sagt man natürlich, warum wollt ihr gerade hier in diesem Punkt nun Recht bis zum geht nicht mehr praktizieren. Und warum wollen wir dann vielleicht nicht einmal sagen, dann müssen wir den Mut haben, in der Volkskammer zu beantragen, daß diese rechtlichen Regelungen ..... und wenn es uns noch so schwer fällt und wenn wir überstimmt werden außer Kraft gesetzt werden. Und ein letztes Wort dazu. Ich bin nicht für soziale Härten. Bestimmt nicht. Aber Sie wissen es vielleicht besser wie ich. Geht es denn hier um soziale Härten? Ich glaube das einfach nicht, denn diese Leute haben doch

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

nicht schlecht verdient bisher und diese Leute verdienen auch jetzt sicherlich nicht so schlecht, daß man hier von sozialen Härten sprechen kann. Also, wenn das der Fall sein sollte, bitte dann nehmen wir die aus der Geschichte, dann muß für die gesorgt werden. Und ich bin auch dafür, vielleicht für drei Monate sogar ein Überbrückungsgeld zu zahlen. Aber drei Jahre, das muß man sich überlegen. Ich glaube also, mit dieser Geschichte, das ist schwierig und ich würde ermuntern dazu, wenn diese Diskussion erneut geführt werden soll anläßlich jetzt der MfS-Geschichte, dann bitte noch einmal die Position überdenken und versuchen, wieder gutzumachen, was dort noch zu retten ist. Ansonsten verlieren wir hier Profil. Eine zweite Problematik. Wahlkampf wurde gesagt, muß zentral organisiert werden. Das ist völlig richtig. Mir gefallen übrigens sehr die vom Freund Kirchner hier vorgetragenen Slogen. Ich finde das gut, weil ich auch weiß, wie emotional Wahlkampf aufgenommen wird. Es ist also auch völlig richtig, auch bestimmte Sachen dort zu machen, die zunächst einmal lächerlich erscheinen, aber das hat schon alles seine Berechtigung, glaube ich. Ich bitte aber auch noch einmal, es klang hier heute auch schon an, zu bedenken, daß wirklich Wahlkampf eben auch in den Kreisen ganz stark gemacht wird. Und da haben wir oftmals nicht so gute Voraussetzungen. Da stehen wir aus dem Stand heraus manchmal Fragen gegenüber, die wir natürlich nur sehr schwer bewältigen können. Also ich bitte bis hin zu der Überlegung einmal: Wir haben nun einmal diese Ländergeschichte gemacht, der Freund Kirchner sprach ja das auch an, diese Signalwirkung ist sicherlich gut, aber ich unterschätze nicht auch natürlich die jetzige Situation in den Bezirkssekretariaten. Wir wollen uns da nichts vormachen, ich möchte also das auch nicht verniedlichen, das ist sicherlich kompliziert. Ich bitte darum, daß man so weit wie es irgend geht mit Formen und Methoden, von Delegierung von Leuten oder was weiß ich in den Kreisen hilft, auch Wahlkampf zu machen. Ich muß Ihnen sagen, wir sind bei uns in Mecklenburg ein relativ großer Kreisverband. Es ist schwierig mit zwei hauptamtlichen Leuten in 33

Konrad-Adenauer-Stiftung – ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Ortsgruppen dort so richtig Wahlkampf zu machen. Das ist kompliziert. Wenn ich also sehe, wie die SED nach wie vor mit dicken Autos durch die Gegend kutschiert und wir uns die Zeit aus dem Betrieb wegstehlen müssen muß ich ganz ehrlich sagen, oder nach Feierabend natürlich, unsere Arbeit machen, sieht das ja alles ein bißchen anders aus. Also ich bitte daran zu denken, daß hier in den Kreisen eben auch viel läuft und uns maximale Hilfe zuteil werden zu lassen. Danke schön.

Unionsfreund .....(?):
Unionsfreund Gunnar Fischer spricht zu uns. Ihm folgt Unionsfreund Rolf Jähnichen.

Unionsfreund Gunnar Fischer:

Ja, vieles ist schon gesagt worden, deshalb kann ich nur einige Worte dazufügen. Ich will mich jetzt auch nicht wiederholen. Vielleicht folgende Gedanken. Mich hat auch bewegt die Frage sehr mit dem Überbrückungsgeld und der ganzen Diskussion, die da kam. Sie haben einiges schon dazu gesagt, wie es entstanden ist. Aber wäre es doch nicht gut gewesen, wenn die Koalitionsregierung sich geeinigt hätte auf einen Katalog von Maßnahmen, die notwendig sind bis zum Mai, aber auch festgeschrieben hätte, vorn-weg, ehe man sich zusammensetzt, Dinge festgeschrieben hätte, die nicht jetzt in die Kompetenz dieser Regierung fallen müssen. Das ist natürlich ganz schön schwierig, wenn man nicht weiß, was so alles kommt an Problemen. Aber ist das nicht eine Quittung jetzt dafür, daß so einige Dinge nicht genügend geklärt worden sind. Das Problem ist natürlich klar mit diesen Mitarbeitern, die natürlich frei werden und das ist auch erklärt worden. Eine Frage konkret. Ist der Verfassungsschutz bei uns schon gebildet? Durch Gesetze? Ich will noch kurz dazu sagen,..... ist am 21. Dezember beantragt worden ein Diensttelefon bei der Deutschen Post zu verlegen in die Wohnung des ehemaligen Leiters der Kreis.....stelle für Staatssicherheit und beantragt vom Verfassungsschutz der DDR. .....in der Bevölkerung. Ich sage das nur einmal so. Ich habe es auch nicht glauben wollen. Aber es ist so. Meine Frage nun, ist dieses schon gegründet worden,

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

vielleicht können Sie da Auskunft geben. Noch ein zweiter Gesichtspunkt. Thema: Rechtsradikalismus. In der Tat stellt man uns ja sehr in die rechte Ecke, wenn man so will. Wird es nicht doch notwendig, auch wenn es das nicht in den Mittelpunkt stellen sollte , im Wahlkampf hier deutlich Position zu beziehen, meinetwegen auch mit einem Plakat mit der Aufschrift "Eine starke Mitte ist Schutz gegen rechts und links" und in diese Richtung ..... Wahlplattform mithineinzunehmen, einfach weil dieses Thema uns zur Zeit diktiert wird. Da können wir machen was wir wollen. Was habe ich hier noch? Ja, noch die Kreise. Problem die Kreise, wenn man so in der Provinz ist, Ueckermünde ist nun ganz weit im Osten, der Westen ist weit weg bei uns, wir können also noch nicht einmal nach dem Westen gucken, wie die das machen, der Westen ist zu weit weg für uns. Muß nicht, und das wäre die Frage an Herrn Kirchner, auch etwas kommen, eine kleine auch schriftlich fixierte Anleitung für die Kreissekretäre mit einer gewissen Anleitung jetzt, wie wird die Wahl organisatorisch durchgeführt, die Wahlvorbereitung. Da scheint mir zur Zeit einfach noch zu viel Ratlosigkeit zu sein. Sie sagten selbst, sie sind schlecht motiviert zum Teil die Kreissekretäre. Liegt es nicht einfach an einer gewissen Ratlosigkeit, wie man so etwas anstellt? Muß da nicht auch ein Hilfsmittel kommen vom Generalsekretär oder von der Parteileitung für diesen Bereich? Ja, das wäre es eigentlich schon.

Unionsfreund .....(?):
Ihre Fragestellungen sind angekommen Unionsfreund Fischer. Wir werden dazu im Laufe der Aussprache Stellung nehmen. Das Wort hat Unionsfreund Rolf Jähnichen. Ihm folgt Dr. Christian Seidel.

Unionsfreund Dr. Rolf Jähnichen:

Ich bin zunächst gebeten worden, eine Information weiter zu geben, die Landwirte unter uns möchten sich bitte nach dem Abendbrot noch einmal hier treffen. Sehr geehrte Mitglieder des Vorstandes! Ich kann mich ganz kurz fassen, denn meine Vorredner haben die wesentlichsten Anliegen hier schon gesagt. Ich habe die gleichen Sorgen und Bedenken, wie sie hier schon

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

zum Ausdruck gebracht worden sind, insbesondere von Herrn MR Dr. Wagner. Es gibt da eigentlich nicht viel hinzuzufügen. Ich habe aber den Eindruck, daß wir als Partei auf diese gegenwärtige Situation in unserer Bevölkerung nicht richtig reagieren. Wir unterschätzen die Lage einfach. Die Bevölkerung ist derartig sensibilisiert, die Bevölkerung ist derartig verunsichert zur Zeit und aufgeregt, wir können jetzt nicht einfach mit Wahlplakaten und Losungen kommen, die fast jede Partei vorn zu stehen hat, mit Forderungen nach Freiheit und Demokratie und Gerechtigkeit. Die Bevölkerung will wissen, was passiert in den nächsten Wochen und Monaten. Wie geht es weiter. Wie machen wir die Wende, für die wir auf die Straße gegangen sind auch dauerhaft. Wie kommt am Ende das raus, wofür alle angetreten sind. Ich halte es für notwendig, daß wir unsere Informationspolitik wesentlich ändern und verstärken, daß wir auch den Menschen sagen, was ist unklar, woran wird gearbeitet, was für Ergebnisse hat die Regierung und wo hat sie noch keine Ergebnisse. Wir können nicht nur sagen, wir haben ein paar Minister in der Regierung und dann wird hinterher die Tür zugemacht und die Bevölkerung steht wieder draußen. Das versteht kein Mensch. Und ähnlich ist es mit den Zielen, die wir jetzt vor uns haben. Ich bin der Meinung, wir sollten ganz schnell als Partei Gesetzesvorschläge öffentlich in die Diskussion bringen, selbst Gesetzesvorlagen erarbeiten und den Menschen zur Diskussion stellen. Es geht los beim Wahlgesetz, bei den ganzen Problemen, die wir hier angeschnitten haben, Parteiengesetz bis hin zu den Wirtschaftsgesetzen, Steuerreform und was noch alles ist. Denn wir können wirklich nicht warten. Die Leute fragen nicht nur, ob sie morgen den Koffer packen sollen, die Leute haben den Koffer gepackt. Und die Ausreisewelle wird noch größer sein als im vorigen Jahr, wenn wir nicht sofort reagieren. Ich bitte sehr darum. Und ich bitte auch darum, daß wir die Hilfsangebote, die wir von unserer Schwesterpartei haben, nutzen wir in Vorbereitung des Wahlkampfes, daß wir konkrete Absichten auf den Tisch legen können. Nicht nur allgemeines, sondern konkrete Paragraphen und Ziele und mit Ort und Datum. Darum bitte ich sehr.

Konrad-Adenauer-Stiftung – ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unionsfreund .....(?):
Unionsfreund Dr. Christian Seidel spricht zu uns. Ihm folgt Dr. Müller.

Unionsfreund Dr. Christian Seidel:

Liebe Unionsfreundinnen! Liebe Unionsfreunde! Ich möchte zunächst zwei Worte zur Umweltpolitik sagen. Aus dem Grunde, weil ich es eingangs gefordert habe, die Umweltpolitik mehr zu betonen auch in der Struktur. Ich glaube, es ist nicht von ungefähr, daß in verschiedensten Umfragen unter unserer Bevölkerung als auch in anderen Ländern ein Ergebnis immer deutlich ist, daß das Bedürfnis der Menschen, in einer gesunden Umwelt zu leben, eines der Grundbedürfnisse ist. Und wir sollten nicht den Fehler machen, den etablierte Parteien in anderen Ländern gemacht haben, dieses Gebiet neuen Probierungen zu überlassen. Das hat sich dort als ein Nachteil herausgestellt. Im Kreis- bzw. Bezirksverband Potsdam sind eine Reihe von Grundpositionen, Thesen und Forderungen im Vorschlagskatalog für eine CDU-Umweltpolitik erarbeitet worden. Darauf werde ich hier nicht eingehen. Die werde ich nur überreichen. Im Rahmen der vorgelegten Wahlplattform schlage ich aber vor, die Punkte, die sich auf Ökologie bzw. Umweltpolitik beziehen, etwas präziser zu fassen. Es ist .....in der Rubrik unter effektiver Marktwirtschaft sozial-ökologisch verantwortbar streiten sie deshalb mit uns .....
für ein Wirtschaftswachstum in Übereinstimmung von Ökonomie und Ökologie. Ich stelle den Antrag, dafür zu setzen: für eine Neubestimmung des Verhältnisses von Ökonomie und Ökologie und für eine gesunde Umwelt. Es geht uns nicht nur darum, die zukünftige Entwicklung hier besser zu gestalten, sondern eine gesunde Umwelt wieder herzustellen. Und in diesem Zusammenhang drei Anstriche weiter, wo es um das Energiekonzept geht. Dort hinzuzufügen und es ist tatsächlich die größte Verbesserung der Energiekonzeption, die wir gegenwärtig haben, die Energieeinsparung. .....Soweit zu diesem Punkt. Umweltpolitik ich möchte noch eine Bemerkung machen zum letzten Punkt der Wahl-

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

plattform. Ich habe den Eindruck, das bezieht sich auf "wir wollen eine vernünftige und friedliche Lösung der deutschen Frage" und was darunter in Anstrichen kommt. Ich habe den Eindruck, daß das, was vom Vorsitzenden vorhin ausgeführt wurde, deutlicher war, als es jetzt in den Anstrichen kommt. Das sind in mehreren Anstrichen wieder Aussagen, die interpretiert werden müssen. Einen halte ich für extrem, nicht sinnvoll. Das ist die mit der Forderung nach der totalen Entmilitarisierung der DDR. Nach all dem, was ich von Sicherheitsexperten der westlichen Länder gehört habe, ist das eine Forderung, die in der unmittelbaren Auswirkung nicht stabilisierend wirkt. Und das sollten wir uns genauer überlegen, was wie an diese Stelle schreiben.

Unionsfreund .....(?):
Danke schön. Unionsfreund Dr. Gottfried Müller, ihm folgt Unionsfreund Martin Kuntze.

Unionsfreund Dr. Gottfried Müller:

Das Medienmonopol, liebe Freunde, der SED ist mehrfach angesprochen worden. Es ist tatsächlich gewaltig. Sämtliche Zeitungsdruckereien sind in SED-Hand. Sämtliche Publikumszeitschriften mit der großen Auflage, die ja sehr wichtig sind für die Meinungsbildung im Volkssinn, in SED-Hand. Vom Fernsehen heißt es, daß es nicht nur SED-gelenkt ist, sondern daß es auch in seiner wirtschaftlichen Struktur in SED-Hand sei. Aber selbst wenn es das nicht ist, so ist es auf jeden Fall ein SED-Betrieb. Die SED hat das Anzeigenmonopol, die DEWAG ist ein SED-Betrieb und das Anzeigenmonopol ist ja medienpolitisch sehr wichtig, dadurch erreichen ja die SED-Zeitungen die Flächendeckung mit Kreisredaktionen und Kreisgeschäftsstellen, weil sie ja das Anzeigenmonopol dort ja auch praktisch haben. Es ist ein Konzern, der einen Milliardenumsatz hat. Von Amtsmißbrauch und Privilegienwirtschaft einiger Personen hat sich die SED tränenreich distanziert und drängt auf Untersuchung, aber vom Amtsmißbrauch und von der

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Privilegienwirtschaft der Partei selbst, da ist sie nun sehr still. Im Gegenteil, sogar Herr Gysi reklamiert hier das Recht auf Eigentum, das auch der Partei zustehe. Und es ist eben nichts mit der Gleichberechtigung der Parteien, die auch die SED nun vorgibt, zu vertreten, wenn es zu ungleich ist. Es gibt also da eine Menge Angriffspunkte. Der Bereich der Korruptionsbetriebe, der durch Schalck-Golodkowski in den Blickpunkt gerückt ist, nur so eine Arabeske sein auf einem wirklich großen Untergrund, der eben jetzt aber nicht zur Diskussion steht. Das heißt, von uns aus zur Diskussion gestellt werden sollte. Aber der Ausgang eines solchen Kampfes ist ungewiß. Es ist äußerst schwierig, hier heranzukommen und es gibt Rückstoßeffekte. Die sind auf jeden Fall zu erwarten. Auch unsere eigenen Betriebe, VOB Union, ist in festen Geschäftsbeziehungen mit diesem Koloß der Zentrag, weil einfach das frühere System ja so war, daß ja die Zentrag alle volkseigenen Betriebe, die VVB Polygraphie in den 60er Jahren an sich gebracht hat, und da steckt sicher der Korruptionspunkt, und der Amtsmißbrauch ist sicherlich auch nachweisbar. Aber die Zentrag hat ja auch gleichzeitig die Leitfunktion in diesem Wirtschaftsbereich damit ansichgebracht und hat die minimalen Geschäftsbetriebe der damaligen Blockparteien fest in ihr System mit einbezogen. VOB Union dürfte also vielleicht gerade 3 % im Vergleich zur Zentrag ausmachen und kann schlicht fertig gemacht werden, wenn die Zentrag politisch angegriffen wird. Und die Druckmaschinen können nun wirklich da stehen, denn alle unsere Zeitungen werden ja auch bei der Zentrag gedruckt. Wie man es auch nimmt, politisch sollte man es vielleicht riskieren, und wir haben vielleicht auch die staatspolitische Aufgabe, es zu tun. Aber es hat mit Sicherheit eben Rückstoßeffekte .... VOB Union und es könnte sein, daß dann der eigentliche Weg zur Brechung dieses Medienmonopols der SED behindert wird. Der Ausweg ist meiner Meinung nach nicht, daß man bei Springer drucken läßt, da habe ich direkt etwas merkwürdige Assoziationen. Ich kenne noch die Studentenbewegung 1968, da man den SpringerVerlag wegen seines Medienmonopols belagert hat und die Auslieferung der Zeitungen versuchte zu verhindern. Das glaube ich, das kann nicht der Weg sein, sondern der Weg kann nur der sein, der sich jetzt auch anbietet, daß wir hier im eigenen

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Land versuchen, von der SED unabhängige Medien inclusive ihrer technischen Ausrüstung nun zu installieren und auszubauen, unabhängige Zeitungen zu haben mit den entsprechenden Druckereien. Ein unabhängigesMeinungsforschungsinstitut z.B., es ist ja ein Unding, daß sich eine Partei selber die Wahlprognose stellt, wie sie es jetzt ja wieder getan hat. Und das sich durchaus gute Aussichten, weil die nötige Investitionshilfe durch westdeutsche Verleger und Institutionen ja bereitsteht, und wir müssen uns nun in aller kürze und morgen schon im Präsidium darüber beraten, wie man diese Angebote nun auch verarbeitet und wie wir darauf eingehen. Aber wir brauchen eben, wenn wir das machen wollen, diesen für meine Begriffe besten Weg, um das Monopol zu brechen brauchen wir aktionsfähige CDU-Betriebe, gewissermaßen als..... kern. Und wir sind in der Zwickmühle, daß dies schwer zu bewältigen ist, wenn wir in einen offenen politischen Kampf gegen das Medienmonopol eintreten. Das ist eine echte Verlegenheit. Ich habe da keine direkte Lösung anzubieten. Ich wäre dankbar für die Beratung. Wir müssen uns damit auseinandersetzen. Ich möchte auch die Kollegen von der Presse bitten, vielleicht hier mit dieser Materie in ihrer Berichterstattung an diesem Punkt diskret umzugehen. Es wäre da sicherlich nicht so ganz günstig, da in der Öffentlichkeit schon etwas zu sagen, das dann den Sturm schon auslösen könnte. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit auch ein gutes Wort für die ja schon einmal gescholtenen Kollegen unserer Presse einlegen. Ich glaube, wir müssen uns als Partei und als engagierte Parteimitarbeiter daran gewöhnen, daß wir auch von der eigenen Presse kritisiert werden und manches vielleicht ein bißchen uns merkwürdig vorkommt. Es ist sicher so, daß die neuen Freiräume auch zu manchen Unsicherheiten noch führen, vielleicht auch manche Fehler gemacht werden. Aber ich denke, wir können das Zutrauen haben, daß sie sich an Programm und Statut orientieren und daß das Vertrauensverhältnis zwischen unserer Presse und ihren Redaktionen und der Partei ja immer besser werden wird. Danke.

Konrad-Adenauer-Stiftung – ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unionsfreund .....(?):
Unionsfreund Martin Kuntze erhält das Wort. Ihm folgt Lothar Riedinger.

Unionsfreund Martin Kuntze:

Liebe Freunde! Nach fast 20 Jahren Mitgliedschaft in unserer Partei bin ich mit hohen Erwartungen zu unserem Parteitag gefahren und bin begeistert zurückgekommen. Und wenn das Herz voll ist, geht der Mund bekanntlich über. Und deshalb übe ich seit dem Parteitag "Wahlkampf". Und zwar im kleinen Kreis. Um einfach mal unter Kollegen, in der Gemeinde, im Bekanntenkreis und wo immer ich da auftauche, zu üben, welche Argumente kommen an und mit welchen kommen wir nicht so gut heraus. Und da möchte ich einfach einmal ein paar Gedanken zusammentragen, die mir da soeben gekommen sind. Ich bin mit einer Liste von etwa 12 Punkten angetreten und konnte nach dem Referat unseres Vorsitzenden die allermeisten abhaken, und so brauchte ich nicht zur Diskussion zu sprechen auf dem Parteitag. Heute ist einiges übriggeblieben. Was wird an Argumenten gebracht? Wir brauchen uns unserer Partei nicht mehr zu schämen. Offensiv kann man jetzt in Gemeinden gehen und antreten namens der CDU und braucht sie nicht zu verteidigen, mit dem, was sie macht. Mein Argument war lange Jahre hinweg immer wieder, unsere Partei macht Fehler oder macht nicht alles, was sie soll. Das ist einfach nicht von der Hand zu wischen. Aber, mein einziges Gegenargument war immer, meint ihr, es wäre ohne sie besser gegangen? Jetzt können wir aber in die Offensive gehen und können sagen, wir kommen mit klaren Positionen heraus und mit denen bieten wir uns euch an. So, das erste Positionspapier hatte Probleme und Fehler. Trotzdem habe ich es vertreten. Ich konnte immer wieder darauf verweisen, es war das erste Papier vor allen anderen, das ein geschlossener Programmentwurf war oder ein versuchter zumindestens. Das zweite war deutlich besser und mit der Änderung der Präambel, die wir auf dem Parteitag beschlossen haben, war es sauber. Das hat Erwartungserhaltung hervorgerufen. Ich bin jetzt klar beauftragt worden, noch heute früh von Freunden, ich kam von der Stadtverordnetenversammlung hier her, ich mußte da eher gehen, die haben nochmals gebeten, bitte schnell,

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

konkret und klar und eindeutig müssen wir jetzt Positionen beziehen. Deutlicher noch, als das Positionspapier das gemacht hat. Und nun muß ich leider sagen, unsere Wahlplattform, die wir bekommen haben, ist ein Schritt zurück. Was wurde am Positionspapier kritisiert? Einigen war es zu lang, aber es war relativ deutlich. Wieder anderen war es unkonkret und dem dritten war es zu intellektuell. Jetzt kommen wir mit einer Wahlplattform heraus und wollen breite Kreise erreichen. Ich teile völlig die Ansicht vom Freund de Maiziére, breite Teile, auch unter Kollegen merke ich das, die sind verunsichert, die wissen im Moment nur, was sie nicht wollen bei der Wahl, nämlich die SED wählen. Und dann bietet sich ihnen eine Palette mit etwa gleichen Positionen an. Deshalb müssen wir deutlich werden.Und sie müssen es ganz konkret wissen und ohne nibolöse Verschwommenheit. Seid ihr für die Vereinigung beider deutscher Staaten oder nicht? Wollt ihr bestimmte soziale Errungenschaften, ich will das bewußt in Anführungsstrichen haben, mit anderen Worten kriege ich mein Kindergeld, wenn ich ein Jahr zu Hause bleibe für zwei Kinder oder nicht? Wird das bezahlt? Das kann ich natürlich nicht in eine Wahlplattform schreiben. Das ist wahr. Und sie wollen vor allen Dingen nicht intellektuelle Höhenflüge. Und da muß ich sagen, wenn ich hier auf die Wahlplattform im zweiten Abschnitt gucke, wir müssen uns doch daran gewöhnen, jeden Wähler erreichen wir so wie so nicht. Wir werden uns auf einige konzentrieren müssen und einige verlieren wir eben durch eine klare Position. Aber wenn ich da schon wieder lese, wir christlichen Demokratinnen und Demokraten, liebe Freunde, damit locken wir vielleicht eine Hand voll intellektueller Spinner auf den Plan, verprellen Hunderttausende, die sich veralbert fühlen durch solch ein Wortspiel. Ich hoffe, der Vorschlag kam ja schon an, ich habe noch einige Bemerkungen mehr dazu, die sprengen hier den Rahmen, daß wir tatsächlich vielleicht in Gruppen dazu kommen, morgen Formulierungen durchzugehen. Wir können ganz einfach nicht aus unserer Vorstandssitzung rauskommen und haben nicht etwas, was deutlich besser, konkreter oder wie auch immer ist, als das Positionspapier. Ich hoffe, ich habe noch genug Zeit. Ich habe nicht mehr auf die Uhr geguckt. Es sind an mich auch schon während des

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Parteitages, die Wende in unserer Partei verunsichert einige Freunde, klang an. Wir müssen daran denken im hauptamtlichen Apparat der mittleren und unteren Ebene, insbesondere von Freunden, die in unserem Auftrag im Staatsapparat tätig sind, kommt Verunsicherung auf. Das war bisher auf deutsch gesagt eine Lebensstellung, und jetzt wird es eine Wahlfunktion im klassischen Sinn. Und dann erleben die Freunde diese Diskussion zu dieser Abfindungsfrage. Ich bin auch natürlich verunsichert, und das ist der Mischmasch in den Medien, der uns schaden wird. In einen Topf geworfen wurde aufeinmal, die Presse widersprach dem nicht eindeutig. Mitarbeiter aus dem Staatsapparat, also sagen wir es deutlicher, Bürgermeister, Ratsmitglieder, Sekretärinnen aus irgend welchen Bereichen und Mitarbeiter des ehemaligen MfS. Da wurde schon ein deutlicher Unterschied gemacht zum Glück. Aber ..... , wie wir an solche Dinge herangehen, warum sagt man nicht, diese Regelung gilt nicht für die Mitarbeiter des MfS, soweit ist man gegangen und sagt, welche gilt denn dann. Das hängt doch wieder in der Luft. Und das verärgert. Ich habe auch diskutiert mit Kollegen, die da kommen. Ich sage, ihr fordert die Wende, ihr fordert neue demokratische Vertretung, ja glaubt ihr denn, wer macht denn das? Ich bin kein hauptamtlicher Mitarbeiter. Ich glaube, daß deshalb hier für die Freunde mal sagen zu können. Ich habe, so hoffe ich, einen gesicherten Arbeitsplatz in der Industrie. Bin ich denn bereit,ihn darauf anzugeben auf eine Wahlfunktion, von der ich in vier Jahren nicht mehr weiß, ob ich sie behalte, und dann werde ich davongejagt und im Betrieb werde ich mit ..... erwartet, daß sie mir sagen können, du suche Dir mal anderswo einen Job. Also, wir müssen doch einmal mit Augenmaß rangehen. Ich weiß nicht, ob jemand den ehemaligen Ratsvorsitzenden, der in dem damaligen Gefüge ..... mit Fehlern all seine Arbeit gemacht hat und nun vielleicht einen Zuschlag von maximal 300 Mark kriegt, die ernsthaft neidet. Sorum stellt sich die Frage. Warum diese Stimmung aufkommt, ist, weil eben genau eine andere Organisation vielleicht auf der Woge mitschwimmt und denen steht man das nicht so ohne weiteres zu. Weitere Schlußfolgerungen. Wir möchten, das sagten auch die Freunde, relativ

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

schnell mit konkreten Vorschlägen kommen. Es fiel so ein Begriff wie Schattenkabinett.Sind wir uns überhaupt im klaren, wenn auch Kommunalwahlen kommen, wieviel Freunde wir da brauchen. Und deshalb denken wir einmal in eine Richtung. Kann sich eine Stadt, ich komme aus Halle, runde 1000 Abgeordnete leisten? Nämlich runde 320 in der Stadt selbst und in den drei Stadtbezirken den Rest. Gesetzt den Fall, der Traum von uns wäre ja, wir gewinnen die Wahl, ... der ganze Verband Halle hat kaum soviel Leute. Die müßten wir alle als Abgeordnete einsetzen. Wir müssen einmal anfangen, konkret in die Richtung zu denken. Es gibt gegenwärtig arbeitsrechtlich klare Dinge. So etwas wie heute, wird man frei gestellt, ohne Kommentar. Ich habe auch in meinem Betrieb keine Probleme damit gehabt. Ja bitte. Ich hatte noch keine. Aber Kollegen fragen kritisch, und das sind ja etwa unsere Wähler, wie lange macht ihr denn das noch, die SED hat so etwas in der Nachttagung gemacht usw. Unser Parteitag, ich meine, wir müssen daran denken, das Arbeitsgesetz gilt zwar noch, aber ich weiß nicht, inwieweit man es durchsetzen kann in jedem Punkt. Wir müssen an solche Dinge in der Perspektive denken. Also noch einmal, klare Perspektive, was passiert mit hauptamtlichen Funktionären, welche Perspektive haben sie anschließend. Abgeordnetenzahl, so. Weiter, katholische Pfarrer. Ich muß sagen, ich selbst bin evangelisch. Ich freue mich auf die Aufgeschlossenheit, mit der man jetzt der CDU begegnet. Ich glaube, da ist etwas angekommen. Wenn christliche Wähler sich auf dutzend Gruppierungen verteilen, dann wird am Ende keiner etwas von haben. Aber, von zwei Pfarrern, mit denen ich sprach, kamen mir Bedenken. Die sagen ganz klar, und es ist heute zum Glück noch einmal herausgestrichen worden, wir stehlen uns nicht raus aus unserer Vergangenheit. Wir bekennen uns zu unserer CDU, zu dem Namen und zum Glück auch zum Emblem immer noch, ich weiß nicht, wie ich diesen einen Punkt da deuten soll, und dabei bleiben wir. Wir haben eine Vergangenheit, mit der wir leben müssen. Und wir haben ein Schuldbekenntnis abgegeben, wir haben geschrieben zu vielem. Dort wird vermißt, daß sich das auf Bezirks- und Kreisebene fortsetzt. Auch dort haben unsere Freunde in Funktionen gearbeitet, ich habe es ja auch getan, das

Konrad-Adenauer-Stiftung. ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

wird irgend wo erwartet, daß man dieses Bekenntnis, so globale Versprechungen im Sinne hier der Gesamtpartei sind nicht sehr glaubwürdig für Christen. Ich will es nur einmal andeuten, was einem da so alles gesagt wird. Jetzt muß ich langsam auf meinen Zettel gucken. Dann müssen wir langsam nach mehr Aktivität und Offensiven handeln. Wir brauchen uns nicht mehr zu verstecken. Klare Positionen, und wie unser Postminister sagte, so etwas muß öffentlichkeitswirksam werden. Wir müssen uns nicht verstecken, wir hängen da irgend-wo mit drin. So, jetzt muß ich noch einmal gucken. Ja, und ein Problem wollte ich noch ansagen. In den Medien, ich mache mir Gedanken, ob es sehr geschickt ist, unseren Freund de Maiziére am Runden Tisch zu belassen. Mich hat da eine Frage bedenklich gestimmt. Es wurde diskutiert und nach einem kompetenten Regierungsvertreter am Runden Tisch verlangt. Das war ich in zwei Punkten: übersehen sie den stellvertretenden Ministerpräsidenten, wer ist denn noch kompetenter? Zum Glück hat er sich nicht da zu erkennen gegeben, denn er saß als Vertreter der CDU und eben nicht des Ministerrats am Tisch. Dann dann wäre er verheizt worden, dann muß er nämlich, wenn dort ein Ministerratsvertreter verlangt wird, wird der ja nicht verlangt, damit er irgend welche Gesetze erläutert, sondern man möchte eigentlich hören die Vergangenheit,wie .....
und dafür steht er nicht. Wie gesagt, dieser Zwiespalt in mir, einerseits ist er ein kompetenter Vertreter in meinen Augen und andererseits hätten wir uns ein echtes Eigentor geschossen, wenn er sich dann in der Rolle dort hinstellt und immer wieder alles Mögliche rechtfertigen muß.

Unionsfreund Lothar de Maiziére:

Nur zur Beruhigung, letzten Montag war ich nicht mehr dabei und werde auch nicht mehr dabei sein.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Liebe Unionsfreundinnen, liebe Unionsfreunde!
Einige Vorredner haben hier schon angesprochen, daß wir endlich klar nach außen hin Profil zeigen müssen, um die CDU für die Bürger dieses Landes wählbar zu machen, um den Ausverkauf von Gütern und Menschen zu stoppen. Und deshalb möchte ich hier beantragen, daß wir morgen Kommissionen aus Mitgliedern des Parteivorstandes bilden, um die Dinge, die angesprochen wurden, Entwürfe für ein Wahlgesetz. Mediengesetz, Parteiengesetz, Steuer- und Abgabengesetz sowie für die Verfassung im Entwurf auszuarbeiten. Ich glaube aber, daß alleine diese Dinge und diese Programme allein nicht reichen, um das Ziel zu verwirklichen, diesen Ausverkauf zu stoppen. Dieser Ausverkauf ist nach meiner Meinung nur durch die Schaffung einer einheitlichen Währung bei Angleichung des Preis- und Lohnsystems sowie bei einer dabei vorhandenen und einhergehenden Grundmittelumbewertung zu erreichen. Denn die Kollegen oder die Freunde, die jetzt sagen, das ist nicht richtig, wir würden dann in unserer Wirtschaft noch weiter runtergehen, die mögen sich angucken, wieviel Betriebsteile wo Rekorder, wo andere Dinge hergestellt wurden, heut schon eingestellt werden müssen, obwohl wir unterschiedliche Währung haben, obwohl wir keine konvertierbare Mark haben, sondern eine Binnenwährung. Meiner Ansicht nach würden wir in die Lage versetzt werden, diese ganzen Dinge, die wir im Moment in Angriff nehmen, um diesen Ausgleich zu schaffen Kapitaltransfer usw. das könnten wir umgehen, um diese Dinge dann wirklich exakt mit Beteiligung von ausländischen Firmen in Griff zu bekommen und die Wirtschaft anzukurbeln. Das ist sicher ein Problem über das diskutiert werden müßte, aber ich bin der Auffassung, amn kann nur so den Ausverkauf der Leute stoppen, denn dann haben sie keinen Grund mehr, in die DDR zu verlassen, wenn sie so bezahlt werden und die Preise gleich werden und es würde auch keiner hier zum Friseur kommen und die Dienstleistungen in Anspruch nehmen, wenn ein gleiches Gefüge vorhanden wäre. Ich weiß, das ist schwierig und es würde sicher nur machbar sein, wenn in einer gesamtgesellschaftlichen Arbeitsgruppe aus Vertreterern beider Regierungen dieses Problem beraten werden kann und wir brauchen hier die Unterstützung, weil eben die notwendige Deckung in unserem Land derzeit nicht vorhanden ist.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Das muß ich auch dazu sagen. Es ist sicher ein Vorschlag, der sehr weitreichend ist, aber ich bitte, daß wir das mal in aller Ruhe durchdenken. Ein weiteres Problem, mit dem ich mich beschäftigt habe ist, das, daß wir wirklich herangehen müssen, um Vorschläge zu machen. Ich habe das auch versucht, ich habe auch zu den Mieten und Mietpreisen Vorschläge unterbreitet unserem Minister für Bauwesen und Wohnungswirtschaft und ich habe sie auch hier abgegeben im Präsidium des Parteivorstandes, in dem wir davon ausgehen, daß die Mieten so gestaltet werden, daß der Anreiz für die Rechtsträger oder Hauseigentümer wieder geschaffen wird, moderne und komfortable Wohnungen zu schaffen und eine gestaffelte Kategorie von Mietpreisen, also von geringem Komfort bis hin zu hohem Komfort von 0,50 Pfennig Quadratmetermietpreis bis 2,80 M ausgestattet wird, bis hin zur Schaffung von Eigentumswohnungen mit dem Grundprinzip, daß die Eigentumswohnung billiger sein muß wie die Mietzahlung dann über 2o oder 3o Jahre um sie eben lukrativ zu machen. Ich glaube, auch das könnte ein Weg sein, das Loch zu stopfen, was im Moment im Haushalt ja vorhanden ist für das Jahr 199o. Ich habe natürlich dabei berücksichtigt, daß eben jeder Bürger der DDR weiterhin die Möglichkeit haben muß, eine Komfortwohnung zu beziehen und da ist eben eine Bremse eingebaut, daß eben nur der Mietpreis 2o % des Einkommens der Bürger oder der Familie betragen darf und dann ein Antrag auf Subvention an den Haushalt gestellt werden kann und der das dann übernimmt, wenn die Wohnung effektiv ausgelastet ist. Wir würden damit erreichen, daß eben große Wohnungen geräumt werden, wenn sie nicht mehr effektiv ausgelastet sind, weil die Bürger autormatisch, wenn eine Wohnung 24o,- Mark kostet - eine 4-Raumwohnung ist nur noch mit 2 Personen belegt - würde keine Subvention gezahlt werden und der würde dann in die 2-Raumwohnung, die dann 12o,- Mark kostet und 12o,- Mark im Monat einzusparen ist für jeden Bürger bei uns lukrativ. Dieser Mechanismus muß ausgelöst werden, damit sich dieses Problm von selbst reguliert. Und ich glaube, dazu sollten wir alle gemeinsam unsere Gedanken einbringen und auch unseren Ministern übermitteln.
Danke schön.

(Beifall)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unionsfreund Lothar de Maiziere:
Verehrte Freunde, ich muß Ihnen noch sagen, wer soeben zu Ihnen gesprochen hat, es war der Unionsfreund Lothar Riedinger. Und ihm folgt als letzter im Rahmen der heutigen Aussprache unser neuer Pressesprecher Helmut Lück.

Unionsfreund Helmut L ü c k :
Es ist ja furchbar feierlich. Eigentlich wollte ich nur zwei Bemerkungen machen, die durch mehrere Beiträge schon eingeholt wurden:
1. hat mir sehr vieles gefallen, was gesagt wurde über die Rolle der Medien und ich denke schon daran, daß die Kolationsfrage natürlich nicht inflationiert werden kann und so dankbar wir es sehen, daß jetzt unsere Zeitungen jetzt also auf unser Verlangen hin eine unbegrenzte Auflage haben, tun sich natürlich die angedeuteten ...(?) genau da auf. Denn unsere Zeitungen bringen zunächst einmal vor allem ADN und deshalb gilt genau das, was wir gesagt haben und deshalb ist die Weiterreichende Überlegung tatsächlich die, ob es nicht gelingt, in der jetzigen, wenn man denn schon in dieser Koalition steckt, was für den Wahlkampf und die Auseinandersetzung wesentlich unproduktiver ist als eine Opposition und die Oppositionsgruppen werden werden uns immer dabei - Konrad Weiss hat es gestern im Fernsehen gesagt - dabei behaften, daß wir ja die alten Parteien sind, die in diesem - na nicht mehr Block, aber in dieser Koaltion drin stecken. Daß wenigstens wenn eine Regierung amtsführende Regierung funktionstüchtig bleiben soll und nicht demontiert wird, was ja sehr vernünftig und einrichtig ist, daß dann zumindestens alle weitreichenden Beschlüsse - in die Zukunft reichenden schwerwiegenden Beschlüsse tatsächlich in dem Sinne einer breiten Koalition, wie sie sich am Runden Tisch abzeichnet, erörtert und zur Disposition gestellt werden und da denke ich schon, daß die Chancengleichheit für den Wahlkampf, die mit der zentralen Frage der Medien unmittelbar zusammenhängt, weit über die Problematik der Auflagen unserer eigenen Zeitung hinaus von Bedeutung ist. Das ist eigentlich das,

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

was ich noch einmal aufgreifen wollte. Nur ein winziger Hinweis, sollte esdenn bei dem Slogan bleiben "Umkehr in die Zukunft", da hat mich jemand angesprochen, daß vielleicht Umkehr zur Zukunft leichter klingt. Aber vielleicht irre ich mich, man soll mir da mal helfen. Im übrigen sind sicher Slogan, die nicht so synodal sind und so für feines kirchliches ausgerichtet sind, im Wahlkampf produktiver, denke ich auch. Danke

(Beifall)

Unionsfreund de Maiziere:
Zwei Bemerkungen aus m einer Sicht, verehrte Freunde, wir unterbrechen jetzt an dieser Stelle die Aussprache. Wir beenden sie noch nicht, dennoch ist, glaube ich, uns allen klar geworden, daß wir eine Situation erreicht haben, wo wir darüber zu befinden haben, wie wir generell mit der Wahlplattform weiter verfahren. Ich würde Ihnen vorschlagen, daß Sie uns die Gelegenheit geben, heute Abend im kleinen Kreis darüber zu befinden, über diese zweckmäßigste Handhabungsweise und wir Ihnen morgen zu Beginn einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten, sicherlich wird das nicht in diesem Plenum die Qualifizierung möglich sein.
Noch eine Frage wäre von mir zu stellen, wir haben noch schätzungsweise 2o Wortmeldungen, ob sich nicht vielleicht einer doch finden könnte und den Antrag stellt, Ende der Rednerliste. Sie machen sich den zueigen, ja? Einer für - einer wider.
Dürfen wir davon ausgehen, die eben schnell noch gebrachte, wollen wir noch einreihen, wünscht jemand für und einer gegen den Antrag zu sprechen, oder wollen wir gleich darüber abstimmen. Wer ist dafür, daß wir die Rednerliste abschließen sollten? Danke schön. - Wer ist dagegen? Es ist die deutliche Minderheit, aber wir wollen es dennoch auszählen. Ich habe den Antrag jetzt gestellt, weil wir dann die Möglichkeit haben, darüber nachzudenken, wie wir morgen weiterverfahren wesentlich erleichtern, denn dann könnten wir auch Fragen von Gruppenarbeit und so was angehen, aber wenn wir wissen, nun ist das noch offen, dann finden wir gar keinen Lösungsmögglichkeit. Danke schön.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unionsfreund Kirchner:
Zu den technischen Ansagen noch ganz schnell:
Erstens zum Behufe der Absprache bitte ich einen Tisch freizulassen, damit das Präsidium dort während des Essens miteinander Absprachen treffen kann und wir uns dort zusammenfinden;
zweitens: es liegen draußen die Liste, die hier .....
für Arbeitsgemeinschaften, Vereidigungen und Arbeitsgruppen.
Ich weise besonders daraufhin, daß dies keine erschöpfende Aufzählung, sondern ein Vorschlag ist, Sie sich dort eintragen können, aber das noch nicht verschlußfähig (?) ist, weise noch ganz besonders daraufhin, daß darunter auch eine Arbeitsgruppe Wahlkampf erscheint, wobei es hier sinnvoll nur dann ist, wenn der betreffende oder die betreffende weiß, daß wir einfach auch vom Zeitfonds her, höheres Engagement, eine dichtere Sitzungsfolge anstehen als sonst bei Arbeitsgruppen und Arbeitsgemeinschaften.
Drittens: möchte ich bitten, daß die Abteilungsleiter und Referenten des Parteivorstandes ebenfalls an einem Tisch unter dem Vorsitz des Geschäftsführers Werner Lechtenfeld treffen.
Und letztes erinnere ich noch daran, daß die Bezirksvorsitzenden sich nach dem Abendbrot, ich würde sagen, spätestens 20.oo Uhr, wieder in dem Raum, wo wir heute früh getagt haben, einfinden möchten. Vielen Dank.
Ja Entschuldigung, das ist noch ganz wichtig. Nochmals die Erinnerung, daß die Parteivorstandsmitglieder wissen wie auch die Bezirksvorsitzenden ... die Absprachen von heute früh bitte alle Vorschläge, Überlegungen, Ideen zum Wahlkampf ob Slogan, on inhaltliche ..... bitte an den Freund Schmidt geben.
(nicht Verständliches)

Ende des 1. Beratungstages

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Nicht, daß ich die Gesamtversammlung wieder mit einer thüringischen Angelegenheit behellige. Wir haben eben ein Vorbereitungskomitee gegründet, bestehend aus 6 Leuten und die möchte ich bitten, beim Mittagessen an einem Tisch Platz zu nehmen, damit es ein so berühmtes Arbeitsessen wird.

Liebe Unionsfreundinnen,
liebe Unionsfreunde!
Wir setzen unsere 1. Tagung des Parteivorstandes mit ein wenig zeitlicher Verzögerung fort. Ich hoffe sehr, daß nach der Fortführung der sehr leidenschaftlichen Diskussion im Laufe des gestrigen Abends eine erholsame Nacht hatten und möchte Ihnen zunächst einmal einen Guten Morgen wünschen.

Wir haben uns im Tagungspräsidium in folgender Weise zum Ablauf heut verständigt. Im Verlaufe des gestrigen Abends hat sich eine kleine Arbeitsgruppe ganz spontan gebildet, die sich gegenwärtig parallel zu unserem Hiersein mit der redaktionellen Überarbeitung der Wahlkampfplattform beschäftigt. Wir werden im Laufe des vormittags Gelegenheit nehmen können, das Ergebnis der Überarbeitung dieses Materials hier zur Kenntnis zu nehmen. Wir werden gegenwärtig damit konfrontiert, daß eine Reihe von Anträgen hier eingehen, die nach ihrer Gewichtigkeit und Wertigkeit von uns gewertet werden müssen und wo wir uns auch im Laufe des vormittags einen Standpunkt bilden, in welcher Reihenfolge wir sie zur Handhabung hier vorschlagen. Notfalls muß man dazu noch eine kleine Pause einlegen, so daß unser Vorschlag wäre, an dieser Stelle mit der gestern unterbrochenen Aussprache fortzufahren und die Dinge, die Sie weitergehend bewegen, in Form von Anträgen bzw. Ihre Erwartungen zur Qualifizierung der Wahlplattform hier parallel zur Aussprache in den vormittag einbringen.
Ich würde Ihr Einverständnis vorausgesetzt, Unionsfreund Boje Schmuhl bitten, Geschäftsordnungsantrag, bitte.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unionsfreund Boje Schmuhl:
(vom Platz aus, nicht zu verstehen)
...es sind in den gestern gehaltenen Vorträgen so viel Fragen gestellt worden, auf die es noch keine Antwort gegeben hat. Ich denke, daß wir ein Stückchen Antwort erwarten dürfen, einfach auch zu unserer Argumentation und Agitation in unseren Kreis ...?

Liebe Freunde, ob das möglich ist, auf alle Fragen, die gestern gestellt sind, heute schon Antwort zu finden, wage ich zu bezweifeln. Ich werde versuchen am Ende der Vormittagssitzung, vielleicht in einem 10minütigen Beitrag die Fragen, die also für mich als beantwortbar erscheinen, einzugehen. Mehr wird offensichtlich - glaube ich - hier nicht leistbar sein.

Ufrd. Kirchner:
Nur eine Bemerkung zur Sache an einem Punkt, bei dem ich befürchte, Mißverständnisse erzeugt zu haben, nämlich unter dem Stichwort: zentrale Wahlkampfführung. Hiermit meinen wir nicht, daß dieses ausschließt, sondern im Gegenteil, einschließt, daß auf der Ebene der Bezirks- oder Landesverbände und natürlich auch der Kreis- und Ortsverbände eine Füllung dessen, was zentrale Wahlkampflinie ist, erfolgt und erfolgen muß. Nur es geht genau darum, daß dieses unter einheitlichem Inhaltlichen Gesichtspunkten erfolgen muß, damit wir uns da nicht eben - wie gesagt - gegenseitig widersprechen, sondern noch einmal, unter dieser einheitlichen Leitlinie muß eine möglichst breite Füllung vor Ort auch unter Bezugnahme auf die dortigen Probleme erfolgen, das kann natürlich eine zentrale Wahlkampfführung überhaupt gar nicht leisten.
Ach so, Entschuldigung, zweite Frage dazu, die ich mir notiert hatte, ich denke bei der Besprechung am 29. 1. mit den Kreissekretären, die ich hier schon kurz erwähnt habe, sollten die Kreissekretäre und späteren Kreisgeschäftsführer so eine Art Leitfaden für den Wahlkampf an die Hand bekommen. Darüber müssen wir nachdenken.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Verehrte Freunde, ich würde bitten, unter den einschränkend gemachten Bemerkungen, die Aussprache fortzuführen.
Unionsfreund Schmuhl, es folgt ihm Unionsfreund Dr. Pohl.

Unionsfreund S c h m u h l :
Verehrte Freunde!
Wir sind die Besten. Das haben wir auf dem Parteitag stellenweise gehört und gestern auch wieder, aber wenn wir mit diesem Motto in den Wahlkampf gehen, haben wir schon verloren.
Wenn wir klare Aussagen treffen wollen und leider muß ich sagen, hab ich dies auf dem Parteitag vermißt, und ich habe dies auch bis gestern weiterhin vermißt, werden wir wenig Chancen haben, ein Wählerpotential zu erschließen, das wir eigentlich haben wollen und haben müssen, um unsere Partei in die Regierungsverantwortung. in eine echte Regierungsverantwortung, zu bringen. Sagen wir doch endlich klar und deutlich, was wir wollen und wo wir hinwollen. Haben wir doch keine Angst davor und seien wir doch altjüngferlich. Auch wenn wir uns in eine Gefahr begeben, ein linkes Wählerspektrum innerhalb unserer Partei oder uns nahestehenden Menschen zu verprellen, ich meine insbesondere das linke Spektrum unserer Partei, der religiösen Sozialisten, das gibt es noch. Wir sind eine Partei der Mitte, dazu stehe ich, aber ich stehe genauso dazu, daß wir eine Partei sein sollten, die konservativ geprägt ist. Konservativ in dem Sinne, daß wir originäre (?) christliche Werte und humanistische Ideale bewahren und zu vertreten haben. Folgen wir doch nicht wieder den alten Rottengeistern und Rattenfängern von Hameln, Entschuldigung, die sitzen jetzt wahrscheinlich doch in Berlin, die wieder versuchen, über eine Einheitsfront Stimmen zu gewinnen, und einige Altparteien sind dieser Flöte wieder gefolgt, wahrscheinlich spuckt diese Flöte wieder harte Währung aus.Ich nenne diese Parteien nicht, wir wissen, um welche es sich handelt und sagen wir klar und deutlich doch, daß sich für uns die nationale Frage einfach nicht mehr stellt, die national Frage ist beantwortet, wir waren schon immer eine deutsche Nation und die Kommunisten haben es einfach nicht geschafft, diese Nation auseinanderzu dividieren. Aber, die deutsche Frage als staatliche Frage,

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

ist weiterhin offen und muß von uns besetzt werden mit dem Hinblick, daß es für uns darum geht, einen einheitlichen deutschen Staat wieder zu errichten. Natürlich in bezug auf die Ideale einer europäischen Lösung. In diesem Sinne unterbreite ich dem Präsidium einen Vorschlag, das ist auch ein Stück Wiedergutmachung unserer Partei an jetzt verstorbene Mitglieder. Wir haben eine Zentrale Schulungsstätte mit dem Namen "Otto Nuschke". Wir haben einen doch sehr guten oder sehr gutes neues Haus in Berlin, geben wir diesem Haus doch den Namen - das ist mein Vorschlag - "Dertingerhaus". Das wär ein Stück Wiedergutmachung, daß wir an unserem ehemaligen Fraun Dertinger zu leisten haben, der ein Opfer sozialistischer Willkür geworden ist und nicht stalinistischer Willkür. Sozialismus und Stalinismus ist für mich ein Gleichheitszeichen, nämlich seit 1917 praktiziert der Sozialismus sich nur in diesen Farben.
Sagen wir auch klar und deutlich unsere Haltung zur Staatssicherheit oder wie sie sich irgendwann nennen will, zum Verfassungsschutz. Ich war erschrocken, als ein Vertreter dieses Amtes im Fernsehen der DDR äußerte, man kann uns doch nicht dafür verantwortlich machen, wenn eine verfehlte Sicherheitspolitik betrieben wird, oder wurde. Das ist Berufung auf Befehlsnotstand. Das hatten wir alles schon mal vor 5o Jahren und dieser Befehlsnotstand in diesen Jahren hatte auch zwei Namen: Sozialistisch - gekoppelt mit nationl. Sagen wir doch das endlich mal, daß eine Diktatur die andere Diktatur abgelöst hat und diese Begriffe sind austauschbar. Nämlich der Staatssicherheitsdienst oder diese ehemaligen Machthaber standen so weit links, daß sie wieder rechts herausgekommen sind und vor dieser Gefahr stehen wir nach wie vor und ich war gestern Abend so erschüttert als ich hörte von unserem lieben Unionsfreund Gunnar Fischer aus Ueckermünde, wie das weiterhin praktiziert wird. Wir stehen vor dieser Gefahr. Wenden wir uns gegen eine antifaschistische Einheitsfront unter dem Siegel Rot-Front, die sich dann vielleicht wieder einmal etabliert als Einheitsliste, vielleicht auch schon wieder zu den Wahlen. Wenden wir uns gegen Weimarer Verhältnisse, wo links bestimmt was rechts oder rechtsaußen ist.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Die Sozialdemokraten haben das ja am eigenen Leibe verspürt als sie in der Weimarer Republik als Sozialfaschisten defamiert wurde. Lassen wir es nicht zu, daß wir als klerikal Faschisten defamiert werden.Danke.

(Beifall)

Wir danken auch Freund Schmuhl und bitten Frd. Dr. Pohl ums Wort. Ihm folgt Frd. Nahrstedt.

Unionsfreund Dr. P o h l :
Liebe Unionsfreundinnen,
liebe Unionsfreunde!
Gestatten Sie mir, daß ich nur zu solcher Materie spreche, über die ich auch glaube, eine gewisse Kompetenz zu haben, Sachkompetenz, und das ist die Wirtschaft. Ich bin mit den Aussagen des Sonderparteitages auf den wirtschaftlichen Gebieten eigentlich nicht einverstanden gewesen, sie waren nämlich nicht da und auch was gestern unser Parteivorsitzender zur wirtschaftspolitischen Situation und zu den Problemem gesagt hat, kann mich persönlich nicht befriedigen. Gestatten Sie, daß ich aus meiner Kenntnis der Situation einiges zur ökonomischen Situation des Landes sage.

Ende Januar per Ende Dezember sind 85o Betriebe nicht mehr in der Lage gewesen, den Nettogewinn zu erbringen, dafür wird die Regierung der DDR 8o Millionen Mark für Jahresendprämienmitteln zur Verfügung stellen. Das Nationaleinkommen des Jahres 1989 wird gegenüber den geplanten 4 Prozent mit2,3 Prozent erfüllt werden, aber immer noch plus dank der hohen Disziplin der Arbeiter in den Betrieben, die trotz Ausreisewelle relativ stabile Leistungen auch im letzten Quartal gebracht haben. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität von 6,8 Prozent im letzten Volkswirtschaftsjahr/plan wird im Prinzip bei ca. 4 Prozent zu liegen kommen und die Verschuldung des Staatshaushaltes wird nicht wie die Frau Prof. Dr. Luft vor dem Runden Tisch beziffert hat, mit 6 Milliarden, sondern wird mit 15 Milliarden 1989 ins Haus stehen. Insgesamt sind 119 ooo vollbeschäftigte Einheiten nicht zur Führung gewesen im vorigen Jahr und wir wissen ja, was das allein auf das Nationaleinkommen für

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Auswirkungen hat. Im Jahre 199o wird von vornherein von der staatlichen Plankommission mit einem Fehl von 15o ooo VBE gerechnet. Das entspricht einer Auswanderungsrate von ca. 4oo ooo Menschen, die uns in diesem Jahr - ich möchte mal sagen fast planmäßig - die DDR verlassen werden. Es gibt sogar Zahlen, die davon ausgehen, daß uns in diesem oder nächsten Jahr ca. 1 Million DDR-Bürger noch verlassen werden. Und das trotz der Ankündigung von freien Wahlen und trotz aller Dinge. Ich will damit die Anstrengungen für eine Wahlplattform und für all diese Dinge nicht etwa legitimieren. Ich sage aber das deutlich, daß Mißtrauen gegen jegliche Argumentation, gegen jegliche - gegen jedes Wort, was dort fällt und gegen jedes auch demokratisches Gehabe ist bei der DDR-Bevölkerung so groß und der Vertrauensverlust ist so groß, daß diese Welle nicht aufzuhalten sein wird. Das bedeutet im Prinzip, daß wir eigentlich vor der Frage stehen, daß das wirtschaftliche Tal sich uns erst öffnen wird. Das errechnet die Staatliche Plankommission und auch wir, ich spreche jetzt meiner Eigenschaft als Abgeordneter der Volkskammer vom Wirtschaftsausschuß, rechnen mit einem Null-Wachstum in diesem Jahr im Gegensatz zur Bundesrepublik, die 3,5 Prozent Bruttosozialprodukt-Zuwachs haben wird und wir stehen also zu Beginn dieses Tals - am Beginn dieser Talsohle - und es ist wohl zu überlegen, ob wir unter diesen Bedingungen nicht besser ab 6. Mai in die Opposition gehen würden und zwar in eine richtige konstruktive Opposition. Ich glaube eine Regierungsverantwortung dürfte kaum sich für uns auftun. Ich möchte zu einigen Problemen der Wirtschaftsreform hier Stellung nehmen und zwar folgende Forderung aнetzen (?). Die Aklumationsrate (?) muß wesentlich über 2+ Prozent angehoben werden. Das ist das Verhältnis von Investion zu Nationaleinkommen. Und ich muß sagen, wir haben in den letzten 8 Jahren eben ein solches Verhältnis gehabt, daß wir bei 17, 18 und 19 Prozent Akkumulationsrate liegen, die Bundesrepublik liegt bei 24 Prozent. Demzufolge sind unsere Grundfonds in der Industrie völlig verschlissen und demzufolge sind wir nicht in der Lage, Erzeugnisse mit einem hohen Veredlungsgrad zu produzieren. Es ist also nicht so, daß wir das im Prinzip getan haben, der Export von Halberzeugnissen und teilweise sogar niedrig veredelten Erzeugnissen, weil das vielleicht eine unfähige

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Wirtschafts- oder Markterkenntnis zum Inhalt hatte, sondern weil einfach die Investitionsmöglichkeiten in dem bisherigen System nicht gegeben worden sind. Das westdeutsche Handelsblatt hat berechnet, 25o bis 3oo Milliarden DM sind notwendig, um die Grundfonds der DDR-Wirtschaft wieder leistungsgemäß zu bringen und die Produktivität, die technologische Lücke, die wir besonders bei den Veredlungstechnologien haben und die zwischen 15 und 45 % liegt, zu schließen. Das wäre eine wesentliche Forderung der Wirtschaftsreform, die wir besonders als Partei - als CDU - setzen müßten: Erhöhung der Akklimationsrate bzw. Erhöhung der Investition. Wenn dazu kommt, daß in jedem Jahr 6o bis 8o Großvorhaben der Investition liegengeblieben sind wegen der schwachen Bauleistungen, da weiß man, daß eigentlich das die Differenz zwischen dem Plan und das, was wirklich gekommen ist, hier sehr viel größer ist.
Die zweite Forderung, die ich erheben möchte, ist daß wir einen Etappenplan der Strukturveränderung oder ein Etappenprogramm der Strukturveränderung hier bei uns notwendig ist. Es nutzt aus meiner Sicht nichts, wenn wir von einer effektiven Marktwirtschaft sprechen, daneben aber gleich die Vollbeschäftigung sichern wollen, eine Quadratur des Kreises, wer Marktwirtschaft will muß sie richtig wollen, keine Halbheiten und das heißt, Arbeitsmarkt und das heißt Arbeitslose. Das muß ich ganz deutlich sagen, entweder will ich das eine oder das andere, ein Zwischending gibt es hier nicht. Man kann sich über soziale Stellung der Arbeitslosen verständigen, aber ein Zwischending gibtes hier nicht. Was ist aber als erstes zu wahren. Die Überschrift, die auch alle anderen Parteien jetzt prägen, bringen uns nicht weiter. Wir müßten nicht nur ein Schattenkabinett bilden, sondern wir müßten auch eine kritische Assistenz hat unser Parteivorsitzender in der Volkskammer mal gesagt, die Regierung zu begleiten, das würde bedeuten, kritische Assistenz heißt auch, daß wir Programme - eigenständige Programme - haben, die wir den gegenwärtigen Programmen in der Koalitionsregierung auch entgegensetzen können. Und das heißt auf wirtschaftlichem Gebiet als erstes, daß wir die Kommunalstrukturen auflösen müßten.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Es müßte gefordert werden, daß die Kombinatsstatute jedes Kombinats der DDR, die 126 zentral geleiteten Kombinate und die übrigen 1oo anderen hätten im Prinzip mit Jahresbeginn ein neues Statut zu erarbeiten und es müßte dem Betrieben freigestellt werden über Vereinbarungen, ob sie diesem Kombinat dann weiter angehören wollen oder welche Leistung so ein Kombinat überhaupt für sie, für die einzelnen Betriebe noch bringt. Das wäre also erst mal ein erster Schritt des Jahres 199o, denn die Leute wollen doch wissen, was macht ihr jetzt. Da bin ich der Auffassung, das ist ein erster Schritt in dieser Richtung, nämlich, daß dann gesagt wird, was bringt ihr uns als Kombinat, was bringt ihr als Leistung, wollen wir euch noch, wollen wir euch nicht. Diese Abstimmung müßte passieren insofern, so diskutiere ich jedenfalls in meinem eigenen Kombinat, und bei meinem eigenen Generaldirektor. So. das zweite, was ich für absolut erforderlich halte, ist, daß wir eine Eigenvorstellung über den Rückzug des zentralen staatlichen Planungssystems erarbeiten. Die Staatliche Plankommission hatte versprochen mit 27 Kennziffern das Jahr 199o anzugehen. Alle Kombinate dieser DDR haben zwischen 66 und 115 Kennziffern vorgegeben bekommen. Mein Kombinat 76. Ich sage ganz deutlich - und die Befindlichkeit der Leiter ist ja eigentlich so, daß es noch viele Betriebsdirektoren gibt, die direkt warten, daß sie nun mal endlich eine Kennziffer kriegen oder den Bilanzanteil, weil sie es gar nicht gewöhnt sind, sich selbständig irgendwie zu bewegen und wir haben also eine so große Verunsicherung und sind so ängstlich, daß es also eine Art ist und deshalb ist es erforderlich, daß wir als dritte Konsequenz, die wir sofort angehen sollten, und das ist mein Vorschlag: ein Betriebsverfassungsgesetz zu machen. Es zeigt sich nämlich ganz deutlich, daß eine Reihe von

(Beifall)

Betriebsdirektoren, offensichtlich die von der Partei der Arbeiterklasse eingesetzt worden sind und wo eben Fleischer, nichts gegen die Fleischer, aber die haben meinetwegen Metallbetrieb geleitet, also das muß aufhören, die Fach- und Sachkompetenz ,uß her und deshalb schlage ich eben vor, daß Betriebsräte gebildet werden im Rahmen dieses Betriebsverfassungsgesetzes. Das sollten wir uns als Partei auch als eine Maßnahme, die wir jetzt als eigenständige Maßnahme

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

einbringen sollten, denn von der SED ist da nichts zu erwarten. Dort haben sich nur die Vögelschwärme hochgehoben, sind mal zwei-dreimal gekreist und nun sitzen sie wieder alle auf ihrem Ast, im Prinzip. Das ist die Situation vor Ort.

(Beifall)

Und das alles nach der alten Melodie "bei dir war es ja immer so schön". Ich sage mal ganz deutlich, liebe Freunde, diese drei Forderungen geben ein neues Kommunalstatut, eine eigene Konzeption zur Reduzierung der staatlichen Planung und der Plankennziffern, der neueste Witz ist ja nebenbei gesagt, daß das Zentralamt für Statistik die Dinge, die sie schon außer Kraft gesetzt hat, wieder reinbringt. Beispielsweise haben sie eine Reihe von Formblättern gestrichen und jetzt werden die ..... (?), bloß daß die Abrechnungszeiträume nun verändert worden sind, nämlich verlämgert worden sind. Damit habe ich überhaupt nichts gekonnt, damit ist der Abrechnungsapparat nach wie vor derselbe. Also ich sage ganz deutlich, hier und das dritte ist das Betriebsverfassungsgesetz, was also auch die Prüfung der bisherigen Betriebsdirektoren vor einer unabhängigen Kommission zum Inhalt haben müßte. Das sind so Dinge, die wir jetzt angehen müssen, egal - ich sage es mal ganz deutsch - wie wir abschneiden bei einer Wahl, wir sollten - und ich stehe eigentlich rechts Mitte muß ich ganz ehrlich sagen - ich habe mich immer als Gegenüber zu den Genossen betrachtet, war auch immer ausgegrenzt auf diesem Gebiet. Ich sage ganz deutlich, mir hat gefallen, was Freund Galley gestern gesagt hat zur konservativen Linie. Ich bin auch völlig konservativ. Und ich sage das als Forschungsdirektor der durchaus seine Anerkennung in den vergangenen Jahrzehnten bekommen hat. Ich bin also im Prinzip von der Wertekategorie konservativ . Das sollten wir auch auf jeder Privatplattform zum Ausdruck bringen. Das ist also meine persönliche Meinung und wir sollten in wirtschaftlichen Fragen ein Sofortprogramm als eigenständiges Programm uns schnellstens in dieser Richtung, wie meine Vorschläge waren, erarbeiten. Danke sehr.

(Beifall)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unionsfreund Nahrstedt erhält das Wort. Ihm folgt Prof. Jensen.

Unionsfreund N a h r s t e d t :
Liebe Freunde!
Einer meiner Lebensmaxime ist für mich persönlich, bescheiden und zurückhaltend zu sein und wenn ich für andere arbeite, dann streite ich und werde ich bissig. In die Zange (?) ist leider die Diskussion von gestern Abend zu werten als ich impulsiv und lautstark wurde, weil ich - und ich wollte zum Thema .....(?) sprechen heute, weil ich zum Ausdruck bringen will, welches Gebot der Stunde jetzt gefragt ist. Und gefragt ist das, daß die Basis unserer Mitglieder - und nicht nur unserer Mitglieder -, das liegt an unserer Arbeit, sondern auch die Bürger, warten auf uns.
Ich komm jetzt nach Hause und hatte gehofft, daß ich ein Programm, was ich ja nun gestern Abend mitbekommen habe, erst zum 17. Parteitag kommen soll, dieses dritte Positionspapier habe ich erwartet, daß die vielen klugen Ideen des Sonderparteitages mit ins zweite einfließen und wir heute mitnehmen können. Ich will Foren machen in meiner Gemeinde, bei uns dreht sich was. Wir haben den Bürgermeister fast auf Eis gelegt, wir haben den runden Tisch verlassen aus Protest, weil sie noch machen was sie wollen, die Strukturen sind nur halb zerstört, noch nicht ganz. Das Volk hat eine Revolution eingeleitet, sicherlich friedlich ist gut, aber die war so friedlich, daß sie sicherlich bei bewaffneten Organen und bei Sicherheitskräften die aufgelöst wurden, stehen geblieben ist und die Massenmedien, die Justiz, wer in der Schule früher gut aufgepaßt hat weiß, daß die herrschende Klasse ein Machstinstrument hat und dieses Machtinstrument ist nur halb zerstört im Moment und wir als Partei, das könnten wir uns auf unsere Wahlkampffahnen schreiben, müssen sehen, daß dieser Staat vollkommen zerschlagen wird, dieser stalinistische Staat, damit sich eine Demokratie entwickeln kann und wir das D auch in unserer Abkürzung voll erfüllen können. Das ist ein Punkt, der zu unserer Politik generell zählt. Ich möchte aber nun zur Basisarbeit kommen. Ich bin Ortsgruppenvorsitzender in Colbitz. Wir haben uns Gedanken gemacht, wie können wir die Massen ergreifen.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Nicht nur unter Parteimitgliedern, sondern die Bürger, denn an der Basis werden doch die Stimmen gezählt, in der Kommune und nicht wie gut der Parteiapparat funktioniert. Ich appelliere daran, daß unsere Parteifunktionäre an die Basis gehen, die Ortsgruppenvorsitzenden fragen, welche Probleme bewegen euch Bürger denn hier im Territorium und da ansetzen, das ist Wahlkampf und nicht nur Theorie und Strategie, die dann irgendwo beim Kreissekretär zwischen Kreissekretär und Ortsgruppenvorsitzenden endet, weil es da hapert. Nein, wir müssen als engagierte Parteimitgestalter an die Basis mit den Ortsgruppenvorsitzenden zusammen die Versammlung organisieren und Initiativen ins Leben rufen. Ich habe hier einen Aufruf vorgebracht, das ist ein Territorium, eine .....(?) ich weiß nicht wer sie kennt, die liegt zwischen Magdeburg und Stendal, da sind sowjetische Streitkräfte stationiert, da ist ein republikweiter Schießübungsplatz und wir haben uns Gedanken gemacht im Vorfeld schon, wie wir da rangehen können und wir haben einen Aufruf gestartet, der sogar vom Rat des Kreises eine Druckgenehmigung erhalten hat, wir haben über 3ooo Formulare die uns aus den Händen gerissen werden, verbreitet in der Bevölkerung. Wir haben z. Z. viereinhalbtausend Unterschriften wie sich das andeutet, die Nachfrage, das Ergebnis wird Ende März kommen und das ist ja auch schon Wahlkampf unter anderer Gruppierung zu versuchen, es gibt ja auch grüne Parteien - sogenannte - und unsere Partei hat so ein breit gefächertes Profil, daß wir keine Grünen Parteien brauchen, das ist unser Profil der Partei, daß wir auch für Wald, ich bin voll dafür und nicht Wald als Kultur, sondern Wald als Idylle, als Naturschutz. Wir haben ganz konkrete Vorstellungen über Landschaftsforschung im Bezirk Halle eingebracht. Ein Mitglied von uns hat an Ministerpräsident Modrow geschrieben und hat schon Antwort bekommen. Es dreht sich unheimlich was und das ist doch Wahlkampf Parteiarbeit, das ist ganz wichtig

Eine zweite Idee war auch noch, die wir eingebracht haben in unserer Gemeinde eine ständige Kommission - es gibt ja viele, wir hatten 9 oder 1o - und ich muß sagen, wir sollten es erweitern, wir hatten den Vorschlag gebracht, eine ständige Kommission Kontrolle und Bürgerrecht. Das waren unsere Vorstellungen, daß

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

aus jeder Partei vielleicht zwei Vertreter dadrin sind, die jeden vom Bürgermeister über die ortsansässigen Betriebe bis zum Rentner alle kontrollierbar sind, aber unabhängig von nun-müßt-ihr-mal, sondern die können spontan unangemeldet auftreten mit dem Recht, das müssen sie haben, müssen gewählt werden von der Gemeindevertretung, jeden zu kontrollieren, daß Amtsmißbrauch und Machtmißbrauch nicht mehr passieren können. Dieser Vorschlag ist von unserem Bürgermeister negiert worden und auf die lange Bank geschoben. Mein Kreisvorsitzender hat diese Idee im Kreistag eingebracht und dort besteht schon eine Kommission Kontrolle und Bürgerrecht und die arbeitet nach einer Idee der CDU und auch das werden wir verkaufen im Wahlkampf. Ich will nur sagen, wir brauchen Sachen, die den Menschen bewegen. Ich habe jetzt schon wieder 3 Mitglieder, die ahbe ich nicht angesprochen, ob sie Mitglieder werden wollen, die werden Mitglieder. Früher war es so, nun müßt ihr mal Mitglieder - und wollen wir uns nichts vormachen - ihr braucht nicht ganz so viel Beitrag zu bezahlen, denn kommen sie vielleicht eher rein. Das kann doch wohl nicht sein, sondern wir müssen durch unsere Politik die Leute um uns ansiedeln und die engagierten Leute müssen an die Basis. Das ist ganz entscheidend und wichtig. Und ich finde es eigentlich bedrückend, daß ich so habe ich in meinem Kopf viele kluge Ideen, die heute und gestern schon gesprochen wurden, mit aufgenommen, aberes wäre doch wichtig als Wahlplattform und wenn ich vor einem Forum in der Aula in der Schule Kolbe-Sisto (?), da sitzen 2oo Mann und die werden sehr spitzfindige Fragen stellen, das kann ich mir vorstellen, aber ich bin auch so clever, daß ich das zweite Positionspapier relativ auswendig kann, aber die vielen guten Ideen, die beim Sonderparteitag hätten mit eingearbeitet werden müssen, die hätte ich jetzt gern mit nach Hause genommen. Ich finde es eigentlich schade, daß wir jetzt in einer schnellen Aktion die Wahlplattform überarbeiten müssen und das ist ein ziemliches Gerippe, was wir dann mit nach Hause nehmen. In meinem Kopf nehmen wir viel kluge Ideen mit, aber dann kann es passieren, daß einer mal so eine Variante faktisch vertritt und der andere jene Variante, daß wir nicht diese einheitliche Wahlkampfrichtlinie dann haben, wie wir sie eigentlich brauchen.

(Beifall)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Ja, liebe Freunde, die Leidenschaftslichkeit ist verständlich, vielleicht ist eine persönliche Meinung gestattet. Freund Nahrstedt hat im Grunde genommen hier reflektiert, daß der Wahlkampf bereits läuft.an der· Basis mit sehr gegenständlichen Bezügen. Und ich glaube, in dieser Weise könnten sehr viele von uns darstellen, was gegenwärtig unten läuft und was bewegt wird und wo wir versuchen, auch ganz gezielte Aktivitäten für uns zu vereinnahmen. Wenn ich beispielsweise nur mal von mir ausgehe, was in den letzten Tagen da geschehen ist in Sachsen im Hinblick auf das Installieren der neuen mittelständischen Industrie mit einer neuen Industrie- und Handelskomanner und wo wir überall rumziehen und Partnerschaften aufbauen.ohne dabei auf das Wort von oben zu warten, denn da fehlt tatsächlich manche Handlungsanweisung, aber das hängt eben mit der Regierung zusammen und da sind unserer Phantasie keine Grenzen gesetzt und da haben wir eben verunsicherte Institutionen, deren man sich bedienen kann, um zu Verbindlichkeiten zh kommen. Also ich will damit bloß sagen, wir sind - glaube ich - nicht so schlecht wie sichs manchmal darstellt. Viele Ortsgruppen, viele Funktionäre unserer Partei auf den unteren Ebenen entwickeln in dieser Phantasie mit dieser Intensität, mit dieser persönlichen Leidenschaftlichkeit vom Boden unseres Positionspapiers ausgehend, diesen persönlichen Wahlkampf und ich glaube im Verlaufe der bisherigen Aussprache haben wir sehr viel inhaltliches, methodisches da bereits vermittelt bekommen und ich würde mir wünschen, daß in dieser Weise auch die weitere Aussprache läuft.
Das Wort hat Unionsfreund Prof. Jensen, ihm folgt Frd. Breitenborn.

Unionsfreund Prof. J e n s e n :
Ja ich möchte ganz kurz zu drei Problemen Stellung nahmen.
Als erstes wünsche ich mir zwei Anstriche bei unserer Wahlkampfplattform, die nicht fehlen dürfen. Ein Satz, wir treten ein für breitere Ermöglichung von Teilzeitbeschäftigung. Ich glaub, ich brauch das nicht zu erläutern, warum das viele ansprechen würde. Vielleicht ein zweiter Anstrich für eine 6jährige Abitur- und eine 4jährige Mittelschulstufe. Ich glaube, eine solche Formulierung wäre besser als eine Formulierung für eine Vielfalt der Bildungswege

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

die den Begabungen und Fähigkeiten der Kinder Rechnung trägt, denn die von mir vorgeschlagene Formulierung regt die Phantasie der Leute konkret an, die fangen an zu überlegen, was ist für unsere Kinder richtig, Abiturstufe, Mittelschulstufe, wie wird die wirtschaftliche Entwicklung weiterlaufen im Zusammenhang usw. Zweitens möchte ich den Vorschlag bringen, ein Wahlplakat und zwar ein Wahlplakat, das ganz bewußt die Spezifik unserer Partei zum Ausdruck bringt und das, was daran irgendwie politisch relevant ist. Und dieses Wahlplakat sollte bestehen meiner Vorstellung nach aus einem kurzen Zitat und darunter: Darum wählt CDU. Ich trage es mal vor: "Was moralisch falsch ist, kann gar nicht politisch richtig sein. Daher wählt CDU". Ich will es kurz begründen, das Zitat stammt von dem bedeutenden englischen Politiker des 19. Jahrhunderts Gletzten (?), er war erst konservativ, dann liberal, aber beides auf bewußt christlicher Grundlage. Da eine Zwischenbemerkung. Ich bin dagegen, daß wir uns einseitig als konservativ charakterisieren. Der lebenserfahrene Goethe hat in seinem Gartenhaus ein Quader und dadrauf eine Kugel, um nämlich zum Ausdruck zu bringen, beides gehört zum Leben. Das Beharrende, aber auch das Progressive und vielleicht kann man sogar dieses Symbol aus Goethes Gartenhaus zum Plakat aufmachen, auf dem könnte stehen: Bremsen und Gasgeben gehört zur Fahrt in die Zukunft. Daher wählt die Partei der Mitte CDU. Aber das war nur so ganz nebenbei. Der Gletzten, der also erst konservativ und und dann liberal war, hat sich z. B. - das sage ich ganz kurz - eingesetzt für sogenannte .....(?)gesetzgebungen, wir würden sagen, eine Nationalitätengesetzgebung für Irland und als er das nicht durchsetzen konnte, ist er zurückgetreten. Ich denke, was Gorbatschow heute an Schwierigkeiten hatte, das beruht ja auch auf einer amoralischen Politik vergangener Jahrzehnte und ich denke es ist notwendig, durch solch ein Plakat, durch solch eine Parole, nämlich folgende Stimmung in der Bevölkerung aufzufangen, ja Politik nach christlich-moralischen Grundsätzen ist zwar ganz sympathisch, aber doch letztlich irgendwie unrealistisch und fast schon Spintisiererei. Das stimmt eben nicht. Vor dem ersten Weltkrieg gabs mal einen provozierenden Buchtitel "des Glaubens Bedeutung im Kampf ums Dasein". Da stand ganz einfach drin, daß Glaubensgruppierungen, wie die Hugenotten, wie die Quäker

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

wie die Herrenhuter, die es mit ihrem Glauben ganz ernst genommen haben, trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, dann wird euch solches alles .....(?). Aber dieses erlebt haben,daß sie gerade deswegen auch wirtschaftlich vorankamen, als ich 196o in Tallin war, wurde uns dort ein Kolchos aus der Nähe vorgeführt, glänzend und hinterher sagte uns da einer der Theologen: Wissen sie auch was das mit dem Kolchos auf sich hat? Das ist ne frühere Herrenhuter Siedlung. Also so lange wirken Grund_-haltungen aus was moralisch falsch ist, kann gar nicht politisch richtig sein. Theoretisch kann die LDPD oder eine andere Partei das auch auf ihr Wahlprogramm oder -plakat setzen, wir werden die einzigen sein und das bringt glaube ich wesentliches zum Ausdruck.

Ein dritter Punkt ganz kurz. Ich habe das auch schon dem Parteivor-sitzenden vorgetragen und kann mich deswegen und auch aus Zeitgründen muß ich mich jetzt kurz fassen. Ich bin doch dafür, daß wir ernsthaft prüfen, ob trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht so etwas wie der Standpunkt, wie immer man ihn dann nennen möge, erhalten bleibt, weil ich die Einschätzungsxxxxxxx .....(?), das Verhältnis zu den Kirchen zu uns sich wesentlich verbessert hat, daß es da gute Kontakte gibt, daß wir aber nicht übersehen dürfen, daß es besonders im evangelischen Raum eine breite Unterströmung gibt, die von Pastoren vor allen Dingen, die also ..... (?) gegen jedes C im Namen einer Partei sind. Ich kann das nicht näher ausführen und dem müssen wir durch eine Zeitschrift, die christlichen Intellektuellen anspricht, sozusagen das was wir früher kultur-protestantische und kulturkatholische Standpunkte nennt entgegen-setzen, wenn wir diese Arbeit sozusagen an der Stimmung der Intellek-tuellen unterschätzen, dann kann das auf Dauer doch sehr gegen uns ausschlagen. Daher nochmals hier öffentlich ausgesprochen, die dringliche Bitte, ob wir uns nicht doch solch eine Kulturzeitung -zeitschrift leisten können. Ich knüpfe auch an an den Beitrag einer Freundin von gestern, die sagte, daß im gegenwärtigen Partei-vorstand die Kultur überhaupt zu kurz kommt. Danke schön.

(Beifall)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Ich würde drum bitten, wenn hier für den Wahlkampf konkrete Vorschläge gemacht werden, also mit dem Wahlkampfslogan, daß man diesen bitte auf einem Zettel an den Freund Schmidt oder an den Freund Lechtenfeld weiter-gibt.

Tagungsleiter:
Es spricht jetzt Unionsfreund Breitenborn zu uns, ihm folgt Dr. Tauschner.

Unionsfreund B r e i t e n b o r n :
Liebe Unionsfreundinnen, liebe Unionsfreunde!
Ich bin mit einer gewissen Erwartungshaltung hier nach Burgscheidungen gekommen, um eine Wahlplattform vorzufinden, die es mir ermöglicht, an der Basis Wahlkampf weiterzuführen. Wer es noch nicht kennt oder wer nur die NEUE ZEIT liest oder DIE UNION, so sieht die Wahlplattform der SED aus und das ist unsere Wahlplattform, die wir gestern erhalten haben. Es sind doch eigentlich deutliche Unterschiede zu erkennen. Ich frage mich, wer steht bei uns hier oben als Vorreiter im Wahlkampf? Ich meine, unseren Vorsitzenden, den schließe ich sofort ein, aber wer sind die anderen Mitstreiter? Wann treten die anderen Mitstreiter unserer Partei so in die Öffentlich, daß wir CDU erkennen und CDU-Wahlkampf erkennen? Hier sind in klaren Positionen dargestellt, was die SED will. Sie hat sich hier sehr breit gefächert, um von links nach rechts alles zu erfassen. Wir haben ein Arbeitspapier gestern in die Hand bekommen. Es tut mir weh, dieses Papier. Man müßte natürlich auch mal unseren Vorstandsmitgliedern erklären, wie dieses Papier zustande gekommen ist. Es ist nämlich zusammengeschossen worden.

(Beifall)

Und damit bin ich nicht einverstanden. Ich bin nicht einverstanden, daß man ein derartiges Wahlpapier uns hier als Vorstandsmitglieder in dieser Form anbietet. Denn das ist nicht in Ordnung. Und wenn das in wenigen Stunden zusammengeschossen ist, dann tut mir das ehrlich leid, dann ist das nicht bis zum Ende durchdacht.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Das ist die eine Seite. Wir haben gestern von unserem Vorsitzenden-referat eigentlich sehr gute Ansatzpunkte mitbekommen. Wo wollen wir hin, was soll werden. Das sind doch ganz wichtige Fragen, die man auf einer Seite ganz gut unterbringen kann. Wir müssen doch ein unverwechselbares Programm anbieten. Die Leute an der Basis wollen wissen, was ist den CDU. Aber wenn ich so ein Programm vor die Nase halte, dann wissen die doch gar nicht, was uns als CDU gegenüber anderen Parteien auszeichnet. Deshalb hoffentlich kriege ich heut noch eineähnliche Wahlplattform angeboten evtl. auf dieser Ba ses, damit man nicht alles erklären muß auf einem Plakat, würde ich mir wünschen. Daß zu den Grundpositionen, zu denen wir uns hier verständigt haben und die in unserem zweiten Entwurf zum Positionspapier ganz eindeutig herausgearbeitet sind, daß wir da noch Erläuterungen und Erklärungen mitbekommt, weil man das alles nicht auf dieses Papier unterbringen kann. Und ich wünschte mir natürlich auch, ein Wahlplakat, was ganz eindeutig unsere Spitzenfunktionäre der CDU darstellt. Ich würde mir vorstellen unseren Vorsitzenden und unsere zwei Minister. Wir haben doch Kämpfer, die bereits schon jahrelang auch an der CDU-Front ganz vorn gekämpft haben. Und ich wünschte mir auch, daß unsere beiden Minister im Fernsehen präsent werden und für uns Wahlpropaganda in Form von Erklärungen und Stellungnahmen zu ihrem Fachgebiet machen. Wir haben gestern so viele gute Dinge genannt, ich hab mir alles aufgeschrieben, ich werde das mit verwenden, aber das muß die Öffentlichkeit wissen, das muß die Öffentlichkeit wissen, daß die CDU zwei Minister hat, denn alle haben nicht die Zeitung so intensiv gelesen und haben es vielleicht schon wieder vergessen. Also das wäre für mich persönlich ganz wichtig, daß wir mit wirklich einem ordentlichen Profil in den Wahlkampf gehen.

Das zweite, was mich sehr stark bewegt, ich habe erfahren, daß am 29. 1. das Material für den Wahlkampf mit den Sekretären übergeben wird. Ich bin in einer ganz schwierigen Situation. Wir haben am 27. 1. bereits unseren Kreisparteitag, das heißt also, bevor wir das Wahlmaterial in den Händen kriegen, haben wir Kreisparteitag. Wir wollten aber mit dem Kreisparteitag praktisch den Auftakt geben für unseren Wahlkampf im Territorium. Ich muß nun nach Hause und sagen, wir müssen den Termin noch mal neu überdenken. Es ist für

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

mich unmöglich, wenn ich am 27. 1. Kreisparteitag mache und am 29. 1. dort mein Sekretär angeleitet und hinterher kriegt er die Wahlplakate und ich muß im Sekretariat die Wahlplakate abholen und muß dann den 8oo Delegierten oder jedenfalls diejenigen, die als Delegierte für den Kreisparteitag vorgeschlagen sind, dann hinterher ins Haus die Plakate bringen. Also terminlich paßt das für mich jedenfalls für Freiberg nicht zusammen.

Ein drittesProblem: In unserem Wahlkampfprogramm fehlt mir eine Aussage zu dem Verhältnis zu unserer - sagen wir auch Schwesterpartei - CDU/CSU. Ich meine an der Basis gehts doch ganz anders schon vonstatten. Gestern z. B. war der CDU-Vorstand von Darmstadt in Freiberg. Dann wird ganz konkret miteinander verhandelt, dort wird doch schon Basisarbeit und Wahlkampf betrieben. Sie haben uns angeboten Wahlplakate zu drucken, Handzettel zu drucken. Das läuft doch alles. Wir haben bereits schon ein Vervielfältigungsgerät bekommen. Wir könnten aufgrund dieser Tatsache eine CDU-Weihnachtsbotschaft unseren Mitgliedern erstmalig übergeben. Das ist doch echte Basisarbeit. Also, wenn ich da von oben gewartet hätte, nun guten Nacht, dann hätten wir schon so viel Stimmen wieder eingebüßt.

(Beifall)

Das nächste ist, ich muß etwas zur Medienpolitik sagen. Wer in der Bezirksstadt oder Hauptstadt der DDR lebt, ist das vielleicht etwas anders. Ich komme aus einer Kreisstadt.Dort gibt es eine Lokalseite, dort gibt es einen Lokalreporter, das heißt, dort bestimmt die SED, was auf der Lokalseite erscheint. Und wir machen jedesmal bitte, bitte. Würdet ihr, möchtet ihr und der Kreisredakteur entscheidet dann, isser heute gut gelaunt, dann nimmt er das in die morgige oder übermorgige Ausgabe mit rein. Das geht aber nicht nur mir so als CDU, sondern das geht allen Parteien so auf der Kreisebene. Und deshalb kommt die Forderung immer deutlicher

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

und konkreter auch an unseren Pressesprecher möchte ich das noch mal als Anregung geben, es wird gefordert, eine Volkszeitung auf Bezirksebene und zwar eine freie Volkszeitung unserer Bezirkszeitung heißt freie Presse. Aber sie ist keine freie Presse, sondern es ist eine SED-Presse. Und wir müssen zu einer ordentlichen Volkszeitung kommen und es wird von den Basisgruppen und auch von den neuen Gruppierungen gefordert, daß die SED auf ihre freie Presse als Bezirkszeitung verzichtet und das als Volkszeitung erklärt. Aber da gibt sich automatisch für mich auch die Forderung, daß die Union, das ist auch eine Bezirkszeitung, kommt zwar nicht bis auf die Kreisseite, aber daß auch die Union sich dieser Frage stellt. Und ich weiß, daß es Bemühungen gibt der Union in Dresden, auch eine unabhängige Zeitung zu werden. Wir müssen die Möglichkeit haben, uns vom Kreis her, von der Gemeinde her, denn dort wird ja dann tatsächlich der Wahlkampf geführt und ersoll ja im Herbst, so wie wir das ja erfahren haben, soll im Herbst die Gemeinde und die Stadt gewählt werden, also müssen wir dort präsent werden und dort unsere Probleme einbringen. Also ich finde, es ist nicht schlecht, wenn jetzt angedacht wird und weitergedacht wird die Frage einer Volkszeitung, wo wir die Möglichkeit haben, über einen z.B. Medienbeirat beim Kreis selber zu entscheiden, wann und wie was in die Zeitung kommt.
(Zwischenbemerkung: Beitrag muß gestrafft werden)
Wir wissen eins, es wird auf alle Fälle filtriert und ganz zielgerichtet bereits filtriert. Und wir stehen immer im Abseits, wenn wir uns jetzt nicht rühren.
Schönen Dank.

(Beifall)

Tagungsleiter:
Unionsfreund Dr. Harald Tausch .....(?) spricht jetzt zu uns, ihm folgt Dr. Wolfgang König.

Unionsfreund Dr. Harald T a u s c h - M a r t o n :

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Verehrte Damen und Herren,
man muß das Wichtigste immer zuerst tun. Wichtig ist für mich im Moment nicht, daß wir ehemals keine Bildungsgleichheit hatten oder die Kirchenmusik, ich habe nicht den Ehrgeiz, einmal sagen zu können, daß ich beim Untergang der CDU dabeigewesen bin. Deshalb bin ich auch der Auffassung, daß unser Ziel nicht sein kann, Oppositionspartei zu werden. Das wichtigste ist für mich im Moment der Wahlkampf. Welche Instrumentarien wollen wir nutzen, auch technisch wer soll uns helfen und welche Aussagen wollen wir treffen. Das Volk muß unser Handeln und Aussagen bemerken. Im Moment wird von uns wesentlich zu wenig bemerkt. Da steht nur ein Fragezeichen, wenn es um die CDU geht. Die Wahlplattform, die wir haben, ich habe selbst eine Achse daran, deshalb sage ich das ist völlig unvollkommen, sie ist also am 4. 1. in wenigen Stunden entstanden, wir haben keine fremde Hilfe in Anspruch nehmen können, wir hatten auch keine Analyse über die Wahlaussagen der anderen Formationen und Parteien. So geht das nicht. Ich komme nachher noch einmal darauf zurück.

Zu den Medien. Wir brauchen hier praktische Sofortlösungen. Ich bin nicht dafür, daß wir die SED weiter bitten, ob sie uns noch einige Minuten gewährt oder zu welchen Kosten. Ich bin der Meinung, wir sollten das Mögliche, die Hilfsangebote die wir haben, sofort nutzen und in voller Breite.

(Beifall)

Die DDR-Bevölkerung sieht sowieso nicht unser Fernsehen. Also treten wir doch dort auf, wo wir auch gesehen werden. Nochmals zum Überbrückungsgeld.
Sehr verehrter Herr Vorsitzender, sie sagen in der Regel sehr Gutes und immer dann erhalten sie auch Applaus. Zu ihrem Beitrag zum Überbrückungsgeld gestern haben sie keinen Applaus erhalten. Es geht dort um zwei Dinge. Erstens um die Verfahrensweise als solche. Hier wird ein weit über den Durchschnitt überhöhtes Gehalt gezahlt für eine verbrecherische Tätigkeit. Und das zweite ist

(Beifall)

unsere Haltung als CDU dazu. Und dieses zweite ist für mich besonders wichtig und ich frage mich deshalb, warum wir nicht in der

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Volkskammer den Antrag stellen wollen, das entsprechende Gesetz oder den Paragraphen auszusetzen.

(Beifall)

Zur Zentrag. Es wurde gestern die Frage gestellt, können wir uns leisten uns mit ihr auseinanderzusetzen. Soll die Zentrag doch unsere VEB kaputtmachen. Etwas Besseres kann uns meines Erachtens gar nicht passieren, dann können unsere Zeitungen 3 oder 14 Tage nicht erscheinen und wir geben eine Notausgabe heraus, die wir woanders drucken lassen. Besser können wir meines Erachtens im Moment wahlkampfwirksam werden.

(Beifall)

Drauf auf die Zentrag. Den Wahlkampf müssen wir fair und sauber führen, aber offensiv. Hier zählt auch nicht, welchen Beruf wir ehedem hatten, ob wir Fleischer waren oder Rechtsanwalt, es zählt auch nicht ob wir jemandes Freund oder Feind sind. Wir sind heute in unseren Funktionen, mit unserer Aufgabe Politiker und nur davon können und dürfen wir uns leiten lassen. Ich habe vielleicht etwas übertrieben 6 Anträge gestellt. Ich würde als erstes vorschlagen, daß wir heute einen Verantwortlichen nennen für die Führung des Wahlkampfes unserer Partei. Dieser Mann sollte diesen Wahlkampf managern und nichts anders zu tun haben.

(Beifall)

Mein zweiter Antrag ist darauf gerichtet, daß unsere Partei im vollen Umfang jede mögliche Hilfe anderer christlich-sozialer oder christlich-demokratischer Parteien voriwegend der Bundesrepublik Deutschland in Anspruch nimmt und am 8. 1. in der Presse darüber informiert, daß wir das tun und daß wir dies tun, aufgrund der Realität der Medienverfügbarkeit in der DDR.

(Beifall)

Mein vierter Antrag die Wahlplattform wird mit Meinungsforschungsinstituten mit Wahlpsychologen, mit Politikern, die uns helfen können, die uns helfen wollen, beraten. Und auch dafür sollten wir heute einen Verantwortlichen benennen. Warum sollen wir etwas tun, wenn wir wissen, daß wir dazu gar nicht die Ausbildung und die Kenntnisse haben. Es gibt Leute, die das können, die uns helfen können, warum wollen wir das nicht nutzen.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Der vierte Antrag. Wir müssen als Partei einen Stufenplan erarbeiten zum Erreichen der deutschen Einheit. Unsere Bürger werden nicht warten mit einer völlig offenen Terminvorstellung, ob wir sie vielleicht in 5 Jahren oder in 15 Jahren erreichen, dann wird auch niemand mehr in diesem Lande sein, der uns wählt. Wir müssen Zielvorstellungen geben, damit unsere Menschen überhaupt eine Motivation haben, hierzubleiben. Ob das, was wir dort aussagen richtig ist oder nicht richtig ist, das - so deutlich möchte ich das sagen -, sehe ich schon in zweiter Linie. Die historischen Gegebenheiten werden in ein, zwei Jahren nicht anders eein als heute. Aber wir müssen heute etwas zu Papier bringen und etwas aussagen dazu.

Das fünfte, ich liege hier nahe an das was Dr. Pohl schon sagte, wir müssen eine Wirtschaftskonzeption erarbeiten und der Öffentlichkeit vorstellen, Wenn wir das nicht vollständig können, das ist durchaus möglich, dann müssen es Teilkonzeptionen sein zu ausgewählten Komplexen, wie zur Subventionspolitik, ggf. auch dort noch einmal untergliedert zu Mieten, Grundnahrungsmitteln usw., zu Vermögensbildung, zur strukturellen Gesundung unserer Wirtschaft, also Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe, Betriebsverfassungsgesetz wurde genannt. Zu solchen Dingen, das ist dringend nötig und damit müssen wir auch öffentlichkeitswirksam werden.

Und mein sechster Antrag nochmal zu diesem Überbrückungsgeld. Die CDU-Fraktion soll in der Volkskammer den Antrag stellen, das Gesetz oder den Paragraphen für dieses Überbrückungsgeld auszusetzen und eine neue, ggf. eine Übergangsregelung vorschlagen und diese in Kraft setzen, die keine soziale Härte aufkommen läßt, die aber vom Volk als gerecht anerkannt werden kann. Vielen Dank.

(Starker Beifall)

Tagungsleiter:
Wir bitten Unionsfreund Dr. König um seine Ausführungen.
Dr. Herbert Spindler bereitet sich vor.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unionsfreund Dr. K ö n i g :
Liebe Unionsfreundinnen, liebe Unionsfreunde!
Ich bin erschrocken, in den Diskussionen mit den Menschen, mit denen ich zusammenkomme, über ihre Unsicherheit, welche Wahlentscheidung sie im Mai fällen sollen. Das ist belastend für das was bisher gesagt worden ist aber auch eine Chance, Aussagen zu treffen, die aufgenommen werden. Ich bin im Gegensatz zu dem was Dr. Pohl sagte der Meinung, ich will nicht in die Opposition. Ich will, daß wir als CDU Regierungsverantwortung tragen. Wenn uns der Wähler die nicht gibt, dann kann ich in die Opposition gehen. Aber nicht unter der Zielstellung. Und deshalb muß ich natürlich auch ein Wahlpapier vorlegen, das gelesen werden kann. Das kann es nicht. Die Anstriche bringen uns noch nichts, denn ein Anstrich muß mindestens eine Aussage treffen, daß unsere Freunde auf der Kreis- und Ortsebene aus der Zielstellung der Leitungsebene ihre Untersetzungen auf die örtliche Ebene bringen können, denn das ist doch das entscheidende. Wir machen doch den Wahlkampf nicht nur um die großen Themen. Wir machen sie doch letztlich auch um die vielen kleinen Probleme, die an der Basis stehen. Deshalb meine ich muß das Papier durchaus aussagefähig sein, um diese Voraussetzungen zu erfüllen. Ich bezweifle, ob wir das jetzt in einer Nebenbeiaktion so korrigieren können, daß wir 8 oder 1o Millionen Wahlberechtigte davon überzeugen, daß das gut ist. Dafür müssen wir uns legitimer ausweisen.

Ich vermisse einen Punkt ganz entscheidend. Das ist die Frage unserer Aussage des Verhältnisses zu den Kirchen. Wir können sicher nicht erwarten, daß die Kirchen sich jetzt für eine Partei entscheiden. Das wäre illegitim. Das muß man den Kirchen zubilligen. Aber wir als Partei müssen doch eine Meinung haben zu dem, was die Kirchen getan haben und was sie tun. Ich halte für einen ganz entscheidenden Schritt, der in vielen Diskussionen gar nicht mehr gesehen worden ist, daß der Bund der evangelischen Kirchen unter Bischof Leich sich von der Form Kirche im Sozialismus zu der Formel Kirche in der DDR verändert hat. Gingen wir noch von dem Punkt Kirche im Sozialismus aus und das .....(?) eine ganz schwere Diskussion - es wird uns in einigen Westzeitungen vorgeworfen -. Diesen Standpunkt haben die Kirchen nicht mehr gehabt. Sie haben gesagt, wir stehen hier unter den Bedingungen unseres Landes und hier haben wir zu sagen, welche Verantwortung wir zu tragen haben und was

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

wir erwarten von dieser Gesellschaft. Darauf muß man aufbauen. Die Kirche hat den großen konziliaren Prozeß getragen im Programm um Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Aussagen getroffen, die wir zu einem großen Teil als Partei bedingumgslos übernehmen können. Aber ihr müßt natürlich aufpassen, daß wir bei Aussagen nicht versuchen, all die positiven Akzente nur herauszulesen. Ich kann also kaum davon sprechen, daß ich ein Wirtschaftswachstum erreichen will unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten. Ökologische Gesichtspunkte können heißen, ein Wirtschaftsrückgang und wenn ich den will, muß ich das sagen. Zu dem was Freund Dr. Pohl sagte in der Wirtschaft stimme ich ihm voll zu. Hier sind ganz entscheidende Akzentsetzungen, die wir bringen müssen. Ich sehe das auch in meiner Stellung im Bauwesen, es gibt noch mehr Architekten, ich bin auch Architekt. Als gestern hier mal gesagt wurde, die Architekten, die hier aufgezählt wurden, ... (?) der Arbeitskreis derChefarchitekten unserer zentral geleiteten Kombinate. Hier gibt es doch ganz entscheidende Prämissen. Ich habe den Prozeß verfolgt in der Berliner Zeitung um die Neubaugebiets-Standorte. Wir müssen uns doch entscheiden, ob wir jetzt Wohnungen/Wohnungsbau stillegen, ob wir 5ooo Leute im WBK Berlin entlassen oder ob wir das fertigbauen. Ich weiß, daß wir als Architekten seit Jahren unsere Anmerkung gemacht haben, unsere kritischen Anmerkungen, die nicht gefragt waren, mit der Parole, wir wollen bis 1992 das Problem lösen. Jeder wußte, daß das Unsinn war eine solche Parole zu sagen, aber sie wurde ja mitgetragen von sehr vielen.Wir brauchen Entscheidungen, die es ermöglichen, auf der Ortsebene sich zu solchen Programmen zu bekennen. Setzen wir eben nun noch ein paar 5 oder 6Geschosser in den Stadtrand hin oder gehen wir nur ins Zentrum. Oder ist beides möglich. Das sind doch einige inhaltliche Aussagen, die wir einfach brauchen, um genauer unseren Freunden Begründungen und Aussagen in die Hand zu geben, die sie befähigen,an der Basis etwas dazu zu tun. Ich gehe davon aus, daß wenn wir jetzt Versprechungen machen, die wir nicht halten können, auch unglaubwürdig werden. Wenn ich in einem solchen Programm von der Erhöhung der Renten spreche und habe das nicht irgendwo ein Stück abgedeckt und wer kann das im Moment rechnerisch abdecken, dann kann ich mit

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

einer solchen Parole nicht in den Wahlkampf gehen, dann verprelle ich Menschen, die ich brauche und wir haben gerade unter der älteren Wählerschaft ein Reservoir an Stimmen, die wir brauchen, um in die Auseinandersetzung zu gehen.

Ich will ein letztes sagen. Ich gehe davon aus, mein Vorredner hat das sehr deutlich schon gesagt, wir brauchen einen Zeitplan, wie wir den Weg zur deutschen Einheit gehen. Ich möchte als Partei eigentlich sagen können, unser Ziel ist, daß das in 2, 3 oder 5 Jahren passiert. Dazu möchte ich eigentlich eine Wertung haben, weil ich glaube, daß der europäische Einigungsprozeß sich über einen viel größeren Zeitraum hinzieht. Ich persönlich schätze auf 15 bis 2o Jahre. Solange möchte ich in der deutschen Frage nicht warten.

(Beifall)

Aber ich muß ganz deutlich sagen. Ich wehre mich, wenn wir reden von Mitteldeutschland. Ich wehre mich, wenn wir reden von Rumpfdeutschland. Es geht darum, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik zu einem Staat zu machen, der er von seiner Nation her ist. Und das ist die entscheidende Frage, daß ich hier nicht mit mißverständlichen Vokabeln in eine ganz gefährliche Richtung gleiten, mich irgendwo anbiedere und versuche, dort Stimmenfang zu treiben. Das muß unser Ziel sein, um zu einer sauberen Aussage zu kommen. Schönen Dank.

(Beifall)

Tagungsleiter:
Dr. Herbert Spindler erhält das Wort, es folgt ihm Michael Liwowski.

Unionsfreund Dr. Herbert S p i n d l e r :
Liebe Unionsfreundinnen und Unionsfreunde!
Wir spüren alle, daß wir uns mitten im Wahlkampf befinden. Und wir sind hier zusammengekommen, um zu erreichen, daß wir in dieser Wahl gut abschneiden. Und zwar nicht nur um unserer Partei,

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

sondern um unseres Landes willen. Wenn diese Wahl nicht zum Ausdruck bringt, daß die Wende sichtbarlich vollzogen wird, dann hat es keinen Sinn für uns auf eine zweite Wahl zu warten, denn dann wird eine Massenflucht einsetzen. Das haben wir mehrfach gehört und danach wird diese DDR ganz anders aussehen. Wir müßten also durch die Wahl die Wende sichtbar machen und wir müssen versuchen zu erreichen, daß unsere Partei gut abschneidet. Und das sehe ich aus meiner Erfahrung heraus einige Punkte, die unbedingt geklärt werden müssen. Meine Erfahrung ist die eines Chemikers aus der Großindustrie, ich komme aus Leuna, und außerdem eines Dozenten an der Universität Leipzig. Ich habe also auch Verbindungen zu Studenten und zu Dozenten und Professoren von Universitäten. Hier merke ich deutlich, sowohl von der Industrie als auch von den Hochschulen, daß das Selbstverständnis unserer Partei unklar ist. Wir müssen diese Selbstdarstellung unserer Partei meines Erachtens verbessern. Wenn wir eine Volkspartei werden müssen - wollen, müssen wir in erster Linie meines Erachtens eine Integrationskraft aufweisen. Wir müssen natürlich die Kirchen einbeziehen. Das ist völlig klar, aber wir können uns nicht wie bisher nur als eine Partei von Christen für Christen verstehen, sondern wir müssen offen sein, offen sein für alle, die von christlich humanistischen Wertvorstellungen ausgehen. Ich glaube, wenn wir diese Positionierung offener machen, nicht so eng wie bisher, werden wir besser verstanden werden und darauf kommt es mir an, daß die Integrationskraft einer Partei der Mitte die Flügel von links nach rechts einbeziehen muß. Wir sollten weder zu weit links noch zu weit rechts gehen, dazu müßte noch etwas gesagt werden. Andererseits gibt es Ängste, die natürlich von der SED geschürt werden. Die Ängste in der Weise, daß unsere Werktätigen Angst haben vor einer ökosozialen Marktwirtschaft. Dieser Begriff ist deswegen zu ungenau. Wir müssen wissen, daß die Leute einfach davor Angst haben, daß ganze Betriebe geschlossen werden und die Leute auf die Straße geschmissen werden. Wir müssen deswegen versuchen klarzumachen, daß die Marktwirtschaft sowohl Leistung fordert als auch das Ziel der CDU darin sehen, daß Vollbeschäftigung erreicht wird. Nicht als Versprechen, aber als Ziel. Und diese Zielvorstellung muß untersetzt werden im einzelnen wie das vorsich gehen muß. Und wir müssen darauf hinweisen, daß

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

ist soziale Sicherheit in der BRD, ja in vielen Fällen vielfach viel höher ist als bei uns und daß davon natürlich eine Anziehungskraft ausgehen muß. Und dann möchte ich noch auf etwas hinweisen, Wir müssen durch die besseren Argumente überzeugen und müssen uns darüber im klaren sein, daß viele Begriffe, die wir verwenden, einfach besetzt sind und daß Begriffe, die wie ganz richtig gesagt wurde, zu Worthülsen verkommen sind, aber trotzdem wirken, weil sie im Bewußtsein positiv oder negativ .....(?) sind und wenn wir dies nicht berücksichtigen, werden wir meines Erachtens Schiffsbruch erleiden, beispielsweise mit einer Formulierung wie "konservativ". Ich warne vor der Verwendung des Wortes "konservativ" als Kennzeichnung unserer Partei. Es ist hier mehrfach schon Goethe zitiert worden in einer freien Modifizierung des Goethewortes heißt es: In der Geschichte geht es immer nur vorwärts. Wir müssen deswegen unsere Partei als eine Fortschrittspartei ausgeben und als solche kennzeichnen. Ich glaube,

(Beifall)

wenn wir das tun, daß wir uns bewußt als fortschrittliche Partei ausgeben, die den technischen, wissenschaftlichen, kulturellen Fortschritt will und deutlich machen, daß wir das erreichen können, werden wir in der Wahl gut abschneiden. Ich danke ihnen.

(Beifall)

Tagungsleiter:
Unionsfreund Michael Liwowski spricht nun zu uns. Ihm folgt Klaus-Dieter Arlt.

Unionsfreund Michael L i w o w s k i :
Liebe Unionsfreundinnen, liebe Unionsfreunde!
Erstmal möchte ich unsere hauptamtlichen Parteimitarbeiter etwas berichtigen. Ich bin nicht Ratsmitglied für ÖVW, wollte ich auch nie werden, werde ich auch nie. Ich bin Ratsmitglied für Umweltschutz und Wasserwirtschaft und das seit 1o Jahren. 1o Jahre Traurigkeit sage ich dazu. 1o Jahre lang habe ich für den Umweltschutz gekämpft gegen einen Mann, den Volkskammerabgeordneten

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

unserer Partei wiedergewählt haben. Reichelt heißt er. Er ist unfähig Umweltschutzpolitik der DDR zu betreiben. Er ist Bauer. Dort soll er hingehen. Ich sage das so deutlich. Er hat in den 1o Jahren zwei Fremdworte nur dazu gelernt. Entschwefelung und Entstickung. Umsetzen konnte er sie nicht. Er wollte es nicht, es hat Arbeit gemacht. Die Arbeit hat er nach unten abgewälzt, wo sich nichts drehen konnte. Der Mann muß sofort fallen. Noch ist er nicht gefallen, aber er muß. Wenn man das nicht macht und wenn wir als CDU das nicht fordern, gewinnen wir keine Wählerstimmen bei den "Grünen". Ich bin auch dafür, CDU - grüner gehts nicht.
(Gemurmel im Saal)
Das sollte man ruhig so sagen.

Aber ich möchte noch ein paar grundlegende Sachen aus meiner Sicht sagen und aus Sicht des Kreisverbandes Klötze in der Altmark gelegen, ein ganz kleiner nur, aber der doch schon seit Wochen Wahlkampf für die CDU betreibt. Ich muß sagen, glücklicherweise mit unseren bundesdeutschen Nachbarn aus Niedersachsen, aus dem Landkreis Giffhorn. Ansonsten wäre es nicht möglich gewesen, weil wir keine Möglichkeiten haben oder hatten. Deshalb meine dringliche Bitte oder die Unterstützung, nutzen wir so schnell wie möglich alles was uns an Hilfe geboten ist, damit wir die Chance zum Wahlsieg haben. Wenn wir es nicht packen, müssen wir in die Opposition gehen. Und machen wir am Montag schon in unserer Presse deutlich, keine Koalition mit der SED,

(Beifall)

wenn wir das nicht deutlich machen, haben wir keine Chance. Das muß eindeutig gesagt werden. Liebe Freunde, mir hat eigentlich gefehlt, zum Pressesprecher so vieles gesagt, er ist momentan ja bei der Überarbeitung der Wahlplattform dabei, fehlt auf Gysis Worte die SED muß sein, damit die DDR regierbar bleibt. Hat der Mann noch nichts begriffen, der ist übrig, wenn er sowas sagt. Er ist nach wie vor ein Stalinist alter Prägung. Ich kanns nicht anders sagen.

(Beifall)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Und wir haben als Partei nicht dadrauf reagiert. Traurig, die Bürger haben darauf gewartet und deshalb auch meine Bitte, wir müssen jetzt in der kommenden Woche gleich reagieren, auf den zweiten Reichstagsbrand von Treptow, der isses gewesen.

(Beifall)

Die 2ooo Neofaschisten, die wir haben sind es nicht allein und die sind nicht konzentriert in Berlin. So dumm darf man uns nicht hinstellen. Gegen die wollen wir auch Front machen, gegen die sind wir, jawoll, das wurde hier deutlich. Aber ich muß auch sagen, was für mich noch wichtig ist und worüber ich eigentlich betrübt bin, daß die Wahlen am 6. Mai nur zur Volkskammer sind. Die Bürger in den Städten und Gemeinden, in den Kreisen haben sich ehrlich erhofft, daß die Wahlen der Städte, Kreise und Gemeinden gleichfalls kommen. Denn dort wird die Macht erheblich mißbraucht und wird nach wie vor gekämpft. Ich spüre es am eigenen Leibe im Rat des Kreises. Es ist kein Arbeiten mehr bei uns. Es wird total gegen die CDU gekämpft, weil die anderen Parteien sich bisher nicht geäußert haben und ich beziehe Position für die CDU ganz klar und ich merke es an jeder Art, ob es am Gehalt ist an sonst welchen Sachen. Seit 1o Jahren merke ich das. Wenn wir das nicht versuchen, die Kreistagswahlen noch in diesem Jahr dann wenigstens deutlich mit durchzuziehen, verlieren wir auch da noch Stimmen.

Bloß noch eins, wir möchten kirchliche Feiertage mit durchsetzen, das darf uns nicht untergehen, so wie wir sie hatten. Wir wollen nicht ein Staat der Feiertage werden, aber einige kirchliche Feiertage , die man uns genommen hat, dafür müssen wir einstehen. Und unsere Presseleute, die möchten bitte endlich auch - und das sofort - für uns den Wahlkampf machen und nicht für andere.

(Beifall)

Und ich erwarte, daß Sie, wenn sie die Druckmöglichkeiten, ob es bei Springer oder sonstwo ist egal, dann in jeder Beilage solche Flugblätter wie sie die Bundes-CDU macht tagtäglich oder alle zwei Tage solche Flugblätter mitdrucken, wenn Vorstandssitzungen sind, wenn das Präsidium getagt hat mit Schwerpunkten der Ergebnisse. Das muß als Flugblätter sofort raus und verteilt werden. Wir müssen Wählerstimmen gewinnen und wir müssen damit arbeiten. Danke.

(Beifall)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Tagungsleiter:
Verehrte Freunde, an dieser Stelle machen wir eine Pause von 1o Minuten und setzen dann fort.

Liebe Freunde, nachdem bereits vorbereitete Wahlkampfwerbung in der Pause ein wenig spontan von uns Besitz ergriffen hat, es beruhigt uns,

(Beifall)

bringen wir den Rest der vorgesehenen Aussprache noch hinter uns und ersuchen Freund Arlt um seine Ausführungen, ihm folgt Freund Herbert Schirmer.

Unionsfreund A r l t :
Ja, liebe Unionsfreundinnen und Unionsfreunde,
mir ist es fast peinlich, jetzt noch zu sprechen, wo wir schon fast in dieser Wahlkampfvorbereitung sind und euch diese Zeit zu stehlen. Aber ich denke, ich werde mich aus diesem Grunde kurz fassen, daß wir noch zu einigen wesentlichen Beschlüssen heute kommen werden, deshalb sind wir ja alle hergekommen. Beginnen möchte ich mit einem ganz klaren und unmißverständlichen Ja zur deutschen Einheit. Viele Gespräche in den letzten Tagen mit den Bürgern unseres Landes, sie bestätigen an und für sich immer wieder erneut die These, daß nur eine Partei, die sich ohne ein wenn und aber zur Einheit bekennt, eine Alternative darstellt zu dem ganzen Sammelsorium der linken Gruppierungen. Besonders unsere Jugend kann ich zunehmend als Motor einer deutschen Einheit beobachten. Sie unternehmen gegenwärtig viele Initiativen, um auf diesem Wege voran-zu-kommen. Wir müssen ihnen eine echte Chance für ein Verbleiben in diesem Lande geben. Jeder, der selbst erwachsene Söhne und Töchter hat, weiß um diese Ängste, die die Eltern eigentlich haben, wenn sie nach Hause kommen wissen, werden unsere Kinder noch zu Hause sein? Haben sie sich schon mit Gedanken befaßt, dieses Land zu verlassen? Und das tut einen sehr schwer und wir müssen alles tun, damit wir diesen Tendenzen entgegenwirken. Und die zuvor gemachten Zahlen von Freund Dr. Pohl haben eigentlich eine erschreckende Analyse gezeigt, was evtl. noch alles passieren kann.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Und ich denke wir sollten diesem wehren. Und aus diesem Grunde unterbreite ich folgenden Vorschlag:
Der Deutschlandpolitische Ausschuß unseres Parteivorstandes sollte bis zum 17. Parteitag in Zusammenarbeit mit Staats- und Militärwissenschaftlern beider Teile Deutschlands eine sachliche und terminlichen Fahrplan für die deutsche Einheit erarbeiten.

(Beifall)

Und diesen unserer Bevölkerung als einen konkreten Vorschlag unserer Partei anbieten. Denn nur wenn wir einen terminlich fixierten Fahrplan haben, können wir überhaupt noch jemand motivieren, daß er in diesem Lande bleibt.

Herr Minister Wolf, ich war mit ihrem Vorschlag gestern sehr einverstanden, aber nicht einverstanden war ich mit den letzten Sätzen ihres Diskussionsbeitrages. Wenn wir so mit unseren Menschen weiter argumentieren, dann glaube ich, verlieren sie das letzte Vertrauen in unsere Partei. Ich unterstütze ebenfalls die klare Aussage von einigen Freunden, die schon vorher getätigt wurden, daß unsere CDU in keinem Fall in Zukunft eine Koalition mit der SED oder anderen linken Gruppierungen eingehen soll. Und ich erwarte, daß wir noch heute eine klare Wahlkampfaussage diesbezüglich ablegen werden. Die ständige Analyse des Wahlverhaltens unserer Bevölkerung erachte ich als ganz wesentlich für unsere Wahlkampfführung und aus diesem Grunde müßte so schnell wie möglich unser Präsidium sich zusammensetzen mit entsprechenden bundesdeutschen Einrichtungen, damit diese Wahlkampfanalysen ständig kontinuierlich geführt werden können. D.....(,)orientierte Programme für unsere Bevölkerung, besonders in Landgemeinden sind etwas vernachlässigt worden und wir sollten daran denken, daß gerade in den Landgemeinden ein sehr großes Wählerpotential ist und diese Bevölkerungsgruppe ist bisher sehr vernachlässigt worden. Und aus diesem Grunde erwarte ich einige Initiativen vom Landesverband Mecklenburg/Vorpommern, denn ich denke, da hat man die Erfahrung wie mit diesen Menschen zu sprechen ist, wie wir diese Menschen für unsere Arbeit motivieren können.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Ein paar kurze Ausführungen zu unserer Medienpolitik. Es ist Tatsache, daß die SED überall mit ihren Zeitungen präsent ist in sämtlichen Kreisen. Aber wir sollten bedenken, daß diese Zeitungen gestützt werden aus dem Staatshaushalt. Diese Zeitungen werden nicht bezahlt von der SED, diese Zeitungen werden nicht bezahlt überwiegend von den Käufern, sondern diese Zeitungen werden auch subventioniert aus dem Staatshaushalt und aus diesem Grunde erachte ich es auch nur als gerecht, daß auch wir auf diesen Kreisseiten einen festen Anteil uns zur Verfügung steht, wo wir unsere Meinung genauso artikulieren können. Denn es wird nicht möglich sein, daß wir ständig eine eigene Zeitung bis Kreisebene herausgeben. Das können wir finanziell nicht durchhalten und aus diesem Grunde sollten wir über diese Möglichkeit nachdenken und ich bitte auch unseren PRessesprecher, daß diesbezügliche Absprachen getätigt werden. Ich würde es als erforderlich erachten, für unseren vielen Wahlhelfer, die wir haben werden, daß ein Argumentationskatalog erarbeitet wird. In diesem Argumentationskatalog sollten Antworten gegeben werden auf die wahrscheinlich am häufigsten gestellten Fragen, die von unseren Wählern kommen werden. Ich bin sicher, es werden viele unserer tausenden, zehntausende Wahlhelfer. die wir benötigen werden, nicht von alleine auf verschiedene Fragen antworten können und wir sollten in dieser Richtung unsere Wahlhelfer vorbereiten, daß sie dazu in der Lage sind.

Jetzt zum Schluß noch ein Vorschlag. Alle Möglichkeiten einer Wahlwerbung sollten umfassend genutzt werden. Eine Möglichkeit she ich, daß wir z. B. unsere Rennbahnen - Pferderennbahnen - nutzen sollten. Auf diese Pferderennbahn kommen z. B. sehr viele Menschen täglich, wenn diese Programme stattfinden. Ob es in Leipzig ist, ob es in Hoppegarten ist, ob es in Dresden ist und es läßt sich dort sehr gut machen, daß wir einen Renntag ausschreiben lassen als ein Renntag der Christlich-Demokratischen Union. Es ist eine sehr publikumswirksame Sache
(Unruhe im Saal)
und ich würde die Freunde in Dresden, Leipzig, Magdeburg, Halle, Köthen auch, sich mit den zuständigen Direktoren in Verbindung zu setzen. Es läßt sich hier wirklich etwas machen und für unsere Partei sollte es möglich sein, daß wir entsprechende Preise

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

zur Verfügung stellen können, für 1ooo,- Mark hätten wir einen riesengroßen Publikumserfolg. Es wäre wirklich eine sehr gute Sache. Ein weiteres Angebot noch für unseren Parteivorstand, speziell für unseren Vorsitzenden. Alljährlich finden auf der Galopprennbahn Hoppegarten Großkonzerte statt mit den Thomanern, mit den Kruzianern und auch mit Unionsfreund Ludwig Güttler. Diese Konzerte haben eine Riesenresonanz und ich würde ihn ganz herzlich einladen, in diesem Jahr, wenn die Kruzianer uns besuchen, daß unser Vorsitzender teilnimmt, passiv natürlich, an diesem Konzert

(Heiterkeit)

um auch damit die Verbundenheit unserer Partei mit der Bevölkerung zu dokumentieren. Danke schön.

(Beifall)

Tagungsleiter:
Es spricht zu uns Unionsfreund Herbert Schirmer und ihm folgt Werner Thomas.

Unionsfreund Herbert S c h i r m e r :
Meine Damen und Herren!
Wenn gestern davon die Rede war, daß der Parteivorstand nur drei Verantwortlich oder sich verantwortlich fühlende Freunde für Kultur sind, möchte ich eine kleine Korrektur anbringen. Wenn ich als Mitglied des Verbandes Bildender Künstler willkommen bin, dann sind wir vier. Aber nicht deshalb bin ich heute zum Katheder geschritten, ich möchte ihnen einen Vorschlag unterbreiten, der im vielfach geschmähten Sektor Kunst und Kultur einen vorerst einen Akzent setzt. Ich schlage die Verleihung eines Kunstpreises der CDU vor. Bevor sie mich steinigen und fragen, ob ich in dieser Zeit nicht andere Sorgen habe, möchte ich was dazu sagen.
Ich stelle mir das so vor und um der Kürze willen habe ich ein paar Punkte zusammengeführt, das wäre ein alljährlich zu vergebender Preis für bildende oder dramatische Kunst, für Musik oder Literatur.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Zweitens: Verliehen werden sollte der Preis für kontinuierliches, humanistisches Kunstschaffen, wobei die künstlerische Qualität immer den Vorrang haben müßte.
Drittens: Erhalten sollten den Preis außer Unionsfreunde, vor allem solche Künstler, die sich durch künstlerische, menschliche und politische Haltung auszeichnen.
Viertens: zu erwägen wäre, ob der Preis jeweils und zu gleichen Teilen an einen Unionsfreund und an einen parteilosen Künstler zu vergeben wäre.
Fünftens der Preis ist ein moralischer. Trotzdem sollte in jedem Falle die Höhe eines Taschengeldes überschritten werden. Und mindestens mit 5ooo,-, möglichst mit 1oooo,- Mark dotiert werden.
Sechstens: Die Überreichung sollte in der Öffentlichkeit erfolgen und im angemessenen Rahmen mit einer Laudatio verbunden sein.
Siebentes: Für den Kunstpreis der CDU 199o noch vor dem 6. Mai zu verleihen, schlage ich vor, nicht Unionsfreund Winfried Wolk, sondern Unionsfreund Ludwig Güttler aus Dresden.

(Beifall)

Warum ich diesen Vorschlag gerade jetzt unterbreite, weil wir als CDU vor anderen Parteien mit Rückblick auf die christliche Kunst und damit auf die Kunstgeschichteüberhaupt, eine besondere Verpflichtung haben, der wir endlich deutlicher und öffentlicher entsprechen müssen. Und weil wir uns über diese Form auch bei parteilosen Kunst- und Kulturschaffenden ins Gespräch bringen und selbige am 6. Mai Wähler und dann hoffentlich unsere Wähler sind. Danke.

(Beifall)

Tagungsleiter:
Ich bitte nun noch einmal Unionsfreund Werner Thomas.

Unionsfreund Werner T h o m a s :
Liebe Freunde,
verzeihen sie mir, wenn ich noch einmal ans Pult dränge, aber gestern ist was zu Konvertibilität unserer Währung gesagt worden. Mich schmerzt es immer, wenn es etwas unkonkret bei uns zugeht.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Ich bin kein Wirtschaftler, ich bin Maschinenbauingenieur. Aber ich habe aufmerksam aufgepaßt, als über die Währungsreform 1948 im Fernsehen berichtet wurde. Das möchte ich gern mal in Erinnerung rufen, damit wir alle etwas konkreter in die Zukunft denken können, wenn wir auf der Geschichte fußen. Ludwig Erhard hat die Währungsreform maßgeblich vorbereitet, 47/48. Er war der Promotor, daß ein Gedanke durchgesetzt werden mußte. Daß eine Währungsreform nur Sinn hat, mit einer umgreifenden Wirtschaftsreform. Und er hat monatelang gegen Widerstände angekämpft, weil er in der Minderheit sich befunden hat, bis er im Sommer 48 kurz vor dem Termin der Währungsreform endlich die Mehrheit im Wirtschaftsrat durchgesetzt hatte. Und die Folge war, daß von Mitte 48 bis Frühjahr 49 ein wirtschaftlicher Niedergang erfolgte, der wohl kaum weit bekannt ist. Dieser wirtschaftliche Niedergang war z. T. auch von manchen befürchtet, aber wenn wir von Konvertibilität reden, dann ist doch das keine Sache des Dekrets oder des Wunsches. Es ist eine Tatsache, daß die vollständige Konvertibilität der DM umfassend erst Mitte der fünfziger Jahre erreicht war, nicht bestimmt war und die hat einzig und allein darauf gefußt, daß in 7, 8 Jahren reger Wirtschaftstätigkeit mit allen Wirtschaftsbereicheneine Menge Exportgütern durch die Wirtschaft der Bundesrepublik bereitgestellt werden konnte, die eine solche Qualität erreicht hatte, daß diese Abnahme auf dem Weltmarkt gesichert war. Und das war die Basis der Konvertibilität. Deshalb müssen wir unseren Wählern manchmal auch reinen Wein einschenken, daß wir Wünsche hegen, die nicht in 2, 3 Jahren erfüllbar. sind. Danke.

(Beifall)

Tagungsleiter:
Verehrte Freunde!
Wir stehen damit am Ende der Aussprache. Ich glaube, wir waren gestern gut beraten, daß wir von vornherein ein wenig den Rahmen dieser Diskussion abgesteckt haben. Wir möchten allen sehr herzlich danken, die diese Aussprache so engagiert und inhaltsreiche gestaltet haben. Trotz dieser Begrenzung empfinden wir alle, daß wir mit einer Fülle von Fragen konfrontiert sind, von gestellten

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Forderungen und einem Wust an schriftlich eingereichten Anträgen, die kaum für uns verarbeitbar sind. Deshalb wird der Vorsitzende jetzt den Versuch unternehmen, zu dieser Fülle von Fragen Stellung zu nehmen, erste Antworten zu geben und vielleicht auch weitere politische Arbeits- und Handlungsrichtungen des Präsidiums aufzeigen. Ich bitte Sie, Freund de Maizière.

Unionsfreund Lothar de Maizière:
Liebe Unionsfreundinnen und Unionsfreunde!
Ich will versuchen, einige Aspekte der Diskussion aufzugreifen. Ich werde z. T. schlicht nur Antworten geben. Ich werde versuchen, zu einigen Punkten meine Meinung zu sagen, wie wir gemeinsam weiter denken und arbeiten sollten. Und ich tu das jetzt und zu diesem Zeitpunkt und muß sie schon jetzt um Entschuldigung dafür bitten, daß ich am Nachmittag nicht mehr da sein werden. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank befindet sich in der DDR und hat den dringenden Wunsch geäußert mit mir zu sprechen über bestimmte Probleme, die meine ich, von

(Beifall)

so weitgehendem Interesse sein können und er bleibt nun schon länger als geplant in Berlin, um dieses Gespräch möglich zu machen. Ich muß also zur Mittagsstunde gehen und die Parteivorstandssitzung verlassen.

Ich habe mir während der Diskusion Notizen gemacht und habe mir das jetzt versucht zu ordnen.Es sind 23 Punkte, zu denen ich etwas sagen will. Das ist sicherlich nicht alles, was hier angesprochen ist, aber doch einige wesentliche Aspekte.

Erstens: Wahlen auf allen Ebenen. Die Forderung kam hier mehrfach. Ich habe gestern versucht aufzuzeigen, wie das von der Regierung angedacht ist, Kommunalwahlen Herbst 9o, Frühjahr 91, Kreistage, Bezirkstage. Ich halte ein solches Vorgehen aus zwei Gründen für richtig. .

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

1. Müssen diese Wahlen von allen Parteien dieses Landes auch den neuen Gruppierungen und Parteien mitgetragen werden. Und die neuen Parteien haben gesagt, sie fühlen sich außerstande, auf allen Ebenen gleichzeitig zu wählen. Wenn wir dies nicht hören, schaffen wir erneut nicht Demokratie, in dem wir schon jetzt bestimmte Gruppierungen unseres Landes - Menschen unseres Landes ausgrenzen -.
Ich hielte ein solches Vorgehen am Anfang eines Demokratisierungsprozesses und ich sage ja auch bewußt Anfang, nicht für gut und richtig. Ich meine, daß hier der Konsens zwischen allen Parteien und Gruppierungen empfunden werden muß. Sie werden darüber hinaus die Sorge verstehen der neuen Gruppierungen und es müßte auch unsere Sorge sein. Ich habe Zweifel, ob wir wirklich in der Lage sind, personell in der Lage sind, auf all den Ebenen, auf denen gewählt werden müßte, kompetente Vertreter zu benennen, die dann in die Wahl geschickt werden müßten. Ich gehe ohnehin davon aus, daß wir unter Umständen für den Fall, daß wir hohe Prozentanteile gewinnen könnten, auch auf parteilose, aber uns nahestehende Menschen zugehen müssen, um diese Fragen abzudecken.
2. und das ist ein weiterer Grund. Die Kreistagswahlen und die Landeswahlen setzen im politischen Bereich die neue Struktur voraus. Wir haben sie noch nicht und sie soll durch das Volk im Rahmen einer Verfassung beschlossen werden. Dies kann frühestens im Herbst 9o geschehen und ein halbes Jahr unter dem Blickpunkt dieser Verfassung bis zur Wahl, Wahlkampf auf diesen Ebenen möchte man wohl schon haben, um sich dort wirkungsvoll einbringen zu können. Ich denke also, daß diese Forderung Wahlen am 6. Mai auf allen Ebenen einfach illosorisch ist und zu undemokratischen Verhältnissen führen müßte.
2. Runder-Tisch zurückziehen war eine der Forderungen. Ich glaube, daß dies uns in der Öffentlichkeit nicht gut, oder daß das in der Öffentlichkeit nicht gut verstanden würde, wenn wir uns gerade vom Runden Tisch, der der Beginn einer breiteren demokratischen Auseinandersetzung ist, völlig zurückziehen. Daß der Runde Tisch so ist, wie er ist, das finde ich allerdings bedauerlich und ich werde mich auch in den nächsten Sitzungen des Zentralen Runden Tisches an diesen

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Runden Tisch nicht beteiligen. Jedenfalls so lange nicht, bis ich feststellen sollte, daß dort etwas mehr Konstruktivität eingezpgen ist.
Drittens Verhältnis zur West-CDU und da meinte einer oder einige bemängeln zu müssen, daß dies auf zentraler Ebene weniger gut ginge als auf der regionalen Ebene. Und das läge daran, daß die zentrale Ebene unserer Partei dies nicht wollte. Daß es besser geht auf der regionalen Ebene ist richtig und das ist auch gut so. Ich glaube, auch dieser Prozeß muß von unten wachsen und kann nicht von oben draufgestülpt werden. Zweitens auf zentraler Ebene ist dies eine Frage, die zweiseitig entschieden werden muß. Nicht nur von uns, sondern auch von der Bundeszentrale. Und die verhält sich eben so, wie sie sich verhält, nämlich abwartend. Ich habe in der letzten Zeit sehr viel mit führenden CDU-Politikern auf zentraler Ebene gesprochen. Das ist mir auf dem Parteitag auch noch zum Vorwurf gemacht worden, heute meint man andersrum. Ich kann nur reagieren, auf das was dort mit mir besprochen wird.
Viertens Abgrenzung nach links.im Zusammenhang auch mit Anträgen die hier waren heute derart eine Aussage zu treffen, wie wir eine Koalition mit der SED. Meine persönliche Meinung dazu, sie werden über den Antrag, der vorliegt, noch im Laufe des Tages befinden müssen. Meine persönliche Meinung ist dazu, daß wir eine solche Aussage, so wie wir sie treffen wollen, auf dem Parteitag treffen sollten mit der Stimme aller Delegierten und dann auch mit einer größeren Öffentlichkeit und Medienwirksamkeit, wenn es dann so mehrheitlich beschlossen wird. .
Fünftens Schwerter zu Pflugscharen als Staatswappen der DDR.
Das ist meines Erachtens nach zu einseitig besetzt als daß es als Staatswappen tragend sein könnte. Das wird aber eine Sache sein müssen, die eine neue Volkskammer zu beschließen hat. Wir werden sehen, ob wir nach der Wahl eine Fraktion haben, die so stark ist, daß sie sich dafür auch wirklich stark machen kann.
Sechstens: Mich hat beeindruckt der Diskussionsbeitrag unseres Freundes, der von der Forst kommt, der Name ist mir leider im Moment nicht erinnerlich. Insbesondere die Mitteilung der 34prozentigen Übernutzung unserer Waldbestände, das finde ich also ein

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

geradezu dramatisches Signal. Ich denke, daß wir diese Frage in geeigneter Weise ins Positionspapier mit aufnehmen müßten, wobei ich gleich hier zum Positionspapier und Wahlplattform etwas sagen möchte.

Ich bin der Meinung, daß eine Wahlplattform, so wie sie vorgelegt wurde, bei allen Schwächen, die ich genauso wie viele hier, nicht diese Länge und Breite haben dürfte, sondern etwa 1o schlagpunktartige Aussagen und es werden sicherlich viele Unionsfreunde dann sagen, aber mein so brennend wichtiges Thema und mein personelles Anliegen habt ihr dabei vergessen. Da muß er mit leben. Ich bin also dafür, daß nebeneinander existieren sollten, eine solche 1o-Punkte-Plattform und ein Positionspapier, daß dann breitere und weitergehende Aussagen zu allen uns interessierenden Bereichen und uns wichtigen Bereichen enthält.
Siebentens konservative Partei. Ich bin der Meinung, wir sollten es sein, aber nicht sagen.

(Beifall)

Und zwar deswegen, weil es in der DDR nach wie vor ein sehr starkes sozialdemokratisch denkendes Element gibt. Das müssen wir versuchen aufzusaugen, da wo wir es aufsaugen können. Wenn wir uns aber so beschreiben und so benennen, werden wir uns abgrenzen in diese Richtung und würden damit einen wesentlichen Teil der Mitte verschenken.
Achtens, es wurde aufgenommen die Frage, was ist jetzt nötig und was soll jetzt nicht angegangen werden, was soll werden. Ich denke, das könnte so auch überschriftartig für eine Wahlplattform stehen. Was soll bleiben, was soll werden und man würde sicherlich damit und wenn man diese Formeln beide nur übernimmt, die Nähe zu dem Brief von Christoph Demke vom Frühjahr dieses Jahres deutlich machen und damit auch unseren Bezug aufzeigen zu Denken im kirchlichen Raum ohne dort vereinnahmt zu wirken.
Neuntens Verfassungsschutz. Jedes Land hat traditonellerweise oder meistens drei Dienste. Einen militärischen Abschirmdienst solange eben die Welt so ist wie sie ist wird dieser benötigt. Jedes Land hat einen Nachrichtendienst, d. h. also einen Dienst, der sich nach außen orientiert, um bestimmte Dinge, die für die Politik notwendig

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

sind zu erfahren und letztlich hat jedes Land einen Verfassungsschutz. Ob der Verfassungsschutz und eben das ist/sind die Bauchschmerzen meiner Meinung nach, sich so gerieren (?) muß und so arbeiten muß wie es die Staatssicherheit in der Vergangenheit getan hat, das ist sicherlich falsch. Aber daß wir einen Dienst dieser Art brauchen, ist meine juristische Überzeugung.
(vereinzelt Beifall)
Wir brauchen ihn für ganz bestimmte Aufgaben, die meines Erachtens nach auch dann konkret und genau beschrieben werden müssen und nur für diese und es sollte gesichert sein, daß ein solcher Verfassungsschutz nicht polizeigleiche Rechte hat, wie es das Ministerium für Staatssicherheit in der Vergangenheit hatte.
(Beifall)
Und letztlich kommt es bei solchen Diensten nicht darauf an, ob es sie gibt oder ob es sie nicht gibt, sondern darauf an, wie sie demokratisch kontrolliert werden. Und dies kann, meines Erachtens nach, nur ein entsprechender Ausschuß eines demokratisch und geheim gewählten Parlaments tun.

Zur Perspektive 11. Punkt glaube ich ist es, nein 1o. aber das hatte ich vorher zum Positionspapier mir aufgeschrieben, aber vielleicht an dieser Stelle etwas zu den Forderungen, die heute hier laut wurden. Man möge doch nun endlich vom Parteivorstand oder vom Präsidium her, Wahlkampfaussage und ähnliches treffen. Freunde, ich sage zwei Dinge dazu.
Erstens: Eine Partei ist so gut wie die Summe ihrer Mitglieder und nicht so gut wie ihr Präsidium ist und zweitens: diese Forderung ist zum Teil noch Ausdruck des immer noch nicht gebrochenen alten Denkens - von oben muß es denn wohl kommen. Ich finde das, was heute hier gezeigt wurde, richtiger und besser auch vom denkerischen Ansatz her. Perspektive hauptamtlicher Wahlposten in Kreis-, Landes- und zentraler Ebene. Es ist im Gesetzgebungsplan für das Jahr 199o und zwar die Regierung meinte einen solchen Gesetzgebungsplan als Notwendigkeit auch über den 6. Mai heraus machen zu müssen, ein neues Parlament mag darüber befinden. Es ist für das zweite Halbjahr ein Beamtengesetz vorgesehen. Weil man diese Frage erkennt und sagt, wir müssen für eine bestimmte soziale Sicherung derjenigen Bürger und Menschen sorgen, die bereit sind, aus ihrem Beruf

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

herauszugehen, sich in Wahlpositionen, Wahlämter hineinzubegeben, und möglicherweise nach 4 oder 8 Jahren, oder wenn das Wahlgesetz solche Beschränkungen bringt, auch bestimmte Längen oder wiederkehrende Möglichkeiten der Wahl in ihren Beruf zurückzufinden. Und wer heute in der schnellebigen Zeit der Entwicklung von Wissenschaft 8 Jahre aus seinem Beruf raus ist, denn ich glaube Politiker auf Landesebene und zentraler Ebene zu sein, ist eine hauptamtliche Tätigkeit, der findet in den Beruf nicht ohne Abfederungs- und Abpolsterungsmethoden zurück. Und unter diesen Voraussetzungen wird man auch keinem zumuten. Daher die Notwendigkeit eines solchen Beamtengesetzes.

Zwölftens: Dertinger-Haus, einVorschlag mit dem ich mich sehr gut anfreunden kann. Sie wissen aber, daß dieser Gedanke bereits aufgegriffen ist und daß ein Rehbilitierungsverfahren angestrebt worden ist, auch unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsetze und der Herbeiziehung der seinerzeitigen Akten und wenn dieses Verfahren abgeschlossen ist, dann sollten wir darüber befinden.

Dreizehntens: Betriebsverfassungsgesetz, Betriebsrätegesetz ist im Gesetzgebungsplan für 199o vorgesehen. Ein Betriebsgesetz und ein Betriebsrätegesetz.

Vierzehntens: 6jährige Abiturstufe, 4jährige Mittelstufe, das Bildungskonzept, das jetzt im Ministerium dafür ausgearbeitet wird, sieht eben dies bereits vor und wird diese Strecke von einem von der CDU nominierten stellv. Minister bearbeitet.

Nächste Ziffer: Standpunkt, kulturprotestantische Zeitung oder Blatt. Ich denke, daß wir über diese Frage noch nachdenken müssen, zu einem Ergebnis kommen müssen. Ich meine aber, Kulturprostamtismus war genau das, was in dieser Partei über 4o Jahre betrieben worden ist und was uns viele Stimmen auch gekostet hat. Also unter diesem einseitigen Zeichen würde ich einer solchen Zeitung nicht zustimmen können. Zweitens der"Standpunkt" fährt jedes Jahr ein viertel Million Mark Verlust ein. Unter solchen Vorzeichen werden wir uns eine solche Zeitung nicht mehr leisten können, auch wenn wir darüber nachdenken, wie zukünftig Parteienfinanzierung aussehen wird. Volkszeitung war gefordert. Das halte ich genau für

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

den falschen Weg, denn dann würden sich diese Zeitungen, die jetzt klar und erkennbar SED-Zeitungen sind, ein Mäntelchen umhängen und dasselbe weitermachen. Freund Müller hat gestern schon einiges zu den Medienfragen gesagt. Wir sind der Meinung, wir müssen das flächendeckende Medienmonopol brechen, aber in anderer Weise und zwar in der Weise, daß wir ebenfalls Möglichkeiten finden, selbst- und eigenflächendeckend zu werden, erkennbar CDU flächendeckend und nicht unter einem Mäntelchen.

Westfernsehen nutzen, weil DDR-Fernsehen nicht gesehen wird, das ist eine Meinung, die ich schlichterdings für falsch halte, das DDR-Fernsehen hat in den politischen Sendungen jetzt Einschaltquoten von 3o bis 5o Prozent, das ist ein Faktor, der nicht zu vernachlässigen ist. Deshalb bin ich der Meinung, wir sollten sehr wohl die Strecke der gleichberechtigten Medienbeteiligung in den DDR-Fernsehen weitergehen und ich denke da insbesondere auch die Flächen, die eben vom Westfernsehen nicht erreicht werden.
Nächster Punkt: Mir wurde gesagt, man hätte mir kein Beifall zollen können bei meinen Ausführungen zum Überbrückungsgeld. Ich wollte solchen auch nicht.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Information geben, daß der Runde Tisch einen Auftrag erteilt hat, ein Wahlgesetz zu erarbeiten, daß dort am Runden Tisch dazu eine Kommission gebildet ist, der auf der einen Seite die CDU-Mitglieder des Runden Tisches als Einberufer sind, auf der anderen Seite Herr Dr. Ullmann von "Demokratie jetzt", und daß diese Gruppe arbeitet, um ein Wahlgesetz zustande zu bringen, das am Runden Tisch konsensfähig wird. Ich halte dies für den richtigen und den demokratischeren Weg und würde mich daher gegen einen solchen Antrag aussprechen, der offensichtlich aus optischen wahltaktischen Gründen gestellt ist, nicht so sehr aus inhaltlichen Gründen. Und wir sollten uns überlegen, ob dies eine richtige Methode ist.

Martin K i r c h n e r :
Gut, dann befassen wir uns jetzt gesondert mit diesem Antrag speziell wegen des Entwurfes eines Wahlgesetzes. Dieses war ein Votum gegen diesen Antrag. Wünscht jemand, dafür zu sprechen? Bitte!

Unbekannt:
... für den Antrag sprechen, aus dem einfachen Grund, wir haben im Kreis Bad Doberan bereits im Oktober ...(?), in ...(?) gemeinsam an den demokratischen Parteien einen entsprechenden Wahlgesetzvorschlag ausgearbeitet, der ~~was~~ bei uns ... einstimmig nach sich gezogen hat und ich ... diese Verfahrensweise entsprechend zu berücksichtigen...(?)

Martin K i r c h n e r :
Danke. Zur Geschäftsordnung.

Zwischenruf:
Bevor wir darüber abstimmen, würde ich bitten, daß unser ~~sein~~ Vorsitzender die Vorstellungen erläutert, die unsere Partei bei dieser Arbeitsgruppe vereinbart hat (?) - Zwischenbemerkung von Martin Kirchner: Ja, das wäre gut .

Lothar d e M a i z i é r e :
Ich gehe davon aus, daß ein Wahlergebnis, das der Meinungsvielfalt in unserem Volke Rechnung trägt, nur dann gefunden werden

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

kann, wenn ein reines Verhältniswahlrecht, ein reines Listenrecht zur Anwendung kommt, Kombinationen von Verhältniswahlrecht und Personenwahlrecht bringen immer Unschärfen. Wenn überhaupt eine Kopplung, dann nur die, daß direkt, also persönlich gewählte Mandatsträger auf die Prozentzahl, so, wie sie sich aus Listen ergibt, zur Anrechnung gelangen - beispielsweise, man habe 25 % der Stimmen von 400, wären 100 Plätze zu besetzen, es seien 55 direkt gewählt worden, kann man nur noch 45 ergänzen, um auf die Prozentzahl zu kommen. Analoges Wahlrecht, wie in der Bundesrepublik. Es gab einen anderen Vorschlag, den die SED einbrachte und bevorzugte, der sollte so lauten: 400 Abgeordnete, davon 120 direkt zu wählende Kandidaten und nur 280 über Liste. Dagegen habe ich mich auch in der Regierungsseite, in der Koalitionsrunde, ausgesprochen, und habe gesagt, daß damit für mich die Koalitionsfrage gestellt ist, wenn ein solches Wahlgesetz kommt, weil es eindeutig und einseitig die große Partei bevorteilt. Ihr wird es mit 1,5 Mio Mitgliedern gelingen, vielleicht doch noch 120 unbefleckte Professoren oder ähnliches zu finden, während wir schon in Schwierigkeiten geraten würden, wenn wir 120 Leute benennen sollten, die einen solchen Popularitätsgrad erreicht haben, auch in ihrem Wahlkreis, was ja bei 120 Wahlkreisen relativ große Wahlkreise wären, um eine Chance bei einer Direktwahl als Person zu haben. Daher klare Option für ein Verhältniswahlrecht, auch deswegen, weil ich davon ausgehe, daß möglicherweise bei hohen Stimmanteilen, die wir gewinnen können und möchten, wir, wie ich vorhin schon sagte, möglicherweise auch um kompetente Vertreter in das Parlament zu bringen, erwägen müßten, auch möglicherweise auf parteilose Kandidaten zuzugehen. Daher diese Option, dies wird von uns auch in der Runden-Tisch-Gruppe vertreten, die Meinungsbildung ist dort noch nicht abgeschlossen.

Martin K i r c h n e r :
Ja, eh ich die beiden Wortmeldungen durch...(?), möchte ich eine Bemerkung zur Geschäftsordnung machen, nachdem ich mich eben nochmal in unserer ja am gestrigen Tage erst beschlossenen Geschäftsordnung vergewissert habe.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Wir haben dort festgelegt, daß es den Terminus des Sachantrages gibt, der offensichtlich darauf abhebt, daß er von seinem Charakter her ein selbständiger Antrag ist, der erst dann in die Tagesordnung eingeht, wenn er mindestens 10 % der anwesenden Mitglieder des Parteivorstandes zur Unterstützung erhält und dann debattiert und abgestimmt wird. Ich denke, dies ist zwar nicht geregelt, ergibt sich aber im Umkehrschluß, daß alle anderen Anträge, die zu Sachpunkten zu Tagesordnungspunkten der Verhandlung des Parteivorstandes gehören, in dem vereinfachten Verfahren, wie wir es bisher betrieben haben, hier zu behandeln, abzustimmen sind.
Ich sage das nur mit der Frage, ob sich dagegen Widerspruch erhebt, nicht, daß es hinterher Beanstandungen des Verfahrens und damit auch der Sache gibt.
Erhebt sich Widerspruch, wenn wir mit Anträgen, die zu Tagesordnungspunkten der Parteivorstandssitzung gehören, so wie bisher verfahren; also dafür - dagegen, auch Möglichkeit der Aussprache, wenn sie gewünscht wird; ansonsten dann Eintritt in die Abstimmung.
Ich sehe keinen Widerspruch. Ich danke und gebe das Wort weiter an; weitere Wortmeldungen bitte und dort hinten.

Unbekannt:
...(?) Würde es in diesem Runden Tisch...(?) möglich sein, eine Sperrklausel, sagen wir um 1 %, unterzubringen. Meines Erachtens ...(?) eine geringe Sperrklausel einzubauen, wenn dabei ...(?)

Einwurf Lothar de Maizière:
Diese Frage ist tatsächlich eine sehr strittige Frage in dieser Runde. Wir und auch die LDP setzen sich für eine solche Sperrklausel bei 3 % ein, 5 % halten wir für zu hoch unter den jetzigen bei ersten freien Wahlen wäre das eine zu hohe Hürde, um sich profilieren zu können. Außerdem, je höher eine Sperrklausel ist, desto mehr wird die dann in den Wahlen stärkste Partei begünstigt; denn die unter die Sperrklausel durch den Rost rutschenden Stimmen werden nämlich dann im Ergebnis der Verhältnisse der anderen zugeteilt - die Gefahr würde ich bei 5 % zu hoch sehen.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Wir setzen uns für 3 ein, aber Sie haben es richtig geahnt, die neuen Gruppierungen sprechen sich gegen jede Sperrklausel aus, was, wenn das durchkäme, allerdings zum Erfolg haben könnte, daß wir in der Volkskammer, weiß ich was, mit 25 Parteien kriegen und damit sehr schwierige Koalitionsrunden und Weimar-ähnliche Verhältnisse.

Martin K i r c h n e r :
Weitere Wortmeldungen sehe ich zwei. Bitte erst die von mir aus gesehen zur linken.

Unbekannt:
Ja, und zwar geht es mir um die Entwürfe der Gesetze ...(?)

Martin K i r c h n e r :
Ja, ich schlage vor, daß wir jetzt noch die eine Wortmeldung nehmen und dann in die Abstimmung eintreten. Ja, bitte!

Unbekannt:
Ich hab' bloß noch eine Frage. Die Abgeordneten, die wir ja aussuchen müssen, wollen wir die auf dem 17. Parteitag ...(?) stellen? ...(?)

Martin K i r c h n e r :
Also, nach der beschlossenen Satzung ist dies Aufgabe des Präsidiums, die Kandidaten für die Volkskammer zu benennen, und ich denke, daran sollten wir auch festhalten. Daß dies ein Merkposten für die Arbeit des Präsidiums ist, ist uns klar, wir hoffen, im Februar damit soweit zu sein, also noch vor dem Parteitag, zumindestens gewisse Stellen da vorschlagen zu können.

Dann schlage ich vor, daß wir in die Abstimmung eintreten, ob die CDU einen eigenen Entwurf für ein neues Wahlgesetz vorlegen soll, dazu eine entsprechende Arbeitsgruppe zu bilden. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. Ich denke, wir machen die Gegenprobe. Wer ist dagegen? Danke, das ist die übergroße Mehrheit; dennoch, Stimmenthaltungen? Danke schön, damit ist der Antrag abgelehnt.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Weiter Antrag: Die CDU erarbeitet den Entwurf für ein Betriebsverfassungsgesetz. Dazu ist ebenfalls eine Arbeitsgruppe zu bilden. Ende des Zitates.
Ich mache Ihnen nach Abstimmung hier im Präsidium der Tagung des Parteivorstandes den Vorschlag, diesen Auftrag an unsere Christlich-Sozialen Ausschüsse, die sich am heutigen Tage ja auch in Berlin förmlich konstituiert haben, zu überweisen und darf dazu sagen, daß in einer ersten Begegnung mit dem provisorischen Vorstand dieser Vereinigung vor einigen Tagen bei mir bereits dieser Vorschlag unterbreitet worden ist, da ich der Meinung war, daß die CSA hier einen entscheidenden Beitrag zu leisten haben, als die Vertreter, nun, aller derjenigen, die im Produktionsprozeß stehen, und wir auch, und besonders die CSA, mit einem Entwurf des Betriebsverfassungsgesetzes im Wahlkampf in die Betriebe gehen sollte. Deswegen unser Vorschlag, der Parteivorstand möge beschließen, daß dieser Antrag an die CSA bzw. deren Vorstand weitergegeben wird mit der dringenden Bitte, so zu verfahren.
Wer wünscht, dafür oder dagegen zu sprechen? Bitte!

Unbekannt:
Dafür sprechen ...(?)

Martin K i r c h n e r:
Ja, ich nehme dies auf. Ja, wenn meine Brüder hier einverstanden sind - ja. Also Überweisung an CSA und Arbeitsgruppe Industrie; dann würde sich allerdings die Frage erheben, ob man nicht auch an die Arbeitsgemeinschaft, haben wir nicht auch Wirtschaft und Soziales vorgesehen? Das scheint mir vielleicht sogar alternativ. Ich glaube, daß da die Gewichte anders sitzen, als bei Industrie. Könnten Sie sich dazu verstehen, zu sagen, Überweisung an CSA und Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Soziales?

Unbekannt:
...(?)

Martin K i r c h n e r:
Wir können auch alles ...(?) machen, daran hängt's nicht. Nur, wir wollen ja ansich Doppelarbeit vermeiden.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Ja, der Freund Engel bitte!

...(?)

Martin K i r c h n e r :
Ja, das ist ohnehin klar, daß wir es koordinieren im Hause. Dazu ist der Freund Engel dann da, weil ja die Sachabteilung[en] dann dort zusammenlaufen.
Können wir's dann vielleicht bei der CSA lassen mit dem Hinweis an das Protokoll, daß das eben Beschriebene da mit eingeschlossen ist. Genügt Ihnen das?
Dann stelle ich diesen, ja bitte, ein Antrag oder eine Wortmeldung?

Unbekannt: ...(?)

Martin K i r c h n e r :
Entschuldigen Sie, das ist ein Irrtum. Wir haben hier festgestellt, Überweisung nur an die CSA. Das ist zu beschließen. Und Protokollvermerk, daß die Begleitung und Koordinierung im Blick auf Arbeitsgemeinschaften, wie Industrie, Abteilung Wirtschaft und Soziales, Mittelstandsvereinigung, über die Hauptabteilung Wirtschaft erfolgt. Aber Überweisung an die CSA mit dem Auftrag, so zu verfahren. - Mit der Bitte. -

Unbekannt: ...(?)

Martin K i r c h n e r :
Entschuldigung, das habe ich akustisch jetzt nicht verstanden.

Unbekannt: ...(?)

Martin K i r c h n e r :
Bitten. Ja, natürlich. Wir bitten immer - das ist ganz klar.

(Gelächter)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Ja, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann stelle ich den Antrag, der jetzt ein Verfahrensvorschlag ist, aber dennoch die Sache abdeckt, nämlich diesen Antrag an die CSA zu überweisen mit der Bitte, ein Betriebsverfassungsgesetz zu erarbeiten. Die Koordinierung ist nicht Beschlußbestandteil, sondern wird vermerkt. Wer ist dafür? Den bitte ich um das Handzeichen. Danke, das ist eine große Mehrheit. Wer ist dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Eine Stimmenthaltung. - Damit ist dies bei einer Stimmenthaltung angenommen.
Wie schon angekündigt, gibt es auch einen Antrag auf Ausarbeitung eines eigenen Verfassungsentwurfes. Ich verlese hier den Text nicht, er ist etwas länger. Mein Vorschlag ist, unter Hinweis darauf, daß der Runde Tisch durch eine Unterarbeitsgruppe Verfassung/neue Verfassung, in der von uns der Freund Niggemeier vertreten ist, doch aufgenommen ist. Wir müssen einfach doch Realisten sein, daß wir kräftemäßig nicht uns zersplittern sollten, einmal dort am Runden Tisch mit den wenigen Kräften, die wir dafür haben, zu arbeiten, und zum anderen vielleicht, die gleichen Kräfte zu beauftragen, einen eigenen Verfassungsentwurf zu machen.

Lothar de Maizière:
Und drittens auch noch im Ausschuß der Volkskammer mitzuarbeiten, wo gleiche Problematik ansteht, und dieser Antrag enthält obendrein noch eine Befristung bis zum 17. Parteitag.
Ich möchte mit einer Verfassung nicht leben müssen, die in vier Wochen zusammengestrickt ist.

Martin Kirchner:
Ja, also. Unser Vorschlag ist, daß wir darüber nicht verhandeln und förmlich abstimmen, wenn sich kein Widerspruch erhebt, sondern die geschäftsordnungsmäßig einfachste Verfahrensweise wäre und sauberste, wenn der Freund Galley seinen Antrag zurückziehen könnte.

Michael Galley:
Nein, das möchte ich eigentlich nicht.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Martin Kirchner:
Gut, dann müssen wir drüber verhandeln.

M. Galley:
... die Signalwirkung ...(?) Ich halte auch den Entwurf einer Verfassung für einfacher, als jedes andere gesetzliche Regelung.

(Unruhe)

Martin Kirchner:
Ich bitte, sich zu enthalten, zurückzuhalten, mit Unmutskundgebungen. Bitte, Freund Galley, Sie haben das Wort.

M. Galley: ...(?)

(Unruhe)

Martin Kirchner:
Der Freund Galley hat noch einmal seinen Antrag unterstützt und unterstrichen. Dann muß ich ihn auch verlesen. Wortlaut: Mit sofortiger Wirkung wird eine vom Präsidium berufene Kommission, also Sie hören bitte, Sie würden diese Kommission nicht selbst einsetzen, Auftrag ging an Präsidium, zur Erarbeitung eines Verfassungsentwurfes für die DDR durch die CDU eingesetzt. Die Leitung übernimmt der Generalsekretär, Unionsfreund Martin Kirchner, die Kommission legt den Entwurf dem Parteivorstand im Februar zur Bestätigung vor. Der Parteivorstand entscheidet dann, ob der Entwurf dem 17. Parteitag vorgelegt wird, oder nicht. Der beschlossene Entwurf wird der Bevölkerung der DDR in einer Sonderausgabe der "Neuen Zeit" in größtmöglicher Auflage zur Diskussion gestellt. Michael Galley.
Wer wünscht, für diesen Antrag zu sprechen? Bitte.

Unbekannt:
...(?) gar nicht genug Leute die Partei. Es ist ganz wichtig, daß wir als CDU auch daran arbeiten, auch das ist Wahlkampf.

Martin Kirchner:
Danke. Wer spricht dagegen? Freund de Maiziére.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Lothar de Maizière:
Die Auffassung, daß es relativ einfach sei, eine Verfassung zu machen, weil man ja so viele hätte, wo man abschreiben könnte, halte ich für fehlerhaft. Man muß sich darüber im klaren sein, daß man alle einschlägigen internationalen Konventionen und deren Kommentierung studieren muß, um also einen sauberen Grundrechtekatalog beispielsweise hinzubekommen. Man müßte Aussagen treffen, wirklich klarer Art, welche Gedanken philosophischer, ethischer Art den zukünftigen Staat tragen sollen. Man muß Aussagen treffen, wie die gesamte Regierung und die Leitung dieses Landes strukturiert sein soll. Man muß weiterhin Aussage treffen, wie ein Rechtswesen dieses Landes strukturiert und aufgebaut werden soll. Und man wird Aussagen treffen müssen, wie die Anknüpfungsregelungen an Bestehendes aussehen müssen; denn wir können nicht von einem Tag in das andere hineinspringen. Das ist eine Arbeit, wenn sie sauber und redlich geleistet werden soll, juristisch, die in dem angedachten Zeitraum völlig unmöglich ist.
Ich gebe auch eins zu bedenken. Es ist richtig, wir könnten damit Wahlkampf machen, aber auch Negativwahlkampf, wenn wir einen schlechten Entwurf vorlegen, über den man denn lachen würde. Und ich bin der Auffassung, es wird uns nicht gelingen, einen wirklich tragfähigen Verfassungsentwurf der juristischen und philosophischen Kriterien und allem, was damit zusammenhängt, standhält, in der Kürze der Zeit zu erarbeiten. Also, ich würde jedenfalls an dieser Arbeitsgruppe nicht mitmachen wollen.

schwacher
(Beifall)

Martin Kirchner:
Ich greife jetzt sicherheitshalber auf die Bestimmungen des § 5 unserer Geschäftsordnung zurück. Dieser Antrag ist vom Charakter her ein über unsere Tagesordnung hinausgehender. Zur weiteren Behandlung bedarf er 10 % Unterstützung durch die anwesenden Mitglieder des Parteivorstandes. Wir treten darüber in die Abstimmung ein - das ist geschäftsordnungsmäßig nicht weiter zu diskutieren, da es zwingend ist zur Geschäftsordnung.

Einwurf: ...(?)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Martin K i r c h n e r :
Ah ja, das war mir nicht bekannt. Ich bitte um Entschuldigung, damit ist er ohnehin, danke, dachte, er war ein hier nachträglich nachgeschobener. Gut. Dann müssen wir weiter darüber verhandeln, da ja dann der Unterstützung nicht bedarf. Er ist ein nach § 5, Abs. 1, vorher eingereichter, allerdings hätte er dann auch den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht worden. Aber da bitte ich um Nachsicht, unsere Technik ist dem nicht gewachsen. Das muß ich vielleicht ändern.
Dann bitte ich, ich hatte vorhin schon Wortmeldungen gesehen, diese noch einmal zu erneuern - Henning Stoerk, weitere, ja, Freund Sladeszek. Ja, bitte in der Reihenfolge.

.....(?) (Beifall)

Martin K i r c h n e r :
Freund Sladeszek hat das Wort.

Freund S l a d e s z e k :
...(?) z. B. Gedanken zur Verfassung zu entwickeln. Also einige Vorstellungen, die noch wichtig sind, was in einer Verfassung drinstehen müßten, damit könnte man sich auch mal ...(?)

Martin K i r c h n e r :
Hierzu merke ich an, daß es einen Antrag gibt, der einige grundsätzliche Punkte nennt. Sie sehen mir bitte nach, daß ich ihn bei der Fülle nicht gleich finde. Doch, hier ist er. Ja, aber ich denke, wir müssen doch davon abgetrennt behandeln. Ja, bitte, die Wortmeldung hier.

...(?)Zeitplan der deutschen Einheit ...(?), dann müssen wir gewiß unsere Verfassung der DDR so orientieren, daß ...(?)

(kurzer Beifall)

...(?) zu behandeln, und die Frage ist, kommt darauf an, daß ..., sondern daß ... an der Basis davon überzeugen, daß sie die aktive Mitarbeit an der Gestaltung unserer Partei ...(?), und da müssen ...(?) alle Vorschläge von unten nach oben diskutiert werden können, sondern, wir müssen auf bestimmte Dinge ...(?)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

... den Freunden zur Diskussion in den Ortsgruppen anbieten. Das halte ich wirklich für wichtig, damit ...(?) Wir haben ja durch die Vergangenheitsbewältigung auch das Problem zu bewältigen, daß nur etwa 20 - 25 % der Ortsgruppen über aktive Freunde verfügen, die an den Ortsgruppenversammlungen beispielsweise regelmäßig teilnehmen,...(?) Und über solche Maßnahmen könnten wir beispielsweise ...(?)

(große Unruhe)

Martin K i r c h n e r :
Weitere Wortmeldungen? Bitte!

Ja, zur Geschäftsordnung.

Unbekannt: ...(?)

(Beifall)

Martin K i r c h n e r :
Ja, d. h. konkret Schluß der ...(?)liste. Es war nur eine Wortmeldung. Dieses ist die letzte, diese rufe ich noch auf, dann treten wir in die Abstimmung ein.

Geschäftsordnungsantrag, ja, Auf-Schluß der Rednerliste. Wer wünscht, für diesen Antrag zu sprechen? Niemand. Wer wünscht, dagegen zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über den Geschäftsordnungsantrag ab. Aufschluß der Rednerliste. Wer ist für Schluß der Rednerliste? Danke. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmig angenommen. So verfahren wir. Entschuldigung, habe ich eine Enthaltung übersehen, zwei Enthaltungen - Entschuldigung! Dann noch die eine vor dem Geschäftsordnungsantrag aufgerufene Wortmeldung, hier im Block geradezu, bitte!

Unbekannt:
Ich würde auch noch einmal betonen, daß die Verfassung eine so seriöse Sache ist, daß wir uns wahrscheinlich nur an dem negativen Plakat der Werbung und ...(?), betonen, daß diese ...(?)

(Unruhe)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Martin Kirchner:
Danke. Wir treten damit in die Abstimmung ein. Wer ist für den Antrag des Freundes Galley? Wünschen Sie nochmal, den Wortlaut zu hören? Nein. Ja, jetzt, bitte, jetzt gehen nur noch Geschäftsordnungsanträge, es gehen keine Sachanträge mehr. Wünschen Sie den ...(Unruhe) Ah so, ja, gut, ich sehe keine Wortmeldung; dann wird abgestimmt. Wer für den Antrag des Freundes Galley ist, einen eigenen Verfassungsentwurf vorzubereiten, den bitte ich um das Handzeichen. Das bitte ich, auszuzählen. Danke. Die Gegenprobe. Das ist die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? Bei wieviel Ja-Stimmen und 12 Enthaltungen, danke, ist das abgelehnt.

Es liegt der folgende Antrag vor: Die CDU-Fraktion stellt in der Volkskammer den Antrag, das gültige Gesetz für Überbrückungsgeld aufzuheben und eine neue, gegebenenfalls Übergangsregelung in Kraft zu setzen, die keine soziale Härte aufkommen läßt, aber als vom Volk gerecht anerkannt werden kann. Der Termin nächste Volkskammersitzung. Antragsteller ist der Freund Tauschmaton (?). Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Freund Galley!

Freund Galley: ...(?)

Martin Kirchner:
Eine Ministerratsregelung. Wenn ich recht sehe, durch Beschluß. Allerdings hat die Volkskammer als das höchste Organ natürlich das Recht, Bestimmungen des Ministerrates außer Kraft zu setzen oder zu ändern.
Wünscht jemand; das war also jetzt eine Rückfrage. Wünscht jemand noch zu dem Antrag zu sprechen? Das ist nicht der F..., ja bitte!

Unbekannt: ...(?)

Martin Kirchner:
Es liegen 3 Wortmeldungen vor, in der Reihenfolge Freund Ehrich, Freund de Maiziére und die Wortmeldung hier drüben. Bitte, dann!

Freund Ehrich:
...(?) den Anfang des Antrages nochmal zu verlesen.

Konrad-Adenauer-Stiftung – ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Martin K i r c h n e r :
Ja, das will ich sofort tun: Die CDU-Fraktion stellt in der Volkskammer den Antrag, das gültige Gesetz, das ist relativierend, ist kein Gesetz, ja.

Unbekannt:
...(?), daß wir, die CDU-Fraktion meiner Meinung nach nicht ...(?)

Martin K i r c h n e r :
Mein Vorschlag wäre, daß wir ohnehin nur eine Überweisung an die Fraktion der Volkskammer beschließen. Es ist richtig, daß wir die Volkskammer-Fraktion nicht binden können. Es sind zwar Mitglieder unserer Partei, aber in ihrer Tätigkeit als Abgeordnete sind sie unabhängig. Und, von daher wäre mein Beschlußantrag: Überweisung dieses Antrages ohne weitere Maßgabe an die Fraktion der Volkskammer.
Bitte, Freund de Maiziére hat das Wort.

Lothar de M a i z i é r e :
Ich gebe nochmal zu bedenken, was ich Ihnen gestern dazu gesagt habe. Es handelt sich bei dieser Regelung um eine Vereinbarung zwischen der Gewerkschaft Staatsorgane und dem davon beauftragten Staatssekretär beim Ministerrat. Dieser ist vom Ministerrat per Beschluß diese Vereinbarung bestätigt worden. Der Ministerrat hat aber am vergangenen Donnerstag den damit beauftragten Staatssekretär und die Gewerkschaft erneut beauftragt, diese Frage zu behandeln. Also, es ist insofern, meine ich, gar kein echter Handlungsbedarf vorhanden, denn diese Frage soll erneut verhandelt werden, so daß wir also mit einer solchen Situation möglicherweise ins Leere rennen würden, und wir sollen uns überlegen, ob wir an Beschlußwirklichkeit bestimmten Emotionen uns abreagieren können. Diese Empörung, man kann sie teilen. Ich teile sie in bezug auf bestimmte Personengruppen, die darunter fallen sollen, in gleicher Weise. Aber ich glaube nicht, daß man politische Sachentscheidung aus'm Bauch tun sollte, sondern aus'm Kopf heraus.

Martin K i r c h n e r :
Eine weitere Wortmeldung. Bitte!

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unbekannt: (Text Frd. Niggemeier?)
Ich möchte nochmal sagen, daß ...(?) Volkskammer ...(?) Diese Empfehlung müßte aber wirklich sachlich begründet sein. Ich habe bis jetzt noch keine wirklich juristisch einwandfreien Argumente gehört, die ...(?) in der Volkskammer-Fraktion aufzutreten und hier nun gegen das Überbrückungsgeld was zu sagen. Und, wir werden eins machen, und das nehme ich mit hier, wir werden der Fraktionssitzung, eh, werden wir versuchen, eine Fragestunde der Volkskammer sicherzustellen und die Regierung bitten, zu dieser Frage nochmal, so, wie Frd. de Maiziére es gesagt hat, den neuesten Stand bekanntzugeben. Das halte ich für ...(?)

(Beifall)

Martin Kirchner:
Unser Fraktionsvorsitzender, Frd. Niggemeier, hat das Wort.

Ufrd. Niggemeier:
Nach dem bisherigen Zeitplan für die nächste Volkskammersitzung Abgabe einer Regierungserklärung vorgesehen am ersten Tag und am zweiten soll eine Aussprache stattfinden. Es gibt das Bedürfnis, daß auch zu dieser hier angefragten Sache noch eine Präzisierung in dem uns vorliegenden Entwurf der Erklärung ...(?) erfolgt. Wenn das unbedingt, ist selbstverständlich, daß die CDU-Fraktion die Möglichkeit nutzt, in der Debatte dazu Stellung zu nehmen und möglicherweise eine Anfrage zu stellen, die dem Antrag, der hier zur ...(?) steht, entspricht.

Martin Kirchner:
Eine weitere, zwei weitere Wortmeldungen. Bitte, erst dort hinten!

Unbekannt:
...(?) etwas abzureagieren, sonst wäre doch nicht formuliert, soziale Härten zu vermeiden. Es geht darum, einen Standpunkt der CDU in dieser Angelegenheit deutlich zu machen, in dem auch jeder öffentlich für das Volk artikuliert...(?) Da verstehe ich den Wahlkampf nicht.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Martin K i r c h n e r :
Ja, ich weise noch einmal darauf hin, wir können ohnehin nur die Sache an die Volkskammer-Fraktion überweisen, die dann frei in ihren Entscheidungen ist. Das ist die einzige Frage, die wir bei diesem Antrag behandeln können.
Bitte! Ja?

Unbekannt:
Ich habe es gestern schon anklingen lassen in meinem Diskussionsbeitrag...(?) in der Volkskammer zu fragen und auf eine eindeutige Antwort zu drängen...(?) was in Partei- und Staatsfunktionäre und was in ehemaligen Beamten oder Angehörige des MfS, und wenn das noch nicht deutlich genug ist, auch noch an ...(?) hereinkommen, von mir aus auch des augenblicklichen Amtes für Nationale Sicherheit. ...(?)

Martin K i r c h n e r :
Ich schlage vor, daß wir in die Abstimmung eintreten über die Fragestellung. Wer stimmt zu, diesen Antrag der Volkskammer-Fraktion zu überweisen? Den bitte ich um Handzeichen. Das müssen wir auszählen. 2 Stimmen hier vorn. Bitte nochmal die Hände hoch. Das ist gar nicht so einfach. Wir brauchen wirklich 'ne Abstimmungsanlage. Ist die Sache einfacher. 58 - die Gegenprobe. Wer ist dagegen? Ja. 3 - wer enthält sich der Stimme? Bei 11 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag angenommen und wird an die Volkskammer-Fraktion der CDU überwiesen.
Wir treten damit in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung bis 13.00 Uhr und bitte um Verständnis, daß wir wirklich 13.00 Uhr fortfahren. Es wird Ihnen in der Mittagspause der neugefaßte Entwurf der Wahlplattform ausgeteilt. Wir müssen jetzt in die Mittagspause eintreten. Wir verabschieden unseren Vorsitzenden und wünschen gute Reise, gute Verrichtung.

(Beifall)

Und, ich bitte, ich bitte die Bezirksvorsitzenden auf 3/4 in das Präsidiumszimmer!

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Martin K i r c h n e r :
...(?), daß der Freund Henning Stoerk, bleib gleich vorne stehen, Ihnen jetzt die zweite Fassung unserer Wahlplattform einbringt und wir dann darüber verhandeln.

Henning S t o e r k :
Liebe Freunde, wir haben einige Veränderungen, und ich bitte, daß die Presse es zur Kenntnis nimmt - ich gebe es dann nachher auch hinter, die sich auf die Form beziehen. Wir haben zwei Kernsätze gewählt - das ist einmal die Überschrift und einmal die Unterschrift: CDU - Partei der Mitte, gegen Extremismus von rechts und links. Es kamen hier auch Vorschläge, das anders zu ver...(?). Wir wollen wirklich deutlich sagen, Extremismus von rechts und links. Streiten Sie deshalb mit uns für einen freiheitlichen Rechtsstaat durch Teilung und Kontrolle der Macht zwischen Regierung, Parlament und Rechtssprechung. Freie Wahlen mit gleichen Chancen für alle Parteien. Beseitigung der SED-Medienvorherrschaft. Parteien raus aus den Betrieben. Ein Bildungswesen, das vom Elternrecht wie von der Individualität des Kindes ausgeht und freie Schulen und Kindereinrichtungen einschließt. Gewaltfreies Lösen von Konflikten zwischen Systemen, Staaten, Gruppen und Personen. Für soziale Marktwirtschaft, gegen sozialistische Experimente. Sozialbestimmte und ökologisch verträgliche Marktwirtschaft für alle! 'Lohnt sich' ist weg. Leistung, die sich endlich auszahlt und die Voraussetzung für echte Sozialpolitik bildet. Wohlstand in gesunder Umwelt.

(Unruhe)

Ja, es gibt auch unechte Sozialpolitik, die haben wir gerade genossen. Wobei ich jetzt nicht von Genossen sprechen möchte.

Martin K i r c h n e r :
Entschuldige, Henning, darf ich mal unterbrechen. Ich weiß nicht, ob wir nicht besser beraten sind, wenn wir diese geänderte Fassung nochmal drucken lassen. Wir haben reichlich Anträge, mit denen wir uns verlustieren können, bis das fertig ist, und es dann wieder aufrufen. Es gibt zu viel Verunsicherung. Wir sind gleich durch. Ja, ja bitte. Zur Geschäftsordnung? Nein. Das ist Geschäftsordnung, ja.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unbekannt:
Die Verfahrensweise dieser neuen Fassung, die ist viel besser als die vorhergehende, das möchte ich so sagen...(?) glauben doch nicht, daß ...(?) von 100 Mann etwas zustande bringen...(?)

K i r c h n e r : Das ist klar.

Unbekannt: ...(?) (Unruhe)

Martin K i r c h n e r :
Ja, also, eins ist auch aus Erfahrungen klar, die ich also etwa aus den Noten mitbringe. Wir können nicht in einem solchen großen Gremium formulieren. Da sitzen wir Tage und Wochen, und es ist danach trotzdem noch schlechter als vorher. Ich denke, es geht hier um eine Tendenz, nicht um eine förmliche Verabschiedung, und aufgrund dieses Rohentwurfes, den wir allerdings hier schon verabschieden sollten, muß dann kurzfristig mit Fachleuten, hoffentlich haben wir sie, aber ich bin da auch der Meinung, man muß sie sich dann auch woanders herholen, die Sache in die Endfassung bringen, und sie müssen uns dazu ermächtigen, dies zu tun. Gut, Entschuldigung. Ich wollte nur, weil ich nicht wußte, wieviel Änderungen noch kommen, verhindern, daß wir nachher diskutieren und jeder 'ne andere Fassung hat./Unbekannt: Also, man kann's wahrscheinlich endlos diskutieren - das haben wir ja in unserer Arbeitsgruppe gestern und heute getan. Es gibt immer wieder Gedanken dazu. Das ist ganz logisch. Bloß, wir gehen davon aus, daß wir an die Öffentlichkeit treten müssen und daß die Bevölkerung, und vor allen Dingen unsere Parteimitglieder, endlich ein ganz klares Wort bekommen. Und das sollte morgen sein! Und das sollte morgen, also am Montag, in der Zeitung sein.

(Beifall)

M. K i r c h n e r : Darüber werden wir nachher abstimmen.

Unbekannt: (wahrscheinlich Stoerk?)
Jawoll. Also, Wohlstand in gesunder Umwelt. Gerechtigkeit statt Gleichheit, wie es die Kommunisten wollten.

(Einwurf: Nee, das ...(?) - Unruhe) - Diskussion

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Martin Kirchner:
Also, moment. Wir verfahren so: Es werden erst die Änderungsvorschläge angesagt, die tragen Sie bitte ein, und dann werden wir das Papier zur Aussprache stellen. Dann können erneut Änderungen vorgenommen werden.

(Unruhe)

Bitte, erst die Einbringung, das geht nicht anders, wir müssen erst die Einbringung abschließen, sonst wissen wir nämlich nachher nicht mehr, wo wir geschäftsordnungsmäßig stehen. Bitte, die Einbringung jetzt abschließen. Sie können das nachher alles verreißen.

(Diskussion)

Ich nehme jetzt keine Wortmeldung zur Sache, sondern zur Geschäftsordnungsanträge.

Stoerk(?):
Es sind einige stilistische Dinge, nicht inhaltliche Dinge geändert worden, weil es ein bissel holprig war. Deswegen sind einige Veränderungen. Wir hatte z. B. gesagt: kein Wohlstand ohne gesunde Umwelt. Das ist aber ungünstig, mit einer Negation zu beginnen einen Satz. Deswegen sagen wir jetzt: Wohlstand in gesunder Umwelt. Das sind die Gründe, warum wir das danach nochmal geändert haben. Weil man eben nicht an alles denken kann.

(Unruhe)

Kirchner: Bitte, jetzt die Einbringung abschließen des Papiers.

Stoerk:(?)
Gut. Also Gerechtigkeit statt Gleichheit anstelle von "Gleichheit, wie es die Kommunisten wollten", sage ich nochmal, falls es nicht verstanden worden ist. Solide Altersversorgung statt magerer Rentengroschen. Solidargemeinschaft von Alten, sozial Schwachen, Behinderten in der großen Familie aller Bürger. Überwindung des Pflegenotstandes und Aufbau eines leistungsfähigen Gesundheitswesens. Erhalt und Wiederaufbau unserer zerfallenden Städte und Dörfer. Und der dritte Kerngedanke: Für die deutsche Einheit in Freiheit und Selbstbestimmung. Überwindung des politischen Krisenherdes in Europa.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Frieden nach innen und außen. Schrittweises Zusammenrücken und Abrüstung. Sicherheit für unsere Nachbarn, kein Infragestellen ihrer bestehenden Grenzen. Mit der CDU für ein friedliches, demokratisches, wirtschaftlich gesundes Deutschland in einem geeinten Europa.

Martin K i r c h n e r :
Vielen Dank. Ich schlage Ihnen vor, daß wir jetzt erst über die Frage entscheiden, ob wir zu einer förmlichen Verabschiedung dieses Papiers, das dann in dieser verabschiedeten Form sofort veröffentlicht und auch als Flugblatt in hoher Auflage gedruckt wird, oder, ob Sie sich darauf verstehen können, hier im Sinne einer Leitlinie ein Papier zu beschließen, das dann noch einmal durch einen Fachmann oder Fachleute überarbeitet wird, demzufolge nicht sofort erscheinen kann, aber vielleicht dann doch noch einmal unter werbepsychologischen Gesichtspunkten eine andere Qualität erreicht. Ich bitte Sie jetzt, nur zu dieser Frage der Ordnung zu reden, noch nicht zum Inhalt des Papiers. Bitte, dort hinten dann, davor dann hier, der Freund Axthelm.

(?):
Ich bin dafür, daß das Papier sofort verabschiedet wird und veröffentlicht wird. Wir haben zu lange schon gewartet ...(?) Wir haben ...(?) klargemacht, daß man nicht alles ...(?)

K i r c h n e r : Jawohl, bitte, weitere Wortmeldung.

(?):
Ich bin eigentlich für die zweite Variante, wobei ich dann nochmal ...(?) würde, daß jetzt trotzdem nochmal ...(?) Wir müssen Wahlkampf betreiben und ...(?)

K i r c h n e r : Ja. Freund Axthelm.

Ufrd. A x t h e l m :
Es ist eigentlich gleich, weil ich ...(?) nicht wesentliche Veränderungen erfahren ...(?), daß wir eine qualifiziertere Fassung ...(?)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Martin K i r c h n e r :
Ja, das wäre eine dritte Variante der Verfahrensweise. Hier war noch eine Wortmeldung. Bitte. Ja bitte, Sie sind dran.

Unbekannt: ...(?) (Unruhe)

M. K i r c h n e r : Ja, bitte. Weitere Wortmeldungen. Hier an der Außenseite. Ja, bitte.

Unbekannt:
...(?) Termin konkret, und nicht irgendwann...(?)

M. K i r c h n e r : Ja, moment.

Unbekannt:
...(?) Verabschiedung auch mit Einbringung, ganz kleiner Änderung, ...(?)

...(?)

M. K i r c h n e r : Welcher Antrag ist gemeint?

...(?) K i r c h n e r : Ist der schriftlich eingereicht? Liegt mir nicht vor. Bitte um Entschuldigung, aber liegt mir nicht vor. Also, unter den Anträgen, die ich geordnet habe, ist er nicht. Und hier sind zwei neue Anträge inzwischen hingelegt worden, aber da ist dieser nicht dabei. Kann er bitte nochmal neu gestellt werden oder eingebracht werden?

Unbekannt:
Er war so formuliert, ...(?) diese Wahlplattform der Arbeit ...(?) Wahlkampf zur Überarbeitung ...(?) Das war das Anliegen dieses Beschlusses, die notwendige Unterschrift war auch da, so daß wir hier ...(?)

M. K i r c h n e r : Ja, bitte.

Unbekannt: ...(?) nach Hause fahren mit der Verabschiedung unserer Wahlplattform ...(?) laut Fahrplan ...(?) Änderungen können nachgeschoben werden. Das ist nicht tragisch...(?)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unbekannt:
Ich möchte nochmal darauf hinweisen, daß es die Wahlplattform nicht ...(?) geben kann...(?)

(Beifall)

M. Kirchner:
Ja, eine weitere Wortmeldung habe ich dort. Ja, das ist unser Pressesprecher.

Ufrd. Lück:
Ich würde mich auch sehr dafür aussprechen, daß man Gremien, Psychologen und ...(?) des Apparates ...(?) Gestaltung überläßt. Aber bitte schön, eine Wahlplattform dann doch in dem Mandat dieses Gremiums...(?)

M. Kirchner:
Ja, ich habe inzwischen einen Antrag gefunden. Frage, ob der gemeint ist? Die vorliegende Wahlplattform wird mit Meinungsforschungsinstituten, Wahlpsychologen und Politikern, die dazu Hilfe geben wollen, in den nächsten Tagen beraten und danach neu gefaßt. Dafür wird am 6. 1. ein Verantwortlicher benannt. Ist dieser Antrag gemeint?

Unbekannt: Das ist er nicht...(?)

M. Kirchner:
Ein anderer liegt nicht vor. Ja, zur Geschäftsordnung. Bitte.

Unbekannt: ...(?)

M. Kirchner:
Ein Antrag auf Schluß der Debatte ist gestellt. Wünscht hierzu jemand das Wort dazu oder dagegen? Bitte, Frd. Axthelm.

Ufrd. Axthelm:
Ich bin dagegen. Die Anregungen hier ...(?) sind doch gesellschaftlich oder gesellschaftspolitisch so wichtig...(?), daß ich der Meinung bin, wir ...(?) uns selber...(?)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

M. Kirchner:
Ich bitte um Präzisierung des Geschäftsordnungsantrages "Schluß der Debatte", ob damit gemeint ist, daß wir über die von mir zuerst formulierte Frage jetzt die Aussprache beenden und demzufolge abstimmen, nämlich über die Verfahrensweise. Ob wir etwa eben heute eine förmliche Verabschiedung eines Textes machen, wie auch immer er aussieht, oder ob wir die Möglichkeit nutzen, eine Art Rahmenverabschiedung vorzunehmen, die in den nächsten Tagen noch inhaltlich gefüllt wird. Zu letzterem würde ich Ihnen weitergehend vorschlagen, daß wir dazu einen konkreten Termin festlegen, etwa bis spätestens Ende kommender Woche, und eine solche Herausgabe in einer Pressekonferenz vornehmen, die dann auch die Möglichkeit gibt, es sofort und massiv und mit entsprechenden Öffentlichkeitswirksamkeit zu transportieren. Weil der Geschäftsordnungsantrag (?-Einwurf) Ja, also, dann muß ich Sie trotzdem bitten, worauf bezieht sich Ihr Antrag auf Schluß der Debatte. Zum ganzen Schluß der Debatte?

Unbekannt: ...(?)

M. Kirchner:
Diese beiden Anträge abzustimmen. Also, die alternativen Anträge abzustimmen, ja.? Ja, wünscht dazu noch jemand das Wort? Es ist dagegen gesprochen worden. Wünscht jemand, dafür zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über diesen Geschäftsordnungsantrag "Schluß der Debatte" zu den beiden Alternativen Vorschlägen, jetzt die Aussprache zu beenden, ab. Wer ist dafür, die Aussprache hier zu beenden? Ich denke, das werden wir zählen müssen, das ist knapp. 44 - die Gegenprobe. Das ist eindeutig weniger. Danke. Stimmenthaltungen? Damit ist der Antrag angenommen. Wir stimmen jetzt darüber ab, und nun muß ich ja eine Frage formulieren, die Sie mit klar ja oder nein beantworten können. Sie haben aber die Alternative bitte im Hintergrund. Wer ist dafür, daß wir hier nach einer noch zu erfolgenden Sachdebatte mit Änderungsanträgen, eine Wahlplattform im Wortlaut verabschieden, diese dann sofort herausgeben mit der Maßgabe, daß sie später im wesentlichen nicht mehr korrigierbar ist? Wünscht hierzu noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über diese Frage ab. Wer dies

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. Bitte auszählen. (23) Wer ist dagegen? ...(?) Stimmenthaltungen? 3 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Vorschlag abgelehnt, und dies bedeutet, wir werden hier nur eine Art Rahmen verabschieden mit dem Auftrag, mit entsprechenden Fachleuten, gestatten Sie, daß ich's mal so formuliere, und Sie hören bitte auch dahinter, daß das nicht nur Fachleute bei uns sein müssen. Wir werden da nicht allzu viele Fachleute bei uns finden. Dies ist noch einmal zu überdenken, ohne daß damit Inhalte verändert werden können, sondern es geht hier dann um die Frage, wie machen wir mit dem Ding richtig Power. Und daß wir's dann im Verlaufe der nächsten Woche in einer Pressekonferenz, da bitte ich aber auch, daß man uns freie Hand läßt, das muß ja auch entsprechend plaziert werden, so daß wir auch gut in die Medien rüberkommen, aber bis Ende nächster Woche spätestens, das schließt schon etwa den Freitag/Sonnabend aus, weil das medienpolitisch wohl nicht allzu günstig ist. Also, daß wir doch zu Beginn der zweiten Wochenhälfte damit in der Öffentlichkeit sind. Wir würden dann diese Wahlplattform gleichzeitig in hoher Stückzahl als Flugblatt herstellen lassen. Die Voraussetzungen und Zusagen in Druckkapazität und Papier ~~wird~~ durch die VOB Union sind vorhanden, so daß wir dann auch spätestens zum 29. diese Flugblätter in die Kreise geben können.

(Unruhe - Beifall)

Ich höre gemischte Äußerungen. Wünscht zu dieser Verfahrensweise, die wir nicht mehr abstimmen brauchen, denn das war die Alternative dazu, noch jemand das Wort - etwa wegen Korrekturen? Bitte! (Einwurf ...(?) 29. ist der späteste Termin. Nur, Sie müssen bedenken, dann heißt das, wir müssen ein Verteilersystem unter Ausschluß der Post machen. (...Unruhe) Abholung, Transport über die Bezirksverbände usw., ja. (...Unruhe) ...Zeitung ist doch gewährleistet durch Pressekonferenz. (...Einwurf?) Pressekonferenz ist doch nächste Woche, spätestens am, na, Donnerstag, sagen wir mal. Das hängt auch davon ab, ob der Vorsitzende da ist. Ja, Freund Moritz bitte.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Ufrd. Moritz:
Die Frage der ...(?) packt das die VOB oder ...(?)

M. Kirchner:
Nein, das packt sie. Auch Mehrfarbdruck, auch Papierqualität. Ja, bitte.

Unbekannt:
...(?) daß je Bezirksverbände einer herkommt, ...(?) die Dinger abholt, damit am Freitag abend die Kreissekretäre ...(?) können. ...(?)

M. Kirchner:
Ja, das muß das Ziel sein. Aber bitte, bedenken Sie auch, auch Fachleute von der anderen Seite warten nicht nur auf uns. Das wird alles eng, auch wenn wir ganz sicher, versichere ich Ihnen, ab Montag, ohnehin in Sachen Wahlkampf, das haben wir auch bisher schon getan, Prioritäten setzen. Aber 24 Stunden sind immer eine sehr kurze Zeit. Ja, dann bitte ich so zu verfahren, daß wir jetzt ohne, ich weiß, das wird 'ne Gradwanderung, ohne in die Formulierungskünste und Streitereien zu verfallen, bitte Sie ganz dringend darum, dennoch das anzumerken, wo Sie sagen, so'n schönen Punkt gab's ja hier schon, den mit den Kommunisten, wo Sie sagen, das geht nicht. Das wollen wir ganz anders haben. Wir müssen dann sehen, wo der Punkt erreicht ist, wo wir sagen, wir sind hier konsent. Ich denke, daß wir dann wahrscheinlich nicht förmlich verabschieden - aber das müssen wir dann sehen, wie die Stimmungslage ist. Bitte schön. Wortmeldungen zu Formulierungen, das war jetzt, also, wie auf einen Schlag. Ich schlage vor, Uwe Ehrich und dann zur rechten rüber.

Ufrd. Ehrich:
...(?) Das reicht ...(?) nicht kommunistische Gleichmacherei...(?) und bitte ...(?)

M. Kirchner:
Jetzt müssen wir erst mal klären, wie wir das alles unter einen nachher Hut bekommen. Ich schlage vor, Henning, daß Du Dir das notierst.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unbekannt:
...(?) Bedenken, ...(?) die denken da auch noch mal über das gleiche nach...(?) Deswegen haben wir jetzt eine Stunde oder zwei Stunden sinnlos diskutiert...(?)

(Unruhe - Beifall)

M. Kirchner:
Moment, wenn ein Antrag, auch, wenn das nicht so in der Geschäftsordnung steht, aber das ist Gepflogenheit, wenn ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt ist, treten andere Anträge, es sei, es spricht gerade einer, zurück. Dann ist über diesen Antrag sofort zu verhandeln und zu beschließen. Es war noch ein anderer Geschäftsordnungsantrag kurz danach gemeldet - den kann ich noch drannehmen. Du willst aber Deinen Antrag aber noch ergänzen.

Unbekannt: ...(?)

M. Kirchner:
Ja, das ist ein guter Modus. Kann man noch während der Sitzung, muß man noch während der Sitzung hier machen. Ja, bitte.

Unbekannt: ...(?)

M. Kirchner:
Jawohl. Können sich die Freunde, die sich noch gemeldet hatten, jetzt darin wiederfinden, zu sagen, das, was sie anmerken möchten, in einer kurzen schriftlichen Notiz an den Freund Stoerk zu geben? Bitte!

Unbekannt: ...(?) Aussage - ja oder nein...(?)

M. Kirchner:
Machen wir mal ganz einfach, ohne dafür und dagegen. Mal Handzeichen: Wer wünscht, in diesem Papier eine Äußerung zu den Kirchen? Bitte mal Handzeichen. Danke. Wer wünscht sie nicht, aus welchen Gründen auch immer? Das ist die Mehrheit. Danke. (Unruhe) Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir müssen jetzt (Unruhe) nur Geschäftsordnungs-, Frd. Jenssen, nur, wenn Geschäftsordnungsbeitrag ist, weil wir in der Geschäftsordnungsdebatte sind. Zum Antrag Stoerk Schluß.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unbekannt:
Aber es hat doch niemand gegen den Antragssteller gesprochen.

M. Kirchner:
Ja, bitte.

Unbekannt:
Ich bin doch der Meinung, ...(?) daß inhaltliche Aussagen, die jetzt noch behandelt werden müssen, ...(?)

M. Kirchner:
Ja, ich denke, solche Dinge sollten schriftlich im Vertrauen darauf, daß das dann berücksichtigt wird, an den Frd. Stoerk gegeben werden.
Ja, bitte. Frd. Hauck.

Ufrd. Hauck:
...(?) Wahlplattform ...(?)

M. Kirchner:
Das ist auch eine sachliche Anregung, die ich bitte schriftlich als, danke. Jetzt treten wir in die Abstimmung "Schluß der Debatte" ein. Wer ist für Schluß der Debatte zu diesem Punkt? Danke. Wer ist dagegen? Und wer enthält sich der Stimme? Danke. Das ist dann so beschlossen. Und wir verfahren so. Ich erinnere noch einmal daran, Änderungsvorschläge und Hinweise zur Ausformulierung des Textes bitte an den Frd. Stoerk hier und heute. Ich frage: Sehen Sie sich in der Lage, mit der Maßgabe möglicher Veränderungen in dem eben beschriebenen Rahmen, aber, um doch auch einfach zu dokumentieren, das ist unser Wort, das wir jetzt zwar noch nicht in der Ausformulierung, aber doch in den wesentlichen Grundsätzen dazu von uns geben wollen, in eine Abstimmung darüber einzutreten. Denn wir brauchen ja doch wohl die Legitimierung dieses dann, was noch auszuformulieren ist durch den Parteivorstand. Ich sehe keinen Widerspruch. Dann bitte ich Sie, wer mit dem Vorbehalt der Ausformulierung im einzelnen, einmal durch Ihre Änderungsanträge, zum anderen durch Fachleute, diesem Papier "CDU - Partei der Mitte" seine Zustimmung geben will. Den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme. Ich habe 1 Nein und 3 Enthaltungen gesehen, ist das richtig? 4 Enthaltungen. Danke schön. Damit ist dieses Papier unter der eben genannten

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Bedingung verabschiedet. Vielen Dank. Wir fahren fort in der Behandlung von Anträgen. Ja, zur Geschäftsordnung. Bitte!

Unbekannt:
...(?) heißt das, daß alle jetzt schriftlich eingereichten Anträge darein gehen?...(?)

(Unruhe)

M. Kirchner:
Also, da es ja um Formulierungsfragen, nicht um inhaltliche Veränderungen gehen kann, wird dann im Kreis der Fachleute abzuwägen sein, welcher Vorschlag der zu berücksichtigende ist. Ja, der Freund Stoerk, als Einbringer hat er das Recht, nochmal abschließend dazu zu sprechen.

Ufrd. Stoerk:
...(?) die Rolle der Frau (?) ist natürlich klar, daß wir sowas zusätzlich aufnehmen...(?)

M. Kirchner:
Damit ist dieser Punkt abgeschlossen. Ich weise außerdem darauf hin, daß damit der vorhin zitierte Antrag gegenstandslos geworden ist, da er praktisch im jetzigen Verfahren aufgehoben ist. Das war der Antrag des Freundes Tauschmaton. Weitere Anfragen an den Parteivorstand? Die CDU erarbeitet ein Wirtschaftskonzept oder, sofern dies als umfassendes Wirtschaftskonzept nicht möglich ist, Teilkonzepte zu wesentlichen, da muß ich gestehen, das kann ich nicht lesen, Wirtschaftskomponenten könnte das sein, ...politik (?) gegebenenfalls in Teilbereichen wie Mieten, Grundnahrungsmittel etc. untergliedert (Vermögensbildung, strukturelle Gesundung der Wirtschaft (Groß-, Mittel-, Kleinbetriebe). Wer wünscht, zu diesem Antrag auf Erarbeitung eines Wirtschaftskonzeptes das Wort? Ja, Henning.

Ufrd. Stoerk:
Ich glaube, wir haben ja jetzt 'ne Hauptabteilung Wirtschaft, und ...(?) Und wenn wir jetzt noch was eigenes ...(?)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

M. K i r c h n e r :
Darf ich selber einen Verfahrensvorschlag machen? Vielleicht ist die Überweisung nur an (Einwurf...?) Nein, dieses ist ein Antrag, den wir formal, wenn wir nach der Geschäftsordnung gehen, auch erst ausbieten müßten und 10 % Unterstützung einholen, wenn Sie das wünschen. Gut, dann frage ich, bitte nur, wenn's zur Geschäftsordnung ist, ich sehe aber nur eine Hand oben. Dann frage ich: Wird dieser Antrag zur Behandlung hier und heute unterstützt? Bitte um Handzeichen, wer den Antrag zur Behandlung, noch nicht zur Sache, daß er überhaupt hier behandelt wird, unterstützt. Bitte auszählen. (23) Reicht. Dann wird er hier verhandelt. Er ist damit in der Sachaussprache. Bitte schön.

Unbekannt: ...(?)
Es besteht eigentlich nur die Notwendigkeit, die ...tätigkeit (?) Vorstands gegenüber ...(?) durchzusetzen, jetzt durchzusetzen, indem wir diese Vorschläge nochmal sondieren...(?) Ich schlage deshalb vor, daß durch die Hauptabteilung, durch den Eberhard Engel, ...(?) die Konzeption auf der Basis ...(?) erarbeitet werden kann.(?)

M. K i r c h n e r :
Mein Vorschlag dazu ist, etwas zu erweitern, daß kein Mißtrauensantrag gegen den Frd. Engel, aber weil doch hier auch Querschnittsbeziehungen angesprochen sind, die Sache dem Geschäftsführer zuzuweisen mit der Bitte, zu prüfen, welchen Abteilungen aber auch Arbeitsgemeinschaften oder Arbeitsgruppen die Sache zuzuweisen ist. Auch aufgrund der früher ja anders gelagerten Strukturen. Wünscht jemand hierzu das Wort? Beim Verfahrensvorschlag. Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich ihn zur Abstimmung. Wer wünscht, daß wir beschließen, diesen Antrag dem Geschäftsführer zuzuweisen mit der Bitte, dann die inhaltliche Arbeit entsprechend im Hause und bei den Arbeitsgemeinschaften aufzunehmen und zu koordinieren? Danke. Wer ist dagegen. Niemand. Stimmenthaltungen? 4 Stimmenthaltungen, wenn ich recht sehe. Danke schön.
Ja, das muß ich hier zurückstellen. Da gibt es inzwischen einen neuen Antrag. Ja. Zwei ähnlich lautende Anträge, die wir ~~wir~~ vielleicht gemeinsam behandeln können. Es gibt zum einen den Antrag: Der Parteivorstand beauftragt die Wissensch. Mitarbeiter der Schulungsstätte in Burgscheidungen, die Vorgänge des 17. Juni historisch zu

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

erarbeiten, das Ergebnis auf der nächsten Sitzung des Parteivorstandes vorzulegen. Der Parteivorstand berät über die mögliche Einführung eines Gedenktages und einen weiteren Antrag hierzu gibt es; der lautet:Die ZSS möge die Ereignisse des 17. Juni 1953 aufarbeiten,als Dokument veröffentlichen - hier ist kein Termin genannt -, über unsere Volkskammer-Fraktion wird der Antrag gestellt, den 17. Juni als Gedenktag für die blutige Niederschlagung eines Volksaufstandes für Freiheit und Demokratie des deutschen Volkes in den Kalender aufzunehmen. Ich schlage vor, daß wir den erstgenannten Antrag sowie den Teil I des zweitgenannten Antrages, also Auftrag an die ZSS zur Aufarbeitung des 17. Juni, erst einmal hier zu verhandeln. Wer wünscht, vielleicht müssen wir doch jetzt immer nach Geschäftsordnung verfahren, es sind selbständige Anträge, ich frage also nach der Unterstützung zur Behandlung dieses Antrages. 2, 4, 6, 8, 9 - das müßte reichen. Das reicht in jedem Fall. Gut, danke. Dann sind wir in der Sachverhandlung. Wer wünscht ~~Wortmeldung~~ das Wort? Bitte!

Unbekannt:
Ich meine, daß es ganz wichtig ist, daß sich eine wissenschaftliche Institution ...(?) besetzen...(?)

M. Kirchner:
Darf ich mal fragen. Vielleicht ist das hilfreich. Ob die beiden Initiativkreise sich verständigen können so durch Zuruf, etwa eine Umformulierung des Antrages vorzunehmen, also erstens den Auftrag an die ZSS, zweitens ohne einen Termin, drittens mit der Bitte, zu gegebener Zeit, jedoch noch in diesem Jahr einen Zwischenbericht zu erstatten und dies vielleicht, ja, ich denke, daß das genügt, naja doch, vielleicht viertens, daß man hier nicht die ZSS nur alleine arbeiten läßt, sondern auch die Wissenschaftliche Arbeitsgruppe beim Vorsitzenden. Ja? Freund Preu, ja. Ja, Werner, hast Du diesen vierteiligen Beschluß mal ein bißchen notiert? Also erstens, wenn die Initiatoren sich so verständigen können. Auftrag an ZSS und Wissenschaftliche Arbeitsgruppe. Zweitens, eh, ohne Termin. Zweitens - Zwischenbericht nach dem 17. Parteitag an den Parteivorstand. Das läßt nach hinten ein Stückchen offen. Das müßte eigentlich für'n Moment als Arbeitsauftrag genügen. Ja, bitte schön!

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unbekannt: ...(?)

M. Kirchner:
Ja, also ich denke, daß unsere Presse und auch unser Pressesprecher das natürlich transportieren, das ist ja keine Belanglosigkeit, was wir hier beschließen werden vielleicht. Ja, Uwe und dann bitte dort hinten. Ja, Entschuldigung, Uwe, Entschuldigung Freund Tauschmor(?), dann erst der Uwe Ehrich.

Ufrd. Ehrich: ...(?)
zu berücksichtigen, daß der 17. Juni nur ein Kombinationspunkt war, sondern daß wir ...(?)

(Unruhe)

Aber wir müssen uns mit dem gesamten Komplex beschäftigen...(?)

M. Kirchner:
Kann man vielleicht formulieren: Die Vorgeschichte, Ereignisse und Folgen des 17. Juni? Können wir das mitschreiben, Werner? Vorgeschichte, Ereignisse und Folgen. Ja, jetzt Freund Tauschmaton sind Sie dran.

Ufrd. Tauschmaton(?):
Also, alle Festlegungen ...(?) daß sie vielleicht zwei Jahre ...(?) können wir uns lächerlich machen...(?)

M. Kirchner:
Da muß ich aber jetzt mal den Fachmann fragen. Freund Preu, was ist denn leistbar? Die nächste Parteivorstandssitzung halte ich für ausgeschlossen, wenn wir seriös an die Unternehmung herangehen wollen.

Ufrd. Preu:(?) ...(?)

M. Kirchner:
Ja, also eine Wortmeldung war vorher jetzt hier vorn gewesen. Bitte!

Konrad-Adenauer-Stiftung – ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unbekannt:
...(?) Aber es geht ja auch darum, daß das Geschichtsbild ...(?) in der Schule verändert wird, daß der Geschichtsunterricht neu ...(?) Und da halte ich für unbedingt notwendig, was Freund Ehrich gesagt hat, daß also nicht nur dieser eine ...(?), sondern daß eine Konzeption entwickelt wird, wie bereiten wir diese Jahre auf? ...(?)

(starke Unruhe)

M. Kirchner:
Ja, ich glaube nicht, daß wir das als Partei leisten können. Das müßten wir dann weitergeben. Ja, bitte jetzt hier erstmal!

Unbekannt: ...(?)
Wir dürfen's nur nicht zu sehr in die Länge ziehen. Denn, liebe Freunde, bei allem Ernst und aller Würde, mit der wir dieses Thema behandeln wollen - aber so'n bißchen müssen wir eben auch an den Wahlkampf denken.

M. Kirchner: Ja. Freund Prof. Jenssen!

Ufrd. Prof. Jenssen:
...(?) für den Wahlkampf ist es doch zunächst einmal wichtig, etwas ...(?) zu haben ...(?) Damit wir eben zeigen können, daß wir auch schon lange vor der Wende für Freiheit, Demokratie gerecht gekämpft haben und auch Opfer gebracht haben.

(Beifall)

M. Kirchner:
Zur Geschäftsordnung. (Einwurf ...(?)) Wünscht jemand, zu diesem Geschäftsordnungsantrag dafür oder dagegen das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über den Geschäftsordnungsantrag Schluß der Debatte. Das bedeutet dann Schluß der Rednerliste, daß auch diejenigen, die sich noch gemeldet hatten, jetzt unter'n Tisch fallen - müssen Sie wissen. Bitte um Handzeichen Schluß der Debatte. Danke, das ist die Mehrheit. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Dann wird so verfahren. Wir treten damit in die Abstimmung

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

ein. Ich frage noch einmal die Unterzeichner der beiden ursprünglichen Anträge sind damit einverstanden, daß wir jetzt ersatzweise für ihrer beider Anträge formulieren: Die Zentrale Schulungsstätte und die Wissenschaftliche Arbeitsgruppe beim Vorsitzenden der CDU werden gebeten und beauftragt, die Vorgeschichte, Ereignisse und Folgen des 17. Juni 1953 aufzuarbeiten und das Ergebnis vorzulegen. Zweitens, diese Arbeitsgruppe wird gebeten, einen Zwischenbericht, ich schlage vor, im IV. Quartal 1990, an den Parteivorstand zu geben. Wünscht hierzu, zu dem Beschlußantrag, noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Abstimmung. Wer dafür ist? Danke, das ist die große Mehrheit. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine Stimmenthaltung. Das ist damit einstimmig beschlossen.
Dann komme ich zurück zum zweiten Teil des ursprünglichen Antrages II. Ich verlese ihn noch einmal. Er ist damit ja nicht erledigt. Über unsere Volkskammer-Fraktion wird der Antrag gestellt, den 17. Juni als Gedenktag für die blutige Niederschlagung eines Volksaufstandes für Freiheit und Demokratie des deutschen Volkes in den Kalender aufzunehmen. Diesen Antrag hatten wir noch nicht, doch, da sind die entsprechenden Unterschriften, jawohl. Er ist damit Gegenstand der Tagesordnung und kann verhandelt werden. Wünscht jemand hierzu das Wort? Bitte!

Unbekannt:
Ich würde ~~es~~ unter der Berücksichtigung des vorhergegangenen Beschlusses dafür plädieren, daß wir uns jetzt hier nicht ins ...(?) begeben, daß wir also einen Antrag der Volkskammer einbringen, bevor wir ...(?).

(Beifall)

M. K i r c h n e r :
Ja, ich sehe das auch so. Aber selbstverständlich müssen wir darüber noch förmlich beschließen. Die einfachste Form ist, daß wir den Antrag selber zur Abstimmung stellen. Was allerdings die Folge hat, daß man den Eindruck erweckt, als sei man gegen den Inhalt. Ich versuche es deshalb lieber mit einem Geschäftsordnungsantrag meinerseits. Ich beantrage, daß dieser Antrag der Unterzeichner des

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Freundes Walter Leipzig (?) und folgende zurückgestellt wird, bis die Arbeitsgruppe, die wir soeben eingesetzt haben, ihren Zwischenbericht gibt. Dann kann man neu drüber nachdenken, ob die Zeit bereits reif ist usw. Koppeln ihn also an an das Zwischenergebnis. Wünscht jemand hierzu das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Abstimmung, wer dafür ist. Danke. Wer ist dagegen? 1, 2 Stimmen dagegen. Stimmenthaltungen? 2 Stimmenthaltungen. Danke, damit ist dieser Geschäftsordnungsantrag angenommen.
Antrag des Freundes Peter Mugay: Hiermit beantrage ich, die jährlich mit 13 Mio Mark gestützten CDU-Tageszeitungen in politisch enger Zusammenarbeit, die jegliche Gängelei ausschließt, intensiver als bisher als Stimme unserer Partei im Wahlkampf zu nutzen. Dazu sollte noch vor einer CDU-Medienkonferenz alsbald ein Aktionstreffen zwischen dem CDU-Präsidium und den Redaktionskollegien stattfinden. Weitere Ausführungen und Begründungen zu diesem Thema sind in einem kurzen Beitrag möglich. Ende des Zitates. Antrag stammt vom 5. Januar. Ich gehe davon aus, daß er zu Beginn der Tagung hier bereits schriftlich eingereicht war, Freund Mugay, und daher keiner weiteren Unterstützung bedarf. Ich schlage Ihnen vor, daß hierzu der Freund Müller kurz Stellung nimmt.

Ufrd. M ü l l e r :
Wir hatten gestern ein Gespräch zusammen mit den Vertretern der Redaktionen, an dem aber auch Freund Mugay nicht teilnehmen konnte, wahrscheinlich, weil er gar nicht gewußt hatte, daß es stattfindet. Und dort haben wir das Anliegen schon aufgegriffen, diese Frage zu klären, sind zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Beschlußvorlage für das Parteipräsidium erarbeitet wird, das nochmal mit den Redaktionen durchgesprochen wird, und daß da die Dinge fixiert sind und daß auf jeden Fall die Wirksamkeit auch der Presse im Wahlkampf in den Blick genommen ist. Ich möchte Freund Mugay bitten, den Antrag zunächst einmal nochmal zurückzuziehen. Ich könnte ihn noch etwas näher darüber informieren, was wir da vorhaben. (...Einwurf?) Ja, ja, das, da können Sie nichts dazu.

M. K i r c h n e r :
D. h., Freund Mugay, Sie haben jetzt im Moment den Antrag zurückgezogen bis auf weiteres. Danke schön. Damit ist dieser Antrag erledigt.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Weiterer Antrag des Freundes Mugay: Hiermit beantrage ich, die CDU-Zeitschrift "Union teilt mit" in ein ein- bis zweimal monatlich erscheinendes CDU-Magazin mit moderner Aufmachung umzuwandeln. Es sollte in Bild und Text Auskunft über das Leben der Union in der DDR geben, zum regelmäßigen Inhalt könnten gehören das Wirken der CDJ, Seniorenarbeit in Stadt und Land, internationale Kontakte der CDU, geistige Probleme unserer Zeit, christliche Künstler und christliche Kunst, CDU und Mittelstand. Inhalt und Lojo (?) des Magazins wären so zu gestalten le out, daß ein Vertrieb und ein Verkauf in westlichen Ländern, BRD, einschließlich Westberlin, Schweiz, Österreich möglich ist, um eine Selbstfinanzierung zu erreichen. Ich schlage Ihnen dazu vor, da das Präsidium unserer Partei sich heute nachmittag als wichtigsten Tagesordnungspunkt mit dem Thema Medien der CDU befaßt, diesen Antrag an das Präsidium zu überweisen. Gibt es hierzu Meinungen? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Handzeichen, wer diesem geschäftsleitenden Antrag zustimmt. Danke. Wer stimmt dagegen? 1 Gegenstimme. Stimmenthaltungen? 3, 4 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag dem Präsidium zur Weiterbehandlung überwiesen.

Weiterer Antrag. Hiermit beantrage ich, Freund Mugay ist Antragsteller, die Finanzen unserer Partei notfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit offenzulegen. Wie hoch waren die staatlichen Zuwendungen für die CDU - ich lasse jetzt mal weitere Einzelheiten weg, nenn' nur immer die Kernsätze -; wie hoch sind die Mitgliedsbeiträge insgesamt; welche Betriebe der CDU machen Gewinne; Kürzungen der Zurverfügungstehenden Mittel vorausgesetzt; welche personellen und weiteren Konsequenzen werden in Erwägung gezogen; wie kümmert sich eine Kommission o. ä. um langjährige Mitarbeiter, die aus dem Parteiapparat ausscheiden müssen usw.

Ich schlage Ihnen dazu vor, da dieses ja auch vorbereitet werden muß, in der nächsten Sitzung des Parteivorstandes zu behandeln und diesen Punkt Finanzierung unserer Partei auf die Tagesordnung zu setzen und unseren Schatzmeister hierzu, was ohnehin vorgesehen war, um Bericht zu bitten. Wünscht hierzu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich dies zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Das ist einstimmig beschlossen.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Weiterer Antrag des Freundes Mugay: Hiermit beantrage ich, den Tagungsraum des Parteivorstandes in Burgscheidungen schnellstmöglich zu einem Arbeitsraum umzugestalten. Dabei denke ich an eine wenigstens kleine Schreibplattform, auch für die Parteivorständler im Plenum, an eine Simultanübersetzungsanlage für ausländische Gäste und eine elektronische Abstimmungsmaschinerie. Ich halte den Antrag für berechtigt, schlage Ihnen vor, daß dieser Antrag an den Geschäftsführer unserer Partei mit der Bitte um weitere Prüfung, ich denke, weiter können wir noch nicht gehen, in Zusammenarbeit mit dem Schatzmeister überwiesen wird. Wünscht jemand hierzu das Wort? Das ist nicht der Fall. Ja, bitte schön?

Unbekannt: ...(?)

M. Kirchner:
Ja, mit der wollen wir uns auf keinen Fall verderben. Das ist natürlich inklusive. (...?Einwurf) Ja, die beiden Freunde haben sich das notiert. Wir werden alle Mittel und Möglichkeiten, ich meine, im Wort sind alle, dazu ausschöpfen. Ob wir es natürlich bis zur nächsten Parteivorstandssitzung schon bis zur Perfektion getrieben haben, da bei der Abstimmungsmaschine, das bezweifle ich. Aber wir werden uns bemühen. Gut, dann steht dieser Antrag Überweisung an Geschäftsführer und Schatzmeister zur Abstimmung. Wer ist dafür? Danke. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der stimme. Bei einer Stimmenthaltung ist dies angenommen. Danke schön.
Es liegt ein längerer Antrag des Freundes Nahstadt (?) aus Colbitz vor. Hier sind eine Reihe von Anträgen, die wir zum Teil mittelbar bereits behandelt haben, zum anderen geht es hier um Inhalte zur Verfassung. Ich hatte das vorhin schon erwähnt, daß es dazu einen weiteren Antrag gibt. Ich schlage Ihnen vor, daß dieser Antrag zur weiteren Auswertung, soweit das nicht gedeckt ist durch entsprechende Beschlüsse, an das Präsidium überwiesen wird. Er möge doch einmal prüfen, ob hier noch Dinge enthalten sind, die jetzt nicht beachtet worden sind. Ich frage insbesondere den Freund Nahstadt oder -stedt, ich bitte um Entschuldigung, das kann ich nicht genau lesen, ob Sie damit einverstanden sind. Vielen Dank, ich denke, dann brauchen wir nicht abstimmen, können wir so verfahren. Er wird nochmal durchgesehen. Wulf, vielleicht bist Du so nett und klopfst das mal noch gleich ein bißchen ab, daß wir's heute nachmittag nochmal mit behandeln. Danke!

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Zwei ähnlich lautende Anträge, ich verlese den ersten: Zur Erarbeitung eines sachlichen und terminlichen Fahrplanes zur Erreichung der deutschen Einheit als Vorschlag der CDU als ersten Entwurf bis zum 17. Parteitag durch das Präsidium und/oder den Deutschlandpolitischen Ausschuß zu erarbeiten oder so ähnlich. Ähnlich lautender Antrag verlese ich Ihnen ebenfalls: Die CDU erarbeitet einen Stufenplan zur Herstellung der deutschen Einheit, der wesentliche Schritte und Termine beinhaltet (dabei wird von, bitte Entschuldigung, das kann ich nicht lesen, ah ja, bekannten Prämissen und dem Erreichen notwendiger Voraussetzungen ausgegangen und unterstellt, daß der Ablauf auch anders sein kann, ja? historischer Ablauf auch anders sein kann). Ein solcher Stufenplan ist erforderlich, um den Menschen des Landes eine Zielvorstellung zu geben und das Hierbleiben zu ermöglichen. Ende des Zitates. Mein Vorschlag, den ich an dieser Stelle machen darf, lautet, daß beide Anträge, und zwar nicht zum Freibleiben bedenken, sondern zur Ausarbeitung eines solchen Planes an das Präsidium überwiesen werden. Wir werden's hier im Plenum nicht lösen können, das ist sicher klar. Und das Präsidium muß dann prüfen, ob es etwa bereits zum 17. Parteitag in der Lage ist, einen solchen Vorschlag vorzulegen. In dem einen Fall wird ja alternativ auch noch offen gelassen 1. Entwurf, also noch keine beschlußfähige Vorlage. Ja, bitte! Ja, bitte, Sie sind dran.

Unbekannt: ...(?)

M. Kirchner:
Ja. War das eine weitere Wortmeldung? Ja, bitte! ...(?Einwurf) Ist erledigt. Freund Galley.

Ufrd. Galley:
Ich gebe zu bedenken, daß wahrscheinlich ein solcher Terminplan nicht machbar ist. Da hängen internationale Verträge drin. Da hängen alliierte Rechte drin. Ich glaube, wir würden mit einem solchen Plan ...(?)

M. Kirchner:
Na, ich befürchte, daß das Präsidium auch dann zu diesem Schluß gekommen wäre. Ja, dennoch müssen wir ja jetzt mit dem Antrag umgehen. Ich hielte es für zu kurz, auf alle Fälle für zu kurz,

Konrad-Adenauer-Stiftung – ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

ihn jetzt einfach abzuschmettern. 'ne Prüfung muß doch nochmal vorgenommen werden, bißchen angedacht werden sollten die Dinge. Wozu haben wir z. B. in der Geschäftsstelle eine Außenpolitik, ein Referat, eine Abteilung Außenpolitik und auch sicherlich da und dort noch andere Potenzen, die darüber nochmal nachdenken, und wir zur nächsten Parteivorstandssitzung Ihnen dann doch hier Bericht erstatten. Wünscht hierzu noch jemand das Wort? Sonst würde dies mein Antrag sein. Ja, bitte!

Unbekannt: ...(?)
Ich glaube, daß die Menschen ein Recht darauf haben, auch doch zu erfahren, wie wir uns ungefähr diesen Weg vorstellen...(?)

M. Kirchner: Ja, bitte!

Unbekannt:
...(?) der Erweiterung dieser Unverbindlichkeit ...(?)

M. Kirchner: Freund Reichenbach!

Ufrd. Reichenbach:
...(?) anders formuliert sehen. Ich würde sagen, wir können keine Termine festlegen, aber wir können doch eins machen: Wir müssen verlangen, daß das deutsche Volk in Gesamtheit für einen Abstimmungstermin sich entscheidet, und zwar mit ja oder nein für die deutsche Einheit. Und das ist ein moralischer Wert. Und in diesem moralischen Wert ...(?) Das müßte ein Volksentscheid sein, der im Prinzip ...(?) daß in ganz Deutschland die Abstimmung erfolgt und daß die Initiative dazu von unserer Partei ausgeht.

M. Kirchner:
Das wäre aber ein völlig anderer Antrag. (...Einwurf?) Ja, da würde ich Sie aber bitten, diesen Antrag auf Initiative zu einer Volksabstimmung, um die geht es ja, dann auch hier förmlich einzubringen. Insofern sehe ich mich jetzt nicht in der Lage, diesen Antrag, so lange er nicht schriftlich hierliegt, zu behandeln, da dieses ja nur um die Ausarbeitung eines Planes, eines Stufenplanes geht. Ja, Uwe, dann, ja bitte, ach so rum, ja bitte!

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unbekannt: ...(?)
dann mache ich den Vorschlag, ...(?) da steht alles drin, was wir hier diskutieren. Man muß es nur lesen. ...(?) zu überprüfen, ob ...(?) mittelfristig, kurzfristig und langfristig ...(?)

(Unruhe)

M. Kirchner: Ja, Uwe!

Unbekannt:
...(?) wir müssen uns darüber völlig im klaren sein, müssen wir uns hier ...(?)

Unbekannt: ...(?)
Unbekannt: ...(?)

M. Kirchner:
Ja, dieser Antrag liegt aber offensichtlich dem Präsidium nicht vor. Ja, eidieweil eine Splitterung der verschiedenen Anträge ja durch die Antragskommission vorgenommen worden ist. Ich kann Ihnen hier versichern, das, was dem Generalsekretär zugeteilt ist, ist in der Arbeit, in der Erledigung; das, was an verschiedene Kommissionen gegangen ist, überblicke ich nicht. Bitte!

Unbekannt:
Ich glaube, hier kommt irgendwie 'n Mißverständnis rein. D. h. welches Ziel wir uns stellen. Wenn wir uns kein Ziel stellen, sagen wir auch nicht, bis dahin kann das ... passieren (?). Wir reden doch nicht schlecht. Aber ...(?), bis wann wir, ich sag' mal, die Einheit der beiden deutschen Staaten erreichen könnten, die kann man doch treffen in einem Punkteprogramm. Wir müssen ...(?)

M. Kirchner:
Also, ich schlage Ihnen noch einmal vor, daß wir hier doch das Präsidium bitten, die Frage der Ausarbeitung eines Stufenplanes zur Erreichung der staatlichen Einheit Deutschlands zu prüfen, dabei unter besonderer Berücksichtigung des 10-Punkte-Programms des Herrn Bundeskanzlers - so nach dem Motto in etwa. Dann können

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

wir immer noch Formen dazwischen finden, das schließt natürlich ein die Prüfung mit dem bundesdeutschen Partner, mit den Nachbarn, mit den Alliierten, und kann von daher nicht in 14 Tagen hier auf dem Tisch liegen - das ist auch klar. Aber es waren vorher noch Wortmeldungen. Ja, bitte schön!

Unbekannt:
...(?) das Präsidium muß besonders darauf eingehen, einmal zusammenzustellen, was denn eigentlich die Bedingungen sind, die zu beachten sind...(?) alles andere Träumerei...(?)

M. K i r c h n e r :
Ja, das ist ausdrücklich eingeschlossen, daß eine realistische Prüfung oder eine Prüfung oder realpolitischen Gesichtspunkten erfolgt und nicht irgendwelche Träumereien vorgenommen werden. Ich denke, das ist uns schon bewußt. Ich sehe weitere, keine Wortmeldungen. Dann stelle ich den Antrag, die beiden Anträge zur Erarbeitung eines Stufenplanes an das Präsidium zu überweisen mit der Bitte an das Präsidium, es möge die realpolitische oder unter realpolitischen Gesichtspunkten die Ausarbeitung eines solchen Stufenplanes zur Erreichung der staatlichen Einheit Deutschlands prüfen und dabei besonders auch den 10-Punkte-Plan des Bundeskanzlers Helmut Kohl einbezieh. Zu gegebener Zeit ist dem Parteivorstand dann wieder zu berichten. Wer wünscht dazu noch das Wort? Bitte!

Unbekannt:
Ich wollte ...(?) daß man diese Aussage spätestens am 17. Parteitag getroffen wird, zumindest ein ...(?) Zwischenbericht.

(Beifall)

M. K i r c h n e r :
Dann ziehe ich den Satz zu gegebener Zeit, das dem Parteivorstand zu berichten, zurück und ersetze ihn durch den Satz: Dem 17. Parteitag ist ein Zwischenbericht zu erstatten. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann bitte ich um Ihr Handzeichen, wenn Sie damit einverstanden sind. Danke. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Dann ist dieser Beschluß einstimmig gefaßt.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Antrag des Freundes Tauschmaton: Es wird ein Verantwortlicher für die Führung eines offensiven Wahlkampfes benannt. Termin 6. 1. 90, also heute. Ich bemerke dazu, unbeschadet, ob es uns überhaupt gelänge, einen geeigneten Freund, denn ein solcher müßte es wohl schon sein, daß wenigstens hier gewährleistet ist, wer für wen und für was eigentlich Wahlkampf macht, aber wir uns auch wohl keine zusätzlichen Strukturen leisten sollten. Ich sehe aus meiner Sicht die Verantwortlichkeit aus der Satzung für den Wahlkampf zum einen bei der Struktur, d. h. also Generalsekretär, Geschäftsführer und Leiter der Wahlkampfabteilung und seiner Mitarbeiter, zum anderen bei der Arbeitsgruppe Wahlkampf, die wir ja hier noch zusammensetzen wollen. Das hier eingeschlossen ist, weil wir ja alle nicht die Fachleute sind, die wir eigentlich dafür brauchten, und auch keine Erfahrungen haben, dann durch diese beiden genannten Strukturen noch eine Bereicherung durch Fachleute vorgenommen wird, ich meine damit Fachleute, die Übung haben, das, dessen können Sie versichert sein, weil wir's ja gar nicht leisten können. Und daher also mein Antrag, dieses, was hier beantragt ist, abzuweisen, allerdings mit dem Hinweis darauf, daß die Verantwortlichkeit**en** in der eben beschriebenen Weise klar sind und sie von dort erwarten durch Einbeziehung entsprechender Unterstützung, etwa der Schwesterparteien doch eine für unsere Verhältnisse und unsere Möglichkeiten entsprechende optimale Wahlkampfführung versucht wird. Wer wünscht hierzu das Wort? Ja, Freund Jenssen. Nein Freund Moritz, Entschuldigung, habe ich nicht...

Frd. M o r i t z :
...(?) dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen ...(?)

M. K i r c h n e r :
Ich habe ja das auch genannt. Ja, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann denke ich, wenn Freund Tauschmaton einverstanden wär, braucht man das nicht förmlich abstimmen. Wenn Sie den Antrag zurückziehen unter Hinweis darauf, daß nach der Satzung ja klar ist, wo die Verantwortlichkeiten sitzen. (...?Einwurf) So ist das. Wie auch immer er damit klarkommt. Es gibt einen Antrag zur Vorlage S I 02 "Änderung des Wahlkampfmottos. Dieses schlage ich vor, daß wir es bei der Behandlung des, der Parteitagsvorlage, also

Konrad-Adenauer-Stiftung. ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Einberufung des Parteitages, nachher wieder mit aufrufen. Weiterer Antrag einer Reihe von Freunden, damit auch ausreichende Unterstützung: Die Arbeitsgruppe Wahlkampf wird durch den Parteivorstand beauftragt, bis zum 10. 1. 1990 die vorliegende Wahlkampfplattform zu überarbeiten; das Präsidium des Parteivorstandes übergibt am 11. 1. 1990 diese Wahlkampfplattform den Medien usw. Dieser Antrag ist faktisch beschlossen und damit also.(Unruhe) Das war der gesuchte? Ah ja. Der lag hier irgendwo. Vielen Dank. Ja, es gibt hier einen Vorschlag zur Wahlaussage der CDU unter der Überschrift "Für Wahrheit und Recht" durch den Freund Riedinger. Hierzu schlage ich vor, daß dieses Papier, das eine Reihe von etwa 15 Anstrichen enthält, an die Wahlkampfabteilung zur Berücksichtigung überwiesen wird. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall, dann bitte ich um Handz... (Einwurf) Gut, danke, dann können wir es ohne Abstimmung machen. Es wird ohnehin so verfahren. Danke schön. Ja, hier ist auch eine von Freund Dr. Seidel zur Wahlkampfplattform. Ich denke, das können wir als Arbeitsmaterial mit der Bitte um Berücksichtigung übergeben. Es geht da um zwei Anstriche zum Verhalten von Ökologie und Ökonomie. Gibt es bei dem Freund Dr. Seidel Einverständnis? Ja. Freund Schmidt, wenn Sie's an sich, nein, Henning, ist ja erst einmal Deine Sache hier. Ich meine, wie auch immer. Danke. Ja, ich habe fast die Hoffnung, daß ich jetzt den letzten Antrag in der Hand halte. Der Parteivorstand wolle beschließen, die CDU nimmt im vollen möglichen Umfang Unterstützung durch andere, ja christdemokratische oder christlich-soziale Parteien, insbesondere Bundesrepublik Deutschland, in Anspruch und begründet dies in den Medien am 8. 10. 90 mit der Realität der Medienverfügbarkeit in der DDR. Ende des Antrages. Wer wünscht dazu das Wort? Moment, das ist ein Antrag, der nachträglich eingebracht ist. Wer unterstützt die Behandlung des Antrages? Das reicht als Unterstützung. Danke, damit wird er behandelt. Wer wünscht zum Inhalt des Antrages?

Unbekannt: ...(?) (Beifall)

M. K i r c h n e r :
Und darf ich Ihnen meinerseits versichern, wo Sie ja auch vorhin nochmal zu Recht festgestellt haben, daß hier eine Verantwortung oder Hauptverantwortung für den Wahlkampf liegt, daß ich nicht im

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

geringsten irgendwo zucke bei der notwendigen vorbehaltlosen Zusammenarbeit mit unseren beiden Schwesternparteien in der Bundesrepublik unter Ausschöpfung aller materiellen, finanziellen und sonstigen Möglichkeiten von dieser Seite.

(Beifall)

Können wir damit diesen Antrag als erledigt betrachten? Ich sehe Nicken des Antragstellers. Ich bedanke mich.
Liebe Freunde. Es sind noch zwei Thesen xxxx reihen, nein, eine Thesenreihe und ein mehrseitiges Papier des Bezirksverbandes Rostock zu umweltpolitischen Fragen. Darf ich zurückfragen: Wenn wir dies ebenfalls zur weiteren Berücksichtigung an das Präsidium überweisen, es ist kein förmlicher Antrag. Jedenfalls nicht als Antrag formuliert, sondern 's sind zwei Thesenreihen. Kann darauf mal jemand reagieren? Ich weiß nicht, wer es hier hingelegt hat. Es ist auch nicht unterzeichnet. Ja! Potsdam, ja. (...?Einwurf). Ja, Überweisung an's Präsidium, von dort wird es kanalysiert, daß es sich irgendwo wiederfindet. Gut, dann verfahren wir so. Vielen Dank. Ich muß meinerseits doch noch darum bitten und natürlich auch einschließlich der Möglichkeit, daß wir darüber miteinander reden, daß wir doch an einem Punkt, der mir wichtig ist, auch aus dem eben gehabten, spontanen und erfreulichen Vorgang der Wahlkampfmaterialien, die in Leipzig hergestellt werden, daß wir uns verständigen mit einem einheitlich gestalteten Signé. Das scheint mir so, z. B. so'ne Frage eines einheitlich geführten Wahlkampfes in den Wahlkampf gehen. Und ich sage Ihnen ganz offen, mein Herz hängt an überhaupt keiner Sache, die ich jetzt meinerseits etwa nennen werde, nur, wir müssen im Ergebnis dann uns einig sein von Rostock bis Leipzig und von Dresden bis Eisenach muß auf unseren Plakaten, Flugblättern, da kann's mal irgendwo 'ne kleine Variante geben, das ist nicht so schlimm, aber, alles, was so richtig in die Breite unseres Volkes geht, muß einheitlich geführt werden. Und, mein Vorschlag, ich hab's jetzt hier mal nur so unten hingeklebt, ist, dieses hier in dieser Ausführung, wie Sie's hier sehen, ich sage ganz offen, ich habe auch 'ne ganze Weile nachgedacht, ob man Rot nimmt. Sicher ist Rot besetzt, aber es ist auf der anderen Seite die Signalfarbe, es ist die gleiche Ausführung, wie Sie sicher ja alle schon bemerkt haben, die die Bundes-CDU

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

führt. Sie ist allerdings gleichzeitig eindeutig identifizierbar für die CDU in der DDR, all die weil wir diese Anordnung in Kreuzform hier vorschlagen, ohne eine Hervorhebung, ich hatte gestern schon mal gesagt, ohne das etwa zu umzeichnen oder auch einen Kreis oder Oval herumzumachen. Und dieses Signé sollte und, ich denke, muß auf jedem Wahlkampfprodukt stehen, was wir rausgeben. In der jeweiligen Größe immer in dieser Farbe und Ausführung, seien das Plakate, seien das Luftballons, oder was auch immer wir auf die Beine stellen können. Ich bitte dazu um Meinungsäußerungen. Ja!

Unbekannt:
...(?) Vorschlag, CDU - schwarz-rot-gold.

(schwacher Beifall)

M. Kirchner:
Freund Galley, haben Sie sich gemeldet? Habe ich das richtig gesehen? Ja, bitte!

Ufrd. Galley:
Auf jeden Fall nicht rot.

Ufrd. Sladeszek: Blau (Heiterkeit)

M. Kirchner:
Ja, Blau ist die Leipziger Variante. Natürlich aufgrund der bisherigen Farbgebung blau-gelb in unserer Partei. Freundin Wohlfahrt!

Frdn. Wohlfahrt: ...(?)

Ufrd. Moritz: ...(?) (Unruhe)

M. Kirchner:
Zum Parteisigné, das ist aber 'ne andere. Also, ich weise darauf hin, das ist nicht der Tagesordnungspunkt Parteisigné. Nee, nee, Gottfried, der Unterschied ist also: hinter Signé verbirgt sich genauer gesagt das, was wir bisher als Parteiabzeichen und natürlich eben auch hier etwa am Rednerpult und auf der Fahne als Signé führen. Dieses ist ein anderer Gegenstand. Man müßte jetzt vom Schriftzug reden.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Ufrd. M ü l l e r : Das hängt aber ganz ursächlich miteinander zusammen.

M. K i r c h n e r :
Dann können wir so verfahren, daß wir den Tagesordnungspunkt aufrufen und erst einmal dazu verhandeln, und dann können wir das zusammenpacken. Ja, dann stelle ich erst einmal fest, es sind alle Anträge erledigt. So ich etwas übersehen habe, bitte ich, das jetzt zu vermelden. Erledigt im Sinne dessen, was mir hier vorlag. Damit wir das erstmal förmlich abschließen können. Zur Geschäftsordnung Freund Sladeszek und dann sind zwei Wortmeldungen.

Ufrd. S l a d e s z e k : ...(?)

M. K i r c h n e r :
Liegt mir nicht schriftlich vor. Nein, Anträge müssen schriftlich eingereicht werden. Wir könnten es natürlich noch machen, müssen wir, sollten wir sicherlich auch machen. Aber, ich bitte dennoch um schriftliche Einreichung des Vorschlages. Das muß ja auch dann noch bedacht werden, denn das müssen wir ja auch personell irgendwie auf die Beine stellen. Das geht ja nun nicht so durch Zuruf. Ja, bitte schön. (...?) Ja, also wir, ich bitte darum, daß wir in der Tagesordnung bleiben. Das kann nachher, wenn der Tagesordnungspunkt aufgerufen verhandelt wird, gemacht werden. Bitte!

Unbekannt: ...(?)
Können wir uns nicht dazu entschließen, unser Positionspapier in Programm umzubenennen? Ich weiß ...(?)denn die Qualität dieses Papiers ist mit einem Programm noch nicht ...(?) Aber ich wollte ...(?) hieß es ganz deutlich im Rundfunk: Keine Partei verfügt gegenwärtig, natürlich außer der SED, ist klar, verfügt gegenwärtig über ein Programm.

(Beifall)

...(?) Wir sollten's versuchen...(?)

M. K i r c h n e r :
Aber das können wir nicht mit leichter Hand, ohne schriftlichen Antrag, Sachaussprache usw. behandeln. Wenn Sie wünschen, daß das

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

noch hier verhandelt wird, das kann ja an einer anderen Stelle des heutigen Nachmittages noch irgendwann geschehen, dann bitte ich , den Antrag schriftlich einzureichen - dann müssen wir fragen, ob er hier verhandelt werden soll, und dann werden wir sehen. Das kann ich jetzt nicht im Rahmen meiner Geschäftsordnungsdebatte abhandeln. Freund Jenssen, bitte!

Ufrd. Jenssen:
Ich würde sagen, der Name tut's nicht. Aber das Positionspapier ist noch nicht weit genug verbreitet. Können wir nicht unser Positionspapier ...(?) bringen, die dann an den Kiosken für 3,-- M oder so verkauft werden kann? ...(?)

(Unruhe)

M. Kirchner:
Ja, also ich denke, Freund Prof. Jenssen, wir sollten wenn, dann es kostenlos machen. Dafür werden wir sicher Möglichkeiten finden. Und, dieses ist ein ohnehin vorhandener Merkposten Wahlkampfabteilung/ Wahlkampfarbeitsgruppe. Wird nochmal ausdrücklich festgehalten. Ich schließe jetzt ausdrücklich den Punkt, darunter lief es ja tagesordnungsmäßig noch, Berichte des Vorsitzenden, des Generalsekretärs ab. Und ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt Parteisigné und bitte den Freund Dr. Müller um's Wort.

Ufrd. Dr. Müller:
Ich gehe deswegen hier vor, weil Sie hier ein Anschauungselement vor Augen haben. Der letzte § der bis zum Sonderparteitag gültigen Satzung, § 25, lautete: Die Farben der Partei sind blau-gelb. Zweitens, das Emblem der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands besteht aus den Initialen des Namens der Partei. Die Initialen sind auch hier maßgebend, die von einer Friedenstaube und der Unterschrift ex, Umschrift ex oriente pax gekrönt werden. Das ist die Formulierung der bis dahin gültigen Satzung, war demnach auch Gegenstand der Bemühungen der Satzungskommission, die die Änderung der Satzung für den Sonderparteitag vorbereitete. Und es ist wohl auch Kompetenz des Parteitages, die Satzung auch an diesem Punkt zu ändern. Es sind auch in den, eh, in der Satzungskommission und Strukturkommission Alternativerwägungen schon angestellt worden. Es war ein Antrag oder ein Vorschlag in der Debatte, diesen

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

§ so umzuformulieren, daß ein Schriftzug das Zeichen der CDU darstellt, also ohne figürliche Darstellung. Und der Gedanke dabei war, daß man für den Gesamtverband ein verbindliches Zeichen in den Buchstaben, in den Initialen CDU hat, und dann den Landesverbänden eine individuelle Gestaltung nun auch zu grafischen Elementen zu ermöglichen. Daß also etwa der verbindliche Schriftzug dann ergänzt wird in Sachsen durch den Rautenkranz, in Thüringen durch den Löwen, in Mecklenburg durch den Ochsen ist Sache dann der Landesverbände

(Heiterkeit)

Entschuldigung, den Stier natürlich, den Stier. Geht mir immer wieder so. Das ist natürlich dann den Landesverbänden überlassen. Dies war der Gedanke dabei. Er ist das Prinzip auch bei der West-CDU, aber wir wären auch ohne dieses Vorbild darauf gekommen, der Gedanke war nämlich schon, bevor wir überhaupt wußten, daß es die West-CDU so handhabt, schon entstanden. Dies war also eine Überlegung im Ausschuß. Durch ein Versehen in der Hektik der Vorbereitung ist die letzte Seite des Programmentwurfes nicht noch einmal zur endgültigen Verabschiedung geschrieben worden, des Satzungsentwurfs, Entschuldigung. Und so hat dann die Satzungskommission darüber versehentlich nicht beschlossen, und demzufolge auch der Parteitag nicht. Und es schließt nämlich auch die Satzung so ziemlich abrupt, die beschlossene Satzung. Dies ist ein Versehen, das ich zu entschuldigen bitte, weil ohnehin es wirklich eine sehr hektische Arbeit war

Konrad-Adenauer-Stiftung – ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Hier war also eine Überlegung im Ausschuß, durch ein Versehen in der Hektik der Vorbereitung ist die letzte Seite des Programmentwurfes nicht noch einmal zur endgültigen Verabschiedung geschrieben worden, des Satzungsentwurfs, Entschuldigung. Und so hat dann die Satzungskommission darüber versehentlich nicht beschlossen und demzufolge auch der Parteitag nicht. Und es schließt die Satzung nun nämlich ziemlich abrupt, die beschlossene Satzung. Dies ist ein Versehen, das ich zu entschuldigen bitte, weil es ohnehin eine sehr hektische Arbeit war, es sind auch noch einige andere Unausgeglichenheiten in der Satzung festzustellen.
So, nun hat der Parteitag, der für meine Begriffe, ja nun tatsächlich die Kompetenz hat, über diese Fragen zu entscheiden und da sie für das Darstellungsbild der Partei ja nicht unwesentlich ist, hat noch nicht entscheiden können, wird es beim 17. Parteitag aber nun tun müssen. Wir müssen aber ja schon vorher in einen Wahlkampf gehen und mit einem doch wohl gültigen Signet. Und da liegt in dieser Hinsicht nun auch ein Antrag noch vom Parteitag her vor, vom Landesverband Thüringen, Region Oberfranken, es ist der Freund Agsthelm, der einen Vorschlag in dieser Richtung macht, ich denke in der Kompetenzfrage sollten wir uns nun doch hier das Recht nehmen, eine vorläufige, für den Zeitraum des Wahlkampfes gültige Fassung zu finden und dann der Parteitag sollte dann das beschließen, was dann nach dem Wahlkampf für dauernd gilt. Und er sollte es dann auch vor Augen haben.
Nach dem Antrag der Oberfranken wird nun gefordert, daß die Umschrift also das, was als Krönung in der Satzung bezeichnet worden ist, also die Umschrift und die Taube beseitigt werden, und damit hätte man den Zustand des ursprünglichen Emblems erreicht. Es wird sehr stark die Initialien betont und darin sehr stark den Unionsgedanken, das U ist in doppelter Strichführung, und damit sind die beiden Konfessionen gemeint, evangelische und katholische, der Unionsgedanke, der ja bei der Gründung der Union nach dem Krieg auch sehr stark war. Das ist als im Grunde genommen der Gegenstand des Antrags Agsthelm, und dies wäre eine Möglichkeit. Die andere Möglichkeit, das ist dann die Alternative, daß wir auf den Schriftzuggedanken zugehen, ich fürchte aber, da kommen wir nicht zu Rande. Denn dann ist es ja auch die Frage, ist das der Schriftzug der West-CDU nun tatsächlich, wie hier, das ist ja wohl

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

doch eine politische Frage, oder ist es dieser Schriftzug, ist es der Schriftzug, der beim Sonderparteitag vorne in der Gestaltung zu sehen war. Aber das müssen wir jetzt hier entscheiden, ob wi das bisherige Emblem verwenden, ob wir das ursprüngliche Emblem ohne die Zusätze verwenden, ob wir auf einen Schriftzug zugehen, ich sehe da aber eigentlich, ohne daß das Fachleute und Graphiker sind, eigentlich keine Möglichkeit, das nocht jetzt zu lösen.

Unionsfreund Kirchner:
Ja, also ich möchte für mich selber anmerken, Sie erinnern sich ja, zum Teil zumindestens, daß ich einen solchen Antrag wie er jetzt auch noch einmal verhandelt werden soll, nämlich die Entfernung der Zutaten auf dem vierten Parteitag 1952, schon im Parteitag gestellt habe, ich gebe gerne zu, daß ich offensichtlich mißverständlich und ungenügend klar formuliert habe, so daß viele Freunde, wie ich hinterher erst begriff, meinten, ich hätte die Veränderung, ich hätte die radikale Veränderung des Namens auch in dieser Darstellung CDU und ein umgreifendes U gewollt, mein Antrag war aber tatsächlich einzig und allein die Entfernung der Zutaten von 1952, die es ja mit der besonderen Begründung, daß die Aussage "Ex oriente pax" im Umkehrschluß die Unterstellung enthält, als sei der Westen nicht friedensfähig. Ich denke, daß das Minimum dessen, was wir leisten sollten, nein ich muß sagen, leisten müssen, die Rückkehr zu dem Signet und Abzeichen von 1945 bis 1952 vornehmen sollten, denn eins gesteh ich ganz offen, jeder, der das jetzt gültige vor sich sieht, und wenn wir es gar drucken auf Wahlkampfaussagen und Plakaten usw., wird sofort und unweigerlich erinnert an ungute Zeiten in unserer Partei. Und das sollten wir wohl vermeiden.

(starker Beifall)

Es gehört einfach auch hier als ein äußeres Zeichen der Erneuerung hinzu, und ich habe auch an anderer Stelle gern vertreten, Rückkehr zu den Wurzeln. Von daher also Entfernung dessen, was hier in der Zeit 1952 hinzugetan worden ist. Ob man, und das ist für mich kein Gegensatz, das darf ich auch gleich noch einmal sagen, daneben einen Schriftzug verwendet, weil wohl als weithin sichtbare Aussage auf Plakaten vor allen Dingen, die Darstellung und der Druck eines wie auch immer gestalteten, farblich ausgeführten, oder wie auch immer, solchen Signets in der Form ohne Zutaten, glaube ich, nicht sehr anspricht.

Konrad-Adenauer-Stiftung – ACDP

thi

156

Da ist tatsächlich ein klarer Schriftfonds, wie auch immer ergestaltet wird, welche Farbe er auch immer hat, besser, viel besser. Und ich weiß nicht, was uns daran hindert, beides zu tun. Zum einen zu sagen, ich wiederhole jetzt nicht noch einmal "Rückkehr zu den Wurzeln", zum anderen zu sagen, einen Schriftzug - und ich gestehe Ihnen ganz offen, ich habe da nun nicht so furchtbare Hemmungen, zu sagen, es sind die gleichen Buchstaben, die nämlich die Partei, die einmal gemeinsam 1945, wenn auch in unterschiedlichen Zonen, gegründet worden ist. Aber ich muß bitten, daß wir heute da eine Entscheidung treffen. Wir können nicht in den Wahlkampf gehen, und jeder druckt einen anderen Schriftzug in einer anderen Farbe, und womöglich noch ein unterschiedliches Signet. Das geht nicht.

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Freund Galley.

Sind Sie tatsächlich für den Vorschlag ... ein Schriftzeichen, ein Plakat usw. Bei uns gab es zum Beispiel die Überlegung, ~~xxxx~~ ob die Möglichkeit besteht, die Formulierung "Ex oriente Pax" weg zu lassen und dort reinzuschreiben Thüringen, Mecklenburg, Brandenburg, also in Varianten, (War ganz schlecht zu verstehen - kann nicht vollständig wiedergegeben werden.)

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Freund Jensen hat das Wort.
Wenn wir in den Wahlkampf gehen .....
(keine Verständigung)
(Heiterkeit)

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Weitere Wortmeldungen. Bitte

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Ich bin der Meinung, man muß sich auch einmal die Wirkung nach draußen vorstellen, für meine Begriffe sitzt der gravierende Fehler in der Gestaltung. Es ist schon etwas überladen. Ich würde meinen, zwei Buchstaben würden mit den Gründungsinitialien, die 1945 erdacht worden, reichen aus. Es ist auch wirklich die hier genannte Rückbesinnung auf gute Traditionen, auf Forderungen, die man damals gehabt hat, und die so zunichte gemacht wurden in den Folgejahren. Zum Schriftzug auch eine Auffassung, ja- wohl wir brauchen einen einheitlichen Schriftzug. (... ?)

- Unruhe im Saal -

Er muß in einer Signalfarbe kommen , oder in mehreren Farben. Der Vorschlag, der gemacht worden ist , man solle die deutschen Nationalfarben verwenden ..... (?) Ich würde nämlich bei Ihrem Vorschlag, Herr Generalsekretär, ein bißchen Bauchschmerzen bekommen. Als Mediziner habe ich ..... (?)

Unionsfreund Kirchner:
Ja, ich hab es nicht gewußt, vielen Dank für den Hinweis.
Ja, bitte.

Ich möchte noch einmal, unabhängig vom Parteitag, mich hier noch einmal wiederholen. .... (?)

(Beifall)

Unionsfreund Kirchner:
Ja, wir können vielleicht hier hinten, Freund Mugay, dann Freund Müller.

Unionsfreund Mugay war nicht zu verstehen. Kein Mikrophon, außerdem Unruhe im Tagungssaal.

Ja, Freund Müller, Freund Agsthelm.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Unionsfreund Müller:

... (?)
Erstens, wir wären heute nicht hier, so wie wir sind, ohne Gorbatschow. Zweitens ....(?) ....

Ich bitte wirklich nicht zu unterschätzen, daß es politisch, werbepsychologisch und in der praktischen Technik der Druckereien bedeutet, wenn man ein solches Symbol oder einen SChriftzug hat. Ich habe den Eindruck, es wird unterschätzt, und es müßte also sehr genau geprüft werden.
Zum Beispiel schon die drei Farben schwarz, rot, gold, damit scheiden sie einen Großteil der Druckereien an der Basis, die Drucksachen machen wollen, sehr motiviert sind, aus. Denn drei Farben drucken die nicht auf einem Plakat, sie können höchstens eine zweite Farbe annehmen, und in manchen Druckereien werden sie auch nur schwarz bekommen. Also kann es nur die Form der Schrift machen. Oder sie entscheiden sich, daß ist eben dann zentrale Wahlkampfführung, daß Sie dann schon entsprechend alles vorbereitet haben. Aber in diesem Wahlkampf, der läßt sich nicht nach den gepflegten Gesichtspunkten westlicher Wahlkampfstrategieen machen, weil alles schon zu spät ist und weil auch der revolutionäre Prozeß bei uns, die Spontanität, einen sehr starken Stellenwert gibt. Und wir müssen wirklich die Freunde an der Basis arbeiten lassen. Und da kann man nun eben nicht durch solch eine Entscheidung wie schwarz-rot-gold ganze weitere Bereiche brach legen, ist meine Meinung. Man sollte es sich wirklich sehr genau überlegen.
Mein Vorschlag wäre, wir entscheiden uns dafür, ob wir jetzt das Emblem zunächst einmal noch bis zum 17. Parteitag in der ursprünglichen Form, ohne die Zusätze, es gibt auch keinen Bogen darüber in der ursprünglichen Form, sondern nur die drei Buchstaben, daß wir dieses Emblem so beschließen. Dann ist es verwendbar auch in Wahlkampfpublikationen und das jetzt in dieser Arbeitsgruppe "Wahlkampf" in aller Schnelle

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

ein Schriftzug für die Wahlkampfdrucksachen versucht wird zu entwerfen, wobei ich warnen möchte, mehr als eine Signalfarbe zu verwenden, also eine zweite Farbe neben schwarz.

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Jetzt gibt es so viel Wortmeldungen, daß ich bitte den Freund Agsthelm, will nur selber anmerken, also Gottfried auf der anderen Seite, immer dann, wenn ich nur eine Farbe habe bzw. nur schwarz, ist sowieso klar, dann muß ich eben in schwarz ausführen. Nur für die Plakate, die eben doch ein bißchen besser in der Qualität sind, und von denen gehen wir aus, daß wir sie zentral herstellen und dann die DDR mit bepflastern können, da können wir eben Vierfarb-Druck machen.

(Beifall)

Und darüber-hinaus gehenden Möglichkeiten brauche ich auch nicht noch einmal zu erwähnen, natürlich hat ein schwarz-rot-gold ausgeführter Schriftzug wohl seine Bewandnis, nicht. Ja, Freund Agsthelm.

Unionsfreund Agsthelm:
Ich wollte nur das Wort ergreifen zur Begründung unseres Antrages, ... die Umschrift zu entfernen ... (?) Wenn wir zur Wahrheit zurückkehren wollenm zu der wir uns ja eindeutig bekannt haben, dann wäre das ... (?)

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Liebe Freunde, darf ich mir jetzt einmal erlauben, den Vorschlag zu machen, ich sehe doch einen gewissen Konsens bisher, ob wir erst einmal jetzt über das alte Signet insoweit beschließen, daß wir sagen, Rückkehr zu den Wurzeln und deswegen weg mit den Zutaten von 1952, dann ist dieses frei auch zu drucken, wo man auch immer will. Dann können wir noch zum Schriftzug kommen und haben erst einmal klare Verhältnisse auch an der Stelle, wo wir über den Wahlkampf hinaus in die Öffentlichkeit gehen.
Bitte erst einmal dazu zu sprechen.

Unionsfreund .....
Ich möchte erst einmal zu bedenken geben, ... ? ein Symbol aus einem Symbol herauszulösen.

(Beifall)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Die einen sehen es als Lebensaufgabe. Die anderen werden es als Lebensaufgabe interpretieren, wenn man aus einem Symbol, ein international bekanntes Symbol, etwas herausnimmt, muß man sich ..... (?) denn es ist außerordentlich schwierig, das zu begründen, zumal in einer Zeit, wo wir uns eigentlich keine derartige Auseinandersetzung leisten können. ... Ich meine, man kann es mit Gorbatschow begründen. Also ich sehe echte Bedenken, wenn man jetzt vor dem Parteitag unser Zeichen ändert. Man muß sich das genau überlegen, welche Wirkung es auslösen kann. Also das gebe ich hier zu bedenken.

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Weitere Wortmeldungen. Dort drüben bitte.

Ich möchte dazu sagen "Ex oriente pax", der "Frieden aus dem Osten" ..... (?)

(Unruhe im Saal)
Man sollte sich wohl davor hüten, aus der Vergangenheit noch anzustecken ..... Aber es kann doch nicht angehen, daß auf einmal im Zug der Wende alles über Bord geschmissen wird. Darüber sollten wir einmal nachdenken.
(Beifall)

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Freund Professor Jensen.

Ja, also ich verstehe Sie. Es habe das neue Parteiabzeichen auf ... (?) gesehen. Das war mir eben ... zu einseitig. Der Vorschlag ist .... ganz wegstreichen. Wenn aber eine Mehrheit gegen Wegnehmen ist, ist im Moment schwierig, dann muß es trotzdem geändert werden. Dann müssen wir ganz ... was verändern ...., dann muß es heißen "Ex oriente lux", also aus dem "Osten kommt das Licht".
(Unruhe im Saal)
.....

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Zur Geschäftsordnung, Freund Stoerck.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Unionsfreund Stoerck war nicht zu verstehen.

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Ja, ja, das war aber zur Sache und nicht zur Geschäftsordnung.

Ja, bitte, hier neben Freund Niggemeier.

Ich möchte mich dazu äußern .....
(keine Verständigung?)

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Freund Tausch-Marten
Ersten würde ich vorschlagen.....

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:

Ja, der Geschäftsordnungsantrag, dort hinten bitte.

Wir sprechen immer über das Signet, ich denke wir müssen in dem Zusammenhang auch die Fahne sehen. Wir müssen über die Grundfarben reden. Wenn wir über ... reden, müssen wir uns auch überlegen, ob wir dann ein neues oder das alte Emblem reinpaßt.

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Freund Moritz zur Geschäftsordnung.

(war nicht zu verstehen .... ? ...)

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Dieses ist erst einmal der Antrag auf Schluß der Debatte.
Wünscht zu diesem Antrag, dafür oder dagegen, je einer zu sprechen. Ja, bitte.

Unionsfreund ....
(keine Verständigung - starke Unruhe im Saal)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Das war also für den Antrag Moritz; wer wünscht gegen den Antrag Moritz, wobei, Freund Lück, das war indirekt, weil eigentlich zu votieren ist für den Geschäftsordnungsantrag Schluß der Debatte. Ich hab es aber so gedeutet, Sie sind für Schluß der Debatte. ³Ja, möchte jemand gegen Schluß der Debatte sprechen. Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über den Geschäftsordnungsantrag Moritz ab. Schluß der Debatte, wer ist dafür: danke, das ist die Mehrheit. Wer ist dagegen, niemand; wer enthält sich der Stimme, bei einer Stimmenthaltung.
So, dann heißt dies, daß wir die Frage Parteisignet im Sinne des jetzigen Abzeichens zur Diskussion in unsere Ortsverbände, Kreisverbände, derzeit noch Bezirks- und dann Landesverbände geben mit der Maßgabe, daß dieses auf dem 17. Parteitag Gegenstand der Verhandlungen wird. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort. Ja, bitte.

(.... ? ... Saalverständigung unmöglich, nur Rauschen auf dem Band)

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Heißt das, Sie beantragen, es in-soweit zu variieren, daß das Präsidium gebeten wird, einen entsprechenden Auftrag, vielleicht auch an verschiedene, sage ich mal pauschal, der Partei angehörende und nahestehende - etwa durch Ausschreibung - zu geben, um dann verschiedene Varianten eines neuen Signets vorzulegen, Signet im Sinne des Wortes, das heißt dann auch, das ersetzt dann Parteiabzeichen, Symbol auf der Fahne und an allen Stellen, wo wir diesen Schriftzug verwenden. Das wäre der Antrag. Werner, kannst Du das mal festhalten, ja. Ja, erst einmal die Freundin, die vorhin sich schon gemeldet hat.

(.... ? ...)

Zur Geschäftsordnung, Freund Moritz.
Emblem war Schluß, nur wir müssen ja noch einen Auftrag haben, oder sie sagen einfach pauschal, das Präsidium möge sich mit der Frage weiter befassen, weil sie ja außer Schluß der Debatte noch keine Sachentscheidung beantragt hatten.

Konrad-Adenauer-Stiftung. ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

(.... ? ....)

Tagungsleiter Unionsfreund:
Ja, das liegt vor. (... ?) Ach so, nein das kenne ich nicht, nein. Also der liegt mir nicht vor. Mir liegt ein Entwurf, -- ja -- (Zwischenruf ?) mir liegt nur ein auf farblich ausgestalteter Entwurf in blau-weiß mit einer riesengroßen Friedenstaube, die auf der Brust CDU trägt, vor. Das fand ich nicht so furchtbar gut. Das wollte ich Ihnen gar nicht hier vorführen. Ich kann es Ihnen aber noch zeigen. Ich hab es in meinem Zimmer liegen.

(Heiterkeit)

(... ? ...)

Also es ist ein solcher Antrag hier eingebracht worden, es ist richtig, sagen Sie mir Ihnen Namen mal bitte, - Schirmer -, daß ich den Antrag Schirmer, den ich aufgenommen habe und ich danke für den Hinweis. Das ist ein selbständiger Antrag, der über einen Geschäftsordnungsantrag hinausgeht. Wer unterstützt einen solchen Antrag, hier zu behandeln. Bitte ich um das Handzeichen, die üblichen 10 Prozent.
Der Antrag zielt nur darauf ab, das darf ich erst einmal noch sagen, daß die Sache dem Präsidium überwiesen wird, weiter in dem eben beschriebenen Sinne nachzudenken,wenn Sie den Auftrag nicht erteilen, kommt zum Parteitag nichts vor. Also weder tagesordnungsmäßig, noch entwurfsmäßig noch sonst irgend etwas, da will ich nur jetzt gleich darauf hinweisen. Es sei denn, das Präsidium wird von sich aus aktiv, das kann es natürlich tun und das ist auch eine vorläufige Satzung und da fehlt das ja drinne. Das ist beides auch noch ein Weg, der zum gleichen Ziel führen kann. Also ich stelle dennoch einfach hier geschäftsordnungsmäßig diesen Antrag Schirmer hier zur Debatte, insofern daß ich frage, findet er Unterstützung zur Behandlung. Ja, das sind mehr als 10 Prozent, dann wird dieser Antrag behandelt, aber ich schiebe jetzt gleich noch einmal nach, in dem Sinne waren wir uns ja auch wohl einig, daß das Präsidium gebeten wird, durch eine Ausschreibung innerhalb der Partei und nahestehender Künstler eine Variante für den Parteitag zur dortigen Behandlungen vorlegen zu lassen.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

(Diskussion aus dem Saal ist nicht zu verstehen)

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:

Gedanken, darf ich Ihnen sagen, sind im Gange, bei uns wie auch hier an der ZSS, die nicht vergessen werden.
Ja, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Antrag, dann stimmen wir über diesen Antrag ab. Wer dafür ist, daß das Präsidium gebeten wird, eine entsprechende Ausschreibung vorzunehmen und dann auch zum Parteitag dies Tagesordnungspunkt wird und dort die Entscheidung fällt, den bitte ich um das Handzeichen.
Ja, das müssen wir vielleicht auszählen. Bitte einmal die Hände oben lassen -- 55 (?) und die Gegenprobe, dürfte ja eigentlich klar sein und Stimmenthaltungen: 2 Enthaltungen.

Damit ist der Antrag angenommen.

Jetzt stehen wir vor der Frage eines Schriftzuges zum Wahlkampf unbeschadet jeglicher anderer Überlegungen. Hierzu denke ich, gibt es drei Vorschläge zur Zeit:
Ausführung des Schriftzuges in Kreuzform, in rot;
Ausführung des Schriftzuges in blau;
Ausführung des Schriftzuges in schwarz-rot-gold.
Ich bitte Sie dazu - ja, was denn -(...? oder in eins, Zwischenruf) die Form der Buchstaben, das würde ich jetzt nicht festlegen wollen, das muß man noch einmal überarbeiten. Also die Buchstabenform, das sollte wirklich auch unter graphisch- werbepsychologischen Gesichtspunkten von Fachleuten gemacht werden. Wir sollten uns jetzt darauf verständigen, Schriftzug - ja, äußere Gestaltung - Kreuzform oder nicht - und Farbe.
Bitte, hier, dann dort hinten.

Unionsfreund ....
.....? .....

Unionsfreund Wiedemann:
Ich finde zwar schwarz-rot auch scheußlich, und zwar, weil es keine Verbindung herstellt. Aber wenn wir es dreifarbig machen, schwarz-rot-gold , dann bleibt von dem U kaum etwas übrig, die drei verschiedenen Farben haben ganz verschieden Grautöne, wenn man so will,

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

und haben ganz verschiedene Wirkungen, sodaß das ...
das gibt ein einheitliches ... Ich känne mir vorstellen, dass andere deshalb zu einer Farbe gekommen zind und das schwarz-rot-gold dann darüber gelegt haben. Das ist nämlich ein Kompromiß der dort eingegangen worden ist, aus dem Grunde, daß man die Buchstaben nicht drunterschieben kann. ...

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Ja, bitte.

Unionsfreund ...
Wir haben von Freund Moritz ..., das geht nicht, das Signet in ... zu machen, alleine auch optisch ist dasssehr schlecht. Zweiter Schritt war, nch rechts kippend auch in den Farben schwarz-rot-gold als Blockfarbe und innen gleich weiße Schrift das als Signal... (...?...)

(Zwischenruf:)
Ich verstehe eigentlich nicht, was Sie gegen die Farbe rot haben, das ist in der Kirche die liturgische Farbe und symbolisiert den heiligen Geist.

(Beifall)

Unionsfreund Schirmer (nicht zu verstehen, Unruhe im Saal)

... das muß mit anderen Texten koppelbar sein, die Inschriften, dann muß ... in Verbindung gestellt werden. Ich habe ein ähnliches Problem gehabt mit dem Zeichen für die CDJ. Ich habe dort ... dort hätte man .....
Esmuß sofort sichtbar sein. Nun zur Farbe Rot. Ich bin auch für die Farbe rot, weil sie natürlich psychologisch .....

Unionsfreund Kirchner:

Darf ich vielleicht einmal, ich habe den Geschäftsordnungsantrag gesehen, meinerseits versuchen, das etwas zu erleichtern. Ich habe ja vorhin schon gesagt, mein Herz hängt überhaupt nicht dran. Ich möchte diesen Vorschlag Kreuzform zurückziehen, allerdings noch

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Stelle doch zusammenfassen: Zum ersten einen Schriftzug zu machen, der die drei Buchstaben CDU in einer noch zu gestaltenden Form nebeneinanderstellt, auch Gedanken, ob man zum Beispiel einen Punkt dazwischen macht, wie es bei der F.D.P. gibt, kann man dabei erwägen, b) die Frage, in welcher Farbe. Nein, ich glaube doch, das müssen wir auseinandernehmen. Die Farbe müssen wir nach alternativ abstimmen.
Also erst einmal, wir wollen mit dem Hauptziel, Verwendung im Wahlkampf auf allen werbewirksamen Dingen, gedruckt, geprägt und was es da alles gibt, einen noch zu gestaltenden Schriftzug CDU. Wünschen Sie hierzu noch das Wort. Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab, wer dies wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist dagegen. Stimmenthaltungen.
Das ist einstimmig beschlossen.

Jetzt geht es um die Alternativen, ich sehe zur Zeit als förmliche Anträge die Möglichkeiten rot, blau, schwarz-rot-gold.
Ist das richtig.
Bitte, dort hinten ist eine Wortmeldung, ich kann leider nicht erkennen. Freund Winz.
....?....
(entstehende Unruhe im Saal)

Unionsfreund Kirchner:
Darüber, glaube ich, waren wir uns aber schon einig, daß natürlich ein Optimum beschlossen wird und wo es nicht geht, ist ja logo, geht's ja nicht, dann muß man den Kompromiß etwa auf schwarz dann nehmen.

Unionsfreund Galley:
....?...

Unionsfreund Kirchner:
Ich denke der Antrag, wenn auch jetzt eine zweiteilige Debatte läuft, war auf Schluß der Debatte. Wir wollten jetzt uns nur verständigen, wie wir in diesen drei Alternativen umgehen und abstimmen. Mir scheint, zwar nicht förmlich, aber inhaltlich am

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

weitestgehend ist wohl die Variante schwarz-rot-gold. Das wir diese zuerst abstimmen. Wenn diese nicht die erforderliche einfache Mehrheit bekommt, ja, nun stock ich schon, die Variante rot, dann die Variante blau, die dann übrig bleibt. Wollen wir so verfahren, ich weiß, das ist geschäftsordnungsmäßig etwas gewagt. Gibt es andere Vorstellungen.
Freund Bartsch, Bartel, ja Entschuldigung.
Eine eindeutige Reaktion war gegen die Farbe rot.

Unionsfreund Kirchner:
Na, ja.

(Unruhe im Saal)

Also wir stimmen jetzt ab, wer wünscht den Schriftzug CDU in der Reihenfolge schwarz-rot-gold, den bitte ich um das Handzeichen. Das müssen wir auszählen. Ich weise noch darauf hin, bei einem solchen relativen Abstimmungsverfahren kann man in den nächsten Runden weiter mitstimmen. Das ist nicht die Stimme für alle Ewigkeit von jedem.
Zuruf: 24. Ja, das genügt. Ich frage nicht nach Gegenstimmen.
Dann können wir die relative Mehrheit ja ermitteln. Es kann auch weiter gestimmt werden.
Wer ist für rot. Punkt ist keine Farbe.

(starke Unruhe)

Zwischenruf: 44
Das ist die Mehrheit, damit ist ein Schriftzug, der noch näher zu gestalten ist, mit oder ohne Punkt, in rot der offizielle Schriftzug der CDU im Wahlkampf.
Gut, wir können auch noch blau abstimmen.
Wer ist für blau

(wieder starke Unruhe im Saal)

Ja, damit ist noch nicht die Landesfarben-Debatte vom Tisch.
Zwischenruf: ...?
Also jetzt darf ich meine Worte wiederholen: Also der offizielle Schriftzug und der damit im Wahlkampf zu verwendende der CDU ist der in rot.

(Beifall)

Ich bedanke mich.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Ich weise darauf hin, wir haben als

(Unruhe)

Ziel der Tagung 16.00 Uhr ins Auge gefaßt und ich denke wir sollten versuchen, das auch einzuhalten. Ehe noch wir noch die beiden offenen Tagesordnungspunkte aufrufe, will ich noch zwei vorliegende Anträge, die hier schon avisiert waren, zur weiteren ~~Ge~~ ~~schä~~ Abstimmung geben.

Zur Geschäftsordnung Freund Agsthelm.

Wenn wir ... die Möglichkeit habenoder meinetwegen alle mit einem schwarz-rot-goldenen Signet bekommen, widerspricht das denn der zentralen Wahlkampfführung.

(Unruhe)

Unionsfreund Kirchner:

Wir wollen rot sehen

(Gelächter).

Ja, Freund Rau.

.....?....

(Unruhe)

Unionsfreund Kirchner:

Bitte solche Anträge weitergeben an den Freund Lechtenfeld, dann kommt es in die Wahlkampfabteilung und dann wird das verarbeitet. So, also im übrigen war dieser Punkt abgeschlossen. Ich hätte das gar nicht zulassen dürfen.

Ja, also noch zwei selbständige Anträge:

Bildung einer Antragskommission für den 17. Parteitag,

Festlegung einer Frist für Einreichung von Anträgen.

Ja, das muß ich einmal die erfahrenen Manager des Parteitages fragen, was ist Einreichungsfrist spätestens, 1.3. Also, ja, was hat denn der Februar jetzt, wieviel Tage dieses Jahr, also nehmen wir den letzten Februartag als Einreichungsstichtag, das heißt, später eingehende Anträge sind nicht Gegenstand der Behandlung.

Ja, bitte.

Zwischenruf: Wenn auf dem Landesparteitag im März Anträge gibt, dann kann ich die doch nicht schon im Februar einreichen. .....?....

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Unionsfreund Kirchner:

Können wir das nicht splitten und sagen, selbständige Anträge, die nicht von Landesparteitagen kommen, bis zum letzten Februartermin, ansonsten, weil eben auch mal einer in den ersten Märztagen sein kann, können Landesparteitage, die dann noch tagen, Anträge an den Parteitag einreichen, die auch behandelt werden. Können wir so verfahren? Im übrigen wird die Bildung der Kommission personell bedeuten, daß dies dann das Präsidium tut, denn wir werden es ja nicht leisten können. In diesem Sinne diesen Antrag. Wer wünscht das Wort dazu. Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ihn ab. Wer für diesen Antrag ist, damit Überweisung dieses Antrages zum Vollzug an das Präsidium, bitte ich um Handzeichen. Danke. Die Gegenprobe, eine Gegenstimme, oder war das nur ein verspäteter Rückzug. Noch einmal, Gegenprobe, wer ist dagegen. Ja, dagegen ist keiner. Stimmenthaltung. Ist einstimmig beschlossen. Vielen Dank.
Und der letzte Antrag, den wir heute hoffentlich verhandeln müssen, also selbständige Antrag: Es wird vorgeschlagen, das zweite Positionspapier mit dem Wort "Programmentwurf" zu überschreiben. Begründung: Es geht darum, für die Medien und die Bevölkerung eindeutig klarzumachen, daß die CDU programmatisch tätig ist. Auf dem 17. Parteitag sollte dann das eigentliche Programm beschlossen werden. Der Programmentwurf sollte mit der neuen Präambel als Broschüre verteilt werden. Unterschrift des Antragstellers, des Freundes Seidel.
Dies ist ein selbständiger Antrag. Wer unterstützt die Behandlung dieses Antrages. Das ist ausreichend. Danke. Damit wird er behandelt. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag.

Ja, bitte Freund Tasch-Marton.

Unionsfreund Tasch-Marton:
Ich würde darum bitten, daß solche Papiere auch endgültig bearbeitet wird. Soweit ich das hier habe, kann man das nicht verwenden. ....

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Unionsfreund Kirchner:
Ja, Gottfried:

Unionsfreund Müller:

Das Stichwort "Entwurf" ist mir eigentlich zu schwach. Könnte man vielleicht sagen "Programmaussage", wenn wir nicht das Wort "Programm" gebrauchen können aus den bekannten Gründen. Oder vielleicht haben Sie noch einen besseren Vorschlag. Aber jedenfalls nicht Entwurf, das sieht wieder so aus, als würden wir lange diskutieren.

Unionsfreund Kirchner:
Ja,bitte.

.....
Ich bin auch der Meinung "Programmentwurf ist zu schwach. Vielleicht "vorläufiges Programm".

Unionsfreund Kirchner:
Vorläufiges Programm, programmatische Aussage, reagieren Sie bitte mal auf Zuruf so

(Unruhe)

Ist der Antragsteller, Freund Seidel, einverstanden, an die Stelle "Programmentwurf" das Wort "porgrammatische Aussage" zu setzen. Ja, also "programmatische Aussage".

Freund Galley. Entschuldigung, das habe ich akustisch nicht verstanden. ...?... Freund Winz. Nein, bei Erklärung gibt es Vorbehalte.
Ja, Uwe.
Zwischenruf: Das Wort "Programm" ist viel leer. Die großen Parteien kämpfen landesweit um ein Programm. Wir sollten . Wir sollten selbst bestimmen: "Grundsätze der CDU".

Unionsfreund Kirchner:
Und wenn man nun "programmatische Thesen" sagt ersteinmal. Das ist ja wirklich ein Thesenpapier, Ansprechpapier.

(Unruhe)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Aussage? Also wir wollen, Freund Seidel, jetzt einmal, nur mal, daß wir den Begriff jetzt noch nicht vollziehen, daß wir das drüber setzen, "programmatische Aussage" zur Abstimmung bringen, einfach ohne weitere Debatte.

Zwischenrufen: Wenn man sagt "Grundsätze für ein Programm der CDU". Da hat man schon eine plakative Aussage und ....

Aha, jetzt kippt es noch einmal um. Also Deine Variante, die wir jetzt abstimmen ist, "Grundsätze für ein Programm", "Grundsätze für ein Programm der CDU"

(Unruhe)

Ja, "Grundsätze für das Programm der CDU". Das möchte ich jetzt einmal ohne weitere Debatte abstimmen lassen. Damit ist ja noch nichts entschieden. Das ist also eine Vorabstimmung. Wer möchte, daß wir im Beschlußvorschlag statt "Programmentwurf" setzen "Grundsätze für das Programm der CDU", den bitte ich um das Handzeichen: Danke, die Gegenprobe, das war die Mehrheit. Wer ist dagegen, o ja, Stimmenthaltungen, das war eine Stimme.

Ja, jetzt ist also in diesen Antrag des Freundes Seidel aufgenommen worden, das vorgeschlagen wird, das zweite Positionspapier mit den Worten "Grundsätze für das Programm der CDU" zu überschreiben, dann kommt die Begründung, die verlese ich nicht noch einmal. Wünscht noch jemand zu diesem Antrag das Wort. Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir den Antrag ab. Wer ist für diesen Antrag, danke. Wer ist dagegen, wer enthält sich der Stimme. Das ist bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt "Bestellung von Kassenprüfern". Bitte den Freund Skowron um das Wort.

Unionsfreund S k o w ro n :
Verehrte Freunde !
Sie haben in dem Plan des Ablaufs gesehen, daß Sie eigentlich eine Vorlage haben sollten, aber es ist gar nicht so einfach, Kassenprüfer zu finden, die für uns arbeiten sollen und dann noch ehrenamtlich. Demzufolge möchte ich Sie bitten, zu akzeptieren, daß ich

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

nach langem Suchen und dann auch die Bereitschaft von diesen bekommen habe, Ihnen diese vortragen darf. Drei sind es, sie ziehen sich durch die Republik und ich muß auch sagen, sie sind ehrenamtlich, das fehlt hier in der Satzung, die wir beschlossen haben, das Wort ehrenamtlich, das sind also keine, die von uns bezahlt werden, nötigenfalls die Unkosten.
Es handelt sich um drei. Ich fange mit dem ersten an, den Sie eigentlich kennen, der hat sich auf dem Sonderparteitag auch schon formuliert als Redner, Peter Hoffmann, Ratsmitglied für Finanzen und Preise, Rat des Kreises Staßfurt, Jahrgang 1940. Der zweite ist Rolf Stellwagen, CDU, Jahrgang 1925, etwas reifer, Ratsmitglied für Finanzen und Preise, Rat des Stadtbezirks Berlin-Pankow. Und der dritte Henry Dreyer, Direktor der Staatsbankfiliale in Senftenberg, Bezirk Cottbus, Jahrgang 1955, alle drei sind Mitglied der CDU. Von allen dreien habe ich die mündliche Zusage, daß sie dieses Amt des Kassenprüfers übernehmen wollen, wenn wir sie bestellen. Sie haben ja laut der Satzung, die wir beschlossen haben, jetzt diese Aufgabe zu vollziehen, das ist der § 9, der Punkt g), Bestellung von drei - ich setze dazu - ehrenamtlichen Kassenprüfern und in § 14, um auch die Arbeit dieser Kassenprüfer deutlich zu machen, steht unter Schatzmeister/ Finanzwirtschaft der Partei in Punkt 4 "Über die Verwendung der Finanzmittel der Partei ist jährlich vor dem Parteivorstand durch die bestellten ehrenamtlichen Kassenprüfern Rechenschaft zu legen". Dieser Bericht ist dann zu bestätigen, Auflagen sind zu erfüllen. Das ist die Aufgabe dieser Kassenprüfer. Wir werden sie ausfüllen. Sie sind dann völlig unabhängig und frei und können uns prüfen. Darum kommt es uns vor allen Dingen an und darum möchte ich es auch an der Stelle bewenden lassen. Ich werde sicher, wie Sie gefordert haben, beim nächsten Mal wieder sprechen dürfen.Ich bitte Sie also, dem zuzustimmen.

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Ja, vielen Dank. Ich bitte um Entschuldigung, es ist manchmal so, daß da noch nebenbei etwas läuft. Ja, diesen Vorschlag zur Aussprache und dann müssen wir zur Bestätigung durch Abstimmung kommen.
Ich sehe keine Wortmeldungen.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Heißt das, das wir bereits in die Abstimmung eintreten können. Dann bitte ich um das Handzeichen derjenigen, die die Genannten zu Kassenprüfern bestellen wollen.
Danke, die Gegenprobe, Stimmenthaltungen: zwei Stimmenthaltungen. Dann sind die Genannten bestellt zu Kassenprüfern. Danke.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt "Mitgliedschaft in der EVP" und Sie gestatten, daß ich dies gleich hier von meinem Platz aus tue.
Es handelt sich hier um einen Antrag, den ich dem Sonderparteitag eingereicht hatte. Ich verlese den damaligen Text:
"Der Parteivorstand wird beauftragt, unverzüglich in Verhandlungen mit der Europäischen Volkspartei, mit dem Ziel einzutreten, eine Mitgliedschaft der CDU in der Europäischen Volkspartei zu erreichen." Ende des Zitates. Es ist dann Stellungnahme der Antragskommission: "Hier steht Zustimmung. Überweisung an den Parteivorstand mit dem Auftrag, zu prüfen, ob eine Mitgliedschaft möglich ist." Ende des Zitates.
Ich weis darauf hin, mir liegt an der Sache insofern sehr, als die europäische Dimension, besonders auch des Einigungsgedankens, hier in dieser Gemeinschaft der christdemokratischen Parteien Europas deutlich gemacht werden könnte. Sie wissen sicherlich, die christdemokratischen Parteien Europas sind in dieser Europäischen Volkspartei zusammengeschlossen. Ich sage natürlich dazu, wenn hier der Auftrag an den Parteivorstand mit der Bitte, zu prüfen, ob dies möglich ist, formuliert ist,. so hatte ich vorher schon Kontakt mit dem Generalsekretär der Europäischen Volkspartei. Man ist bereit, uns dort mit offenen Armen aufzunehmen. Aber selbstverständlich kann dies nur über den Weg des Auftrages durch Parteivorstand erfolgen. Um dieses Mandat, in diese Verhandlungen einzutreten, das ist noch nicht die förmliche Beschlußfassung über die Mitgliedschaft, möchte ich Sie hiermit bitten.

Wer wünschte Das Wort. Bitte

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

ACDP
177

thi

Unionsfreund .....

Mit dem Antrag erwachsen uns da rechtliche, möglicher finanzielle oder personelle Verpflichtungen.

Unionsfreund Kirchner:

Ja, genau das gehört zum Prüfungsumfang. Ich bin nicht in der Lage, Ihnen Auskunft zu geben, welche einzelnen Voraussetzungen und Bestimmungen hier zu beachten sind. Deswegen ist es eben ein Prüfungsauftrag. Nicht der Beschluß über den Beitritt. Und das kurze Gespräch mit dem Generalsekretär zeigt nur, daß wir nicht von vornherein einen Beschluß fassen, wo wir dann die kalte Schulter gezeigt bekommen. Aber erst einmal muß der Parteivorstand genau dden Beschluß zur Prüfung der Voraussetzungen heute erteilen. Dann ist ihnen wieder zu berichten und dann wird es eine Beschlußfassung geben. Freund Stoerck.

Unionsfreund Stoerck:
Wo wird denn zunächst einmal der ... gestellt.

Unionsfreund Kirchner:
In Straßburg.

Unionsfreund Stoerck:
In Straßburg. Und es wird aber von uns nicht erwartet ...

Unionsfreund Sierlich (?):

Unionsfreund Kirchner:
Ja, das wäre ja dann auch sicherlich das Ergebnis der Prüfung, mit dem wir wieder zurückkämen.

Unionsfreund Winz:
.... dann wär es doch gleich gut zu formulieren, Verhandlungen über über die Mitarbeit zunächst einmal
(... ? Unruhe)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

ZPA
178

thi

Unionsfreund Kirchner:

Wollen Sie das Wort "Mitgliedschaft" in "Mitarbeit" ersetzt haben im Beschlußantrag.
Es wird ja Übergangsformen immer geben.
Also ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann, ich brauche den Antrag hier nicht noch einmal verlesen, dann bitte ich um Abstimmung über den Antrag, wer dafür ist, daß ein solcher Auftrag erteilt wird, bitte ich um das Handzeichen. Danke, wer ist dagegen, wer enthält sich der Stimme. Bei zwei Stimmenthaltungen ist das beschlossen. Danke schön.

Ich rufe auf den Tagesordnungpunkt "Einberufung des 17. Parteitages". Bitte den Freund Werner Lechtenfeld vorzutragen und die Vorlage 05 zur Hand zu nehemn. Dabei bitte ich jetzt schon, an den beiden Stellen im zweiten und dritten Absatz, wo es jedesmal "Bezirksparteitage" heißt, die Alternative "Bezirks- bzw. Landesparteitage" einzutragen. Dies wird ja unterschiedlich an den entsprechenden Stellen sein.

Bitte, Werner, Du hast das Wort.

Unionsfreund Werner L e c h t e n f e l d :

Sehr verehrte Freunde!
Der Sonderparteitag hat den Parteivorstand beauftragt, den 17. Parteitag für März 1990 nach Berlin einzuberufen. Es war der Wunsch, ihn so früh wie möglich durchzuführen und daß wir ihn jetzt so früh durchführen, und zwar vom 9. bis 11. März, hatten wir eigentlich nicht beabsichtigt. Das ist die einzige Möglichkeit, die wir haben, dort ausreichend Raum zu bekommen. Wir haben also die Absicht, den 17. Parteitag in der Kongreßhalle am Alexanderplatz in Berlin durchzuführen und an dieser Stelle dann auch, versuchen wir, Verpflegung und Übernachtung zu konzentrieren. Dieser Beschluß bedeutet für die Landes- bzw. Bezirks- und Kreisverbände eine Herausforderung an die Effektivität ihrer Arbeit, denn sie müssen in kürzester Frist Jahreshauptversammlungen, Kreis- und Bezirks- bzw. Landesparteitag durchführen.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Wir haben diese Frage in einer gesonderten Beratung mit den Bezirksvorsitzenden besprochen. Sie wissen, was auf sie zukommt, aber sie sind bereit, diese Last auf sich zu nehmen. Wir haben als Delegiertenschlüssel, das möchte ich hier sagen, ausgehend von der Kapazität der Kongreßhalle, von den erforderlichen Plätzen für ausländische und inländische Gäste sowie der notwendigen Raumkapazität für die Presse einen Schlüssel erarbeitet, daß auf 300 Mitglieder, das auf den Bezirks- bzw. Landespartreitagen jeweils 1 Delegierter gewählt werden kann. Darüber hinaus - können Nachfolgedelegierte gewählt werden. die aber nur - und das muß ich hier sagen - am Parteitag teilnehmen können, wenn ein anderer ordentlicher Delegierter ausfällt. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind Delegierte des Parteitages. Ich denke, das ist selbstverständlich, Sie haben ja erst vor wenigen Wochen das Vertrauen des Sonderparteitages erhalten. Soweit vielleicht meine Ausführungen. Ich bitte dann darüber abzustimmen.

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Vielen Dank. Ich weis darauf hin, es liegt ja ein Antrag vor, den ich vorhin bereits avisiert habe. Diesen Antrag betrachte ich als den weitergehenden. Ich verlese ihn noch einmal:
"Die Durchführung des 17. Parteitages wird verschoben. Er wird erst nach Einführung der Länderstrukturen der DDR einberufen. Dafür wird in ca. 4 Wochen vor dem Wahltermin (6.5.90) eine öffentlichkeitswirksame eintägige zentrale Wahlkampftagung der CDU durchgeführt (Mitarbeiterkonferenz)." Ich denke, wir müssen so verfahren, daß wir erst mit diesem Antrag umgehen und über ihn beschließen. Wenn über ihn beschlossen ist, ist entweder die Vorlage, die wir hier eingebracht haben vom Tisch, oder aber es ist weiter über diese Vorlage zum 17. Parteitag 05 zu behandeln.
Wer wünscht das Wort zu dem Antrag, den 17. Parteitag zu verschieben. Nein, vielen Dank für den Hinweis. (Zwischenrufe)
Ja, Moment, das ist insofern kein Initiativantrag. Das ist ein Antrag zu dem Tagesordnungspunkt "Einberufung des Parteitages". Wir müssen, ohne daß wir weitere Unterstützung haben, hier behandeln. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

731
180

Freund Sladeczek. Ja bitte.

Unionsfreund S l a d e c z e k :

Liebe Freunde,
ich gehöre mit zu den Antragstellern, Freund Dr. Förster ist nicht mehr da, der das eigentlich initiiert hat. Ich will hier meine Meinung sagen.
Wir wollten eigentlich nicht sagen, daß der 17. Parteitag verschoben werden sollte, wir wollten eigentlich sagen, daß der 17. Parteitag verkürzt werden soll. Wir brauchen meiner Ansicht nach bei der inhaltlichen Zielstellung, die der Parteitag hat, es wird also nicht gewählt, es wird nur die Satzung beschlossen, es wird das Parteitags.., nicht, ja das Parteisignet beschlossen und es sollen noch einmal tüchtig,

(Unruhe, Gelächter)

ja, das Parteiprogramm, das wir hier ausführlich diskutiert haben, beschlossen werden. und es soll noch einmal tüchtig Wahlkampfstimmung gemacht werden. Wir meinen, daß man dazu keine drei Tage braucht. Und das war also das in einem, höchstens in zwei Tagen abwickeln kann und damit wird die ganze Sache billiger und dann steht auch gleich die Frage, ob man dafür ein Eintrittsgeld von 20,-- Mark bezahlen muß.
Danke schön.

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:

Ja, nun Freund Sladeczek, ich muß darauf hinweisen, ich kann nur den Antrag, der mir schriftlich vorliegt, behandelt lassen. Und der lautet Verschiebung, der lautet nicht Verkürzung. Sie haben ihn selber unterschrieben.

(Ja, ich kann ihn ja zurückziehen - Zwischenruf von Ufrd. Sladeczek).

Ja, aber er ist von mehreren Freunden gestellt worden, ich muß ihn verhandeln lassen.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

ABS
181

thi

Der Parteivorstand muß über diesen Antrag entscheiden. Ich schlage vor, daß wir in die Abstimmung eintreten. Dann bitte ich um Handzeichen wer diesen Antrag zustimmen will, mit der Konsequenz, daß würde Verschiebung des Parteitages und damit Vorlage 05 vom Tisch bedeuten. Wer ist dafür, zwei, drei, vier Stimmen. Wer ist dagegen - danke, das ist eindeutig die Mehrheit, wer enthält sich der Stimme, zwei, drei, vier fünf, sechs. Sechs Stimmenthaltungen.
Damit ist dieser Antrag abgelehnt. Freund Sladeczek, ich stelle ihn anheim, einen von Ihnen ebern formulierten, aber nicht förmlich eingebrachten Antrag noch zu stellen, ehe wir über die Vorlage 05 hier beschließen. Das wäre ja dann eine Variante zu 05, weil Sie Verkürzung wollen.
Damit steht der Antrag 05 zur Verhandlung. Wer wünscht das Wort. Ja, bitte schön.

Unionsfreund .....
Ich weiß nicht, ob das richtig ist, wennn ...., die zum Parteitag fahren, vier Tage ... Es kann ja wohl nicht im Sinne unserer Partei sein. Denn dann, wenn wir das machen, verprellen wir ....

Tagungsleiter Unionsfreund Kirchner:
Ja, das denken wir. Ja, liebe Freunde, es ist vielleicht doch notwendig, an dieser Stelle noch einmal etwas dazu zu sagen. Wir bemühen uns ja in den letzten Tagungen, nicht nur des Parteitages, sondern allen Arbeitstagungen, die wir halten, wirkliche Arbeitstagungen zu machen, das heißt auch abzubauen, was bisher an Geldverschwendung oft getrieben worden ist, und sind allerdings und darüber hinaus und dies einfach im Blick auf die kommenden finanzielle Situation unserer Partei, die in diesem Jahr, wo wir noch von Staatszuschüssen leben, recht stabil sein wird, so hoffen wir und denken wir, aber wo wir doch sehr schnell auch hier zu neuen Entscheidungen - danke schön - kommen müssen und die werden unweigerlich in der Zukunft lauten, daß auch derjenige, der sich ohnehin schon mit seiner ganzen Kraft und seiner Zeit und manchen Opfern in diese Geschichte einbringt, auch bereit sein muß, ein gewisses finanzielles Opfer zu bringen.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Dieses wird, ob wir das wollen oder nicht, auf uns zukommen und wir waren allerdings der Meinung, daß wir hier bereits beginnen sollten, auch als ein gewisses Signal, die Delegierten die Erhebung einer Tagungsgebühr von 20,-- M pro Tag zu bitten. Dies schließt nicht aus, daß von Fall zu Fall an den Stellen - ich denke, das werden aber wenige Stellen sein - wo wirklich finanzielle Härten entstehen, daß dann geholfen werden kann. Das dann entweder über den Kreis oder Bezirks- oder Landesverband die Kosten übernommen werden oder ein Zuschuß gewährt wird.
So, jetzt bitte ich Wortmeldungen. Bitte

..... ? .....
.....

Unionsfreund Kirchner:
Ich glaube, jetzt haben wir ein bißchen die Gewichte verschoben uns geht es hier um die Tatsache, daß die Parteienfinanzierung unmittelbar vor der Tür steht, neu gelöst zu werden. Wir müssen uns da drüber im klaren werden, es wird nicht anders gehen, als das jeder, der politische Arbeit macht, auch gewisse finanzielle Konsequenzen neben seinen Mitgliedsbeiträgen tragen muß.

(Unruhe im Saal)

Ja, also nun, Gott sei dank auch eine Meldung zur Geschäftsordnung, sonst wüßte ich nicht, wie ich mit den vielen Wortmeldungen umgehe. Bitte.

.... ? ....

Ich stelle den Antrag, daß wir .....

Ja, das halte ich für einen praktikablen Vorschlag, daß dieser Satz getrennt verhandelt und abgestimmt wird.
Ja, also Freund Moritz hatte sich vorhin schon mal gemeldet.
Dann machen wir hier weiter.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Ja, moment, das ist richtig. Zur Geschäftsordnung, zum Geschäftsordnungsantrag Stoerck? Nein. Gut. Wünsch jemand zu diesem Geschäftsordnungsantrag zu sprechen, daß wir diesen ... Freund Wolf.

Unionsfeund Wolf:
Ich möchte ihn erweitern im Zusammenhang mit dem Antrag Sladeczek, den Parteitag kürzer ....

(Beifall)

Unionsfreund Kirchner:
Der Antrag Sladeczek lautet ohne Tagungsgebühren.

(Saaldiskussion .....?)

Ja, Sie wollen ganz ohne, auch nicht, nicht nur Verkürzung, sondern gleichzeitig ohne Tagungsgebühren.

(Unruhe im Saal)

Ja, ja, nur weil er ja das als Zusatzantrag gestellt hat, das ist bereits in Ihrem Antrag enthalten.

(Zwischenruf)

Ja, wir sind noch in der Geschäftsordnungsdebatte. Zur Geschäftsordnung weiter.

(Zwischenruf aus dem Saal ...?)

Also wir müssen beide Anträge, die ja Zusatzanträge zur Vorlage 05 sind, gesondert abstimmen. Die gehen dann in der geänderten Fassung wieder in die Vorlage 05 ein oder nicht ein. Jetzt nur noch zur Geschäftsordnung, dafür oder dagegen.

(Unruhe im Saal)

Dann stimmen wir jetzt erst einmal über den Antrag Stoerck ab. Den Satz "Von jedem Delegierten wird pro Tag eine Tagungsgebühr von 20,-- Mark erhoben", vorletzter Satz dieser Vorlage. Aus der Vorlage jetzt erst einmal herauszunehmen. Der ist dann gesondert später darüber zu entscheiden in Zusammenhang mit dem Antrag Sladeczek. Wer ist dafür, diesen Satz herauszunehmen. Ja, das werden wir vielleicht zählen müssen. Wir machen einmal die Gegenprobe, wer ist dagegen. Ja, das ist eindeutig, es war die Mehrheit dafür. Damit ist dieser Antrag erst einmal herausgenommen aus der Vorlage 05. Jetzt kommt zu dieser Vorlage 05 der Antrag Sladeczek, Verkürzung des 17. Partreitages auf maximal 2 Tage und ohne Tagungsgebühren.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Das ist insofern erstmal, daß wir den Satz herausgenommen haben, nicht Gegenstand des Antrages. Jetzt geht es also um die Verkürzung auf maximal 2 Tage. Da müssen wir aber bitte präzisieren, welche Tage wir meinen, weil ja hier in diesem Vorschlag auch ein Sonnabend drinnesteckt. Ich bin der Meinung, nach wie vor, wir müssen in Form dieses Sonnabendes auch ein Opfer bringen, ein Zeichen setzen, so daß wir also nicht etwa einen Sonnabend kürzen, sondern wir von dem 9. auf den 10. gehen, und das also dann in der Vorlage, wenn Sie das jetzt so abstimmen, in die Vorlage einginge, vom 10. bis 11. oder am, also dann am 10. und 11.

Zwischenruf: Also dann ein Sonnabend

Also, ich kann nicht mehrere Wortmeldungen hier entgegennehmen. Ja, Werner, bitte.

Unionsfreund L e c h t e n f e l d :
Darf ich zu dem Antrag ein Wort sagen, den Parteitag zu verkürzen. Abgesehen davon, daß es sicher eine Fülle von Anträgen an den Parteitag geben wird und wir noch immer den Sonderparteitag im Auge haben und auch sehen, was heute hier läuft, es wird ein Großteil der Zeit uns verlorengehen durch die Bearbeitung von Anträgen. Wir wollen aber zu politischen Aussagen kommen, zu Standpunkten, die wir deutlich machen wollen im Wahlkampf und ich habe Angst, daß wir bei einer Verkürzung uns hier selbst beschneiden. Denn die Anträge, die an den Parteitag gestellt werden aus der Mitgliedschaft müssen behandelt werden. Ich gebe weiter zu bedenken, daß wir am 11. März die Kongreßhalle nur bis 13.oo Uhr haben.
(Zwischenruf ....?)
Ja, sicher. Und um 13.oo Uhr müssen wir die Kongreßhalle verlassen, die muß gereinigt werden. Es ist dann am Abend bereits wieder eine Veranstaltung. Und insofern wäre also ein Verkürzen sehr zu bedenken.

(Beifall)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

Unionsfreund Kirchner:
Ja, wir müssen noch einmal in den Kalender gucken. Es ist der Freitag bis Sonntag Mittag, das heißt also ohnehin ein kürzerer Zeitraum. Das scheint mir dann realistisch zu sein, den 9. noch weg zu nehmen. Das ist ausgeschlossen. Dann müssen wir den 11. wegnehmen, der ohnehin also nur so, na ja, nicht viel bringt.
(Unruhe)
Ja, darf ich das einmal als eigenen Antrag, damit wir vorwärts kommen, formulieren, daß wir den Parteitag am 9. und 10. März einberufen. Wenn dies dann jetzt durchginge, wird das so in die Vorlage eingetragen. Dann müssen wir über die Tagungsgebühren noch abschließend befinden.
Sind das jetzt Wortmeldungen dazu, sonst würde ich denken, das durch Abstimmung zu verkürzen.
Ja, Anfrage, bitte.

Unionsfreund .....
Normalerweise wird ja zu solchen Anlässen die Tagesordnung gegeben. Wir wissen ja noch gar nicht, wie das ablaufen soll, da warten wir eigentlich auf einen Entscheid.....

Unionsfreund Kirchner:
Ja, aber zu einer Tagesordnung sind wir noch nicht in der Lage, eine Aussage zu treffen.
Ja, bitte.

(Zwischenrufe aus dem Saal: .....?)
(Unruhe im Saal)

Also die ganze Debatte kehrt hier, die wir auch schon bei uns im Hause gehabt haben, eh es ist natürlich sowieso wiederum auf der anderen Seite für uns als Christen eine gewisse Problematik, wie wir mit dem Sonntag umgehen. Darf ich mir auch nicht so ganz einfach machen.
Ja, bitte hier erst einmal. Dann Freund Lück.

Unionsfreund .....
Wenn wir die Anträge ... auf den Sonderparteitag zugehen, ist denn daran gedacht ..... Ich meine, jeder ..... und dann brauchen wir auf unserem Parteitag keine Antragsdebatte .....

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

37
186

thi

Unionsfeund Kirchner:
Freund Lück.
.....? .....

(Beifall)

Unionsfeund Kirchner:
Das heißt, das ist ein Votum für den 9. und lo.Ja, bitte, ich schlage vor, wir nehmen noch diese Wortmeldung, dann stimmen wir ab.

.....?.....

Also jetzt stimmen wir ab, und zwar ohne weitere Debatte. Der Vorschlag lautet: Den Parteita g für den 9. und 10. März einzuberufen. Das ist noch nicht die Abstimmung über die Gesamtvorlage, über den 9. und 10. März einzuberufen.
Wer ist dafür, den bitte ich um das Handzeichen. Danke das ist die Mehrheit. Die Gegenprobe, wer ist dagegen. 2 Gegenstimmen.
Wer enthält sich der Stimme. Eine Stimmenthaltung.
Dann bitte ich Sie in der Vorlage zu ändern von ursprünglich vom 9. bis 11. in am 10. und 11., oh, Entschuldigung, 9. und 10. März bleibt.
Nunmehr ist über die Gesamtvorlage abzustimmen. Und dann müssen wir noch über die Tagungsgebühr, d.h. vielleicht das umgekehrte Verfahren, weil es sein kann, daß es wieder einrückt. Also jetzt steht der aus der Vorlage herausgenommene Satz zur Abstimmung, ob wir Tagungsgebühr, oder zur Verhandlung, ob wir eine Tagungsgebühr erheben für diese zwei Tage, wenn ja welche, oder nicht.

Zur Geschäftsordnung.
(Zwischenruf .....?...)
Welchen. Ja, der kommt ja noch. Der Änderungsantrag läuft unter Änderung Wahlkampfmotto. Hier ist in der Vorlage zwar das gleiche Motto gelaufen, aber das ist für mich nicht Wahlkampfmotto, auch wenn es identisch ist. Dann müssen Sie den Antrag stellen, daß das Motto des Parteitages geändert werden muß. Das ist zwar das gleiche wieder, wie das Wahlkampfmotto, aber Ihren Antrag wollte ich als gesonderten Antrag zuletzt noch verhandeln.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Das ist zweierlei. Es ist zwar der gleiche Slogan, aber das ist damit das Motto des Parteitages und das steht auch drin in der Vorlage.
Ja, bitte.
Ja, weitere Wortmeldungen. Freund Lechtenfeld war glaube ich zuerst, dann machen wir hier rüberwärts weiter.

Unionsfreund Lechtenfeld:
Gestatten Sie mir bitte eine ganz persönliche Bemerkung zu den 20,-- Mark Tagungsgebühren. Als ich Mitglied der Christlich-Demoatischen Union wurde im Jahre 1952 war ich Student mit 90.-- Mark Stipendium. Und unser Kreisverband hat jährlich einen Ausflug gemacht und auch damals wurde bei Kreisdelegierten- oder Bezirksdelegiertenkonferenzen im Bezirk Potsdam eine Tagungsgebühr erhoben. Es war für den Kreisvorstand selbstverständlich - und das war irgendwie für mich auch ein Einbeziehen in die Partei, daß die Gebühren für die Reise, den Ausflug; oder wenn ich Delegierter war auf einer Bezirksdelegiertenkonferenz, solange ich Student war, von den Kreisverband getragen wurde, und zwar von den Freunden, nicht aus dem Etat. Ich meine, man sollte vielleicht, wenn man die finanzielle Situation sieht, auch einmal an solche, glaube ich doch, sehr guten Traditionen zurückerinnern.

Unionsfreund Agsthelm. (.....?..... unverständlich)

Unionsfreund Kirchner:
Ja, hier bitte weiter mit den Wortmeldungen.

.....?.....

(Unruhe im Saal)

Ja, das ist

(Zwischenruf .....)

Ja, bitte, darf ich um Ruhe bitten, wir müssen noch mit einigermaßen zu Ende kommen.
Bitte.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

~~135~~ 188

thi

Unionsfreund .....

Ja, nach der finanziellen Planung, denke ich, müßte man ....
.... die Delegierten das selber zu bezahlen hätten, sondern schlage ich die Formulierung vor, von jedem Landesverband die 20,-- Mark ..... von den Delegierten in einer Umlage ....
und den Delegierten dann zur Verfügung gestellt wird. Ich denke das wäre ein .....

(Unruhe im Saal)

Unionsfeund Kirchner:
Nur, das muß ich darauf hinweisen, solange wir das momentane Finanzierungsmodell haben, nämlich ein ausschließlich zentrales, das heißt von Berlin kommt das Geld, natürlich auch die Beiträge, die eingezogen worden sind, ein Stück wieder zurück, dreht sich das nur im Kreis. Damit gewinnen wir gar nichts. Das funktioniert in dem Moment, wo die Landesverbände in jeder Weise selbständig und auch autark sind und sich selber um ihre Finanzen kümmern müssen. Dann funktioniert das. Aber für dieses Jahr hat das überhaupt keinen Sinn. Dann können wir es uns einfach machen und können sagen, das bezahlen wir aus der großen Kasse in Berlin.

Unionsfeund Moritz:
.....?.....
..... Beitrag bekommen ... dort ist es unbedingt nötig von jedem Delegierten zu bezahlen und ich bitte sie, ... das Parteiprogramm zu diskutieren ..... Wir müssen heute andere Fragen klären. Wir müssen wissen was wir wollen, da gehört auch das Geld mit dazu --------- und wenn wir Debatte hier führen ... ich bin dafür, daß heute die Frage .....

(Beifall)

Unionsfreund Kirchner:
Ja, da muß ein förmlicher Antrag kommen. Ich nehme mal jetzt, Moment, jetzt ...

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

Ja, Antrag auf Schluß der Debatte. Können wir gleich über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Wer wünscht Schluß der Debatte. Danke, das ist die Mehrheit. Ich mache da keine Gegenprobe.
Das heißt, wir stimmen jetzt über die Frage, die wir aus der Vorlage separiert haben, aber dennoch ja hier zur Debatte steht, in dem alten Satz ab, von jedem Delegierten wird pro Tag eine Tagungsgebühr von 20,-- Mark erhoben. Wenn der Satz beschlossen wird, rückt er wieder in diese Vorlage ein, dann stimmen wir über die Gesamtvorlage, ich hoffe, in Kürze dann ab. Dann sind wir fast am Ende bis auf Wahlkampfmotto. Ah, ja, entschuldige, auf Parteitagsmotto, das müssen wir dann noch vorher machen. Können wir so verfahren.
Dann bitte ich jetzt um ihr Handzeichen, wer diesen Satz bestä_ tigen möchte, von jedem Delegierten wird eine Tagungsgebühr von 20,-- Mark erhoben. Das bitte ich auszuzählen - Zwischenruf: 22, -- 40. Ja, da müssen wir einmal die Gegenprobe machen, wir haben 90 Mitglieder. Wer ist dagegen, Zwischenruf: 21.
Also dann ist dieser Satz angenommen und rückt wieder in die Vorlage ein.
Jetzt geht es noch um den letzten Satz des ersten Absatzes, nämlich um das Motto. Soll der Parteitag unter dem Motto "Umkehr in die Zukunft" tragen, wie vom Präsidium vorgeschlagen, oder Gegenantrag Änderung in "Soziale Marktwirtschaft - keine sozialistischen Experimente", Ende des Zitates.
Dieses ist kein selbständiger Antrag im Sinne der Geschäftsordnung, sondern einer zum Sachgegenstand des Tagesordnungspunktes Parteitag, kann also ohne weiteres verhandelt werden.
Wer wünscht hierzu das Wort.

Unionsfreund .....
Ich würde sagen, wenn wir uns nur auf die Marktwirtschaft beziehen das ist zu einseitig .....

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

~~417~~
190

thi

Unionsfreund Kirchner:
Können wir die Sache gleich zur Abstimmung bringen. Dann bitte ich darüber abzustimmen, wer wünscht, daß das Parteitagsmotto lautet "Soziale Marktwirtschaft - keine sozialistischen Experimente" Den bitte ich um das Handzeichen. 1,2,3,4 5, 5 dafür. Wer ist dagegen, danke das ist die Mehrheit, wer enthält sich der Stimme, das ist abgelehnt. Damit bleibt es bei der Ursprungsfomulierung in der Vorlage 05.

(Zwischenruf aus dem Saal: Ist der Parteitagsschlüssel, die 300 Delegierten, sind das die Mitglieder des Parteivorstandes inklusive oder nicht.)

Ja, also für diesmal ist nunmehr klar, weil auch satzungsgemäß die Mitglieder des Parteivorstandes sind außer Konkurrenz, sied sind Delegierte des Parteitages, brauchen nicht gewählt werden, nehmen mit allen Rechten und Pflichten am Parteitag teil und liegen nicht im Schlüssel, ja, liegen nicht im Schlüssel. Aber sonst mit allen Rechten und Pflichten, auch die 20,-- Mark, das wir uns recht verstehen.
Ja, bitte schön, Gerhard.
.....
Ich bitte um Ruhe, wir können es hier nicht verstehen sonst.

Unionsfreund .....
Paragraph 8 der Satzung sagt, nicht nur Mitglieder des Parteivorstandes, sondern auch des Präsidiums und der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses gehören zum Parteitag.

Unionsfreund Kirchner:
Ja, die Mitglieder des Präsidiums sind ja Mitglieder des Parteivorstandes, die brauchen wir nicht extra erwähnen.

Nein, Präsidium im Wortsinn der Satzung sind nur die voll berech tigten, stimmberechtigten Mitglieder, ohne die beratenden, das heißt zum Beispiel ohne die Staatssekretäre, und stellv. Minister, sondern nur die Vollmitglieder des Ministerrats. Das scheint mir eindeutig, aber ich bin dankbar für den Hinweis.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

191

thi

Der Chef der Untersuchungskommission

(Zwischenruf: Der Untersuchungsausschuß wird einen Bericht geben müssen ... und es sind alle Mitglieder des Untersuchungsausschusses durch den Parteitag gewählt worden, deshalb erscheint mir der Vorsitzende und die anderen)

Ja, also der Vorsitzende der Untersuchungskommission müssen wir noch in die Vorlage nachtragen.
Also die Mitglieder des Parteivorstandes und der Vorsitzende der Untersuchungskommission sind Delegierte des Parteitages.

(Zwischenruf: Warum nicht alle Mitglieder, alle Mitglieder sind durch den Parteitag gewählt worden)

Ja, das ist eine Frage, was die Satzung dazu aussagt. Da bin ich im Moment überfragt.

(Unruhe im Saal)

Ja, es ist ganz eindeutig, (Zwischenruf: nur der Vorsitzende) er setzt sich aus den von den Landesparteitagen gewählten Delegierten, den Mitgliedern des Parteivorstandes und des Präsidiums, das ist nämlich schon wieder ein Widerspruch, wie gesagt, das Präsidium sind Mitglieder des Parteivorstandes, braucht nicht extra aufgezählt werden, sowie dem Vorsitzenden der Untersuchungskommission, also des Untersuchungsausschusses, nicht die Mitglieder des Untersuchungsausschusses, es ist egal, von wem die gewählt sind.
(Zwischenrufe aus dem Saal)
Aber sie sind keine Delegierten des Parteitages, sie nehmen dort mit beratender Stimme teil, und haben dort Rechenschaft zu legen, oder zu berichten, aber sie sind nicht Delegierte des Parteitages, nur der Vorsitzende.

Unionsfeund .....
Liebe Freunde, da wir sicherlich einen Beschluß fassen müssen ... wir die Satzung behandeln im § 8, da wir ddie Wahlhandlung beschrieben ..... das ist auch schon festgelegt, aber dort staht freilich noch, auf dem Sonderparteitag war das als Ausnahme gedacht, auch Wahl des Vorsitzenden, überhaupt Wahl der Leitungs-

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

192

thi .

gremien der CDU. Wir sollten vielleicht in unserem Beschluß über die Leitung unseres 17. ordentlichen Parteitages deutlich machen, das dort die Wahlen nicht stattfinden.

Na, ja, das ist klar, daß dies in einer geänderten Tagungsordnung..... Also jetzt ist nur festzustellen, der Satz: Die Mitglieder des Parteivorstandes sind Delegierte des Parteitages ist zu ergänzen, Mitglieder des Parteivorstandes und der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses. Das ist satzungsgemäß. Präsidium braucht nicht extra erwähnt werden, da Mitglied des Parteivorstandes, auch wenn es in der Satzung extra erwähnt ist.
Jetzt stimmen wir über die Gesamtvorlage 05 ab, wer ist dafür --, wer ist dagegen: 1 Gegenstimme, wer enthält sich: 2 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen, 3 Enthaltungen. Danke damit ist die Vorlage angenommen und der Parteitag einberufen.

Wir sind am Ende der Tagesodnung bis auf das Schlußwort des Parteivorsitzenden. Der Freund de Maiziére hat ja bereits das Schlußwort zur Aussprache seines Berichtes und das des Generalsekretärs gehalten. Ich gebe jetzt ab an den stellvertretenden Vorsitzenden unserer Partei, Freund Dr. Müller.

Unionsfreund Dr. M ü l l e r :

Ja, liebe Unionsfreundinnen und Unionsfreunde !
Der Impuls des Sonderparteitages hat sich für mein Empfinden auch auf dieser Tagung des Parteivorstandes bestätigt und fortgesetzt. Der Prozeß der Erneuerung geht weiter, an der Basis und unter uns. Wir bekennen uns zu unserer Schuld und zu unserer Vergangenheit aber ich denke, es ist für unser Volk gut, daß eine Partei wie die CDU weiß, daß sie auch etwas gut zu machen hat, das nahme ich an und sie ringt um Glaubwürdigkeit und hat doch wohl in zwischen auch einiges vorzuweisen. Manche der neuen Gruppierungen, die sich unbelastet fühlten, sie sind ja dabei, ihre Glaubwürdigkeit schon zu verspielen und als ernst zu nehmende Partei hier einen Kurs zu verfolgen, der sie eben nicht mehr als ernstzunehmende Partei erscheinen läßt. Im Blick auf unsere Konkurrenz in dieser Ecke des Parteienspektrums Demokratischer Aufbruch und anderswo

Konrad-Adenauer-Stiftung – ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3134.

thi

können wir wohl unseren Wählern sagen, wer CDU-Politik haben will - manche kopieren sie ja auch - der muß eben CDU wählen und niemanden sonst. Und das wird auch geschehen. Wir finden immer mehr zu uns selbst. Deutliche Aussagen sind nun auch hier erfolgt. Wir sind uns wahrscheinlich schon weitgehend einig geworden, aber jetzt kommt es darauf an, daß wir unsere Botschaft über den Kreis der Mitglieder und Sympathisanten hinaus ins Volk bringen, damit wir Wähler gewinnen und dabei sollten wir uns die Ziele nicht zu bescheiden setzen. Und trotz des ü+bergroßen Medienmonopols der SED muß unser Schritt ins Volk gelingen, damit uns das Volk das Mandat gibt. Ich weiß, daß CDU zur SED verhält wie David und Goliath, aber fürchten wir uns nicht, die Geschichte von David und Goliath hat auch ein Ende.

(Heiterkeit im Saal, Beifall)

Also mit Energie und Gottvertrauen sollten wir die kommenden Tage, und Wochen und Monate hineingehen. Dazu wünsche ich Ihnen guten Mut und gutes Gelingen und für heute wünsche ich Ihnen gute Heimkehr. Auf Wiedersehen.

(starker Beifall)

Unionsfeund Kirchner:
Das Präsidium tritt 16.30 Uhr zu seiner Sitzung zusammen, 16.3o Uhr bitte Präsidium im Präsidiumszimmer; allen bekannt.

Ende der Sitzung

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP